



Hermann Giesecke

Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend

Jugendarbeit zwischen Politik und
Pädagogik

München: Juventa-Verlag 1981

Zu dieser Edition im PDF-Format

Dieses Buch beschreibt die Entstehung und Entwicklung der Jugendbewegungen und der Jugendpflege bzw. Jugendarbeit in Deutschland im Zeitraum von 1900 bis 1945. Die Fortsetzung des Themas findet sich in dem Buch [Die Jugendarbeit](#), das die Entwicklung der Jugendarbeit von 1945 bis etwa 1980 in Westdeutschland bzw. der Bundesrepublik Deutschland behandelt. Über den damaligen politisch-pädagogischen Hintergrund finden sich nähere Angaben in meiner Autobiographie [Mein Leben ist lernen](#).

Hinweise zur Benutzung

Das Literaturverzeichnis befindet sich auf dem Stand des Erscheinungsjahres 1981. Die Quellenangaben im Text sind darauf bezogen.

Offensichtliche Druckfehler wurden korrigiert. Darüber hinaus wurde das Original jedoch – abgesehen vom Seitenlayout - beibehalten. Die Zeilenlänge ist also nicht mehr identisch mit dem Original, Worttrennungen wurden aufgelöst.

Um die Zitierfähigkeit zu gewährleisten, wurden die Seitenzählungen mit denen des Originals identisch gemacht. Das Inhaltsverzeichnis wurde in die Lesezeichen-Funktion des Acrobat-Reader transportiert, so dass mit seiner Hilfe in dem Text geblättert werden kann.

Webanschrift dieser Edition: <http://www.hermann-giesecke.de/wvtot.pdf>

Der Text darf zum persönlichen Gebrauch kopiert und unter Angabe der Quelle im Rahmen wissenschaftlicher und publizistischer Arbeiten wie seine gedruckte Fassung verwendet werden. Die Rechte verbleiben beim Autor.

Hermann Giesecke (Edition: November 2002)

© Hermann Giesecke

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
I. Autonomie gegen Integration:.....	11
Jugendbewegung und Jugendpflege bis zum Ersten Weltkrieg.....	11
Politisch-kulturelle Hintergründe.....	11
Der Wandervogel.....	17
<i>Wandern als kulturelle Alternative</i>	18
<i>Identität in kultureller Mehrdeutigkeit</i>	29
Die proletarische Jugendbewegung.....	38
<i>Gezähmte Rebellion</i>	39
<i>Arbeiterjugend als politisches Subjekt</i>	50
<i>Sozialisationsprobleme der Arbeiterjugend</i>	54
Die staatlich geförderte Jugendpflege.....	59
<i>Bündnis gegen die Arbeiterjugend</i>	59
<i>Das Verhältnis von Staat und nicht-staatlichen Trägern</i>	70
<i>Das politisch-pädagogische "Jugendbild" der Jugendpflege</i>	74
II. Bindung gegen Autonomie:.....	81
Jugendarbeit in der Weimarer Republik.....	81
Politisch-kulturelle Hintergründe.....	81
Die Bündische Jugend.....	87
<i>Neubeginn aus politischer Polarisierung</i>	88
<i>"Bund" als politische Fiktion</i>	93
<i>Bündische Erziehung und Sozialisation</i>	98
Die Arbeiterjugendbewegung.....	108
<i>Die sozialdemokratische Jugendarbeit</i>	109
<i>Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands</i>	125
<i>Bürgerliche Sozialisation und sozialistische Erziehung</i>	130
Die Jugendpflege.....	140
<i>Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände</i>	157
III. Integration gegen Autonomie und Bindung:.....	169
Die Hitlerjugend.....	169
Politisch-kulturelle Hintergründe.....	169
Die "Kampfzeit-HJ".....	176
Die HJ als Staatsjugend.....	184
HJ-Erziehung.....	198
IV: Zusammenfassung und Ausblick:.....	211
Die schwierige Balance zwischen Integration, Bindung und Autonomie.....	211
Weiterführende Literatur.....	223
Literaturverzeichnis.....	223

Vorwort

Dieses Buch soll meine Arbeit über "[Die Jugendarbeit](#)" (München: Juventa Verlag), in der lediglich die Entwicklung der Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland behandelt wird, historisch ergänzen. Beides in einem Band zu vereinigen, erwies sich leider aus Gründen des Umfangs als nicht möglich. Nach meiner Überzeugung jedoch kann die gegenwärtige Jugendarbeit ohne Kenntnis ihres historischen Entstehungszusammenhangs nicht angemessen verstanden werden.

Darüber hinaus ist mir daran gelegen, mit diesem Band die Geschichte der Jugendbewegung und der Jugendarbeit in Deutschland für die pädagogische Ausbildung zu erschließen. Eine entsprechende Darstellung fehlt bisher. Zwar gibt es inzwischen eine beachtliche Forschung über Teile unseres Themas, vor allem über die bürgerliche Jugendbewegung und die Hitlerjugend. Andere Teilgebiete dagegen wie die Arbeiterjugendbewegung und die staatliche Jugendpflege in der Weimarer Republik sind noch weitgehend unerschlossen. Das gilt vor allem auch für den kommunistischen Jugendverband, der bisher nicht einmal das Interesse der DDR-Forschung gefunden zu haben scheint, aber fast noch mehr für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Diese unterschiedliche und im ganzen immer noch unbefriedigende Forschungslage schlägt sich auch in diesem Buch nieder. Meine Absicht war nicht, die erwähnten Forschungslücken zu füllen, sondern das, was vorliegt, unter einer pädagogischen Leitvorstellung darzustellen allerdings in der Hoffnung, damit auch die pädagogische historische Forschung anzuregen.

Das pädagogische Interesse ist darauf gerichtet, den jeweiligen zeitlichen Zusammenhang *aller* bedeutsamer Faktoren der Jugendarbeit in den Blick zu nehmen, also die bürgerliche und proletarische Jugendbewegung wie auch die staatliche Jugendpflege. *Ich* habe mich bemüht, die historische Forschung aufzuarbeiten, aber mein Hauptinteresse zielt auf die pädagogische bzw. jugendpolitische Bedeutung des historischen Materials, auf die Veränderungen zum Beispiel, die dabei in der bürgerlichen und proletarischen Erziehung und Sozialisation sichtbar werden oder

auf das jeweils vorliegende "Jugendbild". Ferner ist von Bedeutung die Spannung zwischen jugendlichem Selbstbestimmungstreben einerseits und dessen öffentlicher Manipulierung andererseits, sowie die Veränderung des Generationsgefühls im untersuchten Zeitraum. Im letzten Kapitel habe ich versucht, das pädagogische und jugendpolitische Fazit zusammenfassend darzustellen.

Ein Problem der Gestaltung bestand darin, daß man ein gesellschaftliches Teilphänomen wie Jugendbewegung und Jugendarbeit nicht isoliert verstehen kann, ohne den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Kultur, der es angehört. Andererseits durfte schon aus Raumgründen diese Blickerweiterung nicht allzu umfangreich werden und das eigentliche Thema gefährden. Deshalb habe ich mich bemüht, die drei historischen Kapitel mit einigen Hinweisen auf die "politisch-kulturellen Hintergründe" einzuleiten, insoweit diese für das eigentliche Thema von besonderer Bedeutung sind.

Im übrigen sind die Kapitel so gestaltet, daß jeweils die wichtigsten allgemeinen Tatsachen genannt werden, dann aber das schon erwähnte jugendpolitische und pädagogische Deutungsinteresse stärker zum Zuge kommt. Auch hier war nur ein Kompromiß möglich, und wer mehr an historischen Details und Differenzierungen interessiert ist, muß auf die entsprechende Literatur verwiesen werden.

Das Kapitel über die Jugendarbeit in der Weimarer Republik befaßt sich außer mit der Jugendpflege lediglich mit der Bündischen Jugend und der Arbeiterjugendbewegung. Dies ist aus Gründen des historischen Entstehungszusammenhangs vor dem Ersten Weltkrieg nötig. Die Tätigkeit der anderen Jugendverbände erscheint lediglich vermittelt durch die Tätigkeit des "Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände". Dies ist eine leider nicht vermeidbare Beschränkung des Bildes, aber es hätte zu weit geführt, die Arbeit und Entwicklung einzelner Verbände zu würdigen. Soweit es darüber Darstellungen gibt, muß darauf verwiesen werden. Besonders interessant wäre, die Entwicklung der kirchlichen Jugendverbände gerade auch im Hinblick auf ihre spätere Stellung zum Nationalsozialismus zu verfolgen. Aber gerade hier wären gründliche Untersuchungen nötig gewesen, die auch religiöse und theologische Traditionen und Reformen hätten würdigen müs

sen, was jedoch den Rahmen des Bandes vollends gesprengt hätte.

Abgesehen von einigen Andeutungen werden auch die *kulturellen* Interessen, Vorstellungen und Leitbilder der Jugendverbände - z. B. die "Musische Bewegung" - nicht behandelt, obwohl gerade unter pädagogischem Aspekt wichtig wäre zu wissen, was gelesen, gespielt und gesungen wurde (und was nicht).

Um dem Leser trotzdem einen ersten Zugang zu derartigen Einzelaspekten zu verschaffen, habe ich hinter dem alphabetischen Literatur- und Quellenverzeichnis wichtige "weiterführende Literatur" zu einigen Sachgebieten aufgeführt.

Trotz der genannten Einschränkungen hoffe ich, daß diese Arbeit als eine Einführung in das Thema gelten kann, das sicherlich mehr Interesse verdient, als ihm bisher zuteil wurde.

Göttingen, Herbst 1981

Hermann Giesecke

I. Autonomie gegen Integration:

Jugendbewegung und Jugendpflege bis zum Ersten Weltkrieg

Politisch-kulturelle Hintergründe

Um die Entstehung der Jugendbewegungen und die erste Entfaltung der Jugendpflege vor dem Ersten Weltkrieg angemessen zu verstehen, sind einige allgemeine Hinweise auf die bürgerliche politische Kultur im damaligen Deutschland nötig. Wenn nämlich eine soziale oder kulturelle "Bewegung" entsteht wie die Jugendbewegung, dann zeigt dies, daß Selbstverständlichkeiten einer politischen Kultur fragwürdig geworden sind, daß entweder neue Bedürfnisse in traditionellen Institutionen nicht mehr befriedigt werden, oder daß umgekehrt gesellschaftliche Veränderungen "alte" Bedürfnisse nicht mehr befriedigen. In jedem Falle ist "Bewegung" eine Reaktion auf eine Situation, die als Krise erlebt wird. Was also war für wen kritisch geworden?

Deutschland war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch ein Agrarstaat mit überwiegend ländlicher Bevölkerung. Im Jahre 1870 wohnten fast zwei Drittel der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, und es gab damals nur acht Städte mit über hunderttausend Einwohnern (vgl. Szemkus). Das soziale Verhalten der meisten Menschen war durch Traditionen geprägt; man war in hohem Maße integriert in überschaubare relativ kleine Gemeinden. Eine jugendliche Altersgruppen-Kultur gab es hier nicht, sie hätte auch keinen sozialen Sinn gehabt.

"In der ländlichen Gemeinde sind die verschiedenen Altersgruppen nicht in dem Maße separiert, daß sich altersgruppenspezifische Verhaltensweisen herausbilden oder Erwartungen von den Jugendlichen entwickelt werden könnten, die nicht durch den täglichen Umgang mit älteren Menschen kontrolliert und auf ihre Übereinstimmung mit den überlieferten Lebensformen geprüft werden" (Szemkus, S. 40).

Nach 1871 - nicht zuletzt als Folge der in die deutsche Wirtschaft gepumpten französischen Reparations-Milliar-

den - setzte eine schnelle Industrialisierung ein, bei der viele kleine Unternehmen auf der Strecke blieben und neue Technologien und Organisationsformen die Arbeitsplatzstruktur veränderten. Eine große Binnenwanderung, vor allem in die neuen Industriezentren, war die Folge. Für einen großen Teil der Bevölkerung zerbrachen damit die alten sozialen Bindungen, neue soziale Kontexte und Werte mußten gefunden werden. Lebten 1871 erst 5 Prozent der Bevölkerung in Großstädten, so waren es 1910 schon 21 Prozent; die Zahl der Großstädte hatte sich bis 1900 auf 33 vermehrt. Auch die Beschäftigungsstruktur änderte sich: Im Jahre 1870 waren 50 Prozent der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig, im Jahre 1913 nur noch 33 Prozent, der Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten stieg von 30 auf 40 Prozent.

Die Folgen dieses rapiden sozialen Wandels waren nicht nur die Zerstörung alter sozialer, nachbarschaftlicher, "gemeindlicher" Gebundenheiten, sondern auch Statusprobleme, vor allem mittelständischer Gruppen. Die vor den Arbeitern herausgehobene Position der Angestellten etwa - basierend auf einem persönlichen Dienstverhältnis zum Prinzipal - nivellierte sich als Folge unpersönlicher Verwaltungsstruktur. Die neuen, unpersönlichen, auf Rechenhaftigkeit und materielles Wachstum gegründeten Prinzipien der Industrialisierung parzellierten die menschlichen Beziehungen; ihre Vertreter und Verfechter brachten das bis dahin hohe Prestige der Beamtschaft in eine Krise, insofern deren spezifische Arbeits- und Dienstauffassung nicht mehr für *alle* Arten von Arbeit vorbildlich sein konnte, ja als Ethos für die moderne Industriearbeit überhaupt nicht in Frage kam.

Auf dem Hintergrund all dieser sozialen und normativen Verunsicherungen konnte Ferdinand Tönnies Buch "Gemeinschaft und Gesellschaft" einen solchen Erfolg haben, in dem die verbindliche, personenbezogene, sozialgewachsene "Gemeinschaft" - eben das, was viele durch den geschilderten sozialen Wandel verloren hatten - dem Sozialgebilde "Gesellschaft" gegenübergestellt wurde, bei der es um zweckhafte, machbare, jederzeit zur Disposition stehende Sozialbeziehungen - z. B. am normalen Arbeitsplatz - ging. Damit war ein Thema des sozialen Denkens intoniert, das in mancherlei Variation nicht nur den Na-

tionalsozialismus überdauerte, sondern auch gegenwärtig offensichtlich wieder aktuell ist: die Suche nach "heilen", umfassenden und menschlichen Sozialgebilden inmitten einer parzellierten gesellschaftlichen Zweckhaftigkeit. Auch "Gemeinschaft" und "Bund" - Erfindungen der Jugendbewegung - sind eine Variation davon.

Die massenhafte Beschädigung von Identität durch Statusunsicherheit konnte durch Aufrechterhaltung überlieferter Formen und Konventionen des privaten wie öffentlichen Lebens noch eine Weile überdeckt werden, aber nur um den Preis zunehmender innerer Aushöhlung und Erstarrung. Auf der kulturellen Ebene war der Widerspruch von neuem Wirtschaftsbürgertum und altem Bildungsbürgertum besonders deutlich erlebbar. Das Wirtschaftsbürgertum war Träger der neuen Werte; Bildung war dabei eher so etwas wie gesellschaftliches Dekor. Das Bildungsbürgertum dagegen - ein großer Teil der Beamtenschaft, der akademischen freien Berufe, vor allem natürlich die Professoren und Gymnasiallehrer - betrachteten die klassische Bildung als einen verbindlichen "Wert an sich", als ein fundamentales Stück der eigenen Identität (vgl. Aufmuth; Vondung). Die neuen Werte setzten dieses Selbstverständnis stark unter Druck.

Vor allem dieses überwiegend protestantische Bildungsbürgertum war der soziale Boden für die "Kulturkritik", die um die Jahrhundertwende einsetzte, und deren Generalthema die Rettung der alten geistigen Werte vor dem Geist des Wirtschaftens und der Technik war. Je mehr der Status dieser Gruppe gefährdet war, um so nachhaltiger bezog sie ihr Selbstbewußtsein aus dem Geist der Bildung und aus der Verachtung des schnöden Mammon und der kalten Technik. Man konnte sich dabei als Elite fühlen, die auf die Durchsetzung partikularer Interessen verzichtet zugunsten des Gemeinwohls und der Hingabe an die geistige Substanz des ganzen Volkes.

In diesem Zusammenhang entstand der "Jugendkult" (vgl. Linse 1976), der für die Jugendbewegung und Jugendpflege der folgenden Zeit so nachhaltige Bedeutung haben sollte: Die Hoffnungen auf eine Erneuerung - und das hieß: auf eine Restitution der "alten" Werte bzw. zumindest auf deren Reform - stützten sich auf die Jugend, auf ihre Spontaneität und Unverdorbenheit, auf ihre Of-

fenheit und moralische Unbedingtheit. Nur die Jugend könne aus der Verderbnis der Gegenwart einen neuen Weg finden. So verkündete Nietzsche in der zweiten seiner "unzeitgemäßen Betrachtungen" eine "Mission der Jugend". Die bisherige historische Erziehung sei völlig unzureichend, sie beschränke in der Jugend "die Begierde, selbst etwas zu erfahren und ein zusammenhängend lebendiges System von eigenen Erfahrungen in sich wachsen zu fühlen. Sie verwirrt die stärksten Instinkte der Jugend, betrügt sie um ihr schönes Vorrecht, um ihre Kraft, sich in übervoller Gläubigkeit einen großen Gedanken einzupflanzen und einen noch größeren aus sich herauswachsen zu lassen ... hier erkenne ich die Mission der Jugend, eines ersten Geschlechtes von Kämpfern und Schlangentötern, das einer glücklicheren und schöneren Bildung und Menschlichkeit voranzieht" (zit. n. Roessler, S. 180). Um die Jahrhundertwende gab es eine umfangreiche publizistische Diskussion über Jugendprobleme mit der Tendenz, Jugend nun endlich nicht mehr als Noch-nicht-Erwachsene zu behandeln, sondern als Potential eigentümlicher, noch unverbrauchter und unverfälschter Chancen. Der Jugendkult kam dem Statusinteresse des Bildungsbürgertums insofern entgegen, als die Aufwertung der Jugend auch eine Aufwertung der Erzieher bedeuten mußte. Aus dem negativen Image des Lehrers, der die Jugend niederzuhalten und an die Normen der Erwachsenen anzupassen hatte, war nun ein Beruf geworden, der das kostbarste Gut des Volkes zu betreuen hatte. In diesem Klima gewann auch die Reformpädagogik ihre Erfolge. Allerdings scheint die Kombination von Jugendkult und Kritik der Erziehungsmächte, wie sie am schärfsten wohl von Ludwig Gurlitt ("Der Deutsche und seine Schule"; "Der Deutsche und sein Vaterland") formuliert wurde - einem Lehrer an jenem Steglitzer Gymnasium, von dem der Wandervogel seinen Ausgang nahm -- weniger Ursache für pädagogische Erneuerungen gewesen zu sein, als vielmehr bereits Reflex auf Veränderungen im Erziehungsbereich selbst. In Schule und Familie hatten Liberalisierungen nämlich längst eingesetzt. In seinem Aufsatz "Väter und Söhne" aus dem Jahre 1907 hat Friederich Paulsen (1912) deshalb den Tenor der reformpädagogischen Publizistik bissig kritisiert: "Wer Deutschland bloß aus der Li-

teratur kennt, ... muß zu dem Glauben kommen, daß es nie ein Zeitalter gegeben habe, wo mit der Jugend so unbarmherzig umgegangen worden sei; unter dem Beifall aller menschlich Gesinnten müsse demnächst eine allgemeine Empörung gegen dieses verrottete und verruchte Erziehungssystem ausbrechen" (S. 495 f.). Tatsächlich jedoch sei noch nie so viel in Schule und Familie auf junge Menschen eingegangen worden. Sie hätten Freiheiten wie nie zuvor. "Überall ist von den Rechten und Ansprüchen des heranwachsenden Geschlechts die Rede, von seinen Pflichten darf im Jahrhundert des Kindes überhaupt nicht gesprochen werden" (S. 508). Ursache dafür sei der Autoritätsverfall in den Erziehungsmächten, herrschend geworden sei "ein individualistisch-revolutionärer, antiautoritärer Zug" (S. 501). Hinzu komme "das im letzten Menschenalter ungeheuer gesteigerte Wohlleben. Es hat in den oberen Schichten der Gesellschaft, und nicht hier allein, zu einer Verweichlichung auch der Jugenderziehung geführt, die mit Willensschwäche gebüßt wird, gebüßt von den so Erzogenen. Wer in den Knabenjahren streng gehalten oder in engen Verhältnissen aufgewachsen war, wie es für den größten Teil der Studierenden des 18. und noch der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zutraf, der biß, wenn ihn nun auch das Leben einstweilen noch karg hielt, die Zähne zusammen und schlug sich durch. Jetzt fühlt er sich gekränkt und in seinen berechtigten Ansprüchen verkürzt. Statt den Kampf mit dem Leben aufzunehmen, fängt er an zu lamentieren und der Welt mit Klagen und Weltreformplänen lästig zu fallen" (S.509 f.).

Paulsen hält das publizistische Interesse an der Jugend für eine vorübergehende Mode, die polemischen Wortführer wie Ellen Key ("Das Jahrhundert des Kindes", 1900) und Ludwig Gurlitt sind ihm zu unseriös. "Wer in der Welt, frage ich, sollte ein solches Buch zu lesen aushalten, ausgenommen die vereinigten Backfische von Berlin?" (S.507), fragte Paulsen nach der Lektüre von Ellen Keys "Jahrhundert des Kindes". Und Gurlitts Schriften würden "von allen Untersekundanern im Deutschen Reich ... verschlungen" (S. 507 f.), um daraus zu lernen, was für hoffnungslose Tölpel ihre Väter und Lehrer seien.

Nicht, daß Paulsen hier eine konservative Generationsposition vertritt, ist bemerkenswert, sondern daß er die

"Jugendprobleme" für eine publizistisch inszenierte Krise hält, die - so könnte man von heute aus hinzufügen - berufsideologischen Interessen, also der Statusverbesserung von Erwachsenen dient, die eine dementsprechende "öffentliche Meinung" herstellen. Diese gemachte "öffentliche Meinung" aber - und das ist sein entscheidender Einwand - definiert das Jugendproblem gleichsam ausbeuterisch im Sinne von Erwachsenen-Interessen und übergeht dabei die wirklichen Probleme, unter denen die Jungen leiden: Offenheit und "Pluralität" der normativen Horizonte, fehlende Vorbilder für eine akzeptable Identifikation. Das von dieser Publizistik Kritisierte ist gerade das, was fehlt, der scheinbare Fortschritt das eigentliche Problem. Damit ist ein Thema angeschlagen, das die Geschichte der Jugendbewegung und Jugendarbeit in immer neuen Variationen bestimmen wird: die Erwartungen Erwachsener an die junge Generation, ihre Definitionsmacht gegenüber den Problemen Jugendlicher, eine eigentümliche Mischung von Fürsorge und (politischer; emotionaler; beruflicher) Ausbeutung.

Diese und andere Probleme entstehen um die Jahrhundertwende im Rahmen eines rapiden sozialen und normativen Wandels, in dem die Mittelschichten von zwei Seiten bedroht werden: von der industriell-technologischen, schon zu Monopolisierungen neigenden Entwicklung einerseits und von der immer größer und mächtiger werdenden Arbeiterbewegung andererseits. Der Mittelstand vergrößert sich in diesem Prozeß und spaltet sich dabei zugleich, reagiert also weder politisch noch ideologisch einheitlich. Ein Teil der vor allem kaufmännischen und handwerklichen Mittelschicht identifiziert sich mit dem wirtschaftlich-technischen Fortschritt, schickt seine Söhne auf die bald überschwemmten Universitäten oder zumindest auf ein nichthumanistisches Gymnasium, hängt völkisch-imperialistischen Ideologien an und sucht Halt bei der staatlichen Macht, indem er seine Existenz als "staatstragende Mitte" rechtfertigt und deshalb staatlichen Schutz gegen die Bedrohung von oben und unten (gegen die Sozialdemokratie) verlangt. Ein anderer Teil - eben das Bildungsbürgertum - versucht, die neue Lage als Sinn- und Bildungskrise zu artikulieren und damit auch eine Art von Widerstand gegen den "Fortschritt" anzumelden. Wie uneinheitlich

dabei die Positionen sind, zeigt die Stellungnahme Paulsens, der gewiß zu den "Bildungsbürgern" zu rechnen ist, andererseits aber gegen die in den eigenen Reihen entstandene pädagogische Reformbewegung Front macht. Das soziale Schicksal der mittleren Schichten aber und ihre Reaktion auf die als prekär empfundene Lage ist der wichtigste soziale Hintergrund für die Entwicklung der Jugendbewegungen und der Jugendpflege.

Der Wandervogel

Die eben skizzierte Verunsicherung großer Teile des mittleren Bürgertums sowie das Fragwürdigwerden überlieferter sozio-kultureller Normen und Maßstäbe brachten eine ganze Reihe von "Bewegungen" hervor: z. B. die reformpädagogische Bewegung, die Frauenbewegung, künstlerisch-literarische Bewegungen, religiöse und lebensreformerische usw. Nicht nur die Jugendbewegung suchte in dieser Situation nach neuen kulturellen Leitbildern und nach neuen Lebensstilen.

Wie schon angedeutet ist charakteristisch für eine "Bewegung", daß ihre Zielvorstellungen eher gefühlsmäßig als rational begründet sind und daß deshalb der Zusammenhalt ihrer Mitglieder eher auf einer Art von "Lebensgefühl" beruht als auf einem Programm; typisch ist ferner, daß eine Bewegung ihre Ziele nicht in den vorhandenen gesellschaftlichen Institutionen angemessen realisieren kann, sondern dafür neue Organisationsformen braucht. Die Krise, die zur Ursache für eine Bewegung wird, muß allerdings erst von genügend vielen Menschen erlebt und erfahren worden sein, bevor ein Anlaß - wie die Gründung des Wandervogels - genügt, die erlebten Defizite anzusprechen und ins Bewußtsein dringen zu lassen. Aus diesem Grunde ist für eine Bewegung - etwa im Unterschied zu einer zweckrationalen politischen Partei - die relativ große emotionale Energie charakteristisch und damit auch ein relativ großer "subjektiver" Spielraum der Erlebnisdeutung. Da aber eine Bewegung derart fundamentale Ursachen hat, muß sie eine auf die Verbesserung der *gesamten* menschlichen Verhältnisse gerichtete Ideologie entwickeln - sie ist also in einem hohen Maße ideo-

logiebedürftig. Das gilt auch für die bürgerliche Jugendbewegung.

Wandern als kulturelle Alternative

Als Geburtsdatum der bürgerlichen Jugendbewegung gilt allgemein der 4. November 1901. An diesem Tage gründeten zehn Personen, darunter vier Schriftsteller und ein Arzt, in Steglitz bei Berlin den Verein "Wandervogel -- Ausschuß für Schülerfahrten". Zwei Jahre später bezeichnete Gurlitt, einer der Mitbegründer, in einem Bericht an das Kulturministerium den "Zweck" der Vereinigung mit folgenden Worten:

"In der Jugend die Wanderlust zu pflegen, die Mußestunden durch gemeinsame Ausflüge nutzbringend und erfreulich auszufüllen, den Sinn für die Natur zu wecken, zur Kenntnis unserer deutschen Heimat anzuleiten, den Willen und die Selbständigkeit der Wanderer zu stählen, kameradschaftlichen Geist zu pflegen, allen den Schädigungen des Leibes und der Seele entgegenzuwirken, die zumal in und um unseren Großstädten die Jugend bedrohen, als da sind: Stubenhockerei und Müßiggang, die Gefahren des Alkohols und des Nikotins - um von Schlimmerem ganz zu schweigen" (zit. n. Roessler, S. 183).

Der "Wandervogel" war einer zufälligen Eingebung zu verdanken: Eine der jungen Wandergruppen fand auf dem Friedhof von Dahlem eine Grabinschrift mit dem Vers: "Wer hat Euch Wandervögeln die Wissenschaft geschenkt, daß ihr auf Land und Meeren nie falsch die Flügel lenkt" Die Gruppe schlug vor, den Namen "Wandervögel" für sich zu übernehmen, was dann auch geschah. Die Episode zeigt übrigens, daß die Vereinsgründung keineswegs der Anfang der Bewegung war, sondern daß es auch vorher schon wandernde Gruppen gab, so die Schülerausflüge unter Leitung des Stenographielehrers Heinrich Hoffmann. Die Gründung eines Vereins unter Leitung von Erwachsenen war aus rechtlichen Gründen nötig und außerdem den Eltern und der Öffentlichkeit gegenüber aus Gründen der Reputation zweckmäßig, denn die Schule konnte damals die Teilnahme an derartigen Vereinigungen verbieten.

Nach den zeitgenössischen Schilderungen muß das Wandern bei den daran Beteiligten tiefe Eindrücke hinterlassen haben. Man entrann auf diese Weise den alltäglichen,

sehr engen Sozialkontrollen und genoß das Gefühl persönlicher Freiheit. Es entwickelte sich ein eigentümlicher, asketischer Lebensstil. Die Kleidung war einfach und wetterfest, gekocht wurde im Freien, übernachtet in der Scheune eines Bauern oder allenfalls in einfachen Dorfgasthöfen. Leitbild war der mittelalterliche Scholar, der durch die Lande zog. In den ersten Jahren identifizierte man sich bis zu einem gewissen Grade mit den Landstreichern und übernahm teilweise deren Idiom. Das beliebteste Musikinstrument wurde die Gitarre, zu deren Begleitung Volkslieder und Landsknechtslieder gesungen wurden. Hans Breuer, einer der Führer der ersten Stunde, sammelte alte Volkslieder aus dem 15. bis 18. Jahrhundert und gab sie im "Zupfgeigenhansl" (1909) heraus. Das Buch wurde ein Bestseller und bis 1933 über eine Million Mal verkauft. Es war nicht zuletzt aus Verdruß über die zum Teil unkultivierte Singerei der Wandervogelgruppen entstanden, die ziemlich wahllos sangen, was ihnen gerade Spaß machte (vgl. Kolland, S. 142). Breuer glaubte, daß das alte Volkslied ursprüngliche, echte, noch nicht durch die moderne Zivilisation korrumpierte Gedanken und Gefühle enthalte und somit gerade für den volkstümlichen Geist des Wandervogel geeignet sei.

Einzelheiten des Ablaufs einer Wanderfahrt hat Hans Blüher im Jahre 1908 in einem Aufsatz mit dem Titel "Wie werden die Reisen des Alt-Wandervogel ausgeführt?" anschaulich geschildert:

"Wenn die Sonne eben erst hinter den Horizontwolken emporgeklommen ist, lagert schon eine kleine Horde von 8-10 Wandervögeln am Ufer des rauschenden Gebirgsbaches und kocht sich ihren Morgen-Kakao ... der eine kommt eben aus dem Dörfchen und bringt Semmeln, Kuchen, Brot und andere Labemittel mit, die er auf 'Staatskosten' eingekauft hat; der andere bläst das Feuer an, das auszugehen scheint und ein dritter gießt Spiritus auf den neugekauften Kocher, der natürlich fortwährend versagt. In Gruppen zu je zwei sitzen sie zusammen. Der Führer, ein älterer Schüler oder Student, unterscheidet sich im wesentlichen gar nicht von den übrigen. Er ist kein Lehrer, kein Erzieher, wenigstens nicht von Beruf, sondern er ist *Kamerad*. Er hat den Plan zur Reise ausgearbeitet und an die Geschäftsstelle des Kreises gesandt. Diese hat, weil sie ihn gut kennt, seine Eigenschaften zu schätzen weiß und das Vertrauen in ihn setzt, die Verantwortung über eine Horde mit Bewußtsein tragen zu können, seine Reise bewilligt, sie auf den vor jeden Ferien er-

scheinenden Fahrtenzettel gesetzt, und nun hat sich eine Horde von wanderlustigen Schülern zusammengefunden, ihm das festgesetzte Reisegeld eingezahlt und im Vertrauen auf seine Tüchtigkeit, seinen Opfermut, seine Kameradschaftlichkeit und Treue ihm das Versprechen gegeben, ohne Zögern seinen etwaigen Anordnungen zu folgen und ihm treu zu sein, bis das gute Schicksal sie wieder zu 'Muttern' zurückgeleitet hat. Der Führer ist also, trotzdem er oft nur wenig älter wie die Teilnehmer ist, Alleinherrscher und also auch allein für alles verantwortlich.— - Inzwischen ist das Abkochen beendet. Am Bache wird das Emaillegeschrir abgewaschen, das Feuer wird ausgetreten resp. der Spirituskocher zusammengelegt, je nach Geschmack. Überall zerstreut liegen die Herrlichkeiten, die der Rucksack birgt. Noch einen schnellen Blick darauf, ehe es zusammengepackt wird! Da liegt lang auseinandergezogen der warme 'Schlafsack', aus einer ehemaligen Reisedecke zusammengenäht, nebst der wasserdichten Regenpellerine. Rings herum verstreut der Kochtopf, Teller, Tasse, Löffel und Messer; dann in kleine Leinensäcke gehüllt allerhand Mund- und Kochvorrat, wie Kakao, Zucker, Mehl, Salz, 'Suppentafeln', Erbswurst, Haferflocken, Backobst, und was das Herz sonst noch bedarf, um einfach aber gediegen leben zu können; doch Tabak oder starken Alkohol wird man vergebens suchen; nur der Führer hat wohl unter seiner Reiseapotheke eine Flasche guten Cognac.

Jetzt ist alles zusammengepackt Übermorgen ist ... 'Poststation' ... da wird die Post des betreffenden Städtchens, das der Führer vor der Reise festgesetzt hat, förmlich bestürmt. Postlagernde Sendungen liegen da von 'zu Hause': Briefe, Karten usw., vor allen Dingen aber ein großer schöner Korb von Muttern mit allerhand schönen Sachen und Proviant für die Wanderschaft. Die schmutzige Wäsche usw. wird dann gleich in demselben Korb nach Hause geschickt, damit Mutter auch was hat ... alle drei Tage (ist) Poststation und alle acht Tage Paketstation

Nun geht es aber endgültig weiter! Am Fließchen entlang zwischen den Bergen durch Dörfchen und Städtchen. Es fängt an heiß zu werden. In jedem Dorfe wird haltgemacht; der kühle Brunnen spendet Erfrischung, oder ein Topf fetter Milch, die der Führer kauft, wird gierig verschlungen. Wenn die Hitze zu groß ist, wird wieder haltgemacht am Bache hinterm Dorf, und jetzt beginnt das große Mittagskochen, das im Sommer fünf, sechs Stunden dauert. Der Führer zahlt 20-30 Pf. 'Sold' aus, damit sich jeder im Dorf etwas zum Kochen kaufen kann, oder er läßt sich auf Staatskosten alles Nötige herbeiholen, wozu die Bauernkinder oft genug diensteifrig bereit sind ... und jetzt beginnt eine Abkocherei, wie sie im Manöver auch nicht besser zu finden ist. Die übrige Zeit wird mit Verdauen, Schlafen, Baden usw. zugebracht. Neigt sich die Sonne und fängt es an, wieder kühl zu werden, dann gehts weiter, bis das Ziel des Tages ungefähr erreicht ist. Im Dorfkrug wird eingekehrt. Der Führer be-

stellt ein Nachtlager, aus einer Schütte Stroh aus der Tenne oder einem Heuboden bestehend. Dann wird noch etwas aus den mitgebrachten Vorräten gefuttert, ein oder mehr Liedlein zum leichten Biere gesungen, und wenn der eine oder der andere anfängt zu gähnen oder einzuschlafen, gehts ins Stroh. Gelingt es den Wandervögeln, durch ihr frisches und fröhliches Auftreten, durch ihren einfachen Gesang, durch ihr Spielen mit Harmonika, Gitarre oder Mandoline die Gunst des Wirtes zu erringen, so kostet ein solches Nachtlager nichts, und das ist fast immer so. Nur selten muß der Führer 10 bis 20 Pf. pro Mann bezahlen ... außer dem eingezahlten Betrage ist kein Geld nötig, außer wenn einer viel Ansichtskarten zu kaufen gedenkt und mit dem 'Solde' nicht auszukommen glaubt. Doch ist es bei uns verboten, außer dem eingezahlten Betrage größere Beträge mitzunehmen, um sich damit besonders gütlich zu tun. Jeder soll gleich viel mithaben; der Ärmere soll nicht zusehen, wie der Reichere von seinen Reichtümern schlemmt, während er bescheiden leben muß" (zit. n. Ziemer/Wulf, S. 139 ff.)

Die Mitgliedschaft im Wandervogel erforderte einen hohen Teil der Wochen- und Jahresfreizeit. Aufgenommen als Mitglied wurde nur, wer in die Gruppe zu passen schien. "Mitläufer" wurden nicht geduldet.

Aus der ursprünglich eher naiven Freude am Wandern und seinen Erlebnismöglichkeiten wurde bald eine eigentümliche jugendliche Freizeit-Subkultur; aus der Spontaneität kleiner Gruppen ohne übergeordnete Organisation wurde eine überregionale Organisation, die sich nun auch öffentlich präsentieren mußte und dabei in Konflikte geriet, wie noch zu zeigen sein wird.

Zunächst aber wuchs die Bewegung in den ersten zehn Jahren langsam an, an vielen Orten entstanden neue Gruppen. Von Anfang an war sie von Spaltungen bedroht, die aus Richtungskämpfen und persönlichen Animositäten erwuchsen. Schon 1904 spaltete sich der Wandervogel wegen des autoritären Führungsstils von Karl Fischer, seines Führers, in den "Wandervogel, eingetragener Verein zu Steglitz" und den von Fischer weiter geführten "Altwandervogel", der sich über ganz Deutschland ausbreitete, während der "e. V." nur auf Berlin beschränkt blieb. Ab 1907 bildeten sich neben dem Wandervogel andere Gruppen, vor allem unter Studenten, die die Idee des Wanderns mit neuen Formen der Lebensführung verbinden wollten.

Ihren Höhepunkt vor dem Ersten Weltkrieg erreichte die Jugendbewegung mit dem gemeinsamen Treffen der jugendbewegten Gruppen auf dem Hohen Meißner, das am 13. Oktober 1913 stattfand, am Tage des in Deutschland mit viel Patriotismus und Nationalismus gefeierten 100jährigen Jubiläums der Völkerschlacht bei Leipzig. Ausdrücklich als eine Art von "Gegen-Fest" war der "Hohe Meißner" gedacht. Aber die Hoffnungen, eine gemeinsame Plattform und organisatorische Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen zu finden, erfüllten sich nicht. Die einzelnen Gruppen wollten ihre Autonomie behalten. Die sogenannte "Meißner-Formel", auf die man sich einigte, brachte kein Programm, sondern eher ein Lebensgefühl zum Ausdruck:

"Die freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung vor eigener Verantwortung mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein."

Instruktiv für das Bewegende der Bewegung ist die Einladung zum Meißner-Fest, in der es hieß:

"Die deutsche Jugend steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Jugend, bisher nur ein Anhängsel der älteren Generation, aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet und auf eine passive Rolle verwiesen, beginnt sich auf sich selbst zu besinnen. Sie versucht, unabhängig von den Geboten der Konvention sich selbst ihr Leben zu gestalten. Sie strebt nach einer Lebensführung, die jugendlichem Wesen entspricht, die es ihr aber zugleich auch ermöglicht, sich selbst und ihr Tun ernst zu nehmen und sich als einen besonderen Faktor in die allgemeine Kulturarbeit einzugliedern. Sie möchte das, was in ihr an reiner Begeisterung für höchste Menschheitsaufgaben, an ungebrochenem Glauben und Mut zu einem adligen Dasein lebt, als einen erfrischenden, verjüngenden Strom dem Geistesleben des Volkes zuführen" (zit. n. Sauer, S. 66).

Im Meißner-Jahr 1913 vereinigten sich die meisten Wandervogelgruppen zum Wandervogel e. V., der ein Jahr später bereits 40 000 Mitglieder zählte. Aus Protest gegen das Überhandnehmen von Oberlehrern und von Elternausschüssen als Beratern spaltete sich dabei der Jungwandervogel mit etwa 1500 Mitgliedern ab.

Vorbereitet wurde das Meißner-Fest von der "Deutschen Akademischen Freischar", einer 1907 in Göttingen gegründeten Organisation von Studenten, die die lebens-

reformerischen Ideen der Jugendbewegung zur Reform des studentischen Korporationswesens bzw. als dessen Alternative praktizieren wollten. Im Zusammenhang mit dem Fest wurde dann der "Freideutsche Bund" gegründet, der den älteren Wandervögeln aller Gruppierungen offenstehen sollte. Aber der größte Verband, der Wandervogel e. V., trat dem Bund nicht bei und nahm auch offiziell nicht am Meißner-Fest teil. Er fürchtete, von politischen bzw. ideologischen Intentionen Erwachsener in Anspruch genommen zu werden.

Diese Furcht war nicht unbegründet; denn in der Tat gaben auf dem Meißner die Erwachsenen den Ton an; mit ihren Reden versuchten sie, die Jungen für ihre Ideen zu gewinnen. Die Gegensätze waren dabei so groß, daß es nur mit Mühe gelang, jene gemeinsame Formel zu finden. Sie war ein Kompromiß zwischen den beiden Hauptströmungen in der Jugendbewegung: dem konservativen, lebensreformerischen einerseits, der mit dem Wandern neue Formen der Lebensführung wie Nikotin- und Alkoholo-Abstinenz, "gesundes" Essen und Kleiden usw. verband, und einem schulrevolutionären, dessen bedeutendster Repräsentant Gustav Wyneken war; dieser Flügel wollte eine "Jugendkultur" gegen Elternhaus und Schule durchsetzen.

Wyneken war Lehrer an einem Landerziehungsheim und gründete 1910 die "Schulgemeinde Wickersdorf". Volle kameradschaftliche Gleichberechtigung von Lehrern und Schülern, Autonomie der Jugend und Eigenwert des Jugendalters als einer wesentlichen Phase der Kultur überhaupt ("Jugendkultur") waren die herausragenden Punkte seines Programms. Sprachrohr dieser Gruppe war die 1913 gegründete Schülerzeitung "Der Anfang". Sie wurde redigiert von Wyneken; zu den Herausgebern gehörte S. Bernfeld; und sie hatte rund 800 Abonnenten. Durch ihre Attacken gegen die bürgerlichen Sozialisationsinstanzen Familie, Schule und Kirche erregte sie großes Aufsehen. Die Beiträge waren meist von Jugendlichen verfaßt, Wyneken hatte dafür die presserechtliche Verantwortung übernommen.

Der öffentliche Konflikt konnte nicht ausbleiben. Er entzündete sich an einem anonymen Pamphlet über die Freideutsche Jugend, das in einem katholischen Verlag in

Bayern erschien und in dem Zitate aus dem "Anfang" und von Wyneken zusammengestellt und polemisch kommentiert wurden. Dieses Material griff der bayerische Zentrumsabgeordnete Schlittenbauer auf, um im Bayerischen Landtag die liberale Politik des Kultusministers von Knilling zu attackieren. Die "Freideutsche Jugend" war ihm dabei nur eine willkommene Gelegenheit, auf die Folgen einer derartigen Politik hinzuweisen. Die so inszenierte Pauschal-Diskussion über "die" Freideutsche Jugend wurde über die Presse auch in andere Länder des Reiches getragen, wo sie teilweise auch zu parlamentarischen Debatten führte. Über Nacht sah sich damit die Freideutsche Jugend einer öffentlichen Polemik ausgesetzt; differenzierte Klarstellungen etwa über den pluralistischen Charakter des Bundes, in dem niemand für den anderen sprechen könne, nutzten nichts. Wyneken, dessen Ansichten in erster Linie den Konfliktstoff abgaben, stellte sich in vielen Vorträgen mutig dieser Auseinandersetzung, was die Gemüter verständlicherweise nicht beruhigen konnte. Obwohl der Auslöser dieser Kampagne rein parteitaktischer Natur war, zeigte die Auseinandersetzung doch, wie empfindlich ein großer Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit auf den Anspruch der Jugend auf "Selbstbestimmung" reagierte sowie auf ihren Versuch, auf Distanz zu den überlieferten Erziehungsmächten zu gehen. Erst recht hatten Wynekens radikale pädagogische Ideen, nach denen ja auch die Schule nach dem Muster seiner "Jugendkultur" umgestaltet werden sollte, keine öffentliche Chance. Er war vielmehr zu einer Belastung für den Bund geworden und trat mit seiner Schulgemeinde - keineswegs freiwillig - auf dem Vertretertag des Freideutschen Bundes im März 1914 in Marburg aus. Dieser Schritt wurde jedoch von der Öffentlichkeit kaum beachtet, die Identifizierung von Wyneken und Freideutscher Jugend wurde fortgesetzt.

Auf diesem Treffen wurde auch die Meißner-Formel unter maßgeblichem Einfluß von Paul Natorp in bezeichnender Weise geändert. Statt "Autonomie" der Jugend hieß es nun:

"Die Vermittlung der Werte, welche die Älteren erworben und überliefert haben, wollen wir dadurch ergänzen, daß wir mit innerer Wahrhaftigkeit unter eigener Verantwortlichkeit unsere Kräfte selber entwickeln."

Diese Formulierung hatte jedoch keine Bedeutung für die Zukunft; auch später berief man sich auf die ursprüngliche Fassung. Die Gegensätze innerhalb des Freideutschen Bundes waren also beträchtlich, und es ging keineswegs nur um die etwas schwierige Persönlichkeit Wynekens, der die Solidarität der anderen überstrapazierte. Es ging in erster Linie um die nur schwer zu vermittelnden und einer ernsthaften öffentlichen Belastung nicht gewachsenen Differenzen zwischen dem konservativ-völkischen Flügel und dem radikalen Engagement Wynekens und seiner Sympathisanten, das der konservative Flügel als einseitige politische Parteinahme ansah, wovon der Bund sich grundsätzlich freihalten müsse. Dies war jedoch nicht die einzige öffentliche Auseinandersetzung, der sich die Jugendbewegung zu stellen hatte. Es gab weitere, so vor allem auch über die "Judenfrage" und über die Homosexualität. Der Wandervogel war zwar ohne Beteiligung von Juden gegründet worden, aber im Laufe der Zeit traten auch Juden in die Gruppen ein. Zwar war damals nur 1 Prozent der Bevölkerung Juden, aber in den großen Städten und in den Gymnasien waren sie überrepräsentiert. Es lag nahe, daß sie sich auch den Gruppen des Wandervogels anschließen wollten. Im Jahre 1912 wurde einem jüdischen Mädchen in Zittau der Beitritt mit der Begründung verweigert, der Wandervogel sei eine deutsche Bewegung und habe deshalb für Juden keinen Platz. Der Fall gelangte in die Presse und löste im Wandervogel eine heftige Diskussion aus. Friedrich-Wilhelm Fulda, der Redakteur der "Wandervogelführerzeitung", eröffnete eine Hetzkampagne gegen die Juden, von der sich die Mehrheit der Führer allerdings distanzierte, einige gründeten sogar aus diesem Grunde ein Gegenblatt. Nun schalteten sich aber von außen radikale Antisemiten ein und versuchten, die Jugendbewegung auf ihre Seite zu ziehen. Die meisten Führer wollten sich in diese Diskussion erst gar nicht verwickeln lassen, aber die Verunsicherung war so groß, daß eine Entscheidung gefällt werden mußte. Ostern 1914 - also nach dem Meißner-Fest, auf dem "politische und religiöse Neutralität" postuliert worden war - sollte dies geschehen. Der Bundestag beschloß, daß jede einzelne Gruppe entscheiden sollte, ob und in welchem Umfang sie Juden aufnehmen wolle, grundsätzliche Erklärungen jedoch, Ju-

den nicht aufzunehmen, seien nicht gestattet (dies wäre vom damaligen Staat als Mangel an staatstreuer Gesinnung und als Störung der nationalen Einheit angesehen worden, zumal wenn Lehrer, die oft Führer von Wandervogelgruppen waren, sich daran beteiligten). Die Gruppen bzw. Gaue reagierten darauf unterschiedlich, einige nahmen keine Juden auf, andere offenbar ohne Beschränkung.

Der aggressive Antisemitismus war zwar Sache einer kleinen Minderheit, aber das Problem des Wandervogels bestand darin, daß er sich als eine *deutsche* Bewegung verstand und daß die Leitbilder des Deutschtums nicht aus der Gegenwart, sondern aus der Vergangenheit - dem Germanentum - genommen wurden. Die assimilierten deutschen Juden vor dem Ersten Weltkrieg waren zwar Deutsche, aber sie stammten nicht von den Germanen ab. Interessant und problematisch genug ist in dieser Frage die Haltung Karl Fischers, des Begründers des Wandervogels, von dem Hans Blüher, ihr erster Chronist, schreibt:

"Es waren nationale Pläne, die ihn leiteten, und der Wandervogel sollte ein neuer und origineller Ausdruck für eine besondere Seite des nationalen Gedankens sein, für die er freilich nie ein rechtes Wort zu finden vermocht hat Und er wußte es nicht genug zu loben, wenn junge Studenten, statt sich in Jena und Marburg vollzutrinken und vom Vaterlande zu schwärmen, lieber in Prag und Wien, oder sonst einem bedrohten Orte, etwas fürs Germanentum taten. Dabei war sein Verhältnis zu den fremden Völkern überaus maßvoll und durchdacht; niemals würde er sich in fanatische Hetzereien eingelassen haben, und was besonders die Juden im Inlande anbetraf, so verstand er ihnen gegenüber eine besonnene und gerechte Haltung einzunehmen Fischer verkehrte mit Juden und wollte, daß diese sich zusammentäten, so daß Nation neben Nation stände und jeder wüßte, wo der andere sei. Fischer besaß Anerkennung und Würdigung des fremden Wesens, aber er verlangte von den Juden auch, daß sie sich zu einer semitischen Kultur verstünden, wie er zu einer germanischen; dann wollte er sie achten" (zit. n. Pross, S. 171).

Eine andere Streitfrage war das Thema Homosexualität. Anlaß für die Diskussion darüber, ob im Wandervogel die Homosexualität grassiere, war ein Prozeß in den Jahren 1908/1909, in den einer der maßgeblichen Führer des Wandervogels, Willi Jansen, verwickelt war. Wie schon in der Judenfrage, so wurde auch hier durch eine öffentliche Kampagne die Führerschaft des Wandervogels verunsi-

chert. Es kam zu schweren inneren Auseinandersetzungen. Der Homosexualität verdächtige Führer wurden hinaus gedrängt (eine Gruppe von Führern forderte sogar, daß jeder Führer einen Revers unterschreiben solle, daß er sich derartiger Neigungen nicht bewußt sei). In dieser Auseinandersetzung behauptete Jansen, seine Verfolger innerhalb des Wandervogels seien deshalb so eifrig, weil sie sich selbst über die Motive nicht klar seien, die sie zur männlichen Jugend hinzögen. Hans Blüher griff in seiner "Geschichte des Wandervogels" Band 2 (1912) sowie ausführlicher in seinem Buch "Die deutsche Wandervogelbewegung als erotisches Phänomen" diese Behauptung auf und erklärte den Wandervogel für ein durch und durch homosexuelles Phänomen. Diese These ist im ganzen sicher falsch und vom Temperament des Kampfes geprägt. Blüher hat die Erfahrung, daß Wandervogelführer in besonderem Maße "Schwierigkeiten beim Weibe" (Blüher) hätten, als Homosexualität mißdeutet. Aber diese Auseinandersetzung zeigt, daß zumindest für die älteren Wandervogelführer und für die Studenten die sexuelle Problematik eine große Bedeutung haben mußte in einer Gesellschaft, die von allen Tabus die sexuellen am zähesten verteidigte. Die öffentlichen Auseinandersetzungen, die die Jugendbewegung bestehen mußte, zeigen, daß die bürgerliche Umgebung zwar bereit war - nicht zuletzt vorbereitet durch die öffentliche Diskussion über Erziehungsfragen - , Jugendlichen in ihrer Freizeit einen eigenen Handlungsspielraum zuzugestehen, daß sie dabei aber sehr enge Grenzen zog. Die Jugendlichen blieben in diesen Grenzen. Abgesehen von der Minderheit um Wyneken waren die meisten Wandervögel damit zufrieden, daß der neue Freiheitsspielraum sich auf die Freizeit beschränkte, der Umgang mit den gesellschaftlichen Institutionen sich aber nicht änderte. Familie und Schule wurden im allgemeinen als "notwendiges Übel" hingenommen, aber Engagement und Phantasie verlagerten sich in die Freizeit. Je größer die Organisation wurde, um so konformistischer mußte sie den öffentlichen Erwartungen entsprechen. "Das Wachstum der Wandervogelbewegung läuft parallel mit der Anpassung der Bewegung an die Erwartungen und Vorstellungen maßgeblicher Erwachsenengruppen" (Aufmuth, S. 184).

Das zeigte sich auch in der Frage des Mädchenwanderns. Nicht das Wandern, aber der damit verbundene Sinn und Erlebnisgehalt waren männlich, ein Angebot für die männliche Pubertät, so wie die herangezogenen romantischen Traditionen eben männlich und nicht weiblich waren. Insofern war es ein Problem, ob die Gruppen Mädchen aufnehmen sollten. So wie Karl Fischer die Juden nur insofern respektierte, als sie ihr eigenes "Wesen" im Unterschied zu seinem "deutschen" akzeptierten und kultivierten, so hatte in den Augen vieler Wandervögel das Mädchen ebenfalls ein eigenes, vom Jungen verschiedenes "Wesen"; bei gemischten Gruppen komme deshalb niemand letztlich auf seine Kosten, besser sei, wenn die Mädchen in eigenen Gruppen wanderten. Außerdem würden individuelle Beziehungen zwischen Jungen und Mädchen die Gruppenstruktur sprengen. Wo meist unter Aufsicht der mitgenommenen Mütter - gemischt gewandert wurde, wie vor allem in Süddeutschland, änderte sich in der Tat der Stil: Man übernachtete möglichst in festen Häusern (Landheime) und weniger unter den primitiven und "schmutzigen" Bedingungen des Strohlagers. Dabei blieb die überlieferte Rollenverteilung von Mann und Frau weitgehend erhalten, das Ideal war die gute Hausfrau. So schrieb Hans Breuer:

"Dort in den Landheimen, da lernen die Mädchen alle die Tugenden, die gerade sie später im Leben brauchen. Sie lernen ein Haus, ein Heim gemütlich und behaglich machen, seine Mauern mit schöner Harmonie und Lebensfreude erfüllen, sie lernen Häuslichkeit, Verträglichkeit. Anstelle rauher Gewaltmärsche wird man Spiel und Reigen und Tanz, kurz alles, was die Grazie der Bewegung fördert, zu beleben suchen. Man wird ihre Sonderinteressen zu nähren haben, ihnen Einblick geben in die Haushaltungen in Stadt und Land, in deren wirtschaftliches Getriebe, Kinderpflege und Erziehung auf dem Lande, Krankenwartung und manches andere. Im Gegensatz zu den Buben, wo es auf Tatkraft, Willens- und Charakterbildung ankommt, wird man den Aufenthalt in der freien Natur mehr der Vertiefung des Gemüts- und Gefühlslebens weihen Diese seichte Gleichmacherei, welche das Mädchenwandern mit Gewalt in das Jungensschema hineinpressen will, soll keine Heimat bei uns finden" (zit. n. Jungmann, S. 683).

Die Jungen sollten nicht verweichlichen, die Mädchen nicht "verbengeln". Und außerdem ließ sich durch die Trennung der Geschlechter auch die sexuelle Problematik entschärfen,

die damals in aller Breite öffentlich diskutiert wurde Jungmann kommt in seiner Studie über "Autorität und Sexualmoral in der freien bürgerlichen Jugendbewegung" (1936) zu dem Ergebnis, daß die Jugendbewegung die alten Verbote aufrechterhalten habe und die lebensreformerischen Gebote der Reinheit und Abstinenz auf die Keuschheit ausgedehnt und diese Gebote dann verinnerlicht und sentimentalisiert habe. "Kameradschaft" zwischen Jungen und Mädchen war das Verhaltensregulativ, das nicht nur eine sexuelle Distanz schuf, sondern offenbar auch den unkomplizierten und vorbehaltlosen Austausch von Gedanken und Gefühlen behinderte. Man wollte es den Erwachsenen schon zeigen, daß man auch ohne ihre Aufsicht "reinbleiben" würde.

Nun muß man allerdings bedenken, daß die Sozialkontrolle für die Mädchen damals viel enger war als für die Jungen. Das "Schickliche" konnte weit vor sexuellen Beziehungen verletzt werden, z. B. schon durch leichte Abweichungen in der Kleidung. Die Berichte lassen daran keinen Zweifel (z. B. Ziemer/Wulf, S. 352 ff.). Unter diesen Umständen hätten gemischte Gruppen als Prinzip zweifellos zu ständigen Belastungen geführt oder dazu, daß die Wandergruppen unter der ständigen Aufsicht von Erwachsenen gestanden hätten. Andererseits wäre auch vom Standpunkt der Mädchen aus zu fragen, ob sie in gemischten Gruppen auf die Dauer wirklich auf ihre Kosten gekommen wären oder ob sie dort den Jungen nicht untergeordnet geblieben wären. Wahrscheinlich konnten sie sich in den Mädchengruppen unbekümmerter entfalten und dort eher einen eigenen Stil finden. Auch die Vorstellung der "Emanzipation" muß historisch relativ verwendet werden. Jedenfalls war auch für die Mädchen das Wandern ein erster wichtiger Ausbruch aus der heimischen Sozialkontrolle und ihrer Normen.

Identität in kultureller Mehrdeutigkeit

Der Wandervogel war mehr als nur ein Wanderverein für Jugendliche, sonst hätten seine "Erfindungen" nicht für Jahrzehnte eine solche Wirkung gehabt. Will man seine pädagogische Bedeutung nachträglich auf einen Begriff bringen, dann kann man sagen, daß er die Möglichkeiten

und Schwierigkeiten der Identitätsfindung bürgerlicher Jugend in Zeiten starken kulturellen Wandels zum Ausdruck gebracht hat. Diese These soll durch einige Überlegungen präzisiert werden.

1. Die Mitglieder des Wandervogels kamen durchweg aus dem mittleren Bürgertum und hier vor allem aus dem Bildungsbürgertum, von dessen prekärer gesellschaftlichen Lage eingangs schon die Rede war. Das landläufige Bild jedoch, daß diese Jugend gegen ihre damaligen Sozialisationsagenturen protestiert habe und sich dabei einen Spielraum "eigener Verantwortung" erkämpft habe, ist zumindest einseitig. Der Wandervogel entstand nämlich an einem der liberalsten Gymnasien des damaligen Deutschland, und seine Mitglieder kamen aus relativ liberalen Elternhäusern. Sie waren dort zu kritischer Sensibilität erzogen worden. Das Problem der Wandervögel war weniger die Unterdrückung durch Familie und Schule - jedenfalls nicht im Vergleich zu anderen Gleichaltrigen - , sondern umgekehrt in relativ offen gewordenen Lebenshorizonten eine Identität zu finden, die nicht mehr durch Identifikation mit einem objektiv vorgesehenen Wertkanon zustande kommen konnte, sondern nur durch verinnerlichte Aneignung der Werte aus "innerer Wahrhaftigkeit". "Die Verantwortung für 'richtiges' wertadäquates Handeln ging zunehmend von einem kollektiven Normenkodex auf das einzelne Individuum über" (Aufmuth, S. 159).

Insofern war die "Innerlichkeit" der Meißner-Formel keineswegs nur Pathos. Nimmt man den Erwartungsdruck hinzu, der in der schon erwähnten "Kulturkritik" und in den Hoffnungen der "Jugendkultur" zum Ausdruck kam, dann wird verständlich, daß nun Ich-Identität gefunden werden mußte in einem ganz neuen Sinne, eben nicht durch Identifikation mit kollektiven Normen, sondern durch verinnerlichte Bearbeitung. Und andererseits war diese Subjektivierung und Individualisierung mit größeren Schwierigkeiten und erheblichen Gefahren des Scheiterns verbunden, weil plausible äußere Maßstäbe der Anerkennung dafür fehlten. In diesem Zusammenhang bekommt auch das Pathos der Idealisierung einen Sinn, weil die Maßstäbe der Verinnerlichung rigoroser sind, als wenn Identität primär auf Anerkennung durch Kollektive beruht.

Allerdings kostet die rigorose Idealisierung der Werte den Preis der inhaltlichen Unbestimmtheit, und dies wiederum machte sie disponibel für von außen kommende Ansinnen, auch für politische Verführungen

Dieses Problem der neuen Identitätsfindung haben sich die Jugendlichen nicht ausgesucht, es ist ihnen durch den kulturellen Wandel aufgezwungen worden, und der Wandervogel war ein Reflex darauf. In dieser Sozialisationslage wurden die gleichgestimmten Gleichaltrigen eine Hilfe, weil sie dieselben Probleme hatten und ihren menschlichen "" sich gegenseitig bestätigen konnten. Um mit ihnen zusammentreffen zu können, wurde ein von den Erwachsenen möglichst nicht unmittelbar beeinflusster "Raum" benötigt, und dies war das heimische "Nest" bzw. die Wanderfahrt.

Andererseits war es nur eine kleine Minderheit aus den genannten Schichten, die den Weg zum Wandervogel fand. Jungmann hat diese Minderheit als besonders neurotisiert bezeichnet; diejenigen, die z.B. "normale" Beziehungen zum anderen Geschlecht hatten und "poussierten", seien gar nicht erst aufgenommen worden und hätten daran wohl auch kein Interesse gehabt. Richtig daran ist sicher, daß es sich um einen besonders sensibilisierten Teil der Jugend aus dem mittleren Bürgertum gehandelt hat, der für neurotische Reaktionen durchaus prädestiniert war. Aber diese Minderheit entwickelte eine Lösung des Identitätsproblems, die später tendenziell für die ganze junge Generation Gültigkeit erlangen sollte. Identität in einer mehrdeutigen kulturellen Situation war nur zu haben, wenn in einem mehr oder weniger großen "Spielraum" psychische "Eigenarbeit" "vor eigener Verantwortung" geleistet wurde. Dazu wurde nicht nur die Gleichaltrigengruppe als eigentümlicher Sozialisationsraum erforderlich, sondern auch ein eigentümlicher Erlebnisgehalt, der sich von dem der Erwachsenengeneration unterschied.

2. "Wo Väter und Söhne ganz und gar einig lebten, der Vater seinen Charakter dem Sohne widerstandslos zu übertragen vermochte und dieser stolz war auf das Erbe der Väter, da gab es keinen Boden für den Wandervogel" schrieb Hans Blüher (4. Aufl. 1919, S. 88). In der Tat war der Wandervogel ein Versuch, sich wenigstens teilweise

und zeitweise von der Familie - und hier vor allem vom patriarchalischen Vater - zu emanzipieren. Damit setzte eine Entwicklung ein, die man als eine Art von gesellschaftlicher Demontage des Vaters bezeichnen kann und die bis in die Gegenwart zur "vaterlosen Gesellschaft" (Mitscherlich) und zur Dominanz der mütterlichen Erziehung führte. Dieser Prozeß der Emanzipation vom Vater ist jedoch keineswegs nur ein "Fortschritt", er wirft vielmehr auch eine Reihe neuer Sozialisationsprobleme auf; denn in dem Maße, wie die Abarbeitung an der Autorität des Vaters im Spielraum zwischen Widerstand und Unterwerfung als Leitmotiv der Sozialisation entfiel, mußten sich auch Form und Inhalt der Sozialisation selbst verändern. Die Relativierung der väterlichen Autorität ist jedoch nicht nur eine innerfamiliäre Frage, sie deutet vielmehr allgemeine gesellschaftliche Wandlungen an. Was die Wandervögel an der Wilhelminischen Gesellschaft kritisierten - phrasenhafte Leere; Unwahrhaftigkeit von Regeln und Ritualen; in leeren Formen erstarrte menschliche Beziehungen; und vor allem: die emotionale Rigidität, die Unfähigkeit, Gefühle auszudrücken und auszutauschen - , galt auch für die durchschnittliche Familienbeziehung. Das historisch obsolet gewordene Patriarchat, das die Versprechungen nicht mehr halten konnte, deretwegen man sich unterwerfen sollte, mußte eine ebensolche Leere und Halbheit innerhalb der Familie hinterlassen wie in der Wilhelminischen Gesellschaft auch, deren innere Verfassung ja nicht zuletzt deshalb so widersprüchlich war, weil Formen und Träger der Herrschaft historisch längst überholt waren. So ist es vielleicht kein Zufall, daß gerade in Kreisen des mittleren Bürgertums die Jugendbewegung entstand; denn im Unterschied zur Arbeiterjugend, die schon früh wirtschaftlich selbständig und damit unabhängig vom Vater wurde, wurde gerade hier die Unsicherheit der gesellschaftlichen Position zwischen den großen Klassen empfunden. Aufstieg und Fortkommen mußten die Jugendzeit und damit die (materielle) Abhängigkeit vom Vater verlängern, *ohne* daß der Vater irgendwelche Garantien für die Zukunftssicherung übernehmen konnte. Gerade dies schien aber im Großbürgertum, vor allem im Wirtschaftsbürgertum, (noch) anders zu sein: Die Unterwerfung unter den Vater und damit die Anerkennung der von ihm diktier-

ten und repräsentierten "Kultur" schien sich im Hinblick auf die eigene Zukunft zu lohnen. So ließe sich vielleicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade erklären, wieso die Jugendbewegung zwar in einem bestimmten bürgerlichen Milieu entstand, sich dann aber allgemein durchsetzte. Die Demontage des Vaters begann dort, um sich dann generell für die ganze Jugendgeneration durchzusetzen.

Natürlich waren den damaligen Wandervögeln derartige Interpretationen ihrer selbst nicht möglich. Für sie war das, wogegen sie sich wandten, etwas, was jeden Tag sinnlich erfahrbar war. Zum Beispiel das Bild eines "normalen" Sohnes, das ein Jugendbewegter aus der Erinnerung so schildert:

"Wenn er über die süßen Wadenstrümpfchen und den Matrosenanzug hinaus war, klebte er seine Haare rechts und links des Scheitels sorgsam mit Pomade fest und bekam einen Alten-Herrn-Anzug kleineren Maßstabs mit allem notwendig empfundenen Zubehör, buntes Taschentuch in der oberen Rocktasche, Manschetten, hohen Kragen, Pantalon mit tadelloser Bügelfalte, spitze Schuhe, Glaces Der höchste Ehrgeiz war, sich in Kleidung, Haltung, Gewohnheit, Geschmack nach den Erwachsenen zu richten, die mit Stolz die Feststellung 'ganz wie ein Alter' machten Zigarettenrauchen und Biertrinken und üble Witze erzählen galt als das sicherste Kennzeichen der Männlichkeit" (Zit. n. Hornstein, S. 237).

Wer sich so verhielt, gewann Identität durch Identifikation. Ihn berührte (noch) nicht, was für die Wandervogel zum Problem geworden war.

3. Die Jugendbewegung wollte sich einen "Freiraum" schaffen in Distanz zu Familie und Schule. Dies ist gleichsam die positive Seite ihrer Emanzipation; denn was da "frei" wird, muß irgendwie gestaltet und ausgefüllt werden. Was dem Vater entzogen wird an Verantwortung, muß selbst übernommen werden. Pädagogisch gesehen ist Jugendbewegung der Versuch gleichaltriger jugendlicher Gruppen, den Prozeß ihrer Sozialisation dadurch mitzubestimmen, daß sie in Distanz zu den dafür vorgesehenen Erziehungsinstitutionen die in der Gesellschaft vorgegebenen Modi des Denkens, Verhaltens und Erlebens modifizieren und dies in gleichaltrigen Gruppen organisieren. Damit entsteht überhaupt erst so etwas wie "Jugend" als soziale Gruppe, sie verlängert sich als Altersphase - vor allem für Studenten - weit über die Phase

der Pubertät hinaus, wird zu einem eigentümlichen Zwischenstadium zwischen Kindheit und Erwachsenenstatus. Zunehmende Selbstbestimmung ist aber nicht nur ein Fortschritt an Emanzipation, es geht auch etwas verloren, z. B. Geborgenheit und gesicherte Zukunftserwartung. Selbstbestimmung kann eben ein anderer nicht übernehmen.

Pubertät als sozio-kulturelle Tatsache entsteht also hier erst und sie wird *nachträglich* pädagogisch gedeutet (z. B. durch Sprangers "Psychologie des Jugendalters" oder durch Eriksons Konzept des "psychosozialen Moratoriums"). Es gab vor Entstehung der Jugendbewegung praktisch keine Jugendkunde und Jugendforschung, die setzte erst danach und von ihr wesentlich beeinflußt ein.

4. Die Jugendbewegung schuf ein neues Modell für den pädagogischen Bezug. Vorher konnte man sich als pädagogischen Bezug nur Variationen des Familienmodells, genauer: des Vater-Kind-Verhältnisses vorstellen. Die Beziehungen von Lehrer-Schüler, Meister-Lehrling und Vorgesetztem-Untergebenen in der Armee waren als dem Familienverhältnis analoge konstruiert. Sogar das körperliche Züchtigungsrecht des Lehrers oder Meisters wurde in diesem Zusammenhang begründet. In den Gleichaltrigen-Gruppen der Jugendbewegung nun war dieses Modell nicht mehr zu realisieren; an seine Stelle trat die Gruppe der Gleichberechtigten, die ihre Autorität wählt. Auch wenn uns heute der charismatische Zug bei der Wahl der Führer befremden mag, so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß damit ein grundsätzlich neues Prinzip in die pädagogische Diskussion eingeführt wurde. Das galt auch im Verhältnis zu den Erwachsenen, mit denen man in der Gruppe Kontakt hatte. Ihre Autorität war auf Zustimmung angewiesen. Spätere Formen des "partnerschaftlichen Verhaltens" in der Schule z. B. wurden hier bereits vorweggenommen, wenn sie auch zunächst noch durch autoritäre Führer-Gefolgschafts-Verhältnisse weitgehend überdeckt waren.

Nohls Darstellung des pädagogischen Bezugs ist offensichtlich von den Erfahrungen mit der Jugendbewegung erheblich beeinflußt. Nohl (1930) hat schon 1914 das pädagogisch "Revolutionäre" an der Jugendbewegung erkannt. Das "Verhältnis der Generationen" habe sich grundlegend verändert. Jedes Erziehungsverhältnis müsse in Zukunft

davon ausgehen, daß der junge Mensch ein Eigenrecht auf Entwicklung seiner Persönlichkeit habe, das der Erzieher zu respektieren habe. Bei Nohl erscheint dieser Prozeß allerdings so, als habe sich seit der Aufklärung lediglich ein neues geistiges Prinzip, eben das der Individuierung, durchgesetzt, und Nohl hält dies für ein fortschrittliches, die moderne Pädagogik geradezu konstituierendes Prinzip. Aber dieses Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft, das Individuum als solches freizusetzen, fordert auch Preise. Das Individuum wird nun auch losgelöst von seinen natürlichen und gewachsenen Bindungen gesehen, im Hinblick auf ganz bestimmte, einander abwechselnde Funktionen (als Arbeitskraft; als Schüler; als Konsument usw.), und in dem Maße, wie sich dieses Prinzip durchsetzt und nicht mehr "gebremst" wird durch andere, z. B. religiöse Prinzipien, entsteht das Problem der modernen Identität. Identität ergibt sich nun nicht mehr durch permanente Identifikationen (mit dem Vater; mit der Kirche; mit der sozialen Klasse usw.), sondern bedarf weit darüber hinausgehender und unermüdlicher Anstrengungen - bei immer ungewissem Ergebnis. Identität ist nur noch durch eine eigentümliche persönliche Leistung zu haben, sie ergibt sich nicht mehr einfach aus der sozialen Zugehörigkeit. Einerseits wird dadurch das Jugendalter zu einem notwendigen "Experimentierstadium", andererseits funktionalisieren sich die Aspekte des pädagogischen Bezugs; außerhalb der Familie ist der Jugendliche eine "Rolle", z. B. Schüler oder Student. Nohls Vorstellung vom pädagogischen Bezug als einer doch sehr umfassenden menschlichen Beziehung ist in den pädagogischen Institutionen der Gesellschaft immer weniger möglich. Für den Jugendlichen bedeutet dies, daß er sich in seiner Totalität in diesen Institutionen nicht erleben kann.

So wird die Faszination des Wandervogels verständlich, denn seine gerade nicht funktionalisierte Beziehungsstruktur in Verbindung mit einfachen und elementaren Leitbildern im Rahmen einer "vereinfachten" Sozialität ermöglichte die unmittelbar sinnliche Erfahrung von Identität. Von daher wird vielleicht aber auch die Irrationalität der Jugendbewegung verständlich und ihre Unfähigkeit, sich selbst zu erklären. Wie kann man das Erlebnis seiner Identität schon erklären außer in Metaphern? Schelsky

(1957) hat als Grundproblem der Jugend seit der Jugendbewegung die Suche nach "Verhaltenssicherheit" bezeichnet; das ist sicher ein wichtiger Aspekt - er gehört zur Erfahrung der Identität dazu; aber das Problem, wie man in einer funktionalisierten Gesellschaft als Jugendlicher seine Identität erleben kann, scheint mir das allgemeinere zu sein.

5. Jugendbewegung und die Konstituierung der Jugend als sozialer Gruppe sind eine Folge des "sozialen und kulturellen Wandels", also bedeutsamer gesellschaftlicher Veränderungen. Diese zeigen sich konkret in der Veränderung des Generationsverhältnisses. M. Mead (1971) sieht diese Veränderungen in drei historischen Phasen. In traditionellen Gesellschaften mit wenig Veränderungen (in "postfigurativen" Kulturen) liegt die Erziehung ausschließlich in den Händen der Erwachsenen, *sie* verfügen über das für das *gemeinsame* Weiterleben nötige Wissen und über die normativen Regeln. In Zeiten tiefgehenden gesellschaftlichen Wandels ("kofigurative" Kultur) verlieren die Älteren diesen Vorsprung, neue Ziele und Werte müssen auch von den Jüngeren entwickelt werden, wobei die Gleichaltrigen-Gruppen die dafür nötigen Erziehungsbedingungen in Distanz zu den Erwachsenen schaffen. In der dritten Phase schließlich ("präfigurative" Kultur) müssen auch die Erwachsenen die Werte der Jungen übernehmen. Die modernen Industriegesellschaften stehen, so meint M. Mead, in der zweiten Phase im Übergang zur dritten. In diesem Modell wäre die Jugendbewegung wohl als Beginn der zweiten Phase einzuordnen.

Ferner hat Karl Mannheim (1965) schon in den zwanziger Jahren darauf hingewiesen, daß die Generationen schneller aufeinander folgen, als das traditionelle Vorstellungsmodell Kind-Eltern-Großeltern nahelegt. Entscheidend für die Zugehörigkeit zu einer Generation sei das gemeinsame "Primärerlebnis" bzw. "Jugenderlebnis", das das spätere Erleben und Verhalten nachdrücklich mitbestimme; Gleichaltrigkeit sei nur dann von Bedeutung, wenn sie durch ein gemeinsames "Primärerlebnis" ausgezeichnet sei. Das bedeutet mit anderen Worten: Es kann sein, daß relativ viele Jahrgänge von 16jährigen das gleiche "Jugenderlebnis" in ähnlicher Weise verarbeiten und damit zu einer Generation werden; es kann aber auch sein, daß dies nur

für sehr wenige Jahrgänge gilt. Für letzteres sind nicht nur die Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre ein gutes Beispiel, sondern auch die Generationen der Jugendbewegung: Es war von großer Bedeutung, ob jemand seine prägenden Erlebnisse im Vorkriegswandervogel, oder im Krieg, oder in den "revolutionären" Nachkriegsjahren, oder in den wenigen relativ stabilen Jahren der Republik hatte. Daß es der Jugendbewegung nach dem Kriege nicht gelang, für ihre Ideen und Erlebnisse eine Kontinuität über die Generationen hinweg zu schaffen, hat hierin sicher seinen wichtigsten Grund.

6. Die Jugendbewegung zeigte, daß das Jugendalter sich auszudehnen begann. Vorher ging man im wesentlichen davon aus, daß das Jugendalter eine biologisch bestimmte Altersphase sei, beginnend mit der Pubertät und endend mit dem Abschluß des körperlichen Wachstums. Gerade bei den Älteren, z. B. den Freideutschen, zeigte sich aber, daß im psychologischen Sinne das Jugendalter sich in die bisherige Erwachsenenzeit ausdehnte, also länger wurde. Der Erwachsenenstatus wurde damit unbestimmt und unklar, er hing nun im Einzelfalle von vielen Faktoren ab, z. B. von der Länge des Bildungsweges (Studium), aber auch davon, wie jung man sich selbst fühlte. Gerade diese verlängerte Phase war die eigentlich problematische, sowohl im Hinblick auf die gelingende gesellschaftliche Integration wie auch im Hinblick auf eine subjektiv befriedigende Sozialisation. Diese Phase ist das eigentliche gesellschaftliche Mutationspotential, von ihr können z. B. politische Veränderungen ausgehen. Mit dieser Altersphase geht die Jugendbewegung in die allgemeinen zeitgenössischen politischen Bewegungen über.

7. Der pädagogische Ertrag der Wandervogelbewegung und der bürgerlichen Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg läßt sich wie folgt zusammenfassen:

a) Der "normale" Sozialisationsprozeß, also der "normale" Prozeß des Erwachsenwerdens kann nicht mehr allein durch Schule und familiäre Erziehung gewährleistet werden, vielmehr muß ein "außerschulischer Bereich" dazukommen.

b) In diesem Bereich sind altershomogene Gesellungsformen ("jugendgemäße Gemeinschaften") das dominierende

Sozialprinzip: Die jugendliche Gleichaltrigen-Gruppe lebt im Windschatten und in kritischer Distanz zu den Erwachsenen, ohne mit deren Normen total zu brechen. Sie übernimmt Erziehungsaufgaben ohne die Anwesenheit von Erwachsenen: "Jugend erzieht sich selbst."

c) "Jugend wird durch Jugend geführt." Die Führungsaufgaben in diesem "freien Jugendraum" sollen von Gleichaltrigen oder doch wenigstens nicht viel Älteren wahrgenommen werden. Die Erwachsenen garantieren nur die allgemeinen Regeln und Normen, bleiben aber im übrigen "vor der Tür", also außerhalb der Gruppen - es sei denn, sie werden von Fall zu Fall von den Gruppen zur Mitarbeit gebeten.

d) Jugend entwickelt eigene Kommunikationsstile, sowohl verbal ("Gruppenjargon") wie nicht-verbal (eigene Mode, eigene Tänze, Spiele usw.).

e) Das gemeinschaftsstiftende Element ist vorwiegend emotionaler Art: das *Erlebnis* der Gemeinsamkeit, weniger die rationale Diskussion. Wo die intellektuelle Diskussion in Gruppen eine Rolle spielt, hat auch sie ihren Grund in der starken Emotionalität der Gruppenbeziehungen und der gemeinsamen Erlebnisse.

f) Als Sozialmodell reicht die kleine, integrierte Gruppe aus; Organisationen wie z. B. überregionale Verbände sind für die Befriedigung der Bedürfnisse nicht notwendig.

Die proletarische Jugendbewegung

Der emanzipatorische Ausgangspunkt der proletarischen Jugendbewegung war ein ganz anderer als bei der bürgerlichen Jugend. Weniger von den Sozialisationsdeterminanten der eigenen Familie und deren sozio-kultureller Umwelt mußte man sich befreien, mit ihr war man vielmehr durch die Solidarität der gemeinsamen materiellen Notlage verbunden, sondern von der ökonomischen Ausbeutung durch den Arbeitgeber, der zugleich aufgrund der Gewerbeordnung von 1869 die "väterliche Erziehungsgewalt" über seine Lehrlinge hatte. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren hatte sich um die Jahrhundertwende aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sprunghaft gesteigert. Im Jahre 1904 gab es

etwa 4 Millionen, darunter fast 800000 (= 20 Prozent) jugendliche Fabrikarbeiter. So war eine jugendliche Fabrikarbeiterschicht mit eigenem Schicksal entstanden, der ein gemeinsames "Klassenbewußtsein" jedoch noch fehlte; es wurde stellvertretend von den Vätern in der SPD und den Gewerkschaften vertreten.

Gezähmte Rebellion

Der Anlaß zum Entstehen einer proletarischen Jugendbewegung war daher schon wesentlich dramatischer als bei der bürgerlichen Jugendbewegung. Im Juni 1904 erhängte sich in Berlin-Grünwald ein Schlosserlehrling namens Nähring, weil er die fortgesetzte Mißhandlung durch seinen Meister nicht mehr ertragen konnte; sein Körper war mit Striemen und Beulen bedeckt. Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Broh schrieb daraufhin in einem Zeitungsartikel, man könne dem allgemeinen Lehrlingsjammer nur solidarisch durch Schaffung von Lehrlingsvereinen abhelfen. Das Echo auf den "Fall" des geschundenen Lehrlings bewies, daß es sich nicht um einen Einzelfall handelte, sondern daß sich viele Lehrlinge und jugendliche Arbeiter in ihm wiedererkannten. Am 10. Oktober 1904 trat der "Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins" mit 24 Mitgliedern ins Leben, geführt von Dr. Broh. In den Satzungen stand, daß der Verein "die wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren und zu fördern" trachte. Politische und religiöse Ziele waren ausdrücklich ausgeschlossen - politische deshalb, weil nach Paragraph 8 des geltenden preußischen Vereinsrechtes "Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge" politischen Vereinen weder angehören noch an deren Versammlungen und Sitzungen teilnehmen durften. Die Mitgliederzahl des Vereins stieg schnell; am 1.1.1905 zählte er 500, im Juni 1908 2200 Mitglieder. Für Popularität sorgten die evangelischen Jünglingsvereine, die schon mit etwa 150 Teilnehmern zur Gründungsversammlung erschienen waren, um durch Diskussionsbeiträge die Vereinsgründung zu verhindern; in diesem Falle wie auch bei anderen Konfrontationen, die die Jünglingsvereine mit dem neuen Verein suchten, konnten sie sich nicht durchsetzen,

im Gegenteil, sie wurden in tumultuarischen Szenen von den erregten Lehrlingen bei ihren Reden unterbrochen. Über den Verein regten sich die bürgerliche Presse, die Handwerkerinnungen und die staatlichen Organe heftig auf; er hatte offensichtlich schon durch seine bloße Existenz und durch seine öffentlich verkündeten Ziele in ein Wespennest gestochen. Bei den Versammlungen war Polizei anwesend, um bei der ersten "politischen" Diskussionsäußerung unter Berufung auf das Vereinsgesetz die Versammlung aufzulösen. Obwohl es formal damals durchaus rechtsstaatlich zuging, lag die Entscheidung darüber, was "politisch" sei, bei den einzelnen Polizeibeamten. Und diese hielten aufgrund ihrer Erziehung und ihrer ganzen politischen Einstellung sehr leicht ein Wort der "staatsfeindlichen Sozis" für "politisch" im Sinne des Vereinsgesetzes. Die Handwerkerinnungen erregten sich vor allem deshalb, weil der Lehrlingsverein in seiner seit 1905 erscheinenden Zeitschrift "Die arbeitende Jugend" regelmäßig Berichte über Lehrlingsausbeutung und Lehrlingsmißhandlung veröffentlichte.

Bereits im Jahre 1905 entstanden auch in anderen Orten Norddeutschlands Lehrlingsorganisationen, die die Berliner Satzung fast wörtlich übernahmen. Die drei größten Vereine aus Berlin, Bernau und Harburg gründeten am 25./26. Dezember 1906 in Berlin die "Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands", die sich bis Mitte 1908 auf 36 Vereine mit 5431 Mitgliedern ausdehnte. Der politisch neutrale Vereinsname (das Beiwort "sozialistisch" fehlt) war wiederum wegen des Vereinsgesetzes notwendig. Gleichwohl konnte es an der primär politischen Intention des Vereins keinen Zweifel geben.

So sind die drei in allen damaligen Programmen und Satzungen auftauchenden Forderungen "Jugendschutz, Bildung, Erziehung" zu verstehen. Der Kampf um die damaligen Jugendarbeitsschutzbestimmungen (sie wurden kaum eingehalten und kontrolliert) galt dem Punkt, wo sich für die jungen Arbeiter und Lehrlinge ihre Klassenlage am unmittelbaren Erlebnis der Unterdrückung und Ausbeutung konkretisieren ließ. Entsprechend der damaligen, rein staatsrechtlichen Auffassung von "Politik" galt ein solcher Kampf nicht als "politisch", da er ja der Einhaltung und Ausführung staatlicher Gesetze diente; "poli-

tisch" im Sinne des durch das Vereinsgesetz Verbotenen war es aber, diese Gesetze zu kritisieren und neue, bessere zu fordern. Ebenso wenig war es ungesetzlich, "Bildung und Erziehung" für die Vereinsmitglieder zu organisieren. Den Hauptanteil nahmen Veranstaltungen ein, die wir heute als solche der politischen Bildung bezeichnen würden: Vorträge und Diskussionen über Nationalökonomie, Naturwissenschaft und materialistische Geschichtsauffassung. Damit sollte der "Hirnverkleisterung durch Religion und Patriotismus" entgegengearbeitet werden, die die preußische Volksschule den Arbeiterkindern antat. Daneben gab es "kulturelle" Veranstaltungen wie Lichtbildervorträge und Museumsbesuche, in denen gleichsam ein Hauptziel der Arbeiterbewegung vorweggenommen aufleuchtete: die Beteiligung der Arbeiter an der (unpolitisch verstandenen) "Kultur". Aber der politische Kampf, der Kampf um die wirtschaftliche und soziale Verbesserung der Lage der Arbeiter mußte auf längere Sicht im Vordergrund stehen.

In Süddeutschland, wo das Vereinsrecht weitaus großzügiger angelegt war, entstand die proletarische Jugendbewegung nicht spontan wie in Berlin. Hier war es der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Ludwig Frank, der im September 1904 in Mannheim den "Verein junger Arbeiter" gründete, dem bald viele andere Gründungen folgten. Anlaß dafür war der internationale Sozialistenkongreß von 1904 in Amsterdam, an dem Frank teilgenommen und wo er Vertreter ausländischer sozialistischer Jugendorganisationen kennengelernt hatte. Die süddeutschen Gruppen schlossen sich 1906 zum "Verband junger Arbeiter Deutschlands" zusammen, der als Verbandsorgan die Zeitschrift "Die junge Garde" herausgab. Die politische Zielsetzung war hier von Anfang an deutlicher ausgesprochen als im Norddeutschen Bund. Es ging darum, "die Jugend in die Gedankenwelt des Sozialismus einzuweißen und sie zur tüchtigen Mitkämpferin im Befreiungskampf der Arbeiter zu erziehen". Eine unmittelbare Auseinandersetzung mit den Lehrlingsproblemen, die die jungen Arbeiter vital eher interessierte als die abstrakte politische Theorie des Sozialismus, war in Franks Konzept zunächst nicht vorgesehen. Aber darauf kamen die jungen Arbeiter sehr bald selbst, und Frank widersetzte sich diesem Anliegen nicht.

Die Generalversammlung empfahl im Jahre 1906 ihren Ortsvereinen, "überall Lehrlingsschutzkommissionen zu bilden, welche die Ausführung der zum Schutz der jugendlichen Arbeiter erlassenen Gesetze und Verordnungen zu überwachen haben" (zit. n. Zwerschke, S. 89). "Schutz den jungen Händen gegen die Ausbeutung, Schutz den jungen Köpfen gegen die Verdummung!" - in dieser Formel faßte Frank die Ziele des Verbandes zusammen.

Obwohl der süddeutsche Verband die legale Möglichkeit gehabt hätte, für eine gesetzliche Verbesserung der den Jugendlichen zugemuteten Arbeitsbedingungen zu kämpfen, unternahm er keine derartigen Initiativen. Dies war herkömmlicherweise eine Sache der politischen Organisation der erwachsenen Arbeiter: der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Hier lag jedoch ein Konflikt begraben, der bald zum Ausbruch kommen sollte und der fast zum völligen Bruch zwischen der proletarischen Jugendbewegung einerseits und den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei andererseits geführt hätte. Die erwachsenen Arbeiterfunktionäre wurden von der proletarischen Jugendbewegung, die der Initiative der Jugend selbst entsprang und zu der die Organisationsapparate keinerlei "Anweisungen" gegeben hatten, völlig überrascht. Karl Korn, der als Mitbeteiligter auch der erste Historiker der proletarischen Jugendbewegung war, schreibt:

"Erst nachdem die arbeitende Jugend in Süd- und Norddeutschland vollkommen selbständig ihre Vereinigungen ins Leben gerufen und aus eigener Kraft in die Höhe gebracht hatte, begann die Partei der Jugendfrage als einer Organisationsaufgabe ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. In dem langen Zeitraum der Parteigeschichte, der diesem selbständigen Auftreten der Jugendlichen voranging, hat die Bewegung der erwachsenen Arbeiterschaft dieser Aufgabe weder nennenswertes theoretisches Interesse entgegengebracht, noch irgendwelche Maßnahme getroffen, sie praktisch zu fördern oder auch nur in Angriff zu nehmen" (Korn, S.5).

Vor allem in Norddeutschland wurden die Jugendorganisationen nun mit erheblichem Mißtrauen betrachtet. Sie enthielten nämlich deshalb so viel innerparteilichen Sprengstoff, weil sie deutlich machten, daß das vielberufene "Klasseninteresse", das jüngere und ältere Arbeiter angeblich verband, zwar im Rahmen der allgemeinen marxistischen Theorie zutraf, jedoch im konkreten Zusammenleben

nicht unbedingt zu einem einheitlichen Interesse führte. Die konkreten Interessen der jugendlichen Arbeiter waren nicht immer identisch mit denen der erwachsenen Arbeiter. Das zeigte sich zunächst einmal im familiären Bereich: Daß die "Söhne" ihre Interessen selbst organisieren wollten, ohne die "Väter" zu fragen, mußte diesen unheimlich erscheinen - trotz aller Beteuerung der Söhne, daß man doch auf *seine* Weise und am Ausgangspunkt *seiner* Interessen sich am politischen Kampf der Väter beteiligen wolle. Die Arbeiterfamilie damals war im allgemeinen überaus autoritär strukturiert. Der Vater herrschte ziemlich feudalpatriarchalisch über seine Kinder und seine Frau (was ihn nicht hinderte, auf den sozialdemokratischen Parteitag für die Emanzipation der Frau zu stimmen). So erinnerte sich Wilhelm Koenen, einer der älteren Führer der Arbeiterbewegung:

"Sie (die proletarische Jugendbewegung) war unter anderem Ausdruck des Protestes der proletarischen Jugend gegen die unerträglich gewordene *alte Familienordnung*. Auf den Anfängen der Jugendbewegung lastete hier das dreifache Joch eines despotischen Staates, der erbarmungslosen kapitalistischen Unterdrücker und Meister und der strengen häuslichen Unterdrückung. In keinem anderen Lande Westeuropas haben die Familientragödien, der Prozeß des Zerfalls der Familie und der Kampf zwischen der alten und jungen Generation so scharfe und stürmische Formen angenommen wie in Deutschland" (zit. n. Roger, S.35).

Und Tschitscherin, der erste sowjetische Außenkommissar, faßte seine Erfahrungen so zusammen:

"Der Schreiber dieser Zeilen hatte selbst Gelegenheit, in den strengen Familien sozialdemokratischer Veteranen mit deren puritanischer Tugend dem feindseligsten Verhalten dieser Veteranen zur Jugendbewegung zu begegnen, welche die Jugendlichen angeblich zu allen möglichen Lastern verleite, sie angeblich zu Trinkern und Billardspielern erziehe, sie gewöhne, die Älteren zu verachten, überhaupt allem gegenüber Verachtung zu hegen"

"Es war den breiten Massen des deutschen Volkes derart in Fleisch und Blut übergegangen, den Jugendlichen als ein niederes Wesen zu betrachten, daß die Jugend in der sozialdemokratischen Partei ständig auf ein verächtliches Benehmen der älteren Genossen zu ihr stieß. Eine häufige Erscheinung in sozialdemokratischen Organisationen waren grobe Zurechtweisungen jugendlicher Mitglieder, wenn diese den Mund auftun und sich an

den Debatten beteiligen wollten. Ein solches Verhalten ließ sich sogar bei den leitenden Spitzen der Arbeiterbewegung beobachten. Liebknecht erzählte mir mit großem Unwillen, daß er während eines Gesprächs mit dem Generalsekretär der Gewerkschaften, Legien, bezüglich der in der deutschen Armee üblichen Mißhandlungen von letzterem folgende Antwort erhalten hat: "Wenn ein junger Mann mal eine Ohrfeige bekommt, so ist das nicht so schlimm" (zit. n. Roger, S. 35).

Aber auch am Arbeitsplatz selbst standen sich die Interessen gegenüber, insbesondere dort, wo beide Gruppen im Akkord arbeiteten. In solchen Fällen wurden Jugendliche durch erwachsene Arbeiter ausgebeutet, und umgekehrt gefährdeten die Jungen durch ihre Konkurrenz die Alten, die für eine Familie zu sorgen hatten. Außerdem waren die erwachsenen Arbeiter die Vorgesetzten der Lehrlinge. "Noch lange nicht überall ist das brutale Vorgesetztenverhältnis des Gesellen zum Lehrling in ein Vertrauensverhältnis umgewandelt, und schon deshalb ist die Selbständigkeit der Jugendorganisation begründet", schrieb M. Peters, einer ihrer Führer, in der "Jungen Garde" (Zwerschke, S. 93). Je mehr die Jugendbewegung den Pressionen der Erwachsenenverbände ausgesetzt war, um so mehr verstärkte sich in den jungen Arbeitern das Bewußtsein, nur in einer selbständigen Organisation könnten die Interessen der Jugendlichen angemessen vertreten werden. "Die Befreiung der Jugend kann nur das Werk der Jugend selbst sein", schrieb M. Peters. In den Jahren 1907/1908 spitzte sich der Konflikt zu. Während die Sozialdemokratische Partei auf ihren Parteitagen von 1906 und 1907 - vor allem dank des Einsatzes des "linken" Flügels um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - die organisatorische Selbständigkeit der Jugendbewegung grundsätzlich anerkannt hatte, blies die "Generalkommission der Gewerkschaften" zum Angriff. Schon 1906 hatte deren Vorsitzender Karl Legien eine besondere Jugendorganisation als "unzweckmäßig und schädlich" bezeichnet. Die Vorstandskonferenz der Generalkommission brachte am 16./17. Dezember 1907 "einmütig zum Ausdruck", "daß die in den letzten Jahren geschaffenen Jugendorganisationen ein verfehltes Unternehmen seien" (Zwerschke, S.97).

Mitten in diesen Auseinandersetzungen kam den Gewerkschaften ein zweifelhafter Verbündeter zu Hilfe: der deutsche Reichstag. Er verabschiedete am 8. April 1908 mit

Wirkung vom 15. Mai 1908 ein Reichsvereinsgesetz, dessen Paragraph 17 lautete: "Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein."

Diese Bestimmung übertrug nun die alte reaktionäre Tendenz des Preußischen Vereinsgesetzes auch auf die süddeutschen Gebiete. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichtes waren alle Gegenstände politisch, die "die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen der Staaten untereinander in sich begreifen" (nach Zwerschke, S. 96).

Die Diskussion dieses Gesetzes innerhalb und außerhalb des Parlamentes zeigt, daß die Jugendprobleme dabei eine große Rolle gespielt haben (vgl. Wedekind, S.149 ff.). Der Regierungsentwurf enthielt zunächst keine Beschränkung für Jugendliche. Der damalige Staatssekretär und spätere Reichskanzler von Bethmann-Hollweg griff als Vertreter des Regierungsentwurfes zwar die Sozialdemokraten an, weil sie "der Jugend von Kindesbeinen an den Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung einimpfen" wolle (S.150); hielt aber die "Handhabung der väterlichen Gewalt und der Lehr- und Schuldisziplin" als Gegenmittel für ausreichend.

Eine Mehrheit aus Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen setzte jedoch die Bestimmung zum Ausschluß Jugendlicher aus politischen Vereinen und Veranstaltungen durch:

"Die unreife, schulentlassene Jugend solle nicht für eine bestimmte Partei, für eine Fraktion mit Beschlag belegt werden. Sie solle erst ruhig, harmonisch ausreifen, an Körper und Geist gestählt werden."

Kritisiert wurde der Regierungsentwurf auch in einer Petition des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, der demgegenüber "das Interesse des Handwerks an einer Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit der jugendlichen Personen" geltend machte:

"Er erwartet von einer schrankenlosen Vereins- und Versammlungsfreiheit der jugendlichen Personen eine schwere Schädigung der beruflichen und sittlichen Ausbildung der gewerblichen Jugend, die im weiteren Verlauf unbedingt eine bedenkliche Erschütterung jeglicher Autorität und damit große Gefahren für die Entwicklung des Handwerks in Zukunft im Gefolge haben wird" (S. 151).

Die Opposition (Zentrum und Sozialdemokraten) lehnte eine solche Beschränkung ab. Der Abgeordnete Giesberts (Zentrum) kritisierte

"die Tendenz, gegenüber den jungen Leuten bis zu 18 Jahren das Prinzip der Bewahrung durchzuführen. Man möchte die Leute gewissermaßen mit einem Stacheldrahtzaun umgeben, daß ja kein Hauch des frischen sozialen politischen Lebens an sie herankommt. Ich muß Ihnen aufgrund meiner Erfahrung erklären, daß eine derartige Bemutterungs- und Bewahrungspolitik im praktischen Leben vollständig erfolglos ist" (S. 151 f.).

"Wir brauchen sie (die jugendlichen Leute), um für das politische Leben und für die Weltanschauungskämpfe Nachwuchs heranzuziehen. Eine politische bürgerliche Partei, die sich selbst den Nachwuchs an der Jugend abschneidet, muß ganz naturgemäß auf die Dauer absterben" (S. 153).

Für die Sozialdemokraten erklärte Dr. Frank:

"Meine Herren, es ist doch eine Selbsttäuschung und eine offenbare Unwahrheit, wenn Sie den Eindruck: erwecken, daß durch die Annahme dieses Paragraphen alle - meinetwegen schmutzigen - Wellen der Politik von der Jugend ferngehalten würden. Sie wissen doch, daß acht Jahre lang in der Volksschule und dann noch ein paar Jahre in der Fortbildungsschule Politik getrieben wird, allerdings sogenannte staaterhaltende, bürgerliche Politik. Es wird ein Zerrbild des sogenannten Umsturzes gezeichnet, und es wird vielfach in die Herzen der Kinder Haß eingepflanzt gegen diejenige Partei, der ihre Eltern angehören Sie sehen, es ist nicht die Politik schlechthin, die Sie von der Jugend fernhalten wollen, sondern fernhalten wollen Sie nur die proletarische und die demokratische Politik" (S. 152).

Der Grundtenor der Diskussion war, ob man die Jugend vor zu frühem politischem Engagement bewahren müsse - wie die Konservativen meinten, wobei sie allerdings ihre eigene politische Beeinflussung in den Schulen übersahen - oder ob die "Bewahrung" allenfalls im Hinblick auf sittliche Gefährdungen angebracht sei, also in diesem Gesetz gar nicht geregelt werden könne, wie die Opposition meinte.

Dieses Gesetz war eigens dazu gemacht, das zeigten die wechselnden Verhandlungen im Parlament, die Arbeiterjugendorganisationen zu zerschlagen. Nun mußten sich die bisher politisch orientierten Jugendvereine des Südens entweder auflösen oder sich in "unpolitische" wie in Norddeutschland umwandeln. Im letzteren Falle hätte sich eine Vereinigung beider Verbände angeboten. Sie kam auch am 6./7. September 1908 in Berlin zustande. Der norddeutsche Verband erweiterte sich zum "Allgemeinen Verband der arbeitenden Jugend Deutschlands" mit Sitz in Berlin. Diese Gründung war mit großer Eile vollzogen worden, um vor dem Parteitag vom 13. bis 19. September 1908 in Nürnberg Fakten zu schaffen.

Aber die Eile nutzte nichts. Der Ton, in dem die Generalkommission der Gewerkschaften die Einladung nach Berlin ablehnte, war deutlich genug: "Sie betrachte die Jugendorganisation nicht als einen selbständigen Teil der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen. Die Entscheidung über die Form ihrer Organisation könne nicht Sache der Jugend sein, sondern sie müsse den Faktoren der organisierten Arbeiterschaft überlassen bleiben. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg habe selbständige Vereine abgelehnt, und dem kommenden Parteitag liege die gleiche Resolution zum Beschluß vor" (zit. n. Zwerschke, S. 98).

Noch deutlicher hatte vorher Robert Schmidt, ein Experte für Jugendfragen in den Gewerkschaften, auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß argumentiert, um eine selbständige Jugendorganisation unter allen Umständen zu zerschlagen:

"Unsere gegenwärtigen Jugendorganisationen sind, wie ich glaube, auf falscher Grundlage aufgebaut. Die norddeutsche Organisation ist zu Dingen übergegangen, die gar nicht als ihre Aufgabe betrachtet werden können. Laut ihrem Statut will sie Arbeitsnachweise errichten, den Lehrlingsschutz pflegen, in den wirtschaftlichen Kämpfen den Mitgliedern Schutz bieten und in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Ich muß sagen, wir müssen uns diese Teilnahme ganz entschieden verbitten. Es handelt sich hier um Aufgaben der Gewerkschaften, die Jugendorganisationen haben mit diesen Dingen gar nichts zu tun, sie sollen sich die Bildung ihrer Mitglieder angelegen sein lassen, sich aber nicht mit unklaren Eingriffen in politische und gewerkschaftliche Dinge abgeben. Sie haben auch nicht den Lehrlingsschutz zu betreiben

in der Form, wie sie es getan haben. Das ist wirkungslos und aussichtslos. Die Schwätzereien in der Zeitung, wo man irgendeinen Meister heruntermacht, sind kindisch-naiv und vollkommen zwecklos. Wir müssen uns die Eingriffe in die gewerkschaftliche Tätigkeit seitens der Jugendorganisation verbitten, denn die kann bei dem weiteren Anwachsen solcher Organisationen zu sehr unangenehmen Differenzen führen. Jugendbildung wollen wir haben, aber für die Regelung politischer Fragen und der internationalen Beziehungen ist die Partei da. Alle Vereinsspielereien und Vereinsmeiereien haben da zu schweigen. Der Träger des politischen Kampfes ist die Partei, der Träger des wirtschaftlichen Kampfes sind die Gewerkschaften, so wollen wir es auch für die Zukunft halten und uns die Durchquerung und die Quergeleien vollständig verbitten. Dann werden wir die Jugendorganisationen und Jugendbildung auf fruchtbarere Gebiete hinüberleiten. Die Jugendbildung und Erziehung bleibt für uns die Hauptsache, nicht die Jugendorganisation" (zit. n. Zwerschke, S.100).

So war das Ergebnis des Nürnberger Parteitages bereits vorweggenommen, denn der Sozialdemokratischen Partei lag nicht daran, wegen dieser Frage in einen Konflikt mit den Gewerkschaften zu geraten. Selbständige Jugendvereine durften, wenn sie unbedingt wollten, weiter bestehen, aber der Berliner Zentralverband mußte aufgelöst werden - ein taktisch sehr geschickter Kompromiß, der die Existenz selbständiger Gruppen prinzipiell garantierte, ihnen aber die organisatorische Basis nahm. Der eigentlich wichtige Beschluß aber war, daß die Jugendarbeit in Zukunft von lokalen "Jugendausschüssen" getragen wurde; sie setzten sich zusammen aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisation und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von über 18 Jahre alten Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Spitzenorganisation mit Sitz in Berlin wurde die "Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands"; sie war "drittelparitätisch" (Partei, Gewerkschaften, Arbeiterjugend) unter Vorsitz von Friedrich Ebert zusammengesetzt und gab als Organ die "Arbeiter-Jugend" heraus. Dem Monopolanspruch der Gewerkschaften auf die wirtschaftliche Interessenvertretung wurde dadurch Rechnung getragen, daß die "Jugendausschüsse" bei Fragen der Lehrlingsausbeutung nicht mehr selbständig tätig werden durften, sondern das Material an die Gewerkschaften weiterzuleiten hatten.

Allerdings versuchte das preußische Kultusministerium durch Schikanen die ihm ungenehme Bildungsarbeit zu behindern. Rechtliche Grundlage dafür war eine Kabinettsorder von 1834 und eine Ministerialinstruktion von 1839. Sie betrafen die Aufsicht des Staates über Privatanstalten und Privatpersonen, die sich mit der Unterrichtung von Jugendlichen beschäftigten. "Ohne das Zeugnis der örtlichen Aufsichtsbehörde" dürfe "niemand zur Erteilung von Lehrstunden als ein Gewerbe zugelassen werden". "Diese Zeugnisse sollen sich nicht auf die Tüchtigkeit zur Unterrichtserteilung in Bezug auf Kenntnisse beschränken, sondern sich auf Sittlichkeit und Lauterkeit der Gesinnung in religiöser und politischer Hinsicht erstrecken" (zit. n. Herre, S. 198; vgl. auch Wedekind, S.148 ff.). Diese Bestimmung wurde zunächst vor allem gegen die Jugendarbeit des im Jahre 1893 gegründeten Arbeiter-Turnerbundes (ATB) angewendet. Dieser verstand sich als sozialistische Gegengründung gegen die wilhelminische "Deutsche Turnerschaft" und zählte auch viele Jugendliche zu seinen Mitgliedern, die bereits mit 14 Jahren Stimmrecht hatten und in wichtige Vereinspositionen gewählt werden konnten. Die Jugendarbeit des ATB war "rein numerisch der der Arbeiterjugendbewegung und auch der der Gewerkschaften weit überlegen". Deren Turnwarte fielen nun als "Unterrichtende" unter die erwähnten Bestimmungen, und die notwendige Zulassung konnte mit dem Hinweis auf die falsche "politische Gesinnung" leicht verwehrt werden (vgl. Herre, S.198). In einem Urteil des Reichsgerichts vom 7.12. 1912 wird dem Staat - hier der Schulaufsichtsbehörde - das Recht zuerkannt, auch die Lehr- und Bildungsveranstaltungen für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche - also auch im Rahmen der Jugendpflege - zu überwachen. Gleichwohl blieben die darauf basierenden Maßnahmen gegen die Arbeiterjugendbewegung ziemlich wirkungslos.

Zumindest der äußere Erfolg der neuen Regelung, wie sie auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossen worden war, war imponierend. Unter Ausnutzung der gut funktionierenden Parteiorganisation stieg bis zum Kriegsausbruch die Zahl der Jugendausschüsse auf 850 und die Abonnentenzahl der "Arbeiter-Jugend" auf über 100 000.

Dennoch rief diese neue Regelung nicht nur unter den be-

troffenen Jugendgruppen, sondern auch in den linken Gruppen der Partei Empörung hervor. Vielleicht wäre es zum Bruch gekommen, wenn nicht der Staat auf seltsame Weise den Apparaten erneut geholfen hätte, nämlich durch seine rücksichtslose Schikanierung der Veranstaltungen der Jugendausschüsse mit polizeilichen Mitteln - getreu dem eigentlichen politischen Sinn des Vereinsgesetzes, die Arbeiterjugendorganisation zu zerschlagen. Im Kampf gegen diese Maßnahmen wurden die verfeindeten Generationen wieder Verbündete. Vor allem zeigte sich nun die taktische Raffinesse der neuen Konstruktion: Es gab keinen "Verein", den die Polizei hätte "verbieten" können. Die "Jugendausschüsse" waren - modern gesprochen - "informelle Gruppen", aber keine Rechtsadressaten im Sinne des Vereinsgesetzes. So konnte die Polizei immer nur einzelne Veranstaltungen verbieten, nicht jedoch eine zentrale Organisation auflösen und damit die gesamte Jugendarbeit vernichten. Zweifellos wäre dies beim ersten möglichen Anlaß geschehen, wenn der Plan der Jungen realisiert worden wäre, die Unabhängigkeit der proletarischen Jugendbewegung in einer eigenen Zentralorganisation zu erhalten. So erbrachten die "Väter" den Beweis ihrer politisch-taktischen Überlegenheit über die "Söhne".

Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch ohne das Reichsvereinsgesetz zumindest die Gewerkschaften fest entschlossen waren, selbständige proletarische Jugendverbände zu zerschlagen.

Arbeiterjugend als politisches Subjekt

Die gleichzeitige Auseinandersetzung der Arbeiterjugendbewegung mit dem Staat einerseits und mit den Organisationen der Arbeiterbewegung andererseits könnte ihre tatsächliche politische Bedeutung verdunkeln. Diese bestand vor allem darin, daß die Arbeiterjugend als Generationsgruppe *eigene* politische Interessen zu formulieren begann, die nicht unbedingt mehr identisch waren mit den Interessen der erwachsenen Arbeiter. Unter diesem Aspekt soll im folgenden die Stellung der Arbeiterjugendbewegung zur bürgerlichen Jugendbewegung einerseits und innerhalb der Arbeiterbewegung andererseits noch einmal verdeutlicht werden.

1. Im Unterschied zur bürgerlichen Jugendbewegung tendierte die proletarische Jugendbewegung nicht zur romantischen Flucht aus den Städten, dazu fehlten sowohl die Zeit wie auch die ökonomische Entlastung. Urlaub gab es für junge Arbeiter und Lehrlinge praktisch nicht. Zur bürgerlichen Gesellschaft und ihren Ritualen, von denen sich die bürgerliche Jugendbewegung emanzipieren wollte, hatten junge Arbeiter ohnehin kaum einen Bezug. Man kann nicht einmal sagen, daß die proletarische Jugendbewegung eigene Ideen entwickelte bzw. irgendwelche Ideen der gleichzeitigen Reformbewegungen aufnahm. Ihre Vorstellungen verblieben vielmehr im Rahmen der marxistisch-sozialistischen Überlieferungen der Arbeiterbewegung; sie wollte den Klassenkampf wie die Väter, aber unter "autonom", gleichberechtigter Beteiligung und so, daß die eigenen ökonomischen Interessen dabei berücksichtigt wurden. Abgesehen davon hatte sie keine Probleme mit Minderheiten, sie war nicht antisemitisch und benötigte auch keinen "Jungenkult", bei dem die Mädchen nur lästig waren.

Während der Wandervogel sich in der Freizeit einen Spielraum suchte für seine sozialen und emotionalen Experimente und dafür aus den immerhin noch "besseren Vierteln" der Städte auszog, blieb die Arbeiterjugendbewegung in den immerhin "schlechteren Vierteln" der Städte und wollte diese durch politischen Kampf menschlicher machen. Im Unterschied zum Wandervogel war die Arbeiterjugendbewegung aufs Unmittelbare, Konkrete konzentriert, unromantisch-rationalistisch nahm sie die technischen und kapitalistischen Tendenzen an, die der Wandervogel gerade ablehnte, und suchte deren "fortschrittliche Momente" zu unterstützen. Ein größerer Gegensatz als der zwischen den beiden Jugendbewegungen läßt sich auf den ersten Blick kaum denken.

2. Die Emanzipationsbestrebungen entsprangen einer spezifischen Erfahrung, die die bürgerliche Jugendbewegung gar nicht nachvollziehen konnte: der Erfahrung von Ausbeutung und würdeloser Behandlung am Arbeitsplatz. Und diese Erfahrung deckte sich mit allen anderen, die man mit den pädagogischen und administrativen Agenturen des bürgerlichen Staates machen konnte: in der

Volksschule und Fortbildungsschule, im Umgang mit Behörden, im Militärdienst. Die Theorie der "Väter" von der Klassengesellschaft entsprach somit der Alltagserfahrung, und da gab es keine romantische Distanz als Lösung. Emanzipation von diesen Determinanten der bürgerlichen Gesellschaft, die einen Spielraum an Autonomie bringen konnte, schien in erster Linie auf Kampf angewiesen zu sein. Was man dafür brauchte, lernte man nicht in der Schule.

Trotzdem scheint die Wandervogelbewegung eine gewisse Faszination auch für die Arbeiterjugend gehabt zu haben, sonst wären frühe Abgrenzungsversuche (Korn 1910) überflüssig gewesen, in denen die bürgerliche Jugendbewegung als bürgerliche Ideologie zur Entfremdung der jungen Arbeiter von ihrem Klasseninteresse gedeutet wurde.

Die aus solcher Abgrenzung sprechende Befürchtung war nicht unbegründet; denn für viele junge Arbeiter war das bürgerliche Leben - auch das des Wandervogels - dasjenige Leben, das als die eigene Zukunft erstrebenswert erschien. Durch sozialen Aufstieg daran zu partizipieren erschien plausibler, als auf die Utopie der sozialistischen Gesellschaft zu warten.

3. Ein signifikanter Unterschied zur bürgerlichen Jugendbewegung bestand darin, daß der überörtlichen *Organisation* eine ganz andere Bedeutung beigemessen wurde. Damit unterschieden sich aber auch die Sozialvorstellungen der agierenden Jugendlichen. War in der bürgerlichen Jugendbewegung die Gruppe lediglich die soziale Verlängerung der individualistischen Selbst-Darstellung mit der Implikation, daß eine die face-to-face-Situation überschreitende regelmäßige Kommunikation als verhältnismäßig entbehrlich erscheinen mußte, so verwies die primär politische Motivation die proletarische Jugendbewegung von vornherein auf eine nur durch straffe und umfangreiche Organisation zu vermittelnde Solidarität möglichst aller Betroffenen. Die Modelle und die politisch-theoretische Begründung dafür lieferte die deutsche Arbeiterbewegung. Folgerichtig hatten daher die Binnenbeziehungen in den einzelnen Gruppen nicht jenen introvertiert-emotionalen Charakter wie in den Wandervogel-Gruppen.

Der Begriff "Solidarität" wäre vom Wandervogel vermutlich kaum verstanden worden. Solidarisch war man näm-

lich im Prinzip mit jedem Mitglied der eigenen Klasse, nicht nur mit denen, die man persönlich kannte, und diese Beziehung vertrug durchaus emotionale Distanz auf der individuellen Ebene.

4. Der Konflikt der Arbeiterjugendbewegung mit den Organisationen und Apparaten der Arbeiterbewegung, vor allem der Gewerkschaften, hatte strukturelle Gründe. Die rebellische Unruhe der Jungen störte die rationale, langfristige Strategie der Apparate: die großen Organisationen, die für den politischen und wirtschaftlichen Kampf unentbehrlich waren, wurden durch Spontaneität gestört; in ihnen war schon damals die *Vertretung* der Arbeiterinteressen zu ihrer *Verwaltung* geworden. Erst auf diesem Hintergrund wird der geschilderte Konflikt überhaupt verständlich, der im Kern gar kein Generationskonflikt war, sondern ein solcher zwischen Spontaneität der Basis auf der einen Seite und der Organisation auf der anderen Seite. Mit diesem seit langem schwelenden Streit zwischen "linkem" und "rechtem" Flügel vermischte sich nur der Gegensatz der Generationen. Hier kam ein fast tragischer Widerspruch zum Ausdruck: Die proletarische Jugendbewegung wollte selbst - im Unterschied zur kleingruppenhaften Sozialität der bürgerlichen Jugendbewegung - eine starke, wenn auch autonome Organisation, weil sie nur so ihre Interessen mit kollektiver Macht ausstatten konnte, aber genau damit mußte sie den Konflikt mit der etablierten Arbeiterbewegung auslösen, weil diese von ihrem eigenen Selbstverständnis her "Sonderorganisationen" in ihren Reihen aus Gründen der Stärke und Einheit prinzipiell nicht dulden konnte. Andererseits aber war die Frage, wie denn diese Organisationen noch verändert werden konnten, wenn nicht durch den Widerspruch und Widerstand neuer Generationen.

5. Dabei war generell fraglich geworden, ob die Organisationen der Arbeiterbewegung die Interessen der verschiedenen Arbeiter-Generationen wirklich übereinstimmend vertreten konnten. Die wichtige Entdeckung der proletarischen Jugendbewegung bestand nämlich darin, daß ihre Interessen von den herrschenden Apparaten gar nicht vertreten wurden, ja, daß bestimmte Erfolge des Klassen-

kampfes zu ihren Lasten gingen (z. B. konnten die Unternehmer mit der Ausbeutung der Arbeitskraft des Lehrlings höhere Löhne an die erwachsenen Arbeiter teilweise kompensieren). Sie entdeckte weiter - und hierin wurde sie von den Linken in der Partei, vor allem von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin nachhaltig unterstützt - , daß in der konkreten gesellschaftlichen Praxis das "Klasseninteresse" neu definiert werden mußte und daß es nicht mehr *ihr* Interesse sein könne, wenn sie an solchen Definitionen nicht beteiligt wurde. Wie bei der bürgerlichen Jugend die Emanzipation von den offiziellen Sozialisationsagenten, so stand bei der proletarischen Jugend die Emanzipation von den Agenten des "Klasseninteresses" zur Debatte.

Diese Erkenntnis, daß das Klasseninteresse des Proletariats erst dann aufhörte, ein Interesse der im Apparat oder Beruf arrivierten Erwachsenen zu sein, wenn die nachwachsende Generation ihre spezifischen Interessen und Probleme in die Definition des Klasseninteresses einbringen konnte, brachte verständlicherweise die Apparate in Aufregung. So wird verständlich, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung die proletarische Jugendbewegung "umfunktionieren" wollten zu einer Nachwuchsorganisation, die durch "Bildungsarbeit" für ihre künftigen Aufgaben entsprechend vorbereitet werden sollte. Mit dem Anspruch der Jungen jedoch, ihre Interessen und Bedürfnisse selbst zu vertreten, war das grundsätzliche Problem entstanden, das in Zukunft immer wieder auftauchen sollte, ob das "Klasseninteresse", das die Organisationen der Erwachsenen vertraten, etwas ein für allemal Feststehendes war, so wie es aus den theoretischen Prämissen des Marxismus abgeleitet worden war, oder ob es nicht von Zeit zu Zeit neu definiert werden mußte, und *wer* die Definitionsmacht eigentlich haben sollte. In diesem politischen Sinne kann man von einem Generationskonflikt sprechen, der damals entstand und der im Prinzip auch noch in der Gegenwart gilt.

Sozialisationsprobleme der Arbeiterjugend

Will man prüfen, welche Sozialisationsprobleme sich in der Arbeiterjugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zeigten, so muß man zuvor zwei Einschränkungen machen.

Einmal ist darauf hinzuweisen, daß der Widerstand gegen die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Jungen zu einem Zeitpunkt erfolgte, wo der Lebensstandard der Arbeiter ständig gestiegen war. Gewiß waren damals, gemessen an heutigen Verhältnissen, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse immer noch katastrophal genug (vgl. Rühle 1911; Siercks), aber das Gefühl, daß es immer besser wurde, war in der Generation der Väter weit verbreitet, und sie fühlten sich in ihrer Politik der machtvollen Organisation und stetiger Reformvorstöße bestätigt - eine Politik, die vom linken Flügel "opportunistisch" genannt wurde. Die Jungen dagegen konnten solche Vergleiche nicht aus eigener Erfahrung ziehen, sie fanden ihre Gegenwart unerträglich genug. Deshalb waren sie auch offen für den Beifall der Parteilinken, z. B. für Liebknechts antimilitaristische Propaganda. Dies aber trug ihnen den Vorwurf der konservativen "Väter" ein, daß es ihnen zu gut gehe. - Zum anderen muß man beachten, daß die jungen Arbeiter nur zu einem relativ geringen Teil in der sozialistischen Arbeiterjugend organisiert waren; die meisten dürften überhaupt nicht organisiert gewesen sein, sondern ihre Freizeit im Wirtshaus oder auf dem Sportplatz oder in der Familie mit Freunden usw. verbracht haben. In katholischen Gegenden - wie z. B. im Ruhrgebiet - hatten katholische Jugendvereine durchaus Erfolg, und dort taten sich die sozialistischen Vereine schwer. Wir können also im folgenden nur von der Minderheit der in der Arbeiterjugendbewegung mitarbeitenden Jugendlichen sprechen. Allerdings signalisierten wie beim Wandervogel auch hier die Minderheiten eine allgemeine Problemlage einer ganzen Generation.

1. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Arbeiterbewegung keine Vorstellung von der Eigenart kindlichen und jugendlichen Daseins. Die herrschende Überzeugung war, "das kindliche Bewußtsein charakterisiere sich gegenüber dem des Erwachsenen lediglich durch seinen geringeren Verstandesinhalt; auch geistig sei das Kind nichts anderes als ein kleiner Mensch, der durch sukzessive Darbietung von Wissensstoff zum vollwertigen Zeitgenossen aufgepäppelt werden müsse". Man wollte "aus kleinen Jungen kleine Sozialisten ... machen und aus diesen ausgewachsene, in-

dem man ihnen ein Stück Sozialismus nach dem anderen beibrachte, bis sie den ganzen intus hatten", schrieb Karl Korn (zit. n. Schneider, S. 55). Ziel war also, verhältnismäßig rationalistisch in notwendig vereinfachter Form die Prinzipien des Sozialismus in die jungen Köpfe zu transportieren. "Die proletarische Jugend muß durchglüht werden von Klassenkampfbewußtsein und Haß gegen ihre Unterdrücker; die Arbeiterjugend der Sozialdemokratie zuzuführen, muß das erste Bestreben jedes Genossen, jeder Genossin sein", schrieb die Brandenburger Zeitung am 2. 9.1909 (Schneider, S. 55).

Aber es gab auch Gegenstimmen gegen diese Form der vereinfachten Agitation. So schrieb Ludwig Radlof, ein Mitarbeiter des Verbandsorgans, in einem Artikel in den "Sozialistischen Monatsheften" über "Alte und neue Jugendideale" (Heft 6/1910), das neue Ideal der Jugend müsse es sein, das Bestehende sozialistisch umzugestalten, dabei aber solle Haß gegen die Träger der Gesellschaftsordnung vermieden werden. Dem Sozialismus sei mit Arbeitsfreude und Begeisterung besser gedient. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch die Arbeit der Jugendorganisationen:

"Ohne Beschönigung aber muß ausgesprochen werden, daß in den Jugendorganisationen erheblich über das Ziel hinausgeschossen wird. Ich selbst habe als Propagandist der Bewegung in Hamburg, Breslau und Schleswig-Holstein Erfahrungen gesammelt, die mitzuteilen ich für meine Pflicht halte. Da muß zunächst gesagt werden, daß man in den Versammlungen der jungen Arbeiter sehr häufig die Beobachtung machen kann, daß die wirtschaftlichen Zustände, unter denen sie leiden, allzu grau in grau geschildert werden. Das trübe Bild, das vom Leiter oder Referenten entrollt wird, kann keinen anderen Effekt haben, als die Jugendlichen mutlos zu machen, so daß sie an eine Gesundung aus eigener Kraft nicht glauben ... " (zit. n. Schneider, S.55f.).

Die Entstehung der Arbeiterjugendbewegung zeigt also, daß zumindest für eine Minderheit das traditionelle Identifikationsangebot der Arbeiterbewegung brüchig geworden war. Es hatte darin bestanden, sich als junger Mensch mit den großen Organisationen der Arbeiterbewegung sozial wie ideologisch zu identifizieren, um dann später - als Erwachsener - dort politisch mitarbeiten zu können, indem man nämlich "in die Fußstapfen der Väter trat".

Diese einseitige Identifikation war offensichtlich nicht mehr so einfach möglich. *Einer* der Gründe dafür dürfte gewesen sein, daß die auf Gegenwart und Zukunft gerichteten Bedürfnisse der Jungen nicht mehr voll in das ideologische und organisatorische Angebot der "Alten" eingebracht werden konnten bzw. daß sie, *wenn* sie eingebracht werden konnten, disfunktional wirken mußten. Die Berichte zeigen, daß Mitgliedschaft in der Arbeiterjugendbewegung ganz unterschiedliche Motive haben konnte. Es ging keineswegs nur um das politische Engagement, sondern auch um selbständiges Handeln oder um Statusaufwertung, oder um Aufsteigerhoffnungen und öffentliche Aufmerksamkeit oder Selbstdarstellung - also um allgemeine menschliche Bedürfnisse, die gerade wegen der Aussicht auf wirtschaftliche Besserung sich entfalten und Geltung beanspruchen konnten. All dies war mit dem traditionellen Identitätsangebot nicht mehr ohne weiteres zur Deckung zu bringen.

2. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte dabei die beginnende Freizeit. Für Freizeitbedürfnisse jedoch - immerhin gab es freie Sonntage und oft auch halbe Samstage, soweit diese nicht durch politisches Engagement für die Organisation belegt waren - fehlten innerhalb der Arbeiterbewegung angemessene Angebote, zumindest für junge Leute. Freizeit war aber von Anfang an mit der Vorstellung persönlicher Entscheidungsfreiheit verbunden. Insofern mußte es einen Widerspruch geben zwischen der skizzierten konservativen Vorstellung von der Rolle des Jugendalters und dem Wunsch der Jungen nach "Autonomie" und persönlicher Selbständigkeit. Daran gemessen begann das Identifikationsangebot der Arbeiterbewegung für ihren Nachwuchs obsolet zu werden.

3. Aber das war für die Masse der Arbeiterjugendlichen eher noch Zukunft. Die Gegenwart war, wie der Sozialreport über "Das proletarische Kind" von Otto Rühle (1911) zeigt, bestimmt von wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Die Verbesserung dieser Verhältnisse hatte sich die Arbeiterbewegung zum Ziel gesetzt, aber dahinter steckte kein neues Konzept für die Sozialisation des eigenen Nachwuchses. Der Kampf ging darum, die *Bedingungen* der (traditionellen) Sozialisation zu ändern, in der

Hoffnung, daß dann auch Erziehung und Sozialisation sich verbessern würden. Auf diesem Hintergrund mußte das "Bildungsinteresse" verstanden werden, das die Arbeiterbewegung zu einer Hauptaufgabe für die Jugendarbeit gemacht hatte. In dieser Vorstellung war kein Platz für einen "jugendeigenen Raum" in Distanz zum Elternhaus und zur Schule.

Aber auch dieses Konzept begann brüchig zu werden "Gegenbildung" gegen Schule und Fortbildungsschule in der immer attraktiver werdenden Freizeit war nicht jedermanns Sache, denn es bedeutete, die Anstrengung der Arbeit auf der Ebene der Freizeit zu wiederholen.

4. Gerade in diesem Zusammenhang war die Emanzipation von der überlieferten Familienordnung, deren autoritäre Struktur auch die Beziehungen der Generationen in den Arbeiterorganisationen bestimmte, ein entscheidendes Motiv für die proletarische Jugendbewegung. *Deshalb* hielten die Jungen so hartnäckig an der selbständigen Organisation fest: sie wollten als Partner ernstgenommen werden. Aber es war eine Emanzipation *innerhalb* der eigenen Klasse und Lebenswelt. Die "Drittelparität" in den Jugendausschüssen und in der Berliner "Zentralstelle" war zweifellos ein erster Erfolg in dieser Richtung.

5. Es ging also noch nicht um die Etablierung von Jugend als eigene soziale Gruppe. Dies war zunächst noch eine Sache der bürgerlichen Jugend, und auch die Jugendforschung ist bis heute überwiegend an der bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Jugend interessiert gewesen. "Pubertät", wie Spranger sie beschrieben hat, als "psychosoziales Moratorium" (Erikson) gab es für die proletarische Jugend nicht, die schon früh, nach dem Ende der Kindheit, in den Arbeitsprozeß eingespannt wurde, wirtschaftlich für sich selbst sorgen mußte, wenig Freizeit und kaum Urlaub hatte. Vielleicht zeigt dies, daß es eine solche Pubertät als normative und verhaltensmäßige Orientierungs- und Experimentierphase nur dann gibt bzw. geben muß, wenn die Zukunftsperspektive offen ist und subjektive Entscheidungsspielräume für die eigene Perspektive vorhanden sind und deshalb trainiert werden müssen. Für jemanden, dessen Lebensweg weitgehend determiniert ist wie für die

damaligen Arbeiterjugendlichen, ist diese Phase der Pubertät unnötig und würde nur überflüssige Konflikte bescheren - überflüssig für die Gesellschaft wie auch für den einzelnen Jugendlichen. Umgekehrt aber heißt das auch, daß Pubertät und damit soziale Ausgliederung des Jugendalters für die Arbeiterjugend erst in dem Maße eintritt, wie sie "verbürgerlicht", also ihren historisch gewordenen proletarischen Charakter verliert, wie sie ebenfalls von ökonomischen und sozialen Zwängen entlastet wird. Genau diese Tendenz zur "Verbürgerlichung" der Arbeiterschaft war der Nährboden für die Arbeiter-Jugendbewegung. Sie forderte Selbständigkeit und Autonomie, die einem immer größeren Teil von ihr nach dem Ersten Weltkrieg auch zugemutet werden mußte, insofern sie Chancen zum sozialen Aufstieg erhielt, und insofern sie sich dann auch - wie die bürgerlich-kleinbürgerliche Jugend - im Jugendalter innerhalb eines gewissen Spielraums eine Perspektive suchen mußte, die durch bloße Identifikation mit einem Kollektiv allein nicht mehr zu bekommen war.

Die staatlich geförderte Jugendpflege

Bisher war von den bürgerlichen und proletarischen *Selbstorganisationsformen* der Jugend die Rede. Aber als sie entstanden, gab es durchaus bereits so etwas wie Jugendarbeit, die von Erwachsenen für Jugendliche veranstaltet wurde.

Bündnis gegen die Arbeiterjugend

Am weitesten zurück reicht die Tradition der kirchlichen Jugendarbeit, besonders der evangelischen. Die ältesten evangelischen Jünglingsvereine stammen aus den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Sie entstanden in Barmen, Basel und Berlin, waren reine Erbauungsvereine und sollten den Eifer für die Heidenmission wachhalten. Im Jahre 1834 entstand nach Schweizer Vorbild in Bremen der erste deutsche Jünglingsverein als "Zufluchtsstätte, wo man in den Freistunden zum gesellschaftlichen Leben zusammenkommen kann" (Dehn, S. 98). Vereine mit ähnlichen Zielen entstehen dann in ganz Deutschland; sie

schließen sich bald zu größeren Verbänden zusammen (1856 "Ostdeutscher Jünglingsbund", 1848 "Rheinisch-Westfälischer Bund"), die sich 1900 in der "Nationalvereinigung evangelischer Jünglingsbündnisse" zusammenschließen. Die weibliche Jugend trat erst später ins Blickfeld (1893 "Evangelischer Verband zur Pflege der weiblichen Jugend Deutschlands").

Auf dem 11. Evangelisch-sozialen Kongreß 1900 wurde Kritik an der traditionellen Arbeit der Jünglingsvereine laut. Die Hamburger Pastoren Clemens Schultz und Walter Classen propagierten die von ihnen praktizierte "offene Jugendarbeit", die sich - auch den weltlichen Bedürfnissen der Jugendlichen zuwandte. Die Reformer gründeten in diesem Zusammenhang den "Bund deutscher Jugendvereine".

Die Jugendarbeit der katholischen Kirche hat ebenfalls eine längere Tradition (Gründung der Gesellenvereine durch Kolping 1846 in Elberfeld). Sie wurde aber erst nach dem Ende des Kulturkampfes intensiviert. Im Jahre 1895 wurde der "Verband der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands" gegründet. Auch hier folgte die weibliche Jugend mit erheblicher Verspätung (1915 "Zentralverband katholischer Jungfrauenvereinigungen Deutschlands"). Um 1900 betrug die Mitgliedszahl in den evangelischen Jünglingsbünden 125 000 (davon 50 000 unter 17 Jahren). Im Verband zur Pflege der weiblichen Jugend waren etwa 40 000 junge Mädchen vereinigt. Für die katholische Jugendarbeit waren die Zahlen wesentlich höher, nämlich 300 000 junge Männer (davon 140 000 unter 17 Jahren) und 400 000 bis 500 000 junge Mädchen (Dehn, S. 99). Es fehlen leider Angaben über die soziologische Zusammensetzung. Aus den zeitgenössischen Klagen, die sich in mannigfachen Stellungnahmen zur Jugendpflege finden, kann man jedoch schließen, daß insbesondere in der evangelischen Kirche die Arbeiterjugend deutlich unterrepräsentiert war.

Das "Jugendpflegemonopol" der beiden Kirchen wurde bald durch andere bürgerliche Organisationen durchbrochen. An erster Stelle ist die 1868 gegründete "Deutsche Turnerschaft" zu nennen, die ihren Erfolg dem damals aufkommenden Interesse für Turnen verdankte und der

um 1900 etwa 140 000 Mitglieder zwischen 14 und 18 und 180 000 zwischen 18 und 21 Jahren angehörten. Daneben gab es auch für andere Sportarten (z. B. Schwimmen und Fußball) schon Jugendabteilungen. Außerdem sind die Pfadfinder zu nennen (1913 rund 45 000 Mitglieder) sowie die vorwiegend von Offizieren geleiteten "Jugendwehren" und schließlich die berufsständischen Vereinigungen. Die drei kaufmännischen Verbände z. B. umfaßten in ihren Jugendabteilungen 1913 rund 38 000 Lehrlinge.

Die militärische Jugendpflege wurde durch den 1911 von Feldmarschall Freiherr von der Goltz gegründeten Jungdeutschland-Bund in großem Umfang und mit deutlichem Wohlwollen der staatlichen Behörden organisiert. Die Organisation war generalstabsmäßig angelegt auf der Grundlage der politischen Verwaltungsgebiete und der militärischen Befehlsbereiche. Der Jungdeutschland-Bund war ein Dachverband, der anderen Jugendpflegevereinen für die schulentlassene Jugend militärische Möglichkeiten der Jugendpflege zur Verfügung stellte. Das Programm bestand aus Sport, Wehrrertüchtigung und vaterländischer Erziehung; militärischer Geist sollte gepflegt werden, aber keine vormilitärische Ausbildung. Ferner wurden die Charakterbildungs-Ideale der Pfadfinder aufgegriffen: Idealismus, Kameradschaft, Pflichtbewußtsein, Disziplin, Abhärtung, Abenteuer, Opferbereitschaft, Gemeingeist. Im Jahre 1914 waren dem Bund rund 750 000 Jugendliche angeschlossen. Zu erwähnen ist schließlich noch die im Anschluß an die Fortbildungsschule veranstaltete Jugendarbeit. Sie war den Veranstaltern deshalb so wichtig, weil man in der Fortbildungsschule am ehesten an die arbeitenden Jugendlichen herankam. Schon im Jahre 1897 hatte die Preußische Staatsregierung in einem Erlaß den Geistlichen Gelegenheit gegeben, "im Anschluß an den Unterricht in der Fortbildungsschule in religiösem Sinne auf die Jugend einzuwirken" (Siercks, S. 113). Den Religionsunterricht für diese Schulform obligatorisch zu machen, hatte sich aus innenpolitischen Gründen als nicht möglich erwiesen. Den auf Freiwilligkeit basierenden, dem normalen Unterricht angeschlossenen Religionsstunden war offenbar kein Erfolg beschieden; zudem erwiesen sich die meisten Geistlichen als ungeeignet, in dieser auf Freiwilligkeit beruhenden Situation für ihre Angebote zu werben. So richtete sich die

Aufmerksamkeit der Behörden immer mehr auf die Lehrer, an die sie in einem Erlaß des Handelsministers vom 25. Juli 1908 ausdrücklich appellierten, "auch außerhalb der Schulstunden Einfluß auf die ihr anvertraute Jugend zu gewinnen Die Aufgabe ist ... keine andere als die, auf die gewerblich tätige Jugend innerhalb ihrer freien Zeit einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen" (Siercks, S. 115). Dieser Appell schien einigen Erfolg zu haben, denn im Jahre 1909/10 hatten von rund 373 000 Schülern etwa 196000 an den jugendpflegerischen Veranstaltungen teilgenommen (Siercks, S. 117). Sehr bald lag die Hauptlast der Jugendpflegearbeit ohnehin auf den Lehrern, so daß der preußische Kultusminister in einem Erlaß vom 18. Januar 1912 die Lehrerbildungsanstalten anwies, die Jugendpflege in den Lehrplan für die Studenten mit aufzunehmen.

Die verschiedenen bürgerlich-nationalen sozialpolitischen Bestrebungen außerhalb der Kirchen schufen sich eine Reihe von Zentralorganisationen, deren bedeutendste die "Zentralstelle für Volkswohlfahrt" war, die 1891 als "Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" gegründet wurde und 1906 ihren umfassenderen Namen annahm; sie richtete eine eigene Fachkommission für "Jugendpflege" ein und trug durch ihre vielbeachteten Fachtagungen von 1900, 1901 und 1909 viel zur Popularisierung der Jugendpflege vor dem Ersten Weltkrieg bei.

In enger Zusammenarbeit mit dieser "Zentrale" entstanden auch die Jugendpflegeerlasse der preußischen Staatsregierung vor dem Ersten Weltkrieg, die dann zum Vorbild für die anderen deutschen Länder wurden. Für alle diese Erlasse ist charakteristisch, daß sie die Jugendpflege nicht "erfanden", sondern die bereits vorhandenen Bestrebungen der bürgerlichen Vereine unterstützen und koordinieren wollten. Der erste Erlaß vom 24. November 1901 war von drei Ministerien unterzeichnet (Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten; Minister für Handel und Gewerbe; Minister des Innern) und an die Regierungspräsidenten mit der Aufforderung gerichtet, die Bestrebungen der Jugendpflege nach Kräften zu unterstützen. Diese Bestrebungen werden als wichtig bezeichnet, weil "die neueren Bestimmungen über die Sonntagsruhe und über den zeitigen Ladenschluß die Muße-

zeit erheblich erweitert haben, weil ihr verhältnismäßig hoher Verdienst es den jungen Leuten ermöglicht, unbeeinflusst von der elterlichen Autorität unzweckmäßigen Zerstreuungen nachzugehen, und weil die jungen Leute, denen eine genügende Pflege und Fürsorge nicht von anderer Seite zuteil wird, nur zu leicht unter Einflüsse geraten, die geeignet sind, ihre geistige und sittliche Entwicklung in falsche Bahnen zu leiten". In diesem Erlaß geht es - und das ist für den Ansatz einer staatlich geförderten Jugendpflege bedeutsam gewesen - erstens nur um die Jugend einer bestimmten sozialen Schicht (arbeitende Jugend), zweitens nur um die *männliche* arbeitende Jugend (ein Erlaß für die weibliche Jugend folgte erst 1913) und drittens um die Freizeit- und Konsumkontrolle dieser Jugend, wobei alarmierende Zahlen über die steigende Jugendkriminalität und deren Ableitung aus falschem Freizeit- und Konsumverhalten im Hintergrund standen. Gegen diesen ersten, vorsichtigen Erlaß erhoben sich nachdrückliche Widerstände seitens der Kirchen, die eine durch die staatliche Initiative hervorgerufene Beeinträchtigung ihrer Jugendarbeit befürchteten; so sahen sich die drei Ministerien in einem Erlaß vom Jahre 1905 genötigt, ausdrücklich zu erklären, daß nicht beabsichtigt sei, "die vorhandenen konfessionellen Vereine durch Veranstaltungen zu ersetzen, die keinen konfessionellen Charakter besitzen".

Nach zwei weiteren Erlassen von 1905 und 1908 folgte der grundlegende und umfassende Erlaß vom 18. Januar 1911, der erstmalig den Begriff "Jugendpflege" enthält und diese als eine "nationale Aufgabe ersten Ranges" und als "»unabweisbare Pflicht" erklärte. Er stand im unmittelbaren Zusammenhang mit dem schon erwähnten Reichsvereinsgesetz. Sollte dieses die bestehenden Arbeiterjugendorganisationen zerschlagen, so kam jenem die Aufgabe zu, die jungen Arbeiter in die bürgerlichen und patriotischen Organisationen zu leiten.

Der Erlaß von 1911 war mit einem für damalige Verhältnisse beachtlichen Fonds von 1 Million Mark ausgestattet. Mit diesem Geld sollte allerdings keine staatliche Jugendpflege begründet werden - was allein schon am Widerstand der Kirchen gescheitert wäre - , vielmehr handelte es sich um einen Subventionsfonds, der an Verbände und Organisationen vergeben wurde, die sich mit den Auf-

gaben der Jugendpflege befaßten. Um die Zersplitterung in zahlreiche, am Ort oft hartnäckig miteinander konkurrierende Organisationen und Veranstalter einzudämmen, sollten zur Koordination "Stadt- bzw. Ortsausschüsse für Jugendpflege" eingerichtet werden.

Nicht ausdrücklich, aber praktisch waren die sozialistischen Arbeiterjugendvereine von der Partizipation an diesem Fonds ausgeschlossen. Dies war möglich aufgrund der diesem Erlaß beigefügten ausführlichen "Grundsätze und Ratschläge für Jugendpflege", in denen es unter Punkt 2 hieß: "Zur Mitwirkung bei der Jugendpflege sind alle berufen, welche ein Herz für die Jugend haben und deren Erziehung im vaterländischen Geist zu fördern bereit und in der Lage sind." In den Augen des Bürgertums und des Staates waren die sozialistischen Vereine nun keineswegs in der Lage, die Jugend "im vaterländischen Geiste" zu erziehen. Deutlicher noch kommt der Ausschluß der sozialistischen Arbeiterjugendvereine von der Förderung in den Grundsätzen über die Verwendung der Mittel des Jugendpflegefonds vom 22. April 1913 zum Ausdruck: "Für die Entscheidung darüber, ob und wie weit Privatvereinigungen usw. bei ihren Jugendpflegebestrebungen zu unterstützen sind, kommt weder die Religion (Konfession), noch die politische Stellung ihrer Mitglieder in Betracht. Selbstverständliche Voraussetzung ist aber, daß diese Vereinigungen auf staatserhaltendem Boden stehen" (Keil, S. 25 f.). Konnten vorher Liberale die Sozialdemokratie immerhin noch als Partei "von vaterländischer Gesinnung" ansehen - die Sozialdemokraten selbst nahmen dies für sich in Anspruch - , so war mit dieser neuen Formulierung die Entscheidung gefallen: "Auf staatserhaltendem Boden" standen die Sozialdemokraten eingestandenermaßen nicht. Und auch die scheinbare konfessionelle Neutralität wandte sich in Wahrheit gegen die Sozialdemokratie; denn "Vereinigungen, die die Jugend zu einer vaterländischen Gesinnung ohne Gottesfurcht erziehen wollten, konnten keine Förderung erwarten" (Keil, S. 26).

Die Ziele und Begründungen dieses Erlasses sind in der ihm beigefügten Anlage ("Grundsätze und Ratschläge für Jugendpflege") ausführlich formuliert. Dieses Dokument ist so aufschlußreich, daß es hier im vollen Wortlaut wiedergegeben sei.

"1. Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend. Sie will die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen.

2 Zur Mitwirkung bei der Jugendpflege sind alle berufen, welche ein Herz für die Jugend haben und deren Erziehung im vaterländischen Geiste zu fördern bereit und in der Lage sind.

3. Die erforderlichen Mittel werden von Freunden und Gönnern der Jugend, von den Gemeinden, Kreisen usw. und ergänzungsweise vom Staate gewährt. Im Hinblick auf die große Bedeutung der Sache für die Zukunft unseres Volkes ist zu erwarten, daß die Zahl hochherziger Stiftungen für diesen Zweck mehr und mehr wächst. Die Arbeit an der Jugendpflege ist in der Regel ehrenamtlich.

4. Die Pflege der schulentlassenen Jugend umfaßt das Alter vom 14. Lebensjahr bis zum Eintritt ins Heer bzw. bis zum 20. Lebensjahr. Dabei werden die jüngeren 3 Jahrgänge von den 3 älteren, wo es notwendig und möglich ist, getrennt; doch ist dann die Mitarbeit von geeigneten Mitgliedern der älteren Abteilung in der jüngeren anzustreben.

5. Die Besonderheit der Pflege für die schulentlassene Jugend wird einerseits durch das zu erreichende Ziel, anderseits durch sorgsame Berücksichtigung der Eigenart, der Bedürfnisse und der jeweiligen besonderen Verhältnisse der heranwachsenden Jugend bestimmt. Von wesentlichem Einfluß auf die Wahl der Mittel ist der Umstand, daß Zwang für die Teilnahme an den Veranstaltungen nicht möglich ist.

6. Junge Leute, die Tag für Tag in anstrengender Arbeit stehen, haben für ihre Freizeit das naturgemäße Verlangen nach Unterhaltung und Freude. Der der heranwachsenden Jugend ohnehin eigentümliche Freiheitsdrang läßt den Wunsch nach Selbstbestimmung in der Freizeit besonders stark hervortreten. Vielfach zeigt sich als Rückwirkung des Zwanges, den ihnen die Berufsarbeit auferlegt hat, am Feierabend die Neigung, sich in ungebundener Weise zu ergehen. Die Art der Arbeit, bei der viele oft nur ein ganz kurzes Stück des Weges vom Rohmaterial zum fertigen Erzeugnis überschauen, erschwert häufig das Aufkommen der rechten Freudigkeit an der Arbeit. Dadurch trägt sie neben anderen Umständen, insonderheit der häufig vorhandenen Abgeschlossenheit von der freien Gottesnatur, nicht selten dazu bei, daß das Gemüt der jungen Leute verarmt. Es kommt hinzu, daß die Entfremdung weiter Kreise von der Kirche vielen Jugendlichen auch die im Gottesdienst dargebotene Quelle zur Erhebung des Gemütes und zur sittlichen Stärkung verschließt.

Zur Befriedigung des bei der großen Mehrzahl vorhandenen Hungers nach geistiger Anregung fehlt es oft an gesunder Nah-

rung, zur Pflege besonderer Neigungen und Anlagen meist an Ort und Gelegenheit. Wahllos greift der gar nicht oder schlecht beratene Jugendliche nach jedem Lesestoff und erleidet an Geist und Herz durch schlechte Lektüre oft schweren Schaden.

Die Entwicklung anderer wird nachteilig beeinflusst durch den Mangel eines auch nur einigermaßen freundlichen Heimes, die Gefahren des Straßenlebens, durch Langweile, durch Verführung des Alkohols, durch Entbehrung zweckmäßiger Leibesübungen in freier Luft usw.

7. Demnach kommen als Mittel der Jugendpflege in Frage und haben sich als solche zumeist schon bewährt:

Bereitstellung von Räumen zur Einrichtung von Jugendheimen zur Sammlung der Jugend in der arbeitsfreien Zeit und Darbietung von Schreib-, Lese-, Spiel- und anderen Erholungsgelegenheiten.

Gründung von Jugendbüchereien. Einrichtung von Musik-, Gesangs-, Lese- und Vortragsabenden, von Aufführungen mit verteilten Rollen, überhaupt Gewährung von Gelegenheiten zu edlerer Geselligkeit und Unterhaltung.

Ausnutzung der volkstümlichen Bildungsgelegenheiten eines Ortes, wie Museen u. dergl., unter sachverständiger Führung, Besuch von Denkmälern, geschichtlich, erdkundlich, naturkundlich, landschaftlich usw. sehenswerten Örtlichkeiten.

Bereitstellung von Werkstätten für Handfertigkeitsunterricht u. dgl. Bereitstellung von Spielplätzen und bedeckten Räumen für Leibesübungen. Bei etwa erforderlicher Neuanlage solcher einfach zu haltenden Räume ist darauf Bedacht zu nehmen, sie so einzurichten, daß sie mangels sonst geeigneter Unterkunft zugleich als Jugendheime, als Räume zu Vorträgen, Volksunterhaltungsabenden, Aufführungen und dergl. benutzt werden können.

Schaffung möglichst unentgeltlicher Gelegenheiten zum Baden, Schwimmen, Schlittschuhlaufen.

Verbreitung gesunder Leibesübungen aller Art je nach Jahreszeit, Ort und Gelegenheit. Neben Turnen, volkstümlichen Übungen, Bewegungsspielen und Wanderungen ist gegebenenfalls Schwimmen, Eislauf, Rodeln, Schneeschuhlaufen u. a. zu empfehlen. Besondere Pflege ist den einer Landschaft etwa eigentümlichen Spielen und Leibesübungen zu widmen, wie überhaupt jede Gelegenheit zur Pflege der Heimatliebe zu verwerten ist.

8 Die Aufzählung der vorstehend genannten Mittel und als wünschenswert bezeichneten Einrichtungen soll nicht bedeuten, daß dies alles erst beschafft oder bereit gestellt werden müsse, ehe mit der Pflege der schulentlassenen Jugend begonnen werden könne. Wo Leiter oder Leiterinnen mit einigem Geschicke und mit Liebe zur Sache und zur Jugend vorhanden sind und von einem tatkräftigen und umsichtigen Ortsausschuß unterstützt werden, wird in der Regel sofort mit irgend einem Zweige der Jugendpflege begonnen werden können. Es erhöht für die beteiligte Jugend den Reiz der Sache und ist von großem

er-

ziehlichen Werte, wenn sie selbst nach Möglichkeit zu dem Ausbau der Einrichtungen beitragen und an ihrer Verwaltung selbständig mitwirken kann.

9. Die Ausführung der Jugendpflege darf nicht in einer Weise erfolgen, daß sie lediglich oder doch in der Hauptsache auf bloße Vergnügung der Jugend hinauskommt. Zwar ist auch damit schon viel gewonnen, wenn die Jugend an edleren Freuden Geschmack gewinnt. Zugleich aber ist überall mit Sorgfalt, *wenn auch ohne nach außen irgend welches Aufheben davon zu machen*, die Pflege so zu gestalten, daß der Jugend bei aller Rücksicht auf ihr berechtigtes Verlangen nach Freude ein dauernder Gewinn für Leib und Seele zuteil wird.

10. Wie dies beispielsweise beim Betriebe von Leibesübungen zu geschehen hat, darüber werden in der Anleitung für das Knabenturnen zahlreiche Winke gegeben, die auch für die schulentlassene Jugend Beachtung verdienen. Bezüglich der Wanderungen heißt es z. B.:

"Diese sollen vor allem zum bewußten Sehen erziehen, einen frischen, fröhlichen Sinn wecken, Freude an der Natur, an der Heimat und an der Kameradschaft gewähren und Ausdauer verleihen.

Daneben ist z. B. auf der Rast zum Fernsehen, zum Schätzen von Entfernungen und der auf die Wanderung verwendeten Zeit, zum Zurechtfinden im Gelände und zur Beurteilung des letzteren anzuleiten.

Gelegentlicher frischer Gesang von Turn-, Wander- und Vaterlandsliedern erhöht die Freude und Ausdauer der Teilnehmer." An derselben Stelle sind zugleich größere Bewegungsspiele angegeben und beschrieben, die auf Wanderungen in Betracht kommen können. - Wichtig ist es, wie im Schulleben, so besonders auch hier, daß die Ausführung von Wanderfahrten einfach und billig geschieht. -

Im übrigen empfiehlt es sich dringend, die Fortbildungskurse fortzusetzen, durch welche bisher schon Tausende von Personen, darunter auch nicht dem Lehrerstande angehörige, mit dem Ziel ausgebildet worden sind, daß sie gesunde Leibesübungen anregend und in einer die Gesundheit, Kraft und Gewandtheit entwickelnden Weise zu leiten und sie zugleich zu einer wirksamen Schule des Willens und Charakters sowie vaterländischer Gesinnung zu machen verstehen.

11. Vor eine schwierige, aber auch dankbare pädagogische Aufgabe werden Lehrer, Ärzte, Geistliche, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure, Offiziere sowie überhaupt alle diejenigen gestellt, welche an der Jugendpflege durch Halten von Vorträgen, Leitung von freien Aussprachen u. dergl. mitarbeiten wollen.

Es kommt darauf an, die Stoffe so auszuwählen, daß sie den Bedürfnissen der Jugend entsprechen, sie anziehen und zugleich geistig und sittlich fördern. In Frage kommen bürgerkundliche Stoffe, ferner solche aus der Religion, der Natur-, der Erd- und

Menschenkunde, der Geschichte usw. Namentlich sind auch solche vorzuführen, welche geeignet sind, der Jugend den Sinn ihrer eigenen Arbeit und die Bedeutung und Notwendigkeit der mannigfachen Berufe für das große Ganze zu erschließen.

Anziehend bei richtiger Behandlung und von großer erzieherischer Wirkung sind Darstellungen des Heldentums auf den verschiedenen Gebieten, des schlichten Heldentums einer in ihrem Berufe sich aufopfernden Krankenpflegerin nicht minder als des Heldentums des einfachen Soldaten oder des Generals, die ihre Treue mit ihrem Blute besiegeln.

Kriegsgeschichte verfehle namentlich dann ihre die Jugend begeisternde Wirkung niemals, wenn von dem mit wenigen Strichen in großen Zügen gezeichneten Hintergrund der großen Ereignisse sich ein Einzelschicksal, ein einzelnes Ereignis, ein Einzelunternehmen abhebe, das der Jugend schlichte aber anschaulich und lebenswahr vor die Seele gestellt wird. Beispiele: Verteidigung des Kirchhofs von Beaune la Rolande (nach der Darstellung von Höning), die Kämpfe der deutschen Truppen in Südwestafrika (bearbeitet durch die kriegsgeschichtliche Abteilung I des Großen Generalstabs), Bilder aus dem kleinen Kriege (Teil II des Buches von Kardinal von Widdern) und viele andere. Auch aus guten Regimentsgeschichten werden wirksame Stoffe zu entnehmen sein; dabei werden den Brandenburger mehr die Taten von Angehörigen des III. Armeekorps, den Ostpreußen die des I Korps anziehen und so fort.

Aus der Kulturgeschichte sind solche Einzelbilder von besonderem Werte, aus denen *ungesucht* der Segen in die Augen springe, der von der Arbeit *Einzelner* für die Gesamtheit ausgegangen ist.

Es verstehe sich von selbst, daß die Zubereitung der Stoffe dem geistigen Stande der Hörer tunlichst anzupassen ist. Nicht immer wird es möglich sein, über einen Gegenstand gleichzeitig vor jüngeren und älteren, vor männlichen und weiblichen Hörern zu reden. Letzteres gilt namentlich für die Besprechung mancher Fragen aus der Gesundheitslehre.

12. Zu einer aufbauenden Einwirkung auf die schulentlassene Jugend bedarf es neben der zielbewußten Gewöhnung und Übung vor allem auch der Erweckung eines selbsttätigen Interesses der Jugend für die Zwecke der zu ihren Gunsten getroffenen Veranstaltungen, bedarf es mannigfacher Gelegenheit zu eigener, tunlichst selbständiger Betätigung innerhalb und zum Besten der Jugendvereinigung.

13. Demgemäß empfiehlt es sich, der Jugend möglichst weitgehenden Anteil an der Leitung der Vereine zu geben und ihr allerlei Ämter im Vereinsleben zu übertragen.

14. Zum Selbstanfertigen von Spielgeräten und anderen Gebrauchsgegenständen für die Zwecke der Vereinigung ist anzuleiten und durch Anerkennung des Geleisteten weitere Anregung zu geben.

15. Das Interesse an der Vereinigung wird erhöht, wenn ihre Mitglieder einen wenn auch noch so geringen Beitrag zu zahlen haben.

16. Nach den örtlichen Verhältnissen richtet es sich, ob und wie weit die Veranstaltungen zur Jugendpflege an schon bestehende Vereine anzugliedern, oder ob neue Vereinigungen zu schaffen sind. Jedenfalls ist eine Zersplitterung der Kräfte und Mittel zu vermeiden.

17. Wo die Einrichtung *neuer* Jugendvereinigungen erforderlich erscheint, kommen neben anderen bewährten Formen auch Vereine in Frage, welche sich in Anlehnung an Fortbildungsschulen oder Volks- und Mittelschulen bilden. Geeignete Lehrer, welche sich an der Arbeit beteiligen und sich des besonderen Vertrauens der Jugend erfreuen, sind, wenn irgend möglich, an der betreffenden Schule zu beschäftigen. An Volks- und Mittelschulen empfiehlt es sich, diesen Lehrern wenigstens einige Stunden auf der Oberstufe der Schule zu übertragen, weil dadurch der freiwillige Anschluß der abgehenden Schüler und Schülerinnen an den Verein (Klub) der betreffenden Schule sich am leichtesten und sichersten vollziehe.

Die erforderlichen Räume werden gegebenen Falles im Schulgebäude für die nötige Zeit zur Verfügung gestellt, namentlich auch Spielplatz, Turnhalle, Badeanstalt usw.

Die Leitung erfolgt nach den zu 12 bis 15 aufgezählten Grundsätzen. Innerhalb des Vereines (Klubs) wird die Bildung kleinerer Gruppen zur Pflege besonderer Neigungen, z. B. zur Pflege der Musik, der Kurzschrift, der Lektüre usw. gern gestattet.

Zur Unterhaltung dienen u. a. Tischspiele; auch Gelegenheit zum Schreiben ist zu geben. Eine gute Jugendbücherei versorgt die Mitglieder mit Lesestoff.

18. Es wird anzustreben sein, namentlich für Sonnabend abend sowie Sonntag nachmittag und abend die jungen Leute zu geeigneten Veranstaltungen heranzuziehen.

19. Um das Interesse der Eltern, Lehrherren und weiterer Kreise für die Jugendpflege wach zu halten, empfiehlt sich die Abhaltung von Familienabenden, an denen sich die Jugend durch Darbietungen beteiligt, Veranstaltung von Turn- und Spielvorführungen anlässlich nationaler Feste u. dergl. mehr.

20. Die vorstehende Aufzählung macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Welche Formen im einzelnen anzuwenden sein werden, hängt von den jedesmal gegebenen besonderen Umständen und von den vorhandenen Mitteln ab. Die Erfahrung wird ergeben, welche Formen besonders erfolgreich und welche weniger wirksam sind. Aber überall wird es sich bestätigen, daß das Geheimnis des Erfolges in den an der Lösung der Aufgabe arbeitenden Persönlichkeiten liege, in ihrer umsichtigen und opferwilligen Tätigkeit, in ihrer Geduld und Treue, in ihrer Liebe zur Jugend und zum Vaterland."

Das Verhältnis von Staat und nicht-staatlichen Trägern

Mit seinen Erlassen zur Jugendpflege griff der Staat vor dem Ersten Weltkrieg in die bis dahin finanziell wie inhaltlich den gesellschaftlichen Verbänden vorbehaltene Jugendarbeit ein. Damit veränderte sich das jugendpolitische "System" prinzipiell, und zwar so, daß eine Reihe von strukturellen Problemen entstand, die bis heute Gültigkeit haben und immer wieder neu ausbalanciert werden müssen.

1. Die staatlich subventionierte Jugendpflege war vor dem Ersten Weltkrieg ein Subventionssystem, das solchen bürgerlichen Organisationen zugute kam, die die herrschenden Normen von Staat und Gesellschaft zu erhalten garantieren. Der Staat betrieb also keine eigene Jugendpflege und mischte sich - im Rahmen der einmal gesetzten inhaltlichen Grenzen - auch nicht in die pädagogische Arbeit ein. Damit jedoch tauchte ein gesellschaftspolitisches Problem auf, das bis heute für die Jugendarbeit charakteristisch ist: das Ineinander, Miteinander oder auch Gegeneinander von staatlicher Förderung einerseits, die notwendig mit bestimmten Zielen verbunden ist, und nicht-staatlichen Trägern andererseits (Wohlfahrtsverbände, Jugendverbände), deren Tätigkeit von der staatlichen Subvention abhängig ist, die aber ihre Eigenständigkeit gleichwohl behaupten wollen. Drei Formen der Abhängigkeit wären denkbar.

a) Die subventionierten Träger identifizieren sich völlig mit den Intentionen der subventionierenden staatlichen Exekutive; in diesem Fall wären sie eine Art nachgeordneter Behörde, die im Grunde den Charakter der totalen staatlichen Jugendpflege nur verschleiert. Dies traf vor 1918 weitgehend für die "vaterländischen" Organisationen zu und später für die Jugendorganisationen im Nationalsozialismus und in der DDR.

b) Die subventionierten Träger identifizieren sich nur *teilweise* mit den Intentionen der subventionierenden Exekutive und versuchen so weit wie möglich ihre eigenen Intentionen durchzusetzen. So handelte vor dem Ersten Weltkrieg etwa die katholische Kirche, die an den politischen Intentionen des Jugendpflegeerlasses kaum interessiert war,

diese lediglich verbal akzeptierte und im übrigen mit den Subventionen die heranwachsende Jugend "kirchentreu" halten wollte. So forderte sie z.B. oft Geld für regelmäßige Zusammenkünfte ihrer Meßdiener (Muth).

c) Die subventionierten Träger identifizieren sich überhaupt nicht mit den Intentionen der subventionierenden Exekutive; dann schließen sie sich praktisch von der Förderung aus, wie z. B. - nolens volens - die sozialistischen Jugendvereine vor 1918 oder die Gruppen des Wandervogels, die ihre Selbständigkeit damit unter Beweis stellen wollten, daß sie sich weigerten, für ihre Tätigkeit staatliche Gelder zu nehmen.

2. Die eigentliche Schwierigkeit bestand darin, daß die Intentionen des subventionierenden Staates *permanent interpretationsbedürftig* waren (und sind). Zielvorstellungen in Erlassen müssen notwendig so allgemein bleiben, daß man sie mühelos mit sehr verschiedenen Inhalten füllen kann. "Vaterländische Gesinnung" z. B. beanspruchten damals die Sozialdemokraten ebenso für sich wie die Deutschnationalen. Und mit dem Hinweis auf dieses allgemeine Ziel konnte auch der Klerus Subventionen für seine Meßdienerzusammenkünfte beanspruchen, indem er nicht ohne Logik erklärte, auf diese Weise würden die Jungen am ehesten von dem "vaterlandslosen Treiben" der Sozialdemokratie abgehalten. *Wenn* aber derartige Erlasse interpretationsbedürftig sind, so ergibt sich daraus die Frage, *wer* letzten Endes über eine solche Interpretation entscheidet. Denkbar wäre, daß der Staat das Recht zur Interpretation sich selbst vorbehält oder daß er es den Trägern überläßt oder daß er einen Mittelweg sucht, z. B. durch ein Beratergremium oder einen Beirat. Die politische Seite dieses Problems verschärft sich noch dadurch, daß ein Fonds wie der damalige Jugendpflegefonds von der Exekutive verwaltet wird, die ihrerseits keinerlei direkten parlamentarischen Kontrollen unterliegt; von daher ist dann die Versuchung groß, Öffentlichkeit auszuschalten und sich bei Konflikten "unter der Hand" zu einigen (vgl. Keil). In dieser Situation liegen öffentliche Diskussionen weder im Interesse der Exekutive noch der Träger.

Eine weitere notwendige Folge dieser Konstruktion ist, daß die Zielformeln solcher Erlasse zu einer verheeren-

den sprachlichen Inflation pädagogischer Begriffe führen. Schließlich kommt es immer darauf an, die eigenen Intentionen in die Sprache der maßgeblichen Richtlinien zu übersetzen. Man muß z. B. versuchen, Schlüsselwörter wie "vaterländische Gesinnung" so weit zu dehnen, daß die eigenen Absichten noch hineinpassen. Das macht die pädagogischen Zielformeln noch inhaltsleerer, als sie ohnehin schon sind. Beim späteren Bundesjugendplan hat sich dieser Prozeß wiederholt: Da die Mittel für den Zweck "politische Bildung" z. B. verhältnismäßig hoch und leicht erreichbar waren, gab es in der Jugendarbeit bald keine Maßnahme mehr, die nicht als politische Bildung ausgegeben wurde. So konnte man etwa sagen, daß Mannschaftssport ein Beitrag zur politischen Bildung sei, weil ja dadurch gemeinsames "partnerschaftliches Handeln" gefördert werde. Diese sprachliche Inflation hatte und hat aber auch einen Vorteil, denn auf diese Weise können die Träger an der inhaltlichen Mitbestimmung der staatlichen Erlasse mitwirken, diese möglicherweise sogar umfunktionieren. Auf diese Weise gehen inhaltliche pädagogische Entscheidungen dann doch zu einem Teil auf die pädagogische "Basis" über.

3. Gleichwohl war von Anfang an die Gefahr groß, daß die nötigen Interpretationen so ausfielen, daß bestimmte Gruppen der Gesellschaft grundsätzlich von der Förderung ausgeschlossen wurden wie seinerzeit die Sozialdemokraten. Mit einer uns heute kaum noch verständlichen Selbstverständlichkeit wurde damals die staatliche Jugendpolitik zu einem Mittel des innenpolitischen Kampfes um die Arbeiterjugend. Die Frage ist, ob es sich dabei nur um ein zum Scheitern verurteiltes Versagen der damaligen Staatsregierung handelte oder ob ein derartig politisch "reaktionäres" Moment grundsätzlich in dem Charakter des Systems von staatlicher Förderung und gesellschaftlicher Trägerschaft beschlossen liegt. Wie gegenwärtige Konflikte in der Jugendarbeit zeigen, versucht selbst ein demokratischer Staat, bestimmten Gruppen in dem Augenblick seine Unterstützung zu entziehen, wo sie sich allzu weit von den Grundlagen des staatlich-gesellschaftlichen Systems entfernen; die Denunzierung von Gruppen mit abweichenden politisch-pädagogischen Intentionen gehört zu den not-

wendigen Implikationen eines solchen staatlichen Förderungsplanes.

4. Damit die staatlichen Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden konnten, mußten die Träger veranlaßt werden, die Konkurrenz untereinander auf der örtlichen Ebene zu mindern; denn dem Staat konnte es gleichgültig bleiben, welche der als "vaterländisch" anerkannten Verbände am Ort die meisten Mitglieder oder Teilnehmer hatten, ihm kam es darauf an, daß möglichst viele Arbeiterjugendliche dem Einfluß der Sozialdemokraten entzogen wurden. Die Interessen der Verbände - vor allem der Kirchen - lagen aber anders. Ihnen mußte es darauf ankommen, möglichst viele zumindest der "eigenen Schäfchen" in ihre Reihen zu bekommen. Die Aufforderung des Staates, örtliche Jugendpflegeausschüsse zu gründen, damit die örtlichen Träger die vorhandenen Mittel möglichst effektiv verwenden, mußte also zu Konflikten führen - ein Problem, das ebenfalls bis heute besteht, insofern es keinen objektiven, sondern nur einen politischen Maßstab für die Verteilung der Mittel geben kann.

Damals, vor dem Ersten Weltkrieg, gab es teilweise erbitterte Rivalitäten der "staatstragenden Gruppen" um die Anteile an den Subventionen - was den Sozialdemokraten immer wieder Gelegenheit zu höhnischen Kommentaren gab, und gewiß kann man Muth zustimmen:

"Es ist kaum anzunehmen, daß ohne den Ausbruch des Krieges sich diese Jugendpflege noch lange in der Form erhalten hätte, die ihr der Erlaß vom 18. Januar 1911 gegeben hatte, ohne daß es zu grundsätzlichen innenpolitischen Auseinandersetzungen und Kämpfen gekommen wäre. Dafür hätte vieles gesorgt, vor allem zunächst der Versuch, die Jugend als solche zum Objekt politischer Kämpfe zu machen, sodann aber auch die Einseitigkeit und rein negative Zielsetzung der Jugendpflege, die immer fragwürdiger werden mußten, nachdem durch die Reichstagswahlen von 1912 die Sozialdemokratie zur stärksten Fraktion des Reichstags geworden war. Schließlich bargen die mehr oder weniger offen eingestandenen Nebenziele der uneinigen Partner, von denen die einen in der Jugendpflege bloß ein Hilfsinstrument des Heeres sahen, die anderen die günstige Gelegenheit benutzen wollten, um ihr konfessionelles Organisationswesen auszubauen und zu festigen, soviel Sprengstoff, daß das Ende dieser 'vaterländischen' und 'nationalen' Jugendpflege eigentlich bereits im Sommer 1914 abzusehen war" (Muth, S. 619).

Das politisch-pädagogische "Jugendbild" der Jugendpflege

Bei den beiden Jugendbewegungen hatten wir gefragt, welche Signale sie setzten für neue Sozialisationsprobleme und -lösungen. Diese Frage läßt sich sinngemäß auch stellen für die erste Phase der staatlichen Jugendpflege: Welche "Jugendtheorie" steckte - abgesehen von den eben erörterten innenpolitischen Intentionen - hinter den Maßnahmen der staatlichen Jugendpflege? Wie wurden Jugendprobleme gesehen und wie sind daran gemessen die staatlichen Reaktionen zu beurteilen?

1. Ohne Frage haben die Initiatoren der staatlich subventionierten Jugendpflege das Problem der jugendlichen Emanzipationsbedürfnisse nicht erkannt. Diese Haltung teilte die Jugendpflege mit der damaligen bürgerlichen Sozialpolitik im ganzen. Die leitende Vorstellung war: Die arbeitende Jugend droht wegen der technischen, wirtschaftlichen Freizeitentwicklung aus den bürgerlichen Ordnungen herauszufallen - in denen sie, wie die marxistische Kritik deutlich gezeigt hatte, nie gestanden hatte (vgl. Rühle 1911; Kanitz) - , *also* muß man sie mit geeigneten Maßnahmen, zu denen auch pädagogische gehören, wieder in diese Ordnungen zurückholen: in die Normen der bürgerlichen Familie, der bürgerlichen Wirtschaftsgesellschaft und der bürgerlichen Kirchen. Ganz fern lag der Gedanke, daß die angestrebten Reformen möglicherweise sich auf die sozio-ökonomischen Bedingungen hätten richten müssen, die das Schicksal der Arbeiterjugend bestimmten. Aber aufgrund des herrschenden liberalistischen Selbstverständnisses hätte der Staat solche Maßnahmen gar nicht treffen können; denn die *Wirtschaft* war nicht Sache des Staates, sondern des gesellschaftlichen Wettbewerbs, der nur funktionieren konnte, wenn der Staat möglichst gar nicht eingriff; *Fürsorge* dagegen für diejenigen, die bei diesem Wettbewerb auf der Strecke blieben, war eine Aufgabe, die der Staat - schon aus Gründen der Staatsraison - seit etwa der Jahrhundertwende mehr und mehr zu übernehmen gewillt war. In diesem Zusammenhang stand auch die staatlich geförderte Jugendpflege, die zunächst überhaupt nur der arbeitenden männlichen, später auch der weiblichen Jugend und eigentlich erst nach dem Ersten Welt-

krieg auch der (bürgerlichen) Gymnasialjugend galt. Zwar wurde durch Erlaß vom 7. 2. 1913 auch Schülern die Teilnahme an der Jugendpflege ermöglicht, aber sie blieben vor dem Ersten Weltkrieg bedeutungslos. Der Erlaß war nötig, weil Schülern die Mitgliedschaft in Vereinen jeglicher Art verboten war durch einen Erlaß vom 14. 2. 1876. Ausschlaggebend wurde jetzt "ob der Schule die Möglichkeit der Aufsicht gewahrt bleibt" (Wedekind, S. 179).

Es leuchtet jedoch ohne weiteres ein, daß eine so verstandene Fürsorge, die an den ökonomischen Entstehungsbedingungen der Hilfe nichts zu ändern vermochte, die sozialen Härten dieser Lage zwar mildern, die grundsätzliche Unterprivilegierung der Betroffenen jedoch im übrigen nur verstärken konnte. Aus diesem Grunde konnte von einer Hilfe zur Emanzipation der Arbeiterjugend keine Rede sein.

"Nicht der Gedanke der Wahrnehmung der Interessen der Jugend noch der Wille, mögliche Veränderungen durchzusetzen war für die Anfänge der sich im Rahmen der Sozialpolitik konstituierenden Jugendpolitik maßgebend, sondern der Wunsch, die Unruhe der Jugend um der eigenen politischen und sozialen Sicherheit willen unter Kontrolle zu bekommen" (Keil, S. 29).

2. Dem entsprach, daß z. B. an den Verhältnissen der Lehrlingsausbildung, die ja die Ursache für das Entstehen der Arbeiterjugendbewegung waren, nichts geändert wurde, daß vielmehr die Ursachen der "Jugendnot" in erster Linie in der Freizeit gesehen wurden. Von hier aus nahm die "Jugendpflege als Freizeiterziehung" ihren Anfang. "Freizeit" war der Lebensbereich, der von den gesellschaftlichen Institutionen (Schule, Familie, Betrieb, Armee) weitgehend unkontrolliert blieb. Hier galt es anzusetzen mit Programmen und Maßnahmen, deren Ziel die Eingliederung in jene bürgerlichen Sozialisationsinstitutionen war. "Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Heranbildung einer frohen, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend. Sie will die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen", heißt es in den "Grundsätzen und Ratschlägen" des Erlasses vom 18. Januar 1911. Man muß eine solche, an sich plausible Formulierung auf dem Hinter-

grund des damaligen bürgerlichen Selbstverständnisses sehen. Ungebrochen galt die Vorstellung, daß eine richtige Erziehung der Jugend nur im Rahmen der nach wie vor als intakt geltenden bürgerlichen Institutionen erfolgen könne und auf diese hin zu erfolgen habe. Die unkontrollierte, nicht gleich schon von derartigen bürgerlichen Normen her gestaltete Freizeit, die sich nach den liberalistischen Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage, nicht jedoch nach den bürgerlichen Vorstellungen von "sinnvoller Freizeitbeschäftigung" konstituierte, sowie die unkontrollierte Verfügung über Taschengeld und Arbeitslohn durchbrachen diesen Grundsatz. Schon damals war "Freizeit" die einzige Möglichkeit, aus dem Rahmen bürgerlicher Sozialisationszwänge wenigstens zeitweise ausubrechen, und Gegenmaßnahmen der öffentlichen Jugendpflege richteten sich folgerichtig darauf, diesen Ausbruch in Grenzen zu halten. Bis in die unmittelbare Gegenwart hinein ist die Jugendpflege nicht nur Freizeiterziehung geblieben, die Konflikte zwischen den Generationen entzündeten sich auch immer an der Frage, was für Jugendliche nun eine "sinnvolle" Freizeitverbringung sei und was nicht. Dabei wurden Konzessionen an die "Jugendgemäßheit" durchaus gemacht. Schon der Erlaß von 1911 plädierte nachhaltig für eine "Mitbestimmung" der Jugendlichen in der Jugendpflege und für die Berücksichtigung der "jugendgemäßen" Gesellungsformen.

3. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Konzept das Muster einer "negativen Pädagogik" annehmen mußte, deren Intention eher das *Bewahren vor etwas* war als das *Eröffnen neuer Lebensmöglichkeiten*. Von Anfang an hatte die öffentliche Jugendpflege keine "Perspektive" anzubieten, d. h. keine Aussicht auf ein besseres, glücklicheres Leben, für das zeitweise Verzicht und persönlicher Einsatz lohnend hätten erscheinen können; vielmehr eröffnete sie, befangen in traditionellen und gerade damals fragwürdig gewordenen bürgerlichen Sozialisations-Leitbildern, lediglich reduzierte Daseinsmöglichkeiten, die schon durch das kommerzialisierte Freizeit- und Konsumangebot mühelos übertroffen werden konnten.

In der durchaus schon beachtlichen Literatur über Theorie und Praxis der Jugendpflege vor dem Ersten Weltkrieg

sind die Klagen über den Zerfall der überlieferten Ordnungen - vor allem des Familienlebens - immer wieder Ausgangspunkt der pädagogischen Überlegungen: Die brüchig gewordenen Werte sollten wieder anerzogen werden. Schon damals war es eine Fehleinschätzung des konservativen Denkens, man könne durch Erziehung Werte zurückrufen, die in der gesellschaftlichen Realität ihren Sinn und ihre Überzeugungskraft zu verlieren beginnen. Derartige Hoffnungen leben davon, daß sie die je individuelle Sittlichkeit, den Willen und Charakter des einzelnen anpeilen müssen, weil allgemeine gesellschaftliche Ursachen der Veränderung nicht erkannt werden oder - wo sie doch durchschaut sind - nicht beseitigt werden können oder sollen. Problematisch an solchen pädagogischen Bemühungen, die Sensibilität für Normen und Werte zu schärfen, war eben, daß man die alten Normen wieder einsetzen wollte, anstatt sie zu modifizieren oder sich auf neue einzustellen, die dem sozialen Wandel Rechnung getragen hätten. Aber dies gelang der Jugendpflege durchweg nicht. Oberhaupt scheint zumindest in den Großstädten die Jugendpflege eher die "Braven" angesprochen zu haben, also diejenigen, die noch in relativ intakten Nahbeziehungen lebten. Was auf einer zeitgenössischen Tagung über die Mädchen gesagt wurde, gilt sicher auch im allgemeinen für die Jungen:

"Tatsache ist, daß in den meisten Jugendpflegevereinen sich hauptsächlich *die* Mädchen finden, die unserer Fürsorge am wenigsten bedürfen, bei denen das Elternhaus seine Pflicht getan, ja bei denen sogar die Gefahr nahe liegt, daß wir sie durch unsere Vereine dem Elternhaus in ihrer Freizeit entziehen. Dagegen halten sich die wirklich gefährdeten meistens allen Veranstaltungen fern" (Hauptausschuß ... 1913, S. 21).

Die sogenannten "Halbstarken" jedenfalls - Clemens Schultz (1912) hatte sie so genannt - erreichte die Jugendpflege nicht. Insbesondere für kirchliche Autoren, z. B. für die Protestanten Schultz und Classen (1914) und den Katholiken Könn (1914), waren diese jungen Männer die Inkarnation dessen, was Jugendpflege verhindern müsse:

"In der Schule ist es der Junge, der sich am liebsten herumtreibt, eine eigenartige Hast und Unruhe in sich trägt. Alle Kindersünden begeht er mit Freuden. Er ist immer ungehorsam. Bitten, Vorstellungen, Strafen prallen an ihm ab. Er macht sich aus

nichts etwas, hat nie Freude an etwas Höherem, nur Hang und Neigung zu allem, was unschön und unedel ist. Kommt er in die Lehre, so wird er gewöhnlich wegen völliger Unzuverlässigkeit, absoluter Trägheit und fortgesetzten Unfuges entlassen, falls er nicht schon vorher weggelaufen ist. Er arbeitet, wenn es ihm paßt, und nur solange er Lust hat. Sonst kann er tagelang, wochenlang auf der Straße herumbummeln; er ist der regelmäßige und aufmerksamste Beobachter bei Menschaufläufen" (Könn, S. 115).

Und das Freizeitverhalten schildert Schultz so:

"Gewöhnlich steht er an der Ecke, auf dem Kopfe möglichst keck und frech eine verbogene Mütze, manchmal darunter hervorlugend eine widerlich kokette Haarlocke, um den Hals ein schlechtes Tuch, Rock und Hose zerrissen, mit vielen Dreckspritzern und sonstigen Flecken. Er ist selten allein und hat meistens von seinesgleichen bei sich, mit denen er sich oft in albernster, kindischer Weise herumbalgt. Die Unterhaltung, die sie führen, ist durchsetzt mit den greulichsten Schimpfwörtern. Er hat eine bewundernswerte Kunstfertigkeit im Spucken. Seine Freude ist es, die Vorübergehenden zu belästigen, auch älteren Herren und Damen Gemeinheiten nachzurufen, ein Bein zu stellen oder ihnen etwas nachzuwerfen; geht ein junges Mädchen vorbei, so werden ihr die unflätigsten und gemeinsten Worte gesagt" (zit. n. Könn, S. 115 f.).

Auf den ersten Blick könnte es so scheinen, als ob hier Jugendliche gemeint seien, die sich am Rande der Kriminalität befinden. In Einzelfällen mag dies auch so gewesen sein, aber im allgemeinen dürfte es sich um ein relativ normales Verhalten gehandelt haben; jedenfalls verdient die Fassungslosigkeit der Autoren zumindest dieselbe Aufmerksamkeit wie das Verhalten der Jugendlichen.

4. Besonders deutlich zeigt sich die "bewahrende", auf "alte" Werte zurückgehende Zielvorstellung der Jugendpflege in den Intentionen zur weiblichen Jugendpflege. Im Erlaß vom 30. 4. 1913, der die weibliche Jugendpflege gleichberechtigt neben die männliche stellt, heißt es, daß die "Grundsätze und Ratschläge", die für die männliche Jugendpflege dem Erlaß von 1911 angefügt waren, im wesentlichen auch für die weibliche Jugend gelten sollten, allerdings unter besonderer Berücksichtigung der "Eigenschaften und Fertigkeiten", die "eine bessere Würdigung des *Berufes einer Hausfrau und Mutter* herbeiführen" können. Geeignete Räume sollten zur Verfügung stehen,

die "mannigfache Gelegenheit bieten zur Sammlung, Erbauung, religiösen und sittlichen Einwirkung, Belehrung, wirtschaftlichen Förderung, Pflege des Gesanges, zu guter Lektüre, zu Elternabenden mit musikalischen, deklamatorischen u. dgl. Vorführungen usw.". Die Räume sollten zudem "die Möglichkeit ... bieten, Näh-, Strick-, Flick-, Bügel- und Handarbeiten aller Art tunlichst unter sachverständiger Leitung vorzunehmen«, und in ihnen sollen "Vorträge und Übungen in Kranken- und Kinderpflege" stattfinden können.

Dies alles ist als eine Konkretisierung und Verstärkung der traditionellen Rolle der Frau und Mutter gedacht:

"Wer ein körperlich und sittlich starkes, gottesfürchtiges, königs- und vaterlandstreues Geschlecht heranbilden will, muß auch dafür sorgen helfen, daß die weibliche Jugend an Leib und Seele gesund, innerlich gefestigt und mit dem Wissen und Können ausgerüstet wird, das für ihren zukünftigen Beruf als Gehilfinnen des Mannes, als Erzieherinnen der Kinder, als Pflegerinnen des Familienglücks, als Trägerinnen und Hüterinnen guter Sitte unentbehrlich ist."

Auffallend ist, daß die Berufsarbeit der jungen Mädchen - es handelte sich ja ganz überwiegend um Dienstmädchen oder ungelernte Arbeiterinnen - in diesem Erlaß keine Rolle spielt, daß vielmehr die Berufsarbeit nur als Zwischenstadium bis zur Heirat gesehen wird. Nun dürfte diese Erwartung des Erlasses mit der Vorstellung der meisten Mädchen damals über ihren "eentlichen" Beruf, nämlich den der Hausfrau und Mutter, übereingestimmt haben. Gleichwohl war dies keine in die Zukunft weisende Konzeption. Es gab aber auch andere Stimmen. Noch vor Inkrafttreten des Erlasses veranstaltete der "Hauptausschuß für Jugendpflege in Charlottenburg" eine Tagung über die "Pflege der weiblichen Jugend". In dem Eröffnungsreferat von Alwine Reinald, das die einseitige Förderung der männlichen Jugend kritisiert, heißt es:

"Wir wollen körperlich gesunde, sittlich hochstehende, sozialempfindende, in der Religion feststehende, im Beruf tüchtige Frauen erziehen, die als Persönlichkeiten in Familie, Gemeinde und Staat ihre Pflichten erkennen und ausüben, und denen zum Wohle des ganzen Vaterlandes aus den erfüllten Pflichten auch Rechte erwachsen ... " (Hauptausschuß ... 1913, S. 21).

Alles in allem aber dürfte die Feststellung zutreffen, daß

das "Jugendbild" der Jugendpflege konservativ in dem Sinne war, daß es die veränderten Sozialisationsbedingungen und Sozialisationsprobleme der Arbeiterjugend und auch die neuen Impulse der Arbeiterjugendbewegung - die Tendenz zur beruflichen und politischen Emanzipation - nicht zu würdigen verstand, sondern auf veränderte Bedingungen mit dem Angebot der überlieferten Erziehungsleitbilder reagierte. Weder politisch noch pädagogisch bot dies eine aussichtsreiche Perspektive.

II. Bindung gegen Autonomie:

Jugendarbeit in der Weimarer Republik

Politisch-kulturelle Hintergründe

Die weitere Entwicklung der Jugendbewegung und der Jugendarbeit in der Weimarer Republik knapp darzustellen, erweist als sehr schwierig. Quantitativ erreichte die Jugendarbeit einerseits die Ausmaße einer Massenbewegung, andererseits wurde das Bild dennoch buntscheckiger, weil sowohl in der bürgerlichen Jugendbewegung wie auch bei Teilen der politisch links engagierten Jugend viele Nuancierungen entstanden, zumal die Beschränkungen der Wilhelminischen Zeit weitgehend entfallen waren: Die Arbeiterjugendbewegung war nun selbstverständlich zugelassen, und die Lebensauffassungen waren nun im allgemeinen sehr viel liberaler als vor dem Kriege.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß man die Weimarer Zeit und eben auch die Jugendarbeit in ihr nicht verstehen kann, wenn man nicht wichtige Faktoren des damaligen Zeitgeistes, also der politisch-pädagogischen Kultur überhaupt mit in den Blick nimmt. Es liegt auf der Hand, daß man Gedanken, Vorstellungen oder Ideale von Jugendlichen nicht verstehen kann, ohne sie in Beziehung zu setzen zu der sie umgebenden Gesamtkultur. Der Mangel vieler Darstellungen bzw. Dokumentationen über die Jugendbewegung ist, daß sie ihren Gegenstand isolieren und damit den Eindruck erwecken, als ob Jugendbewegung ein besonders herausragendes geschichtliches Subjekt gewesen sei, während sie doch eher die Nöte und Probleme der Gesamtkultur widerspiegelt, *deren* Exemplar und Repräsentant sie ist.

Wegen der genannten Schwierigkeiten sollen deshalb zunächst einige allgemeine, aber für die Jugendarbeit besonders wichtige politisch-kulturelle Tendenzen beschrieben werden.

1. Der verlorene Krieg hatte nicht nur viele Menschenleben gefordert und zu wirtschaftlichem Chaos geführt,

sondern vor allem auch einen bedeutsamen ideellen Schaden hinterlassen. Nahezu alle Gruppen der Bevölkerung fühlten sich betrogen. Die Soldaten, weil ihr Kampf nicht belohnt war, und sie in eine Heimat zurückkehrten, in der sie nur schwer wieder Fuß fassen konnten; bei vielen von ihnen hatte sich das "Fronterlebnis", das Ausharren in "Stahlgewittern" (Ernst Jünger), zu einem Erlebnis- und Interpretationsmuster verdichtet, das auch fürs zivile Leben gelten sollte. "Wahre" und "echte" Demokratie war das, was sich in den Schützengräben abgespielt hatte, als es nicht mehr aufs militärische Ritual ankam, sondern auf die "Gemeinschaft" zwischen Führern und Geführten; dagegen erschien das neue parlamentarische System von Regeln und Verfahrensweisen unlebendig und als Parteiengezänk. Selbst viele von denen, die in den Schützengräben zu Sozialisten geworden waren, erhielten sich diese militärischen Sozialmuster. - Die konservativen Gruppen fürchteten um ihre bisherigen Privilegien und sahen in der neuen Weimarer Demokratie eine Bedrohung, die mit allen möglichen ideologischen Versatzstücken (antisemitische, völkische, romantische) kompensiert wurde. - Große Teile der Arbeiterbewegung waren enttäuscht, weil der Krieg nicht einmal den Sozialismus brachte, sondern "nur" eine parlamentarische Demokratie. So richtig aus vollem Herzen wollten nur wenige den neuen Staat - nicht einmal die beiden großen Kirchen, deren Führer in ihrer Mehrheit die Republik zwar tolerierten, aber sich doch andere Staatsverfassungen wünschten.

In diesem Klima setzten sich einerseits militärische Formen auch in der Jugendarbeit durch; in den Bünden der Jugendbewegung war nicht mehr wie vor dem Kriege der Scholar oder Bacchant das Leitbild, sondern der kriegerische Ritter; aus dem "wildem Haufen" der Wandervögel vor dem Kriege wurde die im Gleichschritt marschierende Gruppe; die Lieder, die nun mit Vorliebe gesungen wurden, waren vor allem Marschlieder. Die pazifistische Tradition der linken Arbeiterjugend, die im Krieg entstanden war, hielt sich vor allem in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen, wurde aber gegen Ende der Republik immer mehr vor allem durch kommunistische und nationalsozialistische Jugendorganisationen in die Defensive gedrängt, die bei Massenaufmärschen und Massen-

demonstrationen schon aus Gründen der Disziplin militärische Formen anwenden mußten. Während der ganzen Zeit der Republik gab es eine mehr oder weniger latente Bürgerkriegsstimmung, die "Front" war von außen (im Krieg) nach innen gerückt. Dieser permanenten politischen Polarisierung und inneren Militarisierung konnten sich die Jugendorganisationen nicht einfach entziehen; sie mußten sich entweder mit engagieren oder - wie die Bündische Jugend - in eine romantische, an vorindustrielle, also an einfachere bzw. primitivere Sozialformen anknüpfende Distanz zur politischen Gegenwart gehen. Die politische Polarisierung und die innere Militarisierung war von den Jugendorganisationen nicht erfunden worden - und das muß bei der nachträglichen Bewertung beachtet werden! - , sondern sie wurden mehr oder weniger unausweichlich von diesen Tendenzen ergriffen. Konnte die bürgerliche Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg sich eine romantische Enklave schaffen in Distanz zur politisch-gesellschaftlichen Realität, so war dies in den inneren Polarisierungen nach 1918 kaum noch möglich.

2. Das Dilemma dieser inneren Polarisierung war vor allem, daß es darüber, was Demokratie bedeutet, in der Öffentlichkeit kaum zutreffende Vorstellungen, geschweige denn einen Minimalkonsens gab. Demokratisches Denken und demokratische Vorstellungen und Werte hatten in Deutschland so gut wie keine Tradition, waren sogar in der Wilhelminischen Ära eher noch als "westliche Zivilisation" bzw. als "blutleerer Formalismus" gebrandmarkt worden. So erschien die neue Demokratie auf den ersten Blick lediglich als ein Bündel von formalistischen Regeln zur Machtbildung, aber ohne deutlich erkennbaren spezifischen Sinn. Die Verwirrung der Begriffe darüber, was denn nun "eigentlich" "demokratisch" sei, konnte nie beseitigt werden, war am Ende der Republik eher größer geworden. Von der "Demokratie des Schützengrabens" war schon die Rede, aber es gab vor allem in den bürgerlichen Schichten eine ganze Fülle subjektiv "demokratisch" gemeinter Ideen und Konzepte, die objektiv antidemokratisch waren, z. B. die im politischen Katholizismus verbreiteten Vorstellungen eines wirtschaftlichen Ständestaates. In Teilen der bürgerlichen Jugendbewegung bzw. der Bün-

dischen Jugend finden sich solche Vorstellungen in allen möglichen Variationen. Gerade für junge Menschen mußte diese Situation als eine Art von ideologischem Warenlager ohne jede Orientierung erscheinen.

3. Die Unanschaulichkeit und Abstraktheit der modernen Gesellschaft, ihre Erlebnisarmut, wurde nur noch prekärer erfahren, zumal die neue Republik sehr viel weniger unmittelbare Identifikationsmöglichkeiten bot als der alte Staat. Bis in weite Kreise der Sozialisten hinein gab es eine Sehnsucht nach "Gemeinschaft", also nach einer Form des politischen Zusammenhangs über den oder jenseits der Parteien und Interessengruppen. "Volksgemeinschaft" und "Gemeinschaftserziehung" bzw. "Erziehung zur Gemeinschaft" waren weit verbreitete Leitmotive. Gegenbild waren für viele die gesellschaftlichen Großorganisationen einschließlich der Apparate der Arbeiterbewegung, mit denen man sich nicht anfreunden, in denen man nicht heimisch werden konnte. Was waren da schon gewählte, persönlich in der Regel unbekannte Politiker im Vergleich zu den "Führern" in den unmittelbaren Gruppen etwa der Jugendbewegung? Der Weimarer Staat galt vielen als Repräsentant, wenn nicht gar als Ursache dieser kalten und künstlichen politischen Welt. Die Jugendorganisationen erfanden also die Mystifizierung der Gemeinschaft nicht, die bei ihnen eine so große Rolle spielte, sie griffen damit vielmehr nur eine tiefe Sehnsucht wenn nicht aller, so doch eines großen Teils der Erwachsenen auf.

4. Diese verbreitete Sehnsucht nach "Gemeinschaft" wurde von vielen Erwachsenen auf die junge Generation projiziert: *sie* allein könne es schaffen, das deutsche Volk zusammenzuhalten, über allen Trennungen und Spaltungen hinweg wieder "Volksgemeinschaft" zu stiften, weil sie im Unterschied zu den Älteren noch nicht von Interessengegensätzen korrumpiert sei, davon unberührt noch "reine Ideale" vertreten und durchhalten könne. Auch diese Erwartung reichte von rechts bis weit nach links. Andererseits erschien gerade einem großen Teil der jungen Generation der Weimarer Staat als einer der "Alten", der wenig unternahm bzw. unternehmen konnte, um die junge Generation zu gewinnen oder gar zu begeistern. Als die Repu-

blik zu Ende ging, stand der größte Teil der Jugend nicht mehr zu ihr.

Es gab also einen regelrechten "Jugendkult", der sich wechselseitig bestätigte: Viele Erwachsene projizierten ihre Hoffnungen und Erwartungen auf die junge Generation, diese definierte sich selbst weitgehend als die "eigentliche" Substanz des Volkes - quer durch alle Schichten und Parteiungen. "Jugend" wurde so zur Elite der Nation oder des Klassenkampfes stilisiert - sowohl in bündischen Gruppen als auch zeitweise sogar im kommunistischen Jugendverband.

5. Die ideologische Verunsicherung des Bürgertums und Kleinbürgertums nach dem Kriege führte zu einer tiefgehenden "Sinnkrise" auch für das private Leben und seine Zukunft. Alle möglichen Vorstellungen zur "Lebensreform" wurden entwickelt oder wieder entdeckt: Schrebergarten-Bewegung; Freikörperkultur; "natürliche" Lebens- und Ernährungsweisen; Entwicklung einer volkstümlich laienhaften Musik- und Theaterkultur; freiwilliger Arbeitsdienst usw. Unvermeidlich ergriffen diese Ideen auch die junge Generation und ihre Organisationen.

6. Abgesehen von den wenigen relativ ruhigen mittleren Jahren war die Weimarer Republik ständig von wirtschaftlichen Krisen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen erschüttert. Krieg und Inflation hatten die Ersparnisse vernichtet und damit für viele - vor allem aus dem Mittelstand - die Zukunfts- und Alterssicherung. Gerade diejenigen, die wie das Bildungsbürgertum keine nennenswerten produktiven Sachwerte besaßen, verarmten, wurden "proletarisiert", meist ohne diesen Prozeß politisch-ideologisch in ihr Selbstbild zu übernehmen, also sich auch politisch als Arbeiter zu fühlen. Die Inflation hatte zunächst die Besitzer produktiver Sachwerte - also auch Kaufleute, Handwerker und Bauern - begünstigt, indem sie dadurch schuldenfrei wurden, aber die Bedrohung durch den organisierten Kapitalismus von der einen und durch die Arbeiterbewegung von der anderen Seite schien sich zu verstärken.

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte es keine nennenswerte Arbeitslosigkeit gegeben. Das änderte sich nun. Zwar wur-

de nach dem Kriege die Arbeitslosigkeit zunächst überwunden, so daß 1922 fast von Vollbeschäftigung die Rede sein konnte. Aber danach gab es das vorher nicht bekannte Phänomen der "Massenarbeitslosigkeit" - nicht nur der Industriearbeiter, sondern auch der Angestellten. Die Zahl der Arbeitslosen schwankte zwischen einer halben Million und 3 Millionen, um dann in der Weltwirtschaftskrise ins Hoffnungslose zu steigen. Es kam immer wieder zu Streiks und Aussperrungen.

Die mittelständische und proletarische Jugend, um die es bei unserem Thema ja in erster Linie geht, wuchs also in einer politischen Kultur auf, die durch ein hohes Maß an normativer, wirtschaftlicher und sozialer Desorganisation charakterisiert werden kann.

7. Bis zum Ersten Weltkrieg war die bürgerliche Jugendbewegung im öffentlichen Bewußtsein eher eine Randerscheinung, ihre vorhin genannten "Erfindungen" blieben weitgehend auf den Kreis der Eingeweihten begrenzt. Erst nach dem Kriege wurden diese Erfindungen schlagartig in der ganzen Jugendarbeit verbreitet, auch in der der Kirchen und politischen Parteien. Traf man eine Jugendgruppe "auf Fahrt", so ließ sich auf den ersten Blick kaum erkennen, welchem Verband bzw. welcher Richtung die Gruppe wohl angehören mochte. In dieser sprunghaften Ausdehnung der "jugendgemäßen Formen" der Jugendbewegung zeigt sich allerdings auch, daß Erwachsene eine neue Rolle spielten. In der innenpolitischen und ideologischen Zerrissenheit wurde "Jugend" *das* entscheidende Rekrutierungsfeld, um Anhänger für die eigenen politischen oder lebensreformerischen Absichten zu finden. Diese Absicht vertrug sich durchaus mit der erwähnten Idealisierung der Jugend als Generation; denn selbstverständlich ging jede derartige Erwartung der Erwachsenen von der Voraussetzung aus, daß *sie* das Gemeinwohl bzw. die "gute Zukunft" repräsentiere, also gerade deshalb der Jugend zur allgemeinen Verbreitung angeboten werden müsse.

Die massenhafte Zunahme der Jugendbewegung wie der Jugendarbeit (Jugendpflege) warf auch neue organisatorische Probleme auf, die den Zugriff der Erwachsenen erleichterten: Das "Auf-Fahrt-Gehen" mußte nun irgendwie

organisiert werden, Zeltplätze und feste Häuser (z. B. Jugendherbergen) mußten im voraus eingeplant werden; große Veranstaltungen mit Tausenden von Jugendlichen mußten sorgfältig geplant werden, verlangten andererseits aber auch eine besondere Disziplin von jedem einzelnen. Die quantitative Ausdehnung der Jugendarbeit entstand keineswegs "spontan", ebensowenig wie "spontan" Treffen von Tausenden von Jugendlichen entstehen konnten. All dies mußte organisiert werden von Erwachsenen, und nach dem Motto "wer die Jugend hat, hat die Zukunft" wurden von den Organisationen der Erwachsenen Jugendorganisationen geschaffen, die den eigenen personellen und ideologischen Nachwuchs rekrutieren sollten. Auf diese Weise wurden bis zum Ende der Republik immer größere Teile der Jugend in die innere politische Polarisierung einbezogen. Das durch die quantitative Ausdehnung notwendig gewordene Organisationsmaß einerseits und der Zugriff der Erwachsenenverbände oder einzelner Erwachsener auf die Jugend andererseits lassen eine Unterscheidung von Jugendbewegung und Jugendarbeit kaum noch zu, wenn man davon ausgeht, daß man "Bewegung" nur nennen kann, was (noch) nicht gesellschaftlich institutionalisiert und organisiert ist. Zumindest im Sinne einer Tendenz läßt sich sagen, daß die Weimarer Republik den Sieg der öffentlich organisierten Jugendarbeit über die Jugendbewegung brachte. Nur relativ kleinen, immer wieder von Spaltungen bedrohten und sich auch wieder auflösenden Gruppen der bürgerlichen Jugend einerseits und der links-anarchistischen Jugend andererseits gelang es, den Charakter der Jugendbewegung aufrechtzuerhalten. Im übrigen wurden jedoch die Erfindungen der bürgerlichen Jugendbewegung hinsichtlich eines jugendgemäßen Lebensstils aufgegriffen und für die massenhafte Organisation der Jugend verwendet.

Die Bündische Jugend

Da über die bürgerliche Jugendbewegung in der Weimarer Republik eine ganze Reihe von Darstellungen und Dokumentationen vorliegt, und da andererseits das Erscheinungsbild der zahllosen Bünde und Gruppen sehr differen-

ziert ist, müssen wir uns hier auf einige wesentliche Tatsachen und Interpretationen beschränken.

Neubeginn aus politischer Polarisierung

Der Krieg hatte erhebliche Veränderungen gebracht. Von den etwa 15 000 Kriegsteilnehmern aus der Jugendbewegung waren etwa 4000 gefallen. Ein Teil der Überlebenden hatte sich wegen der Kriegserlebnisse von der Jugendbewegung abgewandt. Wer nach dem Kriege die "Freideutschen Ideen" wieder aufgreifen wollte, sah sich einer veränderten Lage gegenüber. Einmal waren im Krieg die älteren Wandervögel einberufen worden, so daß die Arbeit von relativ jungen Führern gemacht werden mußte, die - obwohl nur wenig jünger - gleichwohl ganz andere Erfahrungen gemacht hatten als die Kriegsteilnehmer. Andererseits verschärfte sich seit 1916, als die Kriegsbegeisterung geschwunden war, die schon vor dem Kriege sichtbare Politisierung und damit auch die politische Polarisierung. Die Frage war, wie die Freideutschen sich zur Revolution stellten, ob sie nun das Vorkriegsprinzip der strikten parteipolitischen Neutralität noch aufrecht erhalten wollten und konnten. In den ersten Nachkriegsjahren dominierte zunächst der linke Flügel um Karl Bittel, der die "politischen Rundbriefe" herausgab - die wichtigste publizistische Plattform für diese politischen Diskussionen - und Alfred Kurella. Kurella, der wie Bittel später zum Kommunistischen Jugendverband stieß, forderte z. B. nicht nur die Anerkennung der Revolution von 1918, sondern auch, daß die Freideutschen sich mit den ökonomischen Interessen des Proletariats identifizierten und dafür Partei ergriffen. Das jedoch widersprach der sozialen Herkunft der Freideutschen. Es war schwer, Bünde in einem Dachverband zu vereinen, von denen die einen die Revolution begeistert begrüßten und sie weitertreiben wollten, während die anderen sie und ihre Ergebnisse (Parlamentarismus; Parteien) ebenso leidenschaftlich bekämpften. Um 1923 war der "Freideutsche Bund" am Ende, übrig blieben radikale oder gemäßigte rechte Bünde, deren größter der 1919 gegründete "Jungdeutsche Orden" war, die kleine Minderheit der Linken ging teilweise in den kommunistischen Jugendverband.

Der Bruch war eingetreten auf einer Tagung der Freideutschen in Hofgeismar 1920, zu der auch Persönlichkeiten aus dem sozialistischen und völkischen Lager geladen waren. Sie sollten über Marxismus, Rußland und allgemeine gesellschaftliche Themen referieren und diskutieren. Die Absicht war, "eine vereinigte Front der Jugend" zu bilden.

Die Berichte über diese Tagung von Elisabeth Busse-Wilson und Wilhelm Ehmer (Kindt 1963, S. 244 ff. und 251 ff.) zeigen, daß die Positionen bis zur gegenseitigen Sprachlosigkeit verfestigt und Gemeinsamkeiten nicht mehr möglich waren. H. S. Rosenbusch hat das "Klima" dieses Treffens aufgrund der Berichte anschaulich beschrieben:

"So gut die Veranstaltung gemeint war, so konsequent wurde sie zu einer gespenstischen Groteske. Von einer Tagesordnung war abgesehen worden, weil der 'Inhalt unserer Besprechungen ... organisch aus unserem Beisammensein erwachsen' würde: Anwesend waren neben den Referenten Freideutsche, die meist nach links tendierten, Kommunisten und Arbeiterjugend. Zunächst redeten die Experten konsequent aneinander vorbei. Während die einen von 'seelisch-ideeller Ganzheit' und 'Seinskultur' sprachen, konterten die anderen mit Kartoffel- und Kohleproblemen. Die Kommunisten versuchten mit aller Macht, die Tagung zu torpedieren, sprachen von einem 'Sumpf' und nannten die linken Freideutschen 'politik- und geistfrei'. Als nach schriftlichen Erklärungen, Gegenerklärungen und organisatorischem Chaos die Kommunisten - nicht ohne die Versicherung, daß man sie menschlich sehr schätze - gebeten worden waren, die Tagung zu verlassen, holte man sie als 'Menschen' wieder herein, und ihr Führer übernahm zeitweilig die Diskussionsleitung. Dabei stand die Arbeiterjugend oft den Freideutschen gedanklich näher als den Kommunisten aus der Jugendbewegung. Dazwischen - die Tagung dauerte eine Woche - lagen Kirchenkonzerte, Tanzvorführungen und Gesänge. Es stellte sich schließlich heraus, daß die Freideutschen den Kommunisten in keiner Weise gewachsen waren. Lediglich der Rechte Max Bondy vermochte erwähnenswerte Gedanken gegen die Diktatur des Proletariats vorbringen: Er zöge dann, wenn Diktatur nötig sei, die der Intelligenz vor, worauf der Kommunist Karl Bittel ihn einen 'ehrlichen Konterrevolutionär' nannte.

Im ganzen machte diese Tagung die politische Ignoranz, Hilflosigkeit und Versponnenheit der Freideutschen manifest. Zwar konnte man die Argumente der Kommunisten nicht widerlegen, ebensowenig war man jedoch bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Man schied, sich gegenseitiger menschlicher Hochachtung versichernd, ohne ein greifbares Ergebnis. Weder hatten die Kommunisten Kompromisse zugelassen, noch hatten sie ihr

Vorhaben, die Freideutschen zu bekehren, erreicht" (Rosenbusch, S.48).

Auch der Wandervogel zerbrach aus ähnlichen Gründen, übrig blieben zahlreiche Ortsgruppen, die auf eigene Faust weitermachten. Die Zeit des Wandervogels war zu Ende, es kam die Zeit der Bünde.

Alfred Kurella führte 1938 in einem Rückblick auf den Meißnertag das Scheitern vor allem darauf zurück, daß die innere Struktur des Wandervogels sich verändert hatte. An die Stelle der früheren kollegialen Leitung durch Führer, die in einer "eigenartigen Mischung von Demokratismus und Oligarchie" zwar gewählt wurden, danach aber "absolute Autorität besaßen", sei eine "Schicht von 'ewigen Wandervögeln'" getreten,

"die dem Problem einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Welt der Erwachsenen dadurch aus dem Wege gingen, daß sie im Berufsleben irgendeinen Kompromiß schlossen, die Betätigung ihrer 'Gesinnung' auf die 'Führung' der inzwischen nachgewachsenen Generation des Wandervogels beschränkten. Neben den ehemals freien, von der Jugend selbst geschaffenen Wandervogelverbänden entstanden zahllose, von oben her organisierte Wandervogelvereine. Findige Direktoren organisierten an ihrer Anstalt einen Schulwandervogel, protestantische Geistliche gründeten einen evangelischen Wandervogel usw., kurz: Die Behörden hatten endlich gemerkt, daß sie die Jugend mit ihren eigenen Waffen schlagen konnten" (Kurella 1961, S. 229).

Freideutsche Jugend und Wandervogel scheiterten also nach dem Kriege an der politischen Polarisierung bzw. überhaupt an der Notwendigkeit, politisch Stellung zu beziehen. Allerdings war dies ein Problem der älteren, der erwachsenen Führer. Inwieweit sie dabei auch die Bedürfnisse Jugendlicher artikulierten, ist schwer zu sagen. Sicher scheint zu sein, daß in der ersten Nachkriegszeit ein großer Teil der Jugend politisiert wurde. Die von Kurella kritisierten "ewigen Wandervögel" wollten die Jugend aus der Politik heraushalten und ihnen die Bedingungen für das Vorkriegsideal des "eigenen Jugendreiches" verschaffen. Auf der rechten Seite sammelten sich die völkisch orientierten Freideutschen im "Jungdeutschen Bund", der unter Leitung von Glatzel von 1919 - 1924 bemerkenswerte Erfolge hatte. Der Bund engagierte sich ausdrücklich politisch, und zwar für die deutsch-nationale Volkspartei, ohne sich dabei als deren Jugendorganisation zu verstehen.

Glatzels Idee war unter anderem, die völkisch-orientierten Gruppen zusammenzufassen - nicht durch eine übergreifende Organisation, sondern durch persönliche Kontakte der Führer (vgl. Müller 1971, S. 249 ff.). Auf diese Weise sollte die Einigung der Jugend von rechts "wachsen".

Charakteristisch für die politische Ideologie des Bundes wie für alle Bünde und Gruppen auf der Rechten - sie unterschieden sich nur durch Varianten und durch die mehr oder weniger heftige Radikalität ihrer Positionen - waren organologische Vorstellungen, die nicht beim "künstlich organisierten" Staat ansetzten, sondern bei den "natürlichen" Sozialstrukturen des "Volkes". Die Staatsform hatte dem "Wesen des Volkes" zu entsprechen, und daran gemessen konnte die Weimarer Republik nicht bestehen. Die Hoffnung setzte man auf Führer, nicht auf Funktionäre, auf Integration des einzelnen in personale Bezüge innerhalb der "Volksgemeinschaft", nicht auf die Partikularität von Parteien und Interessengruppen, auf die Gemeinsamkeit aller Deutschen auch jenseits der Reichsgrenzen - wobei die Juden z. B. nur stören konnten. Das hier nur angedeutete ideologische Syndrom, das Sontheimer (1978) detailliert beschrieben hat, war - in allen möglichen Varianten - in den meisten Bünden verbreitet, auch in denen, die sich "unpolitisch" gaben.

Für die bürgerliche Jugend hatte sich im Vergleich zur Vorkriegszeit die Lage erheblich verändert. In einer Zeit der Orientierungslosigkeit und der politischen Gegensätze lag die Suche nach Werten, nach Bindungen und Zwecken, für die einzusetzen sich lohnt, näher, als die "Freiheit" des Wanderns vor dem Kriege. Disziplin statt Freiheit, Bindung statt Autonomie hieß die neue Tendenz. So entstanden als neue Form der Jugendbewegung die "Bünde" bzw. "Orden". Sie waren straffer organisiert als die früheren Wandervogelgruppen und versuchten, bestimmte Werte bzw. Aufgaben für sich verbindlich zu machen. Es gab eine unübersehbare Zahl von Bünden, deren Mitgliederzahl zwischen 60 000 (Jungdeutscher Orden 1929) bis zu einigen Dutzend reichte. Rudolf Kneip führt in seinem "Handbuch der Jugendverbände" (1974) mehr als 1200 Bünde und Organisationen an, die meisten von ihnen waren bündische Gruppen. Ab 1925 schloß sich eine Reihe von ihnen zur "Deutschen Freischar" zusammen.

Einen erheblichen Einfluß nicht nur auf die Bünde, sondern auch auf andere Jugendorganisationen hatte die Pfadfinderbewegung: Ihre Uniformierung und ihr Reglement kamen dem Bestreben nach fester Organisation und nach äußerer Demonstration entgegen. Vor allem aber fügte die Pfadfinderbewegung den Erfindungen der frühen Jugendbewegung eine weitere wichtige hinzu: die Aufteilung in Altersgruppen. Dadurch wurde es möglich, auch Kinder zu organisieren, ohne deren altersgemäße Interessen denen der Älteren unterordnen zu müssen.

Die Pfadfinderbewegung hatte - von England ausgehend - schon vor dem Kriege auch in Deutschland Fuß gefaßt. Sie gehörte aber nicht zur Jugendbewegung, denn sie war von Erwachsenen geleitet, hierarchisch organisiert und auf paramilitärische Ausbildung spezialisiert; außerdem war sie nicht elitär, sondern stand jedem offen. Sie war also alles in allem das genaue Gegenteil des Wandervogels. Nach dem Krieg gab es in der Führerschaft ähnliche Auseinandersetzungen wie bei den Freideutschen und den Wandervögeln über den nun einzuschlagenden Kurs. Das Ergebnis war die Abspaltung der "Neupfadfinder" 1920 unter Führung des sogenannten "Regensburger Kreises" und des Berliner Pfarrers Voelkel. Vor allem Voelkel schuf Idee und Realität des "Bundes" - eines Jugendstaates. Dabei wurden die Vorstellungen des Engländers John Hargrave rezipiert, der - selbst Pfadfinder - in England die Pfadfinderei reformieren wollte. Seine Vorstellungen wurden von den Führern der Neupfadfinder in der Schrift »Kibbo Kift" veröffentlicht. Die wichtigste Neuerung war, daß an die Stelle der militärisch-zweckmäßigen, also "künstlichen" Organisation die "natürlichen" Einheiten der Sippe und des Stammes gesetzt wurden.

Die nach Altersstufen eingeteilten Sippen sollten eine Art erlebbarer Gemeinschaft bilden - ähnlich der früheren Wandervogel-Gruppe. Der Stamm sollte eine Kontinuität der Erziehung und der jugendlichen Entwicklung in einer größeren, aber überschaubaren und organischen Einheit garantieren, deren Größenordnung noch erlebbar war, während der Bund die Gemeinschaft der Stämme darstellte. Auf diese Weise sollte die Begrenztheit der eigenen Gruppe überwunden werden, ihre Erlebnismöglichkeiten aber sollten erhalten bleiben. So war mit Sippe, Stamm

und Bund ein politisches Sozialisationsmodell entstanden, das zugleich als vorweggenommenes und vor-erlebtes Modell der künftigen Volksgemeinschaft und des künftigen "Reiches" erfahren werden konnte. In diesem Bund als jugendgemäßer Sozialisationsform sollten "neue Menschen" für ein "neues Reich" heranwachsen.

Die Leitidee des Bundes war, vor allem von Martin Voelkel beschrieben, der "weiße Ritter" (so auch der Titel einer Zeitschrift des Bundes), in dem sich germanische und christliche Vorstellungen bzw. Mythen verbanden. Der weiße Ritter ist ein heiliger Sucher und ein ritterlicher Held, der aufbricht, mit einer "neuen Menschheit" die Welt durch sein "Reich" zu erlösen.

Der Bund war also ein soziales Gebilde, in dem nicht nur mehrere Altersstufen, sondern auch mehrere Generationen integriert wurden - ein interessantes Stück gesellschaftlicher Subkultur.

"Bund" als politische Fiktion

Die Idee des "Bundes" geht zurück auf die im 19. Jahrhundert entstandenen "Lebensreformbewegungen" (vgl. Frey). Er ist der Versuch, außerhalb der etablierten sozialen Gegebenheiten für die eigenen reformerischen Lebensweisen mit "Gesinnungsgenossen" eine angemessene Sozialform zu finden - in Abgrenzung zum üblichen geselligen Verkehr. Im Prinzip gilt das auch für die Bünde der "bündischen Jugend". Die Lebensform, wie sie in den Bünden realisiert wurde - z. B. personal-"ganzheitliche" Beziehungsstruktur; Führer-Gefolgschafts-Modell; eigentümliche Rituale, Feste und Gewohnheiten - war in der offiziellen Gesellschaft nicht vorgesehen, dafür mußte man sich an ihrem Rand eine Nische suchen. Solange die Mitglieder eines Bundes mit ihrer subkulturellen Sondersituation zufrieden sind und die "offiziellen" politischen Strukturen anerkennen, ist der Bund nur eine von vielen Möglichkeiten gesellschaftlich-geselligen Verhaltens in einer "offenen" Gesellschaft. Die hier zur Debatte stehenden Bünde verstanden sich jedoch anders, nämlich als vorweggenommene Alternative zur offiziellen politischen Kultur oder zumindest als Lebensform für die Heranbildung der Führerpersönlichkeiten, die die offizielle Gesellschaft

"eigentlich" braucht, aber außerhalb der Bünde - also in ihrem eigenen Erziehungssystem - nicht heranbilden kann. Damit aber entsteht die Frage nach der politischen Bedeutung der Bünde, zu der einige Überlegungen nötig sind.

1. Sowohl die politischen Auseinandersetzungen nach dem Kriege wie auch die Gründung der Bünde und Orden selbst wurden von *Erwachsenen* betrieben, die meistens früher zum Wandervogel gehört hatten. Sie warben in der Jugend Anhänger für ihre politisch-ideologischen Vorstellungen. Die Jugendlichen selbst, die an den Fahrten und Heimabenden teilnahmen, um "jugendgemäße Erlebnisse" zu finden, identifizierten sich vermutlich eher mit den Äußerlichkeiten: mit den Liedern, Symbolen, Ritualen usw. Wie schon vor dem Kriege, so muß man auch für diese Phase trennen zwischen der politischen Ideologie der Erwachsenen, mit denen sie das "Jugendgemäße" arrangierten, und dem jugendlichen Erlebnis selbst. Bei den Erwachsenen handelte es sich offenbar überwiegend um solche Männer, die mit ihren weltanschaulichen und politischen Vorstellungen in der Realität der Parteien, Verbände und Institutionen, also in den gesellschaftlichen Großorganisationen, nicht recht Fuß fassen konnten, die sich dort mehr oder weniger "heimatlos" fühlten. Ihnen boten die Bünde Möglichkeiten der Selbstdarstellung und der Entfaltung ihrer Fähigkeiten, die sonst nicht vorhanden gewesen wären. Ihr Erfolg bei den Jungen, z. B. als Führer, mußte die Ideologien, mit denen sie sich von der realen Gesellschaft distanzierten, noch verstärken und bestätigen, so daß gerade der Erfolg bei den Bünden auch die Wahrnehmung der politisch-gesellschaftlichen Realität weiter behinderte. Bei den Bünden und ihren Führern finden sich in teilweise komplexen und widersprüchlichen Fassungen alle Momente der damaligen bürgerlich-kleinbürgerlichen Ideologie wieder. Die daraus resultierende politische Einstellung war teils rechtsradikal, teils gemäßigt nationalistisch, jedenfalls antidemokratisch. Das bedeutet nicht, daß jeder dieser Führer ein autoritärer Mensch gewesen wäre - dann hätte er sich kaum als "Führer" halten können - , noch, daß er etwa aktiv den demokratischen Staat bekämpft hätte; die bürgerlich-kleinbürgerliche Ideologie, in der Worte wie Volk, Reich, Gemeinschaft, Führung eine zentrale Rolle

spielten, machte es jedoch unmöglich, die Republik in ihren Stärken und Schwächen angemessen zu verstehen.

Diese Ideologie stellte einerseits Erwartungen an die Gesellschaft, die in differenzierten Gesellschaften grundsätzlich unerfüllbar sind, etwa die Erwartung nach persona-ganzheitlichen Beziehungen anstelle funktionaler "Rollenbeziehungen"; diese Erwartung ist nur noch auf "privaten" Ebenen (Familie, Freundschaft) zu realisieren. Andererseits wurden die Bündischen mit dem Problem der "Pluralität" von Interessen, Normen, Individuen und "Weltanschauungen" und deren gesellschaftlicher Organisation nicht fertig. Sie wollten weder die Lösung des Klassenkampfes, noch die einer pluralistischen Gesellschaft, sie wollten vielmehr so etwas wie eine ständisch organisierte Volksgemeinschaft. Aber die wäre ohne Gewalt gegen Teile des Volkes nicht durchsetzbar gewesen und hätte zudem als Modell einer relativ hochentwickelten Industriegesellschaft auch gar nicht funktionieren können. Das also, was sich um den Bund an politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen rankte, war Fiktion. Die Flucht der Erwachsenen in den Bund war nur eine Variation der allgemeinen Flucht der deutschen Mittelschichten in politische Illusionen, verbunden mit der Hoffnung, eine "Volksgemeinschaft", in der jeder seinen "Stand" hat, könne die notorische Statusunsicherheit dieser Mittelschichten beseitigen.

2. Man darf wohl davon ausgehen, daß diese antidemokratische Disposition der Führer die Einstellungen der Jugendlichen angesichts der intensiven Bindung zwischen Führern und Geführten mehr oder weniger stark mitgeprägt hat, obwohl offensichtlich "politische Schulung" in den Bünden nicht üblich war. Aber die emotionale Gestimmtheit verbunden mit den in Reden und Ansprachen immer wiederholten ideologischen Leerformeln sowie die Identifikation mit den Ritualen dürften ihre Wirkung bei den Jungen nicht verfehlt haben. Die Feste der Bünde waren "eine Mischung aus kontemplativem Ernst, hedonistischen Ausbrüchen und irrationalen, situativen Stimmungen. Dabei wurde auf kein Element der suggestiven Emotionalisierung verzichtet. Nacht, Feier, Fackeln, Fahnen, Tanz, gemeinschaftsbindender Gesang in einer Landschaft, welche die große Einsamkeit fühlen ließ und dadurch gleichzeitig die

Bedürfnisdisposition nach Zusammenschluß massiv forcierte" (Rosenbusch, S. 121 f.).

Deshalb muß man die Frage aufwerfen, ob die bündische Jugend eigentlich noch zur Jugendbewegung zu rechnen ist. Walter Laqueur meint in seiner Darstellung der Jugendbewegung, daß diese eigentlich schon vor dem Ersten Weltkrieg zu Ende gewesen sei, danach habe es nur noch Erwachsene gegeben, die die Jugend für ihre mehr oder weniger konfuse Ideen zu gewinnen suchten. In der Tat war der Unterschied zwischen der Bündischen Jugend und den anderen Jugendorganisationen (z.B. der Parteien, Verbände und Kirchen) nur der, daß die Bündischen von solchen Erwachsenengruppen organisiert wurden, die nicht im Auftrag eines gesellschaftlichen Großverbandes handelten.

3. Die Bünde waren elitär in bewußter Distanz sowohl zur "Masse" der Bevölkerung wie auch zu den demokratisch-parlamentarischen Regeln und Verfahren und damit zur Weimarer Republik. Auch diese "kleinbürgerliche" Tendenz der Vorkriegszeit setzte sich fort. Die Mitglieder der Bünde waren ganz überwiegend Gymnasiasten und Studenten. Die Erwartung war, daß in den Bünden jene Elite heranreifen würde, die das deutsche Volk in der Zukunft benötige; deshalb komme es nicht auf das aktuelle politische Engagement an, sondern darauf, sich für die Zukunft bereitzuhalten. Die bündische Gemeinschaft wurde als Vorform einer späteren "besseren" Gesellschaft verstanden. In ihr wollte man reif werden, bis das Volk ruft. Als politisches Erziehungsideal war diese Vorstellung unreal und gefährlich. Gegen Ende der Republik, zur Abwehr des heraufkommenden Nationalsozialismus, versuchten sich einige Bünde, vor allem der Jungdeutsche Orden, in die aktuelle Politik einzuschalten. Die Jungdeutschen gründeten gemeinsam mit den Resten der Liberalen Deutschen Demokratischen Partei 1930 die Deutsche Staatspartei, die aber keinen Erfolg hatte.

Mit der elitären Selbsteinschätzung ließ sich die Statusangst kompensieren: sie erhöhte die, die sich tatsächlich erniedrigt und falsch oder schlecht plaziert fühlten.

4. Die Bünde waren mehr oder weniger rassistisch und antisemitisch. Juden hatten keinen Zutritt - außer natür-

lich in einem eigenen jüdischen Bund. Die schon in der Vorkriegszeit erkennbare soziale Funktion des Antisemitismus, nämlich die eigene elitäre Selbstdefinition durch die Distanz von den "Fremden" zu erhöhen, setzte sich verstärkt in der Weimarer Republik fort.

5. Geändert hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit die Rolle des Führers.

"Die Identifikation mit dem Führer in der Gruppe nahm im Laufe der Geschichte der Jugendbewegung ständig zu; während er anfangs lediglich als 'planner'-Typ oder 'expert'-Typ, d h der beste Wander-, Koch-, Lagerfachmann die Gruppe betreute und ein verhältnismäßig wenig herausgehobener Spezialist war, wurde der Führer in der weiteren Entwicklung dem Gleichheitsgrundsatz immer mehr entrückt, zunehmend idolisiert und dann mystifiziert'" (Rosenbusch, S. 98 f.).

Mitte der zwanziger Jahre hatte sich das neue "Führerprinzip" weitgehend durchgesetzt. Verantwortlichkeit der Führer und gehorsame Gefolgschaft waren die Eckpfeiler der aristokratischen Grundstruktur der Bünde. Mitberatern durften alle, aber der Führer entschied letztlich. Wer sich zum Führer berufen fühlte, konnte dies entweder im eigenen Bund realisieren oder aber eine eigene Gruppe gründen und sich dafür eine Gefolgschaft suchen. Von daher erklären sich zumindest zum Teil die vielen Spaltungen sowie andererseits das Scheitern von größeren Zusammenschlüssen; sie scheiterten nicht zuletzt an der Rivalität der Führer bzw. derjenigen, die sich zur Führung berufen fühlten.

Dieses Führerprinzip stand natürlich in striktem Gegensatz zu den demokratischen Regeln für den Erwerb und die Legitimation von Macht, wie sie in Parlament, Parteien und demokratischen Verbänden üblich waren und wie sie in der Arbeiterjugend ebenfalls praktiziert wurden. Naheliegend war zwar, daß z. B. auf einer Fahrt der Führer die Verantwortung für die Minderjährigen sich nicht durch Abstimmung nehmen lassen konnte, aber es ging um viel mehr:

"Der Führer ist für uns die verkörperte Idee. Genau so wie auf Fahrt ... , wo die Meinungen über den richtigen Weg auseinandergehen, der *Führer* entscheidet und sich dann alles vertrauensvoll seiner Führung anvertraut und an ihn glaubt, eben-

so entscheidet er im Thing (= auf der Versammlung der Gruppe oder des Bundes), nachdem er alle Meinungen angehört hat, selbständig und nur in Verantwortung vor dem höheren Führer und vor Gott. Seine Führung darf nicht von der Zustimmung der Gefolgschaft abhängig sein"—so hieß es 1931 in der Führerzeitschrift "Bund" (zit. n. Pohl, S. 39).

Bündische Erziehung und Sozialisation

Die Charakterisierung der Bünde als politische Fiktion sagt noch nichts Genaueres über deren pädagogische Bedeutung aus: über ihr erzieherisches Selbstverständnis einerseits und über ihre Sozialisationswirkung andererseits. Die politische Weltfremdheit der Führer muß nicht per se zu einer politischen Verführung oder zu falscher politischer Sozialisation der Jugendlichen geführt haben. Denkbar wäre nämlich, daß - pädagogisch gesehen - die Formen und Rituale des Bundes, also das "Bündische" überhaupt, ein altersangemessenes Arrangement darstellten, dazu geeignet, charakteristische Bedürfnisse und Fähigkeiten der jugendlichen Altersphase sich entwickeln zu lassen. Wer z. B. als Kind Räuber und Gendarm spielt, muß deshalb weder Bankräuber noch Polizist werden. Entscheidend scheint vielmehr zu sein, ob diese Altersphase als Durchgangsstadium verstanden wurde und wie der Übergang zum Erwachsenenstatus gelang. Die politischen Fiktionen der Bünde entstanden ja dadurch, daß das Bündische eben nicht der Jugendphase vorbehalten blieb, sondern zum "Lebensbund" fortgeschrieben werden sollte, der unter der "Idee des Bundes" prinzipiell *alle* Generationen einschloß, ja, teilweise war es sogar umgekehrt, daß nämlich Erwachsene als Führer sich für ihre Idee des Bundes eine jugendliche Gefolgschaft suchten. Erst dadurch entstand die Gefahr einer politischen Illusionierung oder gar Infantilisierung der Erwachsenen. Diese Problematik aber muß man trennen von der anderen Frage nach der pädagogischen Bedeutung der Bünde für das Jugendalter. Dazu nun einige Überlegungen.

1. Offensichtlich boten die Bünde einem bestimmten Teil der bürgerlich-kleinbürgerlichen Jugend zunächst einmal in den Widersprüchen der Zeit eine Orientierung und eine Identifikationsmöglichkeit an, die der kleinbürgerlichen

gesellschaftlichen Position entsprach: Distanz von der aktuellen Politik, die für diese gesellschaftliche Position keine angemessenen Ziele bereit hatte; elitäre Überhöhung der eigentlich sehr labilen gesellschaftlichen Position durch die schon erwähnten Leitvorstellungen. Der Wunsch nach sinnlich erfahrbarer "Gemeinschaft" unter Vernachlässigung der dem widersprechenden komplexen gesellschaftlichen und sozialen Realität ist wie vor dem Kriege charakteristisch.

Auch in den Veranstaltungen der Bünde war es möglich, das für die Pubertätsphase so wichtige personale und soziale "Totalerlebnis" in der kleinen Gemeinschaft und unter reduzierten Lebensbedingungen sowie unter Aufrechterhaltung einer wenn auch romantisierten "männlichen Rolle" für eine gewisse Zeit zu wiederholen. Diese Deutung würde mit der These von H. Mau übereinstimmen, daß die Jugendbewegung sich im Grunde nicht entwickelt habe, daß vielmehr "ein keiner Wandlung unterworfenen Erlebnis", und zwar ein "bürgerliches Erlebnis", für sie charakteristisch gewesen sei (zit. n. Sauer, S. 96). Geändert hatten sich demnach nur die allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Randbedingungen.

2. Diese Änderungen jedoch wirkten unmittelbar auf die Identitätsbildung dieser Jugendlichen zurück. War vor dem Kriege die Rebellion im Rahmen einer relativ stabilen sozialen Integration erfolgt, so hatten nun Krieg, Inflation, Wirtschaftskrisen, Statusunsicherheit und Wertpluralismus für soziale Desorganisation gesorgt. Die "Demontage des Vaters", der für keine befriedigende Perspektive mehr sorgen konnte, war gerade in diesen Schichten weiter fortgeschritten. Nötig war nun, entweder eine neue Art von Ich-Stärke, von verinnerlichter Selbstregulierung und individueller Autonomie in den Widersprüchen der Zeit zu gewinnen, oder Identität durch Identifikation mit einem Kollektiv oder auch mit einer "Idee" zu finden, die ja für ein Kollektiv (z.B. "Volk") steht. Manches spricht dafür, daß die Bünde hier ein Sozialisationsangebot machten, das verschiedene Ergebnisse haben konnte, und das zeigte sich vor allem beim späteren Verhalten der Erwachsenen.

Da gab es z. B. die schon von Kurella (und auch von vie-

len anderen) kritisierten "ewig Jugendbewegten", die sich überidentifiziert hatten mit der "Idee des Bundes" und nun nicht mehr davon loskamen, für die der Bund das Kernstück ihrer Identität blieb. Aber es gab auch die anderen, die als Erwachsene sich von dieser Identifikation lösten, dabei aber die für sie wichtigen Impulse in ihre Rollen als Erwachsene übernahmen und z. B. in ihre pädagogische, künstlerische oder publizistische Tätigkeit produktiv einbrachten. Bei ihnen darf man wohl annehmen, daß sie gerade im Rahmen der Bünde Ich-Stärke und persönliche Autonomie entwickelt hatten. Allerdings läßt sich nicht sagen, wieso die eine Entwicklung so und die andere anders verlief. Jedenfalls muß man sich vor voreiligen Urteilen hüten. Daß die Bünde z. B. Bindung und Unterordnung verlangten in einer im übrigen desorganisierten Gesellschaft, war an und für sich noch kein Hindernis für die Entwicklung von Autonomie und Ich-Stärke, sondern konnte auch als Herausforderung an die eigene Leistungsfähigkeit und als Ordnungsangebot für die seelische Instabilität dieser Altersphase empfunden werden, zumal ja auch die Chance gegeben war, selbst als nur wenig Älterer eine Gruppe zu führen. Auch die Tatsache, daß die Bünde einer romantisiert-vereinfachten "Idee" dienen wollten, nämlich dem "Volk" oder der "Volksgemeinschaft", kann auch dem rigorosen Moralismus dieses Alters einen positiven Gegenstand bieten, denn schließlich ist es nicht verwerflich, seinem Volk dienen zu wollen. Und schließlich kann man sogar darüber streiten, ob eine Jugendgruppe schon deshalb als "undemokratisch" angesehen werden muß, weil sie ihre Angelegenheiten nicht nach parlamentarischen Spielregeln ordnet. Dagegen anführen ließe sich z. B., daß solche Regeln, die für die gesellschaftlichen Großgebilde entwickelt wurden, in überschaubaren Kleingruppen nicht nur entbehrlich sind, sondern auch zu unnötigen Rivalitäten und gruppendynamischen "Machtkämpfen" führen könnten.

Alle diese Besonderheiten der Bünde, so problematisch sie *politisch* waren, mußten als *pädagogische* Bedingungen keineswegs der Entfaltung von Ich-Stärke und Autonomie im Wege stehen.

Allerdings muß man dabei den sozialen Hintergrund der Mittelschichtjugendlichen bedenken. Für Arbeiterjugend-

liche wäre damals dieses Sozialisationsangebot vermutlich nicht akzeptabel gewesen, hätte deren Bedürfnisse und Erfahrungen nicht ansprechen können. Deshalb waren sie ja auch in den Bünden so gut wie gar nicht vertreten.

3. Schon der Vorkriegs-Wandervogel hatte dem pädagogischen Bezug eine neue Variante beige-steuert: Neben den Bezug Vater-Sohn und neben die formalisierte und institutionalisierte Beziehung Lehrer-Schüler war das Verhältnis Führer-Geführter getreten. Dieses Verhältnis konnte intensiv bis zur tiefen Freundschaft sein, aber auch distanzierter. Jedenfalls war es kein durch "Rollen" determiniertes und parzelliertes, sondern ein komplexes und umfassendes Verhältnis, offen für eine verhältnismäßig uneingeschränkte Gestaltung von beiden Seiten. Eine solche Beziehung enthielt zweifellos für den Pubertierenden pädagogische Chancen, sie konnte seine sonst nicht äußerbaren menschlichen Qualitäten und Leistungen herausfordern, seine Unruhe und Wechselhaftigkeit konnte sich an der Reife des Älteren stabilisieren. Allerdings hing dies nicht zuletzt von der Persönlichkeit des Älteren ab, was er in diese Beziehung einbringen konnte. Wie sahen die Führer selbst ihr Führertum? H. Pross hat das literarisch belegbare Selbstverständnis maßgeblicher Führer so skizziert:

"Sie kommen von weit her, von sehr weit her sogar, aus einer Welt, die weder mit Profitstreben noch mit Masse noch mit Demokratie irgendetwas zu tun hat. Sie sind der größte Gegensatz zur Masse; nur ein kleiner Kreis Auserwählter gesellte sich zu ihnen, zu seinem Heil natürlich, denn durch den Führer wird der Gefolgschaft das Geschenk des Bundes zuteil. Indem er alles Typische, Normale und Unvermeidliche in der Situation seiner Zeit verneint und als krank hinstellt, macht er es sich leicht, seine Gefolgsleute zu den Heilen zu erklären und sich selbst zum Heilsbringer

(Die Führer) waren Muster an Selbstlosigkeit, und 'immer irgendwie tragisch' klebten sie an der Jugend. So selbstlos waren einige von ihnen, daß sie ihren bürgerlichen Beruf versäumten ... und von der Welt in ihrer wahren Bedeutung rigoros verkannt wurden. Nichts kann aber dem Heranwachsenden das Gefühl ersetzen, verkannt zu sein. Das Bedürfnis, verkannt zu werden, bestimmt in weitem Umfang die jugendliche Vorstellungswelt Um diese von der Umwelt verkannten, in erhabener Einsamkeit mit ihrem Entschluß ringenden Führer sammelte sich die Gefolgschaft in gleicher Pose" (S. 286 f.; S. 291).

Pross weist mit Recht auf die Gefahr hin, daß die Probleme der Pubertät durch eine solche Führer-Gefolgschaft-Beziehung auch eher verschärft werden können. Jedoch ist die Frage, ob eine derartige Charakteristik auch für die vielen "unteren" Führer zutrifft, die die eigentliche Arbeit in den Gruppen leisteten und meist selbst noch Gymnasiasten waren. Für sie entstanden andere Probleme, als Pross sie sieht: wie sie nämlich *selbst* als noch nicht Erwachsene mit der Aufgabe des Führertums fertig werden mußten.

Schon in zeitgenössischen Arbeiten (Strauss 1932; Lippert 1934) wurde darauf aufmerksam gemacht. So sah Strauss (S. 89 ff.) folgende Gefahren des jugendlichen Führertums: Der Übergang in die Erwachsenenwelt kann verpaßt bzw. verzögert, die Jugendzeit also über Gebühr verlängert werden. Wenn man in so jungen Jahren bereits Führer wird und Verantwortung übernimmt, dann gewinnt man eine Position, die man auf Grund seiner Kenntnisse und Erfahrungen im Beruf noch nicht einnehmen kann, der Übergang in die Erwachsenenwelt wäre also mit einem erheblichen Prestige-Verlust verbunden. Von daher entsteht die Versuchung, möglichst lange Führer zu bleiben. Außerdem fixiert sich das Interesse leicht auf die jugendliche Gruppe, es gibt keine Gegengewichte, die mögliche Entwicklung anderer Interessen wird behindert, alles wird aus dem Horizont der Gruppe erlebt. Da der Verkehr mit den Gleichaltrigen reduziert ist oder gar ganz fehlt, belastet der Führer Jüngere mit seinen Problemen. "'Jugend' wird für ihn zu einem Dauerzustand, zu einem falsch verstandenen Ideal" (S. 92). Der ständige Umgang mit Jüngeren kann falsche Maßstäbe für die Selbsteinschätzung setzen, was einerseits zu "Führerdünkel" führen kann, andererseits aber auch zu der Versuchung, Konflikten und Auseinandersetzungen mit der Welt der Erwachsenen auszuweichen und sich immer wieder in die problemlose Jugendlichkeit zurückzuziehen. Schließlich kann der ständige Umgang mit Jungen das Interesse am anderen Geschlecht zerstören.

Die hier geschilderten Gefahren können natürlich im Prinzip bei jedem entsprechenden jugendlichen Überengagement auftauchen. Aber bei den Bünden kam noch der Totalitätsanspruch des "Führer-Gefolgschaft-Verhältnis-

ses" dazu, verbunden mit dem Anspruch der totalen Hingabe an die "Idee". Ein Führer, der z. B. einen Teil seiner Freizeit mit seiner Freundin statt mit der Gruppe verbringt, hätte leicht als "treulos" und "verräterisch" erscheinen und damit den Bestand der Gruppe bzw. seine Führungsposition gefährden können. Nicht in dem jugendlichen Engagement selbst, aber in der Überhöhung der gegenseitigen Ansprüche lag in der Tat eine Gefahr für den "pädagogischen Bezug" in der Gruppe.

Andererseits zog der fast gleichaltrige Führer Erwartungen auf sich, die früher eher dem Vater gegolten hatten: Er war Vorbild, genoß Vertrauen, gab Orientierungen - er war gleichsam in der Rolle des älteren Bruders, wenn der Vater fehlt. In seiner Figur zeigte sich stellvertretend der Widerspruch von Emanzipation von den traditionellen Erziehungsmächten einerseits und daraus resultierender früher individueller Verantwortung andererseits. Für die daraus entstandene "Ungeborgenheit" und "Einsamkeit" boten die Bünde offenbar so etwas wie eine "Heimat".

4. Die Entwicklung von der Wandervogel-Gruppe zum Bund zeigt eine zunehmende Tendenz zur gesellschaftlichen Integration im Rahmen mehrerer Generationen. Damit schien die schon 1914 von Nohl erhobene Forderung nach dem freien, also institutionell nicht präformierten Austausch der Generationen als Chance der Jugendbewegung eingelöst, während Jugend, auf sich selbst zurückgeworfen, nur beschränkte Erfahrungen erwerben könne. Das Problem bei den Bünden war jedoch, daß die Älteren sich den Jüngeren nicht in ihrer "normalen" Realität präsentierten - als Berufstätige, Familienväter, Staatsbürger usw. - , sondern im Rahmen von Leitvorstellungen, die diese Realität ausklammerten und überdeckten. Dadurch wurde ein wichtiger Teil von möglichem Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen unterschlagen bzw. falsch gedeutet. Dieser Teil des "pädagogischen Verhältnisses" fand gleichsam außerhalb der gesellschaftlichen Realität statt, auf einer Ebene des "als ob", es war eher eine spielerische Inszenierung als eine realistische Kommunikation.

5. Alles in allem ist die Frage schwer generell zu beantworten, ob die Bünde nicht letzten Endes doch eher dis-

sozialisierend gewirkt haben, zumindest im Hinblick auf die *politische* Sozialisation. Aber dann müßte man auch nach den denkbaren Alternativen fragen. Die Gymnasialjugend und die Studentenschaft in Weimar war von Haus aus ganz überwiegend anti-demokratisch und rechtsradikal eingestellt; diese Einstellung haben die Bünde nicht erfunden, sondern nur aufgegriffen. Vermutlich hatten die Bünde hier eher eine mäßigende Funktion, indem sie dieses ideologische Potential ins Romantische wendeten und es so "von der Straße fernhielten".

6. Die Bünde waren "Männerbünde", auch wenn einige von ihnen Mädchen-Gruppen hatten. Die Deutsche Freischar zum Beispiel, die zu den ideologisch gemäßigten Bünden gehörte, hatte 1929 etwa 15 Prozent Mädchen. Die Leitvorstellungen der Bünde, etwa das mittelalterliche Modell des (edlen) Ritters, der das Volk schützt, bzw. des Ordens, der sich unbeirrbar und treu einem Ziel bzw. einer Aufgabe verschrieben hat, sprachen Mädchen verständlicherweise wenig an. Für sie gab es da keine attraktive Rolle. Auch in diesem Punkte läßt sich die Vorkriegstendenz fortschreiben.

Die Haltung der Bünde in dieser Frage war unklar und zwiespältig. Einerseits hat die bündische Jugend erkannt, "daß ohne die Frau der Bund nie ein Vorbild für eine Volkwerdung sein kann"; andererseits waren die Bünde gegen Koedukation, weil "ein Mädchen zum Mädchen nur beim Mädchen, ein Junge zum Jungen nur durch Jungen werden kann" (Pohl, S. 59). Jungen und Mädchen sollten also getrennte Gruppen und Heimabende haben, lediglich bei Festen und großen Treffen sollten beide Geschlechter gemeinsam auftreten. Die Mädchengruppen sollten eigene Vorstellungen und Ziele für *ihren* Bund entwickeln und nicht die Jungenerziehung nachahmen, wobei die Erwartung der Männer war, daß die Mädchen ihre traditionelle Rolle wieder belebten und kultivierten. Das ging nicht ohne Pathos ab: "Der Mann will der Sorgende, der Denker sein; er will kämpfen, um die Frau vor Schmach und Leid zu bewahren; er will sie schützen um ihrer selbst willen" ... (Pohl 1933, S. 61). Gesucht ist die "frauliche", die "mütterliche" Frau.

Aber es gab auch Gegenstimmen, die von der schlichten

Tatsache ausgingen, daß es nicht jeder Frau vergönnt sei, Ehefrau und Mutter zu werden. Deren Leitbild war die Frau als Kamerad und "Mitkämpferin" - aber immer noch unter der Führung des Mannes.

"Der Mann braucht eine Kameradin fürs Leben, eine Lebensgefährtin, die nicht nur die schönen Nächte, sondern auch die schweren Tage erleben kann, willensstark und aufrecht genug, das schwerste Leid zu ertragen, eine Frau, der der Beruf und die Interessen des Mannes, seine Gedanken und Pläne nicht gleichgültig sind, die in ihm nicht nur den Ernährer und Versorger sieht", schrieb Eberhard Köbel (tusk) (zit. n. Pohl 1933, S. 62).

Die Diskussion über die Rolle der Frau im Volk und in den Bünden berührte einen besonders kritischen Punkt; denn die soziale Desorganisation, wie sie gerade in den Mittelschichten erlebt wurde, wurde besonders sichtbar an den veränderten Familienverhältnissen und an der neuen Position vieler Frauen, die viel häufiger als früher im Beruf und im öffentlichen Leben standen. Dies aber paßte nicht zusammen mit dem Verständnis von "Volk", das sich ja im Grunde auf vorindustrielle Sozialformen bezog, in der die Frau als Hüterin des Herdes und Heimes fungierte.

Die überlieferte Rollenverteilung erlaubte dem Jungen einen größeren Autonomiespielraum als dem Mädchen.

"Kaum der Kindheit entwachsen, trennt sich ja das Mädchen vom gleichaltrigen Jüngling und hält innerlich wie äußerlich zur Matrone, mit ihr zusammen die bürgerliche Sitte verkörpernd ... Das ganze Schwergewicht der bürgerlichen Moral hängt an den 16- bis 18jährigen Mädchen, es hat dieselben menschlichen und sittlichen Maßstäbe wie seine Mütter und Tanten; während auch der einfachste und unbegabteste Jüngling sich wenigstens einige Jahre lang als Träger neuer Ideen, Maßstäbe und Ziele fühlt. Stillschweigend wird dem Jüngling jene Zeitspanne des Nochnichtverpflichtetseins zugestanden die man der Frau versagt; denn würde sie in diesen kritischen Jahren zum Bewußtsein ihrer Jugend und Freiheit gelangen wie der Jüngling, so würde ein Grundpfeiler der bestehenden Sitte untergraben" (Busse-Wilson, zit. n. Franzen-Hellersberg 1927).

Die Folgen einer solchen Erziehung seien "Klatschsucht, Neugier, Neid, Mißgunst und jenes peinliche Interesse für fremde Liebeserlebnisse": die "sekundären Geschlechtsmerkmale des bürgerlichen Weibes" (Busse-Wilson).

Für das Mädchen war die Emanzipation von dieser ihr angesonnenen Perspektive zweifellos sehr schwierig, und die (männliche) Jugendbewegung war dafür wenig geeignet. Schließlich ging es hier nicht um die Emanzipation vom Vater, sondern von der Mutter. Wenn man die Mädchen nicht auf eigene Gruppen verwies, dann wurden sie bloß mitgenommen. Da sie keinen eigenen Beitrag zur "Sache" - nämlich den bündischen Gehalten und Formen - liefern konnten, den nicht auch die Jungen hätten liefern können, blieben sie zurückgeworfen auf ihr bloßes "Weibsein". Dieses wiederum konnte, da Liebesbeziehungen verpönt waren, sich nur im Rahmen der alten Rolle äußern: als mütterliche oder auch schwesterliche Versorgung der Jungen, als ästhetische Gestaltung der "Wohnstube" - also etwa des Landheimes. Die Berichte zeigen übereinstimmend, daß abgesehen davon die Mädchen eine durchweg passive Rolle spielten, sich z. B. an den Debatten und Diskussionen wenig beteiligten. Dabei scheint für die Mädchen im besonderen Maße zu gelten, was auch den Jungen nachgesagt wurde: "daß der Bund vor allem ein Sammelplatz der welt- und lebensanschaulich *weniger Widerstandsfähigen* war" (Franzen-Hellersberg, S. 136).

Was hätte "Pubertät" im Sinne eines "psychosozialen Moratoriums" damals für diese Mädchen bedeuten können? In erster Linie gerade Ablösung von den kindlichen Rollen - und damit von Mutter und Tante - und das Entwerfen alternativer Lebensperspektiven. Aber eine "Jugendbewegung der Mädchen", die sich einen solchen Freiraum hätte schaffen können, hat es nicht gegeben. So wenig man die befreienden Wirkungen des Wanderns - in anderer Kluft als der der höheren Tochter und fern vieler für Mädchen gültigen gesellschaftlichen Rituale der Mode und des Verhaltens - unterschätzen darf, so blieb die Rolle des Mädchens in den Bünden unbefriedigend, gerade weil mit emotionalen Paarbeziehungen nicht experimentiert werden durfte; denn vor allem unterschiedliche emotionale Erfahrungen - und als deren Folge möglicherweise auch sexuelle - hätten dem bürgerlichen Mädchen Selbstbewußtsein für den künftigen Partner und Selbstbestimmung im Umgang mit Beruf und Familie gewähren können. Die Realität bei den gemischten Wanderungen sah aber ganz anders aus, wie Elisabeth Busse-Wilson beschreibt:

"Jünglinge und Mädchen in der ersten lebenshungrigsten Jugend, autoritätslos, ungebunden durch die Präventivmaßnahmen der bürgerlichen Sexualerziehung (deren Hauptsorge die Verhinderung der Gelegenheit ist), eine solche Jugend, die außerdem das Bewußtsein ihrer Besonderheit hat, findet sich auf Wiesen und im Mondschein, in Julinächten und in einsamen Wäldern zusammen und singt dazu jene schwermütig-sehnsüchtigen Volkslieder, die über die Natur der Leidenschaft nicht einmal einen Schleier breiten. Und diese Männer und Mädchen rühren sich nicht nur nicht an, sondern verlieben sich auch nicht und halten ihre unter derartigen Umständen bewahrte Neutralität für das Normale und Selbstverständliche Umso komischer wirkt es, die jugendlichen Greise hinterdrein tieferntst über den Eros, den unerlebten, philosophieren zu sehen" (zit. n. Franzen-Hellersberg, S. 138 f.).

Nach dem Kriege wurden die Mädchen ohnehin "aus den gemischten Bündeln zum guten Teil herausgedrängt und vom Führer der Obhut gereifter Frauen übergeben. Diese sind bei den Mädchenbünden zuweilen tüchtige Frauen der früheren Bewegung, die da führen wollen, wo *sie* ehemals eine Führung entbehrt hatten: Lehrerinnen, Jugendleiterinnen, Sozialbeamtinnen" (Franzen-Hellersberg, S. 137). Die Mädchen haben also den Bündeln nicht den Stempel ihrer eigenen Bedürfnisse und emotionalen, sozialen und geistigen Fähigkeiten aufdrücken können. Eine Möglichkeit wäre es sicher gewesen, den Jungen neben den emotionalen Erfahrungen der Freundschaft zum eigenen wie zum anderen Geschlecht und der Erfahrung der Gemeinschaft Gleichgesinnter die ganz andere der jeweils *individuell differenzierten* Beziehungen zum anderen Geschlecht zu vermitteln. Aber dies hätte in der Tat den romantischen Männerkult gefährdet, die Beziehungen in den Gruppen zu kompliziert - wenn auch realitätsgerechter - gemacht, so daß die Abwehr gegen die Mädchen in den Bündeln durchaus plausibel war. Im Begriff "Kameradschaft", der die Beziehungen zum anderen Geschlecht ausdrückte, verbarg sich die Tatsache, daß man mit Mädchen als Individuen nichts anfangen konnte. Ein Mädchen brauchte man, wenn man es zu etwas gebracht hatte, und dann eine vom alten "Typ" der das Heim umsorgenden Mutter. Es scheint so, daß die Emanzipation des Mädchens derartiger Gruppen- und Führerbindungen gar nicht bedarf, daß sie eher eine individuelle ist bzw. sein muß, die ganz bestimmter Bedingungen und Voraussetzungen bedarf,

107

z. B. einer qualifizierten Bildung und einer eigenständigen beruflichen Perspektive. Es scheint ferner so, daß die Emanzipation des bürgerlichen Mädchens, ihre Fähigkeit etwa zu partnerschaftlichen, gleichberechtigten Beziehungen, damals außerhalb der Bünde und wohl außerhalb der Jugendarbeit überhaupt noch am ehesten möglich war.

Die Arbeiterjugendbewegung

Schon vor dem Kriege hatte der "linke" Flügel der SPD um Luxemburg, Liebknecht, Zetkin die Hoffnung, daß die proletarische Jugendbewegung die dynamischen revolutionären Impulse der Arbeiterbewegung forcieren könne; nicht zuletzt deshalb unterstützte er die Unabhängigkeitsbestrebungen der Jugendbewegung. Als während des Krieges sich die Spaltung der Arbeiterbewegung abzeichnete, standen nicht wenige junge Arbeiter hinter den Linken, die ihrerseits den revolutionären Elan der Jungen lobten. Als "Freie sozialistische Jugend" setzte sich diese Gruppe Ostern 1916 von der Berliner "Zentralstelle" ab und kämpfte für Umsturz und Kriegsabbruch. Aus ihr ging nach dem Krieg der "Kommunistische Jugendverband" hervor.

Der Krieg hatte die Arbeit der "Zentralstelle" weitgehend eingeschränkt. Die Zahl der Jugendausschüsse war von etwa 850 bei Kriegsbeginn auf etwa 200 Ende 1918 zurückgegangen. Die Zahl der Abonnenten der "Arbeiter-Jugend" war von 108300 (1914) auf 28000 (1918) gesunken. Die jungen Arbeiter hatten die Arbeitsplätze der einberufenen Väter einnehmen und so ihre Familie ernähren müssen. Die Jugendschutzbestimmungen waren außer Kraft gesetzt und die Arbeitszeiten erheblich verlängert worden. Die "Zentralstelle" hatte darauf sowie auf andere, die Jugendlichen beeinträchtigende Maßnahmen (z. B. Sparzwang; Ausgehverbot) mit gelegentlichen Protesten reagiert, versuchte aber im wesentlichen die Organisation möglichst unbeschadet durch die Kriegsjahre zu bringen. Die "Zentralstelle" war 1917 in die staatlichen Jugendpflegeausschüsse aufgenommen und damit als staatstragend faktisch anerkannt worden. Die Gewerkschaften hatten sich nach der Gründung der USPD 1917 aus den

Jugendausschüssen zurückgezogen, um ihre überparteiliche Position zu demonstrieren, und bauten dann nach 1918 verstärkt eigene "Jugendsektionen" auf, deren Mitgliederzahl erheblich höher war als die der sozialdemokratischen Jugendorganisation.

Für die Arbeiterjugendbewegung brachten Kriegsende und Revolution einen bedeutenden Einschnitt. Einmal entfielen nun die polizeilichen und vereinsrechtlichen Beschränkungen der Vorkriegszeit, so daß die Gründung von Jugendvereinen wieder möglich war. Zum anderen waren die Arbeiterparteien und Gewerkschaften in ganz anderem Maße in der Lage, sich auch für die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Jugendlichen einzusetzen, so daß die ursprüngliche Intention der Arbeiterjugendbewegung, sich *selbständig* für die eigenen Interessen einzusetzen, nicht mehr so dringlich erschien. Und schließlich hatte die Spaltung der Arbeiterbewegung auch die Spaltung der Arbeiterjugendbewegung zur Folge, so daß von nun an von "der" Arbeiterjugendbewegung nicht mehr gesprochen werden kann, sondern die wichtigsten Organisationen gesondert betrachtet werden müssen. Wir wollen dies im folgenden für die sozialdemokratische Jugendarbeit und für die kommunistische tun. Gruppen, die zwischen diesen beiden großen Parteien sich ansiedelten, können dabei nicht berücksichtigt werden.

Die sozialdemokratische Jugendarbeit

1. Die sozialistische Arbeiterjugend (SAJ)

Am 25. Mai 1919 wurde die Umwandlung der "Zentralstelle" in den "Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands" (AJ) beschlossen. Die vom Parteitag der SPD im Juni 1919 beschlossenen Richtlinien setzten fest:

"Das Ziel der Jugendbewegung ist die Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung und zur selbständigen praktischen Betätigung. Ferner hat sie den Zweck, einen wirksamen Jugendschutz zu fördern. Dagegen ist die Jugendbewegung keine Kampforganisation mit parteipolitischen Zielen; ihre Aufgaben sind vorwiegend erzieherischer Natur" (zit. n. Lindstaedt, S. 45).

Die Altershöchstgrenze wurde auf 18 Jahre festgesetzt, die

älteren sollten in die Partei eintreten. Die Leitung des Vorstandes bestand aus fünf Vertretern der Partei und fünf Vertretern der Arbeiterjugendvereine.

Der Verband nahm eine günstige Entwicklung. Anfang 1920 gab es über 27 000 männliche und über 12 000 weibliche Mitglieder, Ende 1920 gab es bereits 75 000 Mitglieder (Tilsner-Pröll, S. 24). Die "Arbeiter-Jugend", weiterhin von Karl Korn redigiert, hatte 1920 60 000 Abonnenten. Dazu erschien seit 1920 der "Führer", ein Organ für die Funktionäre des Verbandes, mit einer Auflage zwischen 3000 und 6000 Exemplaren.

Im September 1922 vereinigten sich die SPD und der größte Teil der USPD wieder. Damit wurde der Weg frei für eine Vereinigung der beiden sozialistischen Jugendorganisationen AJ und SPJ (Sozialistische Proletarierjugend) zum "Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands" (SAJ) im selben Jahr. Die gemeinsamen Programmpunkte lauteten:

"Der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands erzieht seine Mitglieder im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu Kämpfern für die sozialistischen Ideale. Er vertritt die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen der proletarischen Jugend.

Der Verband macht sich zur Pflicht, in dauernder Zusammenarbeit mit dem vorwärts strebenden Jungproletariat aller Länder die wirtschaftliche und geistige Not der arbeitenden Jugend zu beseitigen. Er betrachtet es als seine höchste Aufgabe, unermüdlich für den wahren Völkerfrieden und für die sozialistische Gesellschaft zu kämpfen" (zit. n. Tilsner-Pröll, S.36).

Die neue Organisation zählte 1922 circa 1600 Gruppen mit 105 000 Mitgliedern.

Die Phase bis 1920 kann man als eine neue "sozialistische Jugendbewegung" bezeichnen:

"Ausdruckskultur, das heißt Lebensgestaltung und Lebensauffassung, wurden primär. Ausdruckskultur bedeutete den Versuch, den 'sozialistischen Menschen' schon jetzt, in der kapitalistischen Gegenwart zu wollen; bedeutete Reform der Kleidung und Ablehnung der Lebensgewohnheiten der alten Generation. Alkohol und Nikotin wurden als entnervend und den Befreiungskampf hemmend leidenschaftlich bekämpft. Gesellschaftstanz, Kino, Rummel als Vergnügungsstätten des stumpfen Spießers verpönt. Ferner wurde versucht, den Arbeiterfestlichkeiten einen neuen Inhalt und edlere Formen zu geben. Diesem Wollen verdanken der Sprechchor, die proletarischen Feierstunden ihre Entstehung" (Jacobsen, S.108).

Den Höhepunkt erreichte diese Bewegung auf dem sogenannten "Reichsjugendtag von Weimar" 1920 ("Das Weimar der arbeitenden Jugend"). In dem Referat von Johannes Schult kommt der "Geist von Weimar" deutlich zum Ausdruck: Sozialismus als Kulturbewegung, als vorweggenommener Lebensstil, getragen und realisiert vom Idealismus der Jungen:

"Es konnte nicht die Aufgabe von Marx und Engels sein, uns diese Ziele zu stecken; ihre Aufgabe war es, die damals noch dumpf dahinvegetierenden Arbeiter aufzurütteln, daß sie sich erinnerten, daß zum wirklichen Leben materielle Vorbedingungen nötig sind. Darüber gehen wir hinaus! Was ist der Jugend zu groß? Die Jugend hat die Aufgabe, aufzubauen und nicht nur das Erbe der Alten zu verwalten. Die Jugend muß neue Ziele für die Arbeiterbewegung schaffen. Wir haben vergessen, daß der Mensch außer dem Verstand noch andere Kräfte in sich trägt. Früher sagte man: Wissen ist Macht, heute sagen wir: Wissen ist auch Macht. Die Jugend hat nicht die Aufgabe, den wirtschaftlichen Sozialismus gegen eine Welt von Unverstand durchzuführen. Er wird nur durchgeführt werden können unter Mitwirkung der überwiegenden Mehrheit eines Volkes

Die Aufgabe unserer Arbeiterjugendbewegung ist die, daß sie das schon von ihr Ausgestaltete zur Lebensform für das ganze Volk auswirkt. Hier liegt auch der Unterschied zwischen der unseren und der bürgerlichen Jugendbewegung Die Arbeiterjugend steht nicht neben oder außerhalb des Lebens, sie steht im Leben, im Strome der Zeit, sie ist und fühlt sich nur als ein Stück der ganzen großen Kulturbewegung, sie fühlt sich als eine junge Garde dieser Bewegung

Uns ist dieser Sozialismus, die Erstrebung einer Volksgemeinschaft, Herzenssache; damit unterscheiden wir uns vielleicht von den Erwachsenen. In unserer Jugend lebt die blühende, freudige Lebensbejahung Schillers, der Faustische Drang zur Lösung der tiefsten Rätsel, der brennende Durst nach Schönheit. In dieser abgeklärten Welt der Goetheschen großen, unumwundenen Seelenpracht verstehen wir auch die heiße Leidenschaft Goethescher Lieder; wir fühlen den Kategorischen Imperativ Kants. In uns erneuert sich der Fichtesche Kampf um die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, um die Erneuerung der Moral eines ganzen Volkes. Wir sind die Erben der geistigen Riesenarbeit von Marx und Engels; in uns leben Heine, Mozart, Beethoven fort. Volkslieder und Volkstänze sind unser eigen geworden; unsere Wanderfahrten haben uns tief verankert im echten Nationalbewußtsein

So sind unsere Jugendgemeinschaften ein heiliges Land. Wenn wir nun zuletzt fragen: Was soll werden? So müssen wir versuchen, diese Züge des Gemeinschaftslebens, die sich eben entwickelt haben, herauswachsen zu lassen aus der Jugendbewe-

gung in die allgemeine Arbeiterbewegung; das wird die größte Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte werden. Wir wollen uns dafür ein Wort, ein Gelübde und Bekenntnis geben: In dem engen Gemeinschaftsleben beider Geschlechter wollen wir den Adel in uns bilden, um mitzubauen an einer sozialistischen Zukunft, bis wir anstelle des Hasses, Neides, der Kleinsucht die Liebe der Menschen untereinander in Volks- und Völkergemeinschaften zum Siege geführt haben. Wir wollen die Neuerung des Sozialismus durch Tat und Beispiel aus unserer Jugendbewegung" (zit. n. Pross, S. 269 ff.).

Hier zeigten sich deutliche Einflüsse der bürgerlichen Jugendbewegung, in diesem Enthusiasmus verbanden sich Vorstellungen des "ethischen", also nicht primär am Klassenkampf orientierten Sozialismus mit der allgemeinen politischen Hoffnung, daß trotz der unmittelbaren Not der Nachkriegszeit die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dank der neuen politischen Bedingungen zu lösen seien. Auch ein "Nachholbedarf" an kultureller und geselliger Euphorie dürfte eine Rolle gespielt haben. Geltend gemacht wurde unter anderem, daß kulturelle Interessen und Bedürfnisse erst dann sich entfalten könnten, wenn ein gewisses Mindestmaß an sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit erreicht sei; dies schien nach dem Kriege zumindest in Aussicht zu stehen - ein Irrtum, wie sich spätestens seit der Inflation von 1923 herausstellen sollte.

Die Kritik blieb jedoch nicht aus: Sozialismus müsse mehr sein als enthusiastische Lebensgestaltung, nämlich auch Weltanschauung und politischer Kampf. Doch nach dem Jugendtag von Nürnberg 1922, wo 35- bis 40 000 Jugendliche anwesend waren, ging die Phase der Jugendbewegung rasch zu Ende und wieder zur Jugendpflege über. Das lag wohl einerseits daran, daß so große Zahlen nicht durch Enthusiasmus und Idealismus zu organisieren waren, jedenfalls nicht im Alltag, und daß andererseits die Führergeneration, die den "Geist von Weimar" getragen hatte, aus der Bewegung ausgeschieden und zum Teil in Parteiämter eingetreten war. In dieser Jugendpflegephase seit 1923 ging die Mitgliederzahl - allerdings mitbestimmt durch einige Abspaltungen - bis 1932 auf 60 000 zurück (Kneip 1974, S.225).

Die Jugendtage der SAJ mit einer so großen Zahl von Jugendlichen waren ein Novum in der Geschichte der Jugendbewegung und Jugendarbeit und zeigten eine neue

Tendenz an: einerseits die "Masse" der jugendlichen Anhänger einmal zum "Erlebnis der großen Zahl" und damit zum Erlebnis der Solidarität zu bringen, andererseits dies aber auch der Öffentlichkeit werbend zu präsentieren.

Die "Reichsjugendtage" der SAJ standen unter einem bestimmten Motto. In Nürnberg 1923 - nach dem Kapp-Putsch und während der Besetzung des Ruhrgebietes - ging es um das Bekenntnis zur Republik. "Wir wollen, daß die Arbeit Freude werde", hieß dann das Motto des Jugendtages 1925 in Hamburg mit rund 30 000 Teilnehmern. Hier ging es um sozialpolitische Forderungen für die arbeitende Jugend, die in der politischen Arbeit der SAJ eine große Rolle spielten und die der "Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände" sich dann zu eigen machte. Es ging vor allem um den Jugendarbeitsschutz, Freizeitregelungen am Wochenende, um Urlaub und um Reformen der Berufsausbildung.

In Dortmund versammelten sich 1927 rund 20 000 Mitglieder unter dem Motto: "Rote Jugend auf roter Erde". Hauptthemen waren Kampf für den Sozialismus und für den Völkerfrieden. Von "Weimar" bis "Dortmund" hatte die SAJ eine bemerkenswerte Wandlung durchgemacht, die mit der Entwicklung der Republik korrespondierte: Vom kulturellen Enthusiasmus wieder hin zum politischen Kampf - für die Republik, aber auch für die eigene Organisation.

"Es war nicht mehr die Jugend von Weimar, die hier (in Dortmund, H.G.) zusammenströmte. Aus den bunten jugendlichen Scharen in der schmucken Wanderkluft mit den Fiedeln und Gitarren waren straff organisierte, klassenbewußte Formationen des jungen Proletariats geworden. 20 000 Jungen und Mädchen marschierten in militärischer Ordnung durch die Straßen der Arbeiterstadt. An ihren Uniformen fehlten Koppel und Schulterriemen nicht, Klampfen und Geigen hatten Trommeln und Fanfaren weichen müssen" (Schneider 1952, S. 163).

Im Rahmen dieser Jugendtage wurden massenwirksame Symbole bzw. Symbolhandlungen entwickelt. In Nürnberg gab es z. B. einen kilometerlangen Fackelzug, in Hamburg eine Fülle von Festen und Feiern, in Dortmund eine Großkundgebung im Stadion "Rote Erde" sowie einen Stafettenlauf nach Brüssel, wo zur gleichen Zeit der Kongreß der sozialistischen Arbeiter-Internationale tagte.

"Auf der Kampfbahn 'Rote Erde' übergab Erich Ollenhauer einem Arbeitersportler einen Stab mit einer Botschaft an die Internationale. Unter dem Gesang der 'Internationale', die die 70 000 im Stadion anstimmten, lief der Sportler einmal um die Bahn des Platzes, verließ ihn durch das Tor und übergab den Stab einem anderen Genossen aus einer langen Kette derer, die auf dem Wege nach Brüssel darauf warteten, die Nachricht zum Tagungsort der erwachsenen Arbeiter der Welt bringen zu können" (Lindstaedt, S.59).

Weitere symbolträchtige Handlungen waren die "Jugendweihe" anstelle der Konfirmation "mit vorausgehendem Unterricht, der ein ganzes Winterhalbjahr dauerte" (Schult 1956, S.193). Seit 1927 gab es "Parteiweißen", "in denen die 20jährigen aus der SAJ in förmlicher Weise in die Partei übernommen wurden" (Lindstaedt, S.194). (Seit 1926 war das Höchstalter für die Mitgliedschaft in der SAJ auf 20 Jahre heraufgesetzt worden, allerdings sollten danach zwei Altersgruppen gebildet werden.)

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1931 fand der letzte Jugendtag in Frankfurt statt. Es war ein gutinszenierter Aufmarsch von ca. 20 000 zum großen Teil arbeitslosen Jugendlichen, und Paul Löbe sagte, sich "gegen den Krieg" (Motto) und für "Verständigung der Völker und Überwindung des Kapitalismus" einsetzend:

"Wir sind zuletzt durch die Straßen der Reichen gezogen, die Straßen, in denen keine roten Wimpel die Sympathie unserer Bewegung verkündeten, an Villen vorbei, aus denen Geld für die Faschisten fließt. Wehe ihnen, wenn dieser Wald sich gegen sie erhebt, weil sie die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben. Ihr könnt stolz sein auf Eure Leistung, gehet hin in alle Welt und lehret unsere Klassengenossen die Idee des Sozialismus" (zit. n. Lindstaedt, S.70).

Die Warnung nutzte bekanntlich nichts und der Massenaufmarsch von Frankfurt zeigte nur, daß die SAJ loyal zur Republik stand, daß sie "die einzige fraglos staatsbejahende Richtung der Jugendbewegung" (Pross, S. 265) war.

Was nun die innere Struktur der SAJ betrifft, so hatte sich die schon vor dem Krieg erkennbare Tendenz der Parteiführung, die Jugendbewegung in Jugendpflege zu überführen, auch jetzt wieder durchgesetzt. Hauptarbeit des Jugendverbandes sollte die sozialistische Erziehung sein, politische Aktionen sollte er nicht durchführen und eigene

politische Stellungnahmen - außer zu jugendpolitischen Fragen - auch nicht erarbeiten, dafür war die Partei da. Die Führer der SAJ, Max Westphal und Erich Ollenhauer, haben diesen Standpunkt immer wieder vertreten. Das mußte zu Konflikten führen, wenn es um wichtige Streitfragen ging, die die Jugend unmittelbar betrafen. Ein solcher Fall trat z. B. ein, als die bürgerlichen Koalitionspartner der SPD 1928 beschlossen, einen Panzerkreuzer zu bauen. Darüber kam es zu heftigen Auseinandersetzungen in der SPD wie auch in der SAJ, denn die Arbeiterjugendbewegung war von Anfang an stark antimilitaristisch und pazifistisch orientiert. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen formulierte Max Westphal den Standpunkt der Partei zum Verhältnis von Partei und Jugendorganisation, wobei er durchaus Verständnis für die Empörung der Jungen zeigte, wie folgt:

"Der schon in den Vorkriegsjahren von der sozialistischen Jugendbewegung erarbeitete Standpunkt, daß die Jugendorganisation keine eigene Politik zu treiben habe, ist auch heute noch der unsrige. Die Jugendorganisation soll die schulentlassene Jugend gewinnen und sie mit der sozialistischen Bewegung in Verbindung bringen, sie im sozialistischen Geiste erziehen und später in die eigentliche politische Kampforganisation (ebenso natürlich in die wirtschaftliche) einreihen. Die Partei ist die politische Führerin aller Sozialdemokraten. Was die Sozialdemokraten wollen, wird in der Partei erarbeitet, und jeder, also auch jeder Jugendgenosse, der an der politischen Willensbildung der Partei teilnehmen will, soll dieses durch direkte Mitarbeit in der Partei tun" (zit. n. Lindstaedt, S.65 ff.).

Schließlich kam es 1931 zur Parteispaltung, neu gegründet wurde die sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die auch eine eigene Jugendorganisation, den "Sozialistischen Jugendverband" (SJV) schuf. Beide Organisationen blieben aber ohne Bedeutung.

Der Konflikt zeigt, daß das schon vor dem Kriege sichtbare Problem ungelöst blieb, ob nämlich Jugendliche, die ja auch in der Partei noch kein Stimmrecht hatten, *spezifische* politische Interessen haben können, die von den Erwachsenenorganisationen nicht ohne weiteres und selbstverständlich mit vertreten werden. *Wenn* das so ist, dann muß die Jugendorganisation auch in die Lage versetzt werden, sich dazu selbständig zu äußern. Die Parteileitung jedoch sah in der Jugendorganisation letztlich nur die Nachwuchs-

organisation, in der junge Leute erst einmal politisch "reif" werden sollten, um dann als Erwachsene sich am Parteileben zu beteiligen. Politische *Hilfsdienste* für die Partei zu leisten (z. B. Plakate kleben und Demonstrieren bei Wahlkämpfen) war nicht nur erlaubt, sondern auch erwünscht. Gegen Ende der Republik, als sich die Wahlen häuften, überlagerte der Einsatz in Wahlkämpfen und für Demonstrationen alle anderen Aktivitäten, vor allem auch das "Jugendleben". Die SAJ wurde Teil der "Eisernen Front", eines Kampfbundes, zu dem sich die republikanischen Verbände angesichts des heraufkommenden Faschismus zusammengeschlossen hatten, und viele Mitglieder wurden in gewalttätige politische Auseinandersetzungen verwickelt. Die Strategie der Parteiführung, die Jugendlichen aus den politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten und sie nicht zu früh zu "verheizen", ließ sich am Ende nicht mehr halten, denn spätestens seit 1928 diktierten die Nationalsozialisten Stil und Themen der Auseinandersetzung.

Von ihrem eigenen Verständnis her wollte die SAJ eine Massenorganisation sein, ging es doch darum, möglichst viele Jugendliche für die Idee des Sozialismus und für die Partei zu gewinnen. Tatsächlich jedoch erfaßte sie höchstens 2 bis 3 Prozent der jugendlichen Arbeiter, und davon vor allem solche, die aufstiegsorientiert waren und verbürgerlichen wollten (Pross, S. 265). Nur ein kleiner Kern der Mitglieder war wirklich politisch interessiert. Der Mehrheit ging es um die geselligen Möglichkeiten, und nicht zufällig erlebte die SAJ ihren größten Aufschwung nach dem Jugendtag von Weimar. Durch ihre Bestimmung als Nachwuchsorganisation für eine politische Partei war die Zahl der potentiellen Mitglieder von vornherein begrenzt. Wie aber schon erwähnt, gab es noch andere sozialistische Organisationen, deren Mitgliederzahl insgesamt doch den Begriff "Massenorganisation" rechtfertigt.

"Wir müssen uns in *verschiedenen* Sprachen an die arbeitende Jugend wenden. Zu denen, deren Fühlen und Denken von der eigentlichen Massenbewegung unserer Zeit, dem Sport, erfaßt ist, sollten wir durch die Arbeitersportvereine reden und zu denen, deren Interesse in erster Linie auf die berufliche Fortbildung gerichtet ist, durch die Berufsorganisation. Wir als SAJ werden in erster Linie den Kampf um jene Jugend zu führen

haben, die Anteil am politischen und kulturellen Geschehen unserer Zeit nimmt" (zit. n. Schneider, S. 164), sagte Erich Ollenhauer 1930.

2. Die Jungsozialisten

Die Erwartung der Partei, daß die Mitglieder der Jugendorganisation, wenn sie 18 bzw. 20 Jahre alt wurden, in der Partei tätig würden, hat sich immer nur zum kleinen Teil erfüllt. Schon auf dem Parteitag in Chemnitz 1912 stellte ein Redner fest, "daß die jungen Leute von 18 Jahren vielfach in die bürgerlichen Sportvereine gehen, wo sie das, was sie bis dahin gelernt haben, schnell wieder mit dem Fußball und sonstigen Spielen in die Luft hineintrampeln. Sie sind dann für uns verloren, und was wir mühsam aufgebaut, ist vernichtet und unser Geld ist flöten gegangen!" (zit. n. Tilsner-Pröll, S. 49).

Darin kam zum Ausdruck, daß für die meisten Jugendlichen politische Motive für die Mitgliedschaft im Jugendverein nicht die wichtigsten waren, daß vielmehr die Freizeitmotive dominierten. Viele junge Leute hatten daher wenig übrig für "die Zahlabende in trüben Bierstuben, die sich Stunde um Stunde mit undurchsichtigeren Tabakswolken füllten, für die steifen Versammlungsallüren, für die immer wiederkehrenden Debatten, wo abgegriffene Gemeinplätze in ausgefahrenen Gedankengleisen hin- und herglitten, und für die Feste mit überreichem Alkoholgenuß und zweifelhaften Zerstreuungen aus dem Kulturschatz des Spießbürgertums" (Lepinski, S. 41).

Andererseits aber stellte sich für manche junge Erwachsene das Problem, das wir schon von der bürgerlichen Jugendbewegung her kennen, ob nämlich die Impulse aus den Jugendorganisationen nun - im jungen Erwachsenenalter - nicht irgendwie weitergeführt werden könnten, und dafür war die Kultur der Parteiarbeit in der Tat wenig geeignet. Solche jungen Erwachsenen, die sich Jungsozialisten nannten, hatten offenbar das Bedürfnis, die nach dem Kriege verspürte Sinnkrise noch ein wenig zu reflektieren, anstatt sich sofort in der konkreten Parteiarbeit zu versuchen. Ihre Gedanken waren eine merkwürdige Mischung aus Freideutschtum und Marxismus, aus der die Vorstellungen über den "Sozialismus als Kulturbewegung" ent-

standen, die den "Geist von Weimar", des Jugendtages von 1920, auch mitprägten. Auf dieser von den Jungsozialisten stark mitgetragenen Veranstaltung gaben sie folgende programmatische Erklärung ab:

"Wir Jungen in der sozialdemokratischen Partei beginnen, uns unserer selbst bewußt zu werden. Wir fühlen, daß wir anders geartet sind als die Alten, daß wir unsere besondere Aufgabe zu erfüllen haben. Wir verkennen nicht, was die Alten geleistet haben. Wir lehnen es auch nicht ab, von ihnen zu lernen. Aber wir wollen mehr, wir wollen Höheres. Wir beginnen zu erkennen, daß der politische und wirtschaftliche Klassenkampf nicht genügt, um den Sozialismus zu verwirklichen. Eine neue Welt braucht *neue Menschen*. Wir wollen neue Menschen, wahre Sozialisten werden Bedeutende politische Forderungen der Partei sind erfüllt, die wirtschaftliche Neugestaltung ist ein Gegenstand praktischer Tagesarbeit geworden, *Kulturfragen* verlangen eine Lösung" (zit. n. Tilsner-Pröll, S. 50).

Auf dem Parteitag in Kassel wurde die Bewegung von der Partei anerkannt: "Der Parteitag begrüßt mit lebhafter Freude die geistige Reife der Jungsozialisten und ihr Streben nach Erringung innerer Selbständigkeit". Aber das Verhältnis zur Partei blieb unklar und prekär, da die Partei in den Jungsozialisten die Tendenz zu einer Sonderorganisation vermutete. Auf der Bielefelder Konferenz der Jungsozialisten 1921 wurde ein von Heinrich Schulz entwickelter Kompromiß angenommen:

"Die in Bielefeld versammelten Jungsozialisten erklären, daß sie als politisch denkende und handelnde Menschen mit Herz und Hirn der SPD angehören. Darüber hinaus suchen sie in der jungsozialistischen Bewegung und in unmittelbarem Austausch mit Gleichgesinnten eine Bereicherung ihres persönlichen Lebensgefühls- und -bewußtseins, wovon sie in weiterer Auswirkung eine Bereicherung des Sozialismus erhoffen" (Lepinski, S.15).

Zum Konflikt kam es, als die im Zuge der Ruhrbesetzung einsetzende nationalistische Welle auch die Jungsozialisten erfaßte. Ostern 1923 traf sich eine nationalorientierte Gruppe der Jusos in Hofgeismar. Sie bekannte sich zu Staat, Volk und Nation und verstand den Sozialismus als ideelles Konzept für die Herstellung einer "Volksgemeinschaft". Dieses Konzept wiederum provozierte eine Gegenbewegung durch die sogenannten "Hannoveraner". Auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten 1925 in Jena kam es zum Bruch. Die Kontroverse wurde durch Hermann

Heller für die "Hofgeismarer" und von Max Adler für die "Hannoveraner" theoretisch fundiert für die heftige Diskussion. Gegen den Widerstand der Hofgeismarer wurde folgende Resolution verabschiedet:

"Die Jungsozialisten als politische Jugend lehnen die nationale Romantik in jeder Form entschieden ab. Von der bloßen Betonung der republikanischen Staatsnotwendigkeiten mit den daraus resultierenden Konzessionen an das bürgerliche Denken befürchtet die Reichskonferenz eine Verwässerung des revolutionären proletarischen Klassenkampfes. Die heutige Demokratie stützt sich nur auf die Gleichwertigkeit des Stimmzettels, läßt jedoch die ökonomische Ungleichheit der Menschen bestehen, sie verschleiert also nur die Klassengegensätze. Die Reichskonferenz ist sich darüber klar, daß das sozialistische Proletariat dem bürgerlichen Klassenstaat gegenüber keine staatspolitische Verantwortung übernehmen darf, wenn dies dem Interesse des internationalen Klassenkampfes widerspricht" (zit. n. Tilsner-Pröll, S.51).

Diese Erklärung war zumindest zwiespältig und geeignet, die Haltung der SPD zum Staat zu desavouieren. Durch diesen "Linksrutsch" wuchsen die Konflikte mit der Partei weiter. Auf dem Parteitag in Kiel 1927 wurde scharfe Kritik an den Jusos laut. In diesem Zusammenhang wurde auch die Altersgrenze für die SAJ von 18 auf 20 Jahre erhöht. Da die Jusos nur etwa 3500 bis 4000 Mitglieder hatten, konnte der Entzug von zwei Rekrutierungsjahrgängen durchaus personelle Folgen haben. Der Parteitag wiederholte die Erwartung, daß die Mitglieder der SAJ nach Überschreiten der Altersgrenze in die Partei eintreten. Im Jahre 1931 schließlich wurde die jungsozialistische Organisation durch die Partei aufgelöst. Trotz ihrer recht kleinen Mitgliederzahl stellte sie 1928 angeblich etwa ein Drittel der SAJ-Gruppenleiter; 90 Prozent der Jungsozialisten sind aus der SAJ gekommen (Tilsner-Pröll, S. 54).

Die Geschichte der Jungsozialisten zeigt, daß es der SPD in Weimar nicht gelungen ist, auch nur einen nennenswerten Teil der Mitglieder der Jugendorganisation SAJ anschließend in die Partei zu übernehmen. Und auch die "Zwischenlösung" der Jusos scheiterte. Dieses Problem, nämlich wie man die jungen Leute "bei der Stange halten" kann, so wird sich noch zeigen, haben die Nationalsozialisten erfolgreicher gelöst.

3. Die Kinderfreunde-Bewegung

Nach dem Vorbild der schon vor dem Kriege entstandenen und zunächst rein fürsorgerisch orientierten österreichischen "Kinderfreunde-Bewegung" wurden nach dem Kriege auch in Deutschland Kinderfreundegruppen gegründet. Sie entstanden zunächst spontan auf lokaler Ebene. Vertreter von Kindergruppen aus norddeutschen Städten gründeten im Juni 1923 eine "Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Kinderfreunde-Organisationen".

"Sie fanden es unverantwortlich, 'daß die Arbeiterschaft die Erziehung ihrer Kinder den Klassegegnern anvertraut'. Sie forderten 'von Partei- und Gewerkschaftszentralen die Schaffung selbständiger sozialistischer Erziehungsorganisationen, in denen das proletarische Kind, umgeben von sozialistischen Erziehern, für die Aufgaben der Arbeiterklasse heranreift'. Ähnliche Konferenzen und Zusammenschlüsse fanden etwa zur gleichen Zeit in Gera für Thüringen, in Berlin und Dresden, statt. Im Dezember 1924 beschlossen 80 Vertreter aus 30 Städten in Rheinland-Westfalen das Gleiche" (Schult 1954, S. 237).

In Reaktion auf diese spontanen Gründungen rief Heinrich Schulz im Auftrage des Parteivorstandes zum 13. November 1923 eine Konferenz der interessierten Kreise nach Berlin ein. Das Ergebnis war die Gründung der "Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Kinderfreunde". Gemäß den ebenfalls dort verabschiedeten "Richtlinien" sollte sie alle auf dem Gebiet der Kindererziehung wirkenden Arbeiterorganisationen zusammenfassen, "so weit sie nach allgemeinen sozialistischen und wissenschaftlich-pädagogischen Grundsätzen ihre Erziehungstätigkeit ausüben". § 2 nennt die Aufgaben im einzelnen:

- "a) Heranbildung der Arbeiter und Arbeiterinnen zu sinnvoller Betätigung auf dem Gebiet der Kindererziehung im Geiste der Selbsthilfe und Selbstverantwortung.
- b) Einwirkung auf den Ausbau aller staatlichen und kommunalen Kindererziehungseinrichtungen und Nutzbarmachung der öffentlichen Mittel für diesen Zweck.
- c) Zentralisierung aller Aufgaben der angeschlossenen Vereinigungen, die wegen ihres gemeinsamen Charakters wirksamer zentral bearbeitet werden können. Verständigung über eine Aufteilung aller Kindererziehungsaufgaben, Schaffung von Kindererziehungseinrichtungen und Beteiligung an bestehenden.

- d) Statistische und sonstige wissenschaftliche Erfassung der Jugendwohlfahrts- und Erziehungsaufgaben.
- e) Schaffung eines Organs für Erziehungsfragen und einer Kinderzeitung" (Schult 1954, S. 237 f.).

Unterhalb der Reichsarbeitsgemeinschaft sollten Bezirksarbeitsgemeinschaften und örtliche Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden. Die örtlichen Arbeitsgemeinschaften sollten an den öffentlichen, staatlichen und kommunalen Kindererziehungseinrichtungen mitwirken und in Ergänzung bestehender Einrichtungen Kinderwanderungen, Spiele, Reigen und Volkstänze im Freien, regelmäßige Unterhaltungen und Beschäftigungen im Zimmer, Gesang und Musikabende, Bastel- und Handfertigkeitsabende, regelmäßige Turn- und Schwimmstunden sowie Film und Theaterführungen und Feste und Feiern anbieten. Mitarbeiten sollten "alle in Betracht kommenden Organisationen und Kreise (Gewerkschaften, Bildungsausschüsse, Arbeiterjugend, Jungsozialisten, Frauen, Lehrer, Elternbeiräte, Arbeitersportvereine)".

Von der organisatorischen Struktur her handelte es sich bei der Kinderfreundebewegung in Deutschland also um eine Art von Gemeinschaftswerk aller in Frage kommenden Arbeiterorganisationen. Die Bewegung nahm einen raschen Aufschwung und zählte 1929 ca. 150000 Kinder unter 14 Jahren. Nach dem Vorbild der Pfadfinder waren die Gruppen in zwei Altersklassen unterteilt: die jüngeren "Jungfalken" und die älteren "Roten Falken". Ebenfalls nach Pfadfindervorbild wurden diesen Gruppen anschauliche und dem kindlichen Verständnis angemessene "Gebote" gegeben.

"Gebote und Aufgaben der Jungfalken und der Roten Falken

Wir Jungfalken (Gebote und Geist)

1. Wir sind Arbeiterkinder. Wir sind stolz darauf.
2. Wir sind gute Genossen. Wir sind hilfsbereit.
3. Wir stehen fest zusammen. Wir halten Ordnung. Wir sind keine Spielverderber.
4. Wir sind zuverlässig.
5. Wir sagen mutig unsere Meinung. Wir reden niemals hinter dem Rücken über andere.
6. Wir trinken keinen Alkohol, rauchen nicht und lesen keine schlechten Bücher.
7. Wir zerstören nichts mutwillig. Wir schützen die Natur.

8. Wir halten unseren Körper sauber und gesund.

9. Wir wollen Rote Falken werden.

Was wir Jungfalken wollen ...

1. Wir Jungfalken wollen wissen, wie die Arbeiterbewegung aufgebaut ist und wer ihre Vorkämpfer waren.

2. Wir wollen drei Kampflieder und drei Wanderlieder singen können.

3. Wir wollen wissen, wie ein Zelt gebaut wird.

4. Wir wollen schwimmen lernen.

5. Wir wollen uns im Gelände zurechtfinden können.

6. Wir wollen lernen, was wir bei Unglücksfällen zu tun haben.

7. Wir wollen nähen, flicken und stopfen können.

8. Wir wollen Handball, Schlagball und Völkerball nach den Regeln des Arbeiter-Turn- und Sportbundes spielen können.

Wir Roten Falken (Gebote und Geist)

1. Wir Roten Falken bekennen uns zur Arbeiterklasse und treten für sie ein.

2. Wir beschimpfen und verleumden niemand.

3. Wir sind gute Genossen. Wir halten Disziplin und sind zuverlässig.

4. Wir sind Arbeiterkinder. Arbeiterjungen und Arbeitermädel gehören zusammen.

5. Wir sind hilfsbereit.

6. Wir schützen die Natur und achten alles, was zum Nutzen der Gesellschaft geschaffen wird.

7. Wir meiden und bekämpfen den Alkohol- und Nikotingenuß. Wir lesen nur gute Bücher.

8. Wir halten uns sauber und gesund.

9. Wir wollen Rote Falken der sozialistischen Jugendbewegung werden.

Was wir Roten Falken wollen ...

1. Wir Roten Falken kennen und erfüllen die Aufgaben der Jungfalken.

2. Wir helfen den Jungfalken.

3. Wir wollen die sozialistische Arbeiterbewegung und ihre Einrichtungen kennen.

4. Wir wollen die Republik und ihre Einrichtungen kennen.

5. Wir wollen Wanderkarten und Fahrpläne lesen und uns im Gelände zurechtfinden können.

6. Wir wollen bei Unglücksfällen helfen können.

7. Wir wollen Rettungsschwimmen üben. (Zit. n. Löwenstein, 1976, S. 424 f.).

Die Kinderfreunde-Bewegung zog das Interesse sozialistisch-engagierter Pädagogen auf sich; an ihrer Praxis entfaltete sich eine spezifische sozialistische Erziehungstheorie, formuliert von Autoren wie Anton Tesarek, Max Winter,

Otto Felix Kanitz - alle Österreicher - und Kurt Löwenstein, "Cheftheoretiker" der deutschen Bewegung, der sie von 1923 bis 1933 als Bundesvorsitzender leitete.

Die Österreicher waren etwas radikaler in ihren Vorstellungen, neigten mehr zu kommunistischen Vorstellungen als die Deutschen, vor allem übten sie harte Kritik an der Erziehungsfunktion der proletarischen Familie, die selbst ein Ort reaktionärer Klassenerziehung sei und das bürgerliche Denken bei den proletarischen Kindern reproduziere. Die Österreicher schalteten die Eltern weitgehend aus und beschränkten sich auf Elternabende. Die deutschen Autoren hielten sich da zurück, indem sie das pädagogische Problem der proletarischen Familie möglichst gar nicht erst zum Thema machten.

Das pädagogische Grundkonzept (vgl. Löwenstein 1929) war etwa das folgende: Das Arbeiterkind erlebt täglich, daß es ihm nicht nur schlechter geht (Ernährung, Kleidung, Wohnung) als dem bürgerlichen Kind, es wird vielmehr auch als "schlechter" angesehen. Es übernimmt diese Interpretation und lernt sich dabei als minderwertig fühlen, es entwickelt Minderwertigkeitskomplexe. Dem kann sich das einzelne Kind nicht entziehen, aber in den Kindergruppen unter seinesgleichen entfällt diese Erfahrung, können gegenteilige Erfahrungen gemacht werden.

"Wenn diese Kinder in den Gruppen von der Bedeutung der Arbeiter hören, wenn ihnen der gewaltige organisatorische und kulturelle Aufstieg der Arbeiterschaft nähergebracht wird, wenn ihnen von den Kämpfen, den Sorgen und den Erfolgen der Arbeiterklasse mit der Begeisterung und Wärme derer erzählt wird, die in diesen Sorgen und Erfolgen leben, dann wächst in ihnen das Selbstbewußtsein ihrer Klasse, dann wird in ihnen der Wunsch lebendig, auch einmal ein Befreier ihrer Klasse zu werden. Dann wachsen sie selbst an der Größe dieser Aufgabe, dann fällt das Gefühl der Ohnmacht von ihnen, das sie als einzelne haben müssen. Sie vergessen sich selbst und ihre Lage und werden Teile einer überpersönlichen, gesellschaftlichen Macht. Die roten Wimpel, die diese Kinder bei ihren Wanderungen und bei den Festen der Arbeiterschaft tragen, werden ihnen zu Symbolen des Erlebnisses ihrer Klasse" (Löwenstein 1929, S. 143).

Der Entwicklung eines solchen Selbstwertgefühls - und nicht etwa nur einer abstrakten Idee von "Demokratie" - dient auch die innere Demokratisierung der Gruppe, das hohe Maß an Mitbestimmung und Mitverantwortung.

"Es ist selbstverständlich, daß grundsätzlich persönliche Autoritäten abgelehnt werden. Auch der Helfer der Kindergruppen ist nur ein Funktionär neben den Funktionären aus den Reihen der Kinder. Daß Helfer und Kinder durchgängig sich mit dem Vornamen und dem demokratischen "Du" anreden, entspricht der gleichen Tendenz. Durch die Übertragung befristeter Funktionen, von deren gewissenhafter Durchführung oft genug das Wohlbefinden der Gruppe abhängt, wird Verantwortlichkeitsbewußtsein herangezogen. In der Kinderfreunde-Bewegung wird stark unterschieden zwischen Pflichterfüllung einer autoritativ und meistens auch persönlich aufgetragenen Aufgabe und der Verantwortung in der selbständigen Durchführung eines von der Gruppe festgelegten Zweckes. In der Mannigfaltigkeit der sich natürlich gebenden Aufgaben wird allgemein der Grundsatz verfolgt, die Kinder an die Formen demokratischen Lebens zu gewöhnen und sie als verantwortliche Glieder in Gemeinschaftsaufgaben einzuordnen" (Löwenstein 1929, S.154).

Die sozialistischen Pädagogen hofften, auf diese Weise die politische Intention - Heranbildung eines sozialistisch orientierten Nachwuchses schon "von Kindesbeinen an" - mit einem der Altersstufe angemessenen pädagogischen Konzept zu verbinden, das nicht abstrakt und nur verbal, sondern durch die Art des Gemeinschaftserlebnisses die Idee des Sozialismus als Erlebnis und Erfahrung aufleuchten ließ. Forum der pädagogischen Diskussion war die seit 1921 erscheinende und von Kanitz redigierte Zeitschrift "Sozialistische Erziehung". Die Helfer, für die eine umfangreiche Fortbildungsarbeit entwickelt wurde, kamen durchweg aus der SAJ, sie fanden hier eine interessantere Aufgabe als in der Parteiarbeit. "Ihre Tätigkeit in den Gruppen und Horden war sehr zeitraubend; denn jede Gruppe oder Horde hatte wöchentlich drei oder vier Zusammenkünfte. Sonntag hatte ein Helfer sozusagen den ganzen Tag 'Dienst'" (Schult, S.243).

Herausragende - und auch von den Gegnern bewunderte - Veranstaltungen waren die "Kinderrepubliken" - Ferienlager mit mehr als 1000 Kindern. In diesen Lagern wurden neben den üblichen "jugendgemäßen" Formen und Inhalten parlamentarische Formen der Mitbestimmung der Kinder und ein neues "anti-autoritäres" Beziehungsmodell zwischen Kindern und Erwachsenen praktiziert. Auf diese Weise sollten die Kinder wie schon in ihren örtlichen Gruppen "Sozialismus" unmittelbar - wenn auch im Rahmen einer pädagogischen Provinz - erleben können.

Das erste große Zeltlager fand im Sommer 1927 in der Nähe von Kiel statt. Andreas Gayk, der es organisierte, schrieb darüber:

"Als die Kieler Kinderfreunde von ihrer Reichsarbeitsgemeinschaft den Auftrag bekamen, ein Zeltlager durchzuführen, das zugleich einen revolutionären pädagogischen Gedanken verwirklichen sollte, da war sich niemand darüber im Zweifel, welch ein Wagnis ein solches Unternehmen war. Einmal organisatorisch: 2000 Kinder, das war gleichbedeutend mit der Einwohnerschaft einer kleinen Stadt. Alle wirtschaftlichen, hygienischen und sozialen Voraussetzungen mußten geschaffen werden, ohne die das Zusammenleben so vieler Menschen unmöglich ist. Mehr noch pädagogisch: Mißlang der Versuch, den Arbeiterkindern eine Erziehungsumwelt zu schaffen, in der sie die Sozialregeln einer demokratischen Ordnung tätig, mitgestaltend und mitverantwortlich begreifen konnten, so war die tragende Idee der Rote-Falken-Bewegung kompromittiert. Mit einem mitleidigen Lächeln sahen die Gegner der Rote-Falken-Bewegung deshalb diesem ungewöhnlichen Ereignis entgegen.

Was Unzählige für unmöglich gehalten hatten, gelang. Am 17. Juli 1927 nachmittags marschierten 2000 rote Falken in Seekamp ein. Wenige Stunden später wurde die rote Fahne der Kinderrepublik gehißt. 2000 Kinder hatten in bienenhaftem Fleiß ein kleines Wunder vollbracht. Wo vor wenigen Stunden eine kahle Wiese lag, war eine große, wohlgegliederte Zeltstadt entstanden" (zit. n. Schult, S.247).

Nach dem Muster von "Seekamp" wurden weitere "Kinderrepubliken" in den Sommerferien eingerichtet, darunter 1932 ein internationales Lager mit 900 Kindern aus Frankreich, Belgien, Deutschland und der Schweiz in der Nähe von Paris.

Die Idee der Kinderlager wurde nun auch von anderen aufgegriffen, vor allem von Katholiken, die zwar die Lager der Kinderfreunde aus weltanschaulichen Gründen kritisierten, aber dann als Konkurrenz die "katholische Reichsarbeitsgemeinschaft Kinderwohl" gründeten.

Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands

Die revolutionäre Jugend, die sich schon im Kriege gegen die offizielle sozialdemokratische Politik gewandt und bei Kriegsende sich an Streiks und Massendemonstrationen beteiligt hatte, fühlte sich als "Avantgarde" des Klassenkampfes. Als die Kommunistische Partei nach dem Kriege einen eigenen Jugendverband gründete, unterstützte sie

diese Tendenz zunächst, zumal sich erwies, daß im Rahmen der schon vor dem Krieg gegründeten Kommunistischen Internationale der revolutionäre Elan der Jungen in anderen westlichen Ländern die Mobilisierung der erwachsenen Arbeiter für die Kommunistische Partei begünstigte. Edwin Hoernle, "Cheftheoretiker" der KPD für schulpolitische und Erziehungsfragen, schrieb ganz in dieser Stimmung 1919:

"Im illegalen Kampf gegen die Säbeldiktatur, in der gesamten Friedenspropaganda, in der revolutionären Aufrüttelung der Massen, in den ersten Streiks, die den Burgfrieden brachen, haben 16- bis 17jährige Arbeiterburschen und -mädchen ihren Mann gestanden, kühner, zäher, furchtloser als die meisten Alten. Seit dem 9. November bilden sie den Sturm und Drang in der revolutionären Arbeiterschaft, was die bürgerlich-mehrheitssozialistische ingrimmig unterstreicht, wenn sie bei jedem Streik, jeder Demonstration mit verächtlicher Geste erklärt: Die Teilnehmer waren meist halbwüchsige Burschen und Mädchen. So mancher Jugendgenosse hat seinen Idealismus mit dem kostbaren Herzblut bezahlen müssen; in den Gefängnissen zählt die Jugend zu den trotzigsten Rebellen. Nur hochmütiger Dünkel, der die wahren Verhältnisse absichtlich verkennt, kann von dieser Jugend heute noch verlangen, daß sie sich bescheiden der Führung einer Partei, und sei es der radikalsten, unterwirft. *Die Jugend erfüllt eine ganz bestimmte, besondere Aufgabe innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung* als Ferment, als vorantreibende Kraft, als sicherster Hort selbstlosen Opfer- und Wagemuts, ... die sozialistische Jugendbewegung erhebt mit Recht den Anspruch, als selbständiges, gleichberechtigtes Glied der allgemeinen Schlachtordnung des kämpfenden Proletariats eingereiht zu sein. *Sie kann nicht außerhalb der Parteien stehen, sie darf aber ebensowenig untergehen in der Partei*" (Hoernle 1958, S. 40).

Auch auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung schien also eine neue Jugendbewegung zu entstehen. Aber sie fand schon 1921, auf dem 2. Weltkongreß der Kommunistischen Jugend-Internationale in Moskau, ihr Ende. Die Jugendorganisationen wurden den kommunistischen Parteien unterstellt. Seitdem blieb der kommunistische Jugendverband der Parteiführung auch in Deutschland untergeordnet. Hintergrund dieses Beschlusses war die ideologische Wende von der "Weltrevolution", die nicht mehr in greifbarer Nähe schien, zum "Sozialismus in einem Land": Die Weltrevolution sei einstweilen nicht zu erreichen, jetzt komme es darauf an, den in der Sowjetunion erreichten

Sozialismus zu verteidigen und auszubauen. Deshalb müsse die Sowjetunion die Führung der Kommunistischen Internationale wie auch der Kommunistischen Jugend-Internationale übernehmen, um die jenem Ziel entsprechende Strategie entwickeln zu können. Für selbständige und autonome Arbeit der einzelnen kommunistischen Parteien wie auch ihrer Jugendorganisationen war da kein Raum mehr. Die Frage nach der "Autonomie" der Jugendbewegung wurde also politisch-taktisch entschieden. Während der ganzen Weimarer Zeit litt der Kommunistische Jugendverband unter seiner Abhängigkeit von Moskau, unter politischen Verfolgungen und Verboten, unter mangelnder Flexibilität und unter einem chronischen Mangel an pädagogisch geeigneten Mitarbeitern. Dem politischen Kampf gegen die Republik wurde Vorrang eingeräumt, die pädagogischen Aufgaben waren sekundär, blieben untergeordnet. Sowohl die bürgerliche Jugendbewegung wie auch die sozialdemokratischen Formen der Jugendarbeit wurden als "bürgerliche Ideologie" abgelehnt und bekämpft, da sie nur den Klassenkampf behindern. Willi Münzenberg, einer der Mitbegründer der Kommunistischen Jugend-Internationale, hatte schon 1921 den Unterordnungsbeschluss entschieden bekämpft, und wollte den Weltkongress gar nicht erst in Moskau, sondern in Westeuropa stattfinden lassen. Im Jahre 1930 riet er dem ZK der KPD, den Jugendverband aus der Isolierung herauszuführen und die Jugend dort aufzusuchen, wo sie spielte:

"Wir Kommunisten werden in der Jugendarbeit - das beweist die Tätigkeit des KJD - keinen Erfolg haben, solange der Jugendverband mit der Partei organisatorisch verbunden ist. Wir werden bei den Massen der Jugend keinen Erfolg haben. Wir müssen unser Organisationsprinzip unter der Jugend aufgeben. Wir sollten den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands offiziell liquidieren und an seine Stelle eine von der Partei nach außen unabhängige, durch von uns ausgebildete Leute geführte Organisation setzen, die die Jugend dort aufsucht, wo sie sich bei Spiel, Sport und Arbeit aufhält" (zit. n. Pross, S. 408).

Den kommunistischen Kindergruppen war ebenfalls und aus ähnlichen Gründen im Vergleich zur sozialdemokratischen Kinderarbeit wenig Erfolg beschieden. Das Ziel, Kinder auf ihre Weise am Klassenkampf zu beteiligen, das proletarische Kind zum Beispiel im Schulkampf einzuset-

zen, fand wenig Resonanz nicht nur in der "bürgerlichen Presse", sondern auch offensichtlich beim größten Teil der Arbeiterschaft.

Nach Angaben von Roger (1956) hatte 1923 vor dem zeitweiligen Verbot aller kommunistischen Organisationen die Kinderbewegung 30- bis 40 000 Mitglieder; nach dem Verbot seien zahlreiche Gruppen zerfallen, die Mitgliederzahl sei erheblich zurückgegangen (S.141). Die Kinderorganisation war unmittelbar mit dem kommunistischen Jugendverband verbunden und habe deshalb "die gleichen politischen und methodischen Fehler, die die Entwicklung der Jugendorganisation zur Massenorganisation behinderten", gemacht. "Die Abgeschlossenheit vieler Gruppen des kommunistischen Kinderverbandes von den übrigen Arbeiterkindern, dauernder Wechsel und unzureichende Schulung der Kindergruppenleiter, Schematismus und anderes mehr" (S.141) seien die Ursachen gewesen. Mehrere Jahre hindurch seien keine neuen Gruppen und kein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gewesen. Sogar das Plenum der kommunistischen Jugend-Internationale (KJI) monierte 1929:

"wir haben eine Krise in den entscheidenden Ländern: Deutschland, Frankreich und England ... nur eine entscheidende Wendung zur Massenarbeit, eine völlige Abkehr vom Sektierertum und von der Vereinsmeierei, eine grundsätzliche Änderung des jetzigen Arbeitssystems kann den Weg freimachen zur Vorwärtsentwicklung unserer Kinderbewegung zu Massenorganisationen" (S.142).

Danach scheint es durch pädagogisch-methodische Verbesserungen einen Aufschwung gegeben zu haben, denn Ende 1932 sollen 65 000 Kinder zur kommunistischen Kinderorganisation gehört haben. Allerdings sind solche Zahlenangaben aus Selbstdarstellungen mit Vorsicht zu behandeln.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

1. Vor allem den Sozialdemokraten, weniger den Kommunisten, gelang es, eine nach Altersstufen gegliederte Organisation der Kinder und Jugendlichen aufzubauen und sich damit eine alterskontinuierliche Nachwuchsorganisation zu verschaffen: Kinderfreunde, Arbeiterjugend, (Jungsozialisten), Partei. Die Sozialisten erfanden also die Massenorganisation des Kindes- und Jugendalters und zwangen damit ihre Gegner - wie zum Beispiel die Kirchen und

andere politische Parteien - zu ähnlichen Rekrutierungsversuchen.

2. Nur in den ersten Nachkriegsjahren gab es noch einmal so etwas wie eine proletarische Jugendbewegung. Danach gab es nur noch "Jugendarbeit" bzw. "Jugendpflege" - wenn auch unter spezifischen Gesichtspunkten. Es ist fraglich, ob man den kommunistischen Jugendverband eigentlich hier einordnen kann, weil er sich ganz überwiegend als politischer Kampfverband verstand. Aber das ist eine Interpretationsfrage. Die sozialdemokratische Jugendarbeit jedenfalls übernahm die jugendgemäßen Formen und versuchte, sie mit "sozialistischem Geist" anzufüllen. Für sie war die außerschulische Jugendarbeit eine Möglichkeit, die nach wie vor konservative Schule in ihren Wirkungen zu Korrigieren.

3. Eine Reihe von Problemen, die die Bündische Jugend auszeichneten, fand sich in der sozialdemokratischen Jugendarbeit nicht oder kaum: Jungen und Mädchen waren selbstverständlich gleichberechtigt, und die Emanzipation des Mädchens hatte hier wohl ihre größten Chancen in der damaligen Jugendarbeit - trotz des auch hier eher kleinbürgerlichen Klimas. Ferner war diese Jugendarbeit eher pazifistisch als militant, eher internationalistisch als nationalistisch und nicht minderheitenfeindlich, also z. B. nicht antisemitisch. Politisch stand sie zur Republik - wenn auch in dem Sinne, daß sie zu einer besseren, nämlich sozialistischen weiterentwickelt werden müsse. In den Organisationen galten parlamentarische Prinzipien - etwa des Wählens und Abwählens - was von den Bündischen belächelt wurde, aber den Kindern und Jugendlichen doch wohl mehr Verständnis für die Republik anbot als der Führerkult der Bündischen. Das Problem war nur, wie man unter den Bedingungen des Kapitalismus den Sozialismus lehren und vor allem erfahrbar machen konnte. Das Vorgehen der Kommunisten, die kapitalistische Ausbeutung schneidend zu kritisieren, nichts für so fortschrittlich zu halten, daß man damit paktieren dürfe, und alles Heil von der eigenen Machtübernahme zu erwarten, enthielt außer Kampf nichts, was dem Augenblick dienen konnte - außer der notwendigen Entspannung bei Tanz und Spiel.

Die Sozialdemokraten dagegen wollten wenigstens die *menschlichen* Möglichkeiten des Sozialismus in ihren Gemeinschaften erfahrbar machen: durch nicht-autoritären Umgang zwischen den Generationen und durch gleichberechtigten Umgang der Geschlechter.

Bürgerliche Sozialisation und sozialistische Erziehung

1. Wenn die Bemerkung von Harry Pross stimmt, daß insbesondere die Jugend der aufstiegsorientierten Facharbeiterschaft, die sich verbürgerlichen wollte, in der SAJ zu finden war, dann ließe sich umgekehrt schließen, daß im kommunistischen Jugendverband vor allem die untere Schicht der Arbeiterschaft zu finden war, die eine derartige Perspektive nicht hatte oder wollte.

Dehn (1929a) erwähnt, daß in den Fortbildungsschulklassen sich die Mitglieder von Jugendverbänden sehr unterschiedlich verteilten.

"Bei Ungelernten guter Qualität (man unterscheidet nach der Schulklasse, aus der der Abgang stattgefunden hat, A-, B-, C- Qualität) hört zunächst die Zugehörigkeit zu christlichen Vereinen fast ganz auf, dafür nimmt die Zahl der KJ-Mitglieder, die in den gelernten Klassen nur sehr spärlich vertreten sind (vielleicht gesteht man hier die Mitgliedschaft auch nicht immer ein) etwas zu. Bei Ungelernten schlechter Qualität gibt es überhaupt nur noch wenig Mitglieder von Jugendvereinen, wenn man von Sportgruppen absieht. Es ist hier eigentlich nur noch die KJ vertreten" (S. 43).

Wenn unsere schon früher entwickelte These stimmt, daß die Phase der Pubertät nur dann sinnvoll bzw. nötig ist, wenn auch die Lebensperspektive offen ist, also wenigstens bis zu einem gewissen Grade der individuellen Entscheidung unterliegt, dann könnte die Bedeutung der sozialdemokratischen Jugendarbeit darin gelegen haben, eben diesem aufstiegsorientierten Teil der Arbeiterjugend, der an Revolution nicht interessiert sein konnte, ein entsprechendes Angebot für die Jahre der Pubertät zu machen. Aus diesem Bedürfnis wäre auch die nach 1920 noch vorhandene idealistische Zukunftserwartung zu erklären, so wie andererseits das weitgehende Heraushalten der Parteipolitik aus der Jugendarbeit. So war auch bei den Theoretikern der Jugendarbeit, z. B. bei Löwenstein, das Bedürf-

nis zu erkennen, die Zukunftsperspektiven des "Sozialismus" nicht mit einer politischen Partei zu verknüpfen, sondern sie für das aus der gesellschaftlichen Entwicklung selbst erwachsende Allgemeine zu erklären: Der Sozialismus erwachse notwendig aus den gesellschaftlichen Entwicklungen, und wer das nicht erkenne, sei eben rückständig. Allerdings ist schwer zu beurteilen, welche Kraft diese Perspektive gegen Ende der Republik noch hatte. Jedenfalls scheint es einen engen Zusammenhang zu geben zwischen Verbürgerlichung und Pubertät in der Arbeiterjugend.

Anders scheint die Lage im kommunistischen Jugendverband gewesen zu sein. Ihm hat man damals vorgeworfen, er mißbrauche Kinder und Jugendliche für den politischen Kampf, ohne die kind- und jugendgemäßen Bedürfnisse zu beachten. Dabei wird allerdings unterstellt, daß Jugendliche *als Jugendliche* derartige Bedürfnisse nach jugendgemäßem Leben hätten. Viel spricht jedoch dafür, daß die im kommunistischen Jugendverband organisierten Jugendlichen derartige Bedürfnisse gar nicht hatten, weil ihnen die entsprechende Perspektive (noch) fehlte. Hätte es die KPD bzw. ihren Jugendverband nicht gegeben, so wäre es wenig wahrscheinlich gewesen, daß diese Jugendlichen sich in der sozialdemokratischen Jugendarbeit wohlfühlten oder sich überhaupt dorthin begeben hätten. Wenn diese Überlegung zutrifft, dann hätten die Kommunisten seinerzeit Jugendarbeit geleistet für solche Kinder und Jugendlichen, die sonst nicht ansprechbar gewesen wären, und deren Perspektive wenig mehr enthielt als die Alternative von Apathie oder Revolution. Jedenfalls muß die Spaltung und Polarisierung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokratie und Kommunismus tiefere Ursachen gehabt haben als ideologische Meinungsverschiedenheiten und Rivalität der Apparate; sie kann letzten Endes nur auf einer sozialen, ökonomischen und kulturellen Spaltung der Arbeiterschaft selbst beruhen. Daß andererseits die Tendenz zur Verbürgerlichung und damit auch zur Jugendarbeit eine gewisse Verführung auch für die kommunistischen Anhänger darstellte, zeigen die heftigen und immer wiederholten ideologischen Abgrenzungsversuche. Was diese jedoch als bloßen Unterschied der Gesinnung mißdeuteten (richtige und falsche ideologische Linie), war längst zum gewichtigen sozia-

len Unterschied geworden: Es gab einen besser gestellten und einen weniger gut gestellten Teil der Arbeiterklasse mit daraus resultierenden unterschiedlichen Perspektiven und Interessen.

2. Das didaktische Konzept der Kommunisten war, daß man durch und im Kampf lernen müsse. Dies ist trotz des Enthusiasmus, den ein solches Konzept auch Anfang der siebziger Jahre wieder gefunden hat, für sich genommen eine verhältnismäßig primitive Lernfigur, die die Ausdifferenzierung von Denken und Handeln, von systematischem und aktualisiertem Denken noch nicht kennt, sondern der abstrakten Komplexität des Augenblicks verhaftet bleibt, von ihm in Wahrheit keine Distanz gewinnen kann. Sie kann so nur *Ersatz* für aufgeklärtes Bewußtsein sein, nicht dieses selbst. Die Ergebnisse wären ja auch chaotisch gewesen, wenn sie nicht tatsächlich jeweils von der Parteiführung formuliert bzw. interpretiert worden wären. Den Schriften von Hoernle kann man entnehmen, daß seine Anhänger wenig bildungswillig waren und er ihnen auch wenig systematische Kenntnisse zumutete. Aus der Perspektive der Betroffenen heißt das jedoch, daß ihnen die KPD gerade deshalb ein Angebot machte, mit dem sie sich identifizieren und aus dem sie in ihrer perspektivlosen Lage Selbstbewußtsein gewinnen konnten, an dessen Herstellung sie nach ihren Kräften auch mitwirken konnten.

Im Prinzip argumentierten - zumindest in der Theorie - die Kommunisten ähnlich wie die "Kinderfreunde". Auch ihnen ging es darum, den Arbeiterkindern und Jugendlichen innerhalb der eigenen Organisation Selbstbewußtsein gegen das in ihrer gesamten sozialen Lage entstehende Minderwertigkeitsgefühl zu verschaffen. Nur ist eben zweifelhaft, ob die Klientel des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) für die Methoden der "Kinderfreunde" hätte ansprechbar sein können, denn das z. B. in den Kinderrepubliken erfahrene neue Selbstbewußtsein konnte nur dann mehr sein als eine Art von pädagogisch arrangiertem "Urlaubserlebnis" - —was die Kommunisten diesen Unternehmungen vorwarfen - wenn es zu Hause wenigstens einen kleinen Handlungsspielraum gab, in dem dies Wirkung zeigen konnte. Für die im KJV organisierten Kinder

und Jugendlichen schien aber im allgemeinen dieser Spielraum mit einer entsprechenden Perspektive nicht vorhanden gewesen zu sein, und *dann* wäre ein Aufenthalt in einem solchen Lager eher frustrierend und entfremdend gewesen.

Die Kommunisten boten Identität durch fast totale Identifikation an. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie Hoernle sein Konzept vom "Kind als Kämpfer" gegen den Vorwurf rechtfertigt, er mißbrauche Kinder für die Zwecke seiner politischen Partei.

"Das kämpfende proletarische Kind war schon lange vorhanden, ehe es einen Kommunisten gab, der sich seiner annahm. *Der Kampf des Kindes ist so alt wie die Ausbeutung des Kindes*, wie die Unterdrückung und Brutalisierung des Kindes. Er ist die natürliche Reaktion der Kinder gegen das Verbrechen, das der Kapitalismus, das unverständige Eltern, reaktionäre Lehrer Tag für Tag an Seele und Körper der Arbeiterkinder verüben.

Allein dieser Kampf verlief bisher regellos, vereinzelt und unglücklich. Das proletarische Kind kämpfte, kämpfte aus innerer und äußerer Not, kämpfte, ohne Weg und Ziel zu wissen, ohne Hilfe, Rückhalt und Verständnis bei den Erwachsenen zu finden. Es ging aus diesem Kampf hervor, geistig verkrüppelt, moralisch geknickt; nur wenige heilten später die Wunden aus. Das ausgebeutete, mißhandelte, systematisch vom Dienstherrn, von Eltern, vom Lehrer gequälte Kind wehrt sich, so gut es kann. Es sucht die Schule zu hintergehen (schwänzt), es ersinnt tausend kleine Tücken und Listen, Ausreden und Beschönigungen, um die Strafe abzuwenden, es flüchtet zu dem unsauberen Mittel des Petzens, des Spitzeltums, um für sich selber eine günstige Position zu schaffen. Die besten Kinder werden trotzig, bockig, verschlossen Ist es ein Wunder, daß unsere Kinder als geistige Krüppel, als moralisch defekt diese Schulen und Werkstätten und das ach so 'traute Heim' verlassen? Ist es ein Wunder, daß sie unehrlich, diebisch, tückisch und hinterlistig werden? Sie müssen es ja, um unter der Peitsche der Ausbeutung und der Sklaverei, um in Armut und Fron nicht ganz zugrunde zu gehen! Das *Neue*, das wir Kommunisten aussprechen, ist dies: Der Kampf der Kinder darf sich nicht länger bewegen im Dunkel des Unterbewußtseins, in der Vereinzelung, in der ungeleiteten, regellosen, verzweifelten und deshalb demoralisierenden Art tierischer Selbsthilfe. Nein, der Kampf unserer ausgebeuteten, unterdrückten, mißhandelten Kinder soll ans Licht gezogen, soll bewußt organisiert und solidarisch geführt werden, als *Teilkampf im Klassenkrieg der arbeitenden Klasse*. Er soll mitgeführt werden von dem gesamten revolutionären Proletariat. Erst dadurch retten wir unsere Kinder vor dem Untergang in Lüge, Tücke, Feigheit, Duckmäuser- und Stänkertum, Verzweiflung und Verbrechen, indem wir eine neue Lebensbejahung

in ihnen wecken, das große Erlebnis der Arbeitersolidarität, des solidarischen Kampfes gegen die Unterdrücker" (Hoernle 1958, S. 82-84).

Wenn man unterstellt, daß diese Interpretation zumindest in dem Sinne zutreffend ist, daß sie von den Betroffenen weitgehend so - nämlich als Gefühl "minderwertiger Existenz" - empfunden wurde, dann hätte man daraus natürlich eine ganz andere Konsequenz als Hoernle ziehen können, nämlich eine bürgerlich-sozialpädagogische: Es müsse diesen Kindern und Jugendlichen durch finanzielle und pädagogische Hilfen und durch eine Anhebung ihrer schulischen Möglichkeiten eine Verbesserung ihrer Lebenslage angeboten, werden, *damit* auch sie in die Lage versetzt werden, die erwünschte befriedigende kindliche Existenz in einem Schonraum zu führen. Aber erstens gab es diese Mittel damals nicht - es gibt sie bis heute nicht in erforderlichem Maße - und zweitens bleibt die Frage, ob *diese* Kinder und Jugendlichen damals auf diese Weise "emanzipationsfähig" gewesen wären, also eine befriedigende Identität mit diesen Hilfen hätten gewinnen können.

Stellt man sich also auf den Boden Hoernles, dessen These ja eigentlich ist, die Widerstandsform der "Verwahrlosung" in produktive politische Aktivität umzusetzen, dann erklärt sich das Scheitern dieses Konzepts wohl vor allem aus der ihm immanenten *pädagogischen* Schwierigkeit. Die erwünschte Wirkung, Selbstbewußtsein durch Kämpfen zu gewinnen, stellt sich ja nicht - und schon gar nicht bei Kindern - von selbst ein, sondern bedarf einer besonders sensiblen pädagogischen Begleitung, die gerade auch *im Einzelfalle* ermutigt, tröstet, deutet, erklärt. Da nutzt das Gefühl der Geborgenheit im Kollektiv allein wenig. Wenn so etwas aber überhaupt massenhaft zu organisieren ist - bis hin zu der Frage, welche Aktion ist zumutbar, welche würde überfordern usw. - dann zumindest im Regelfalle nicht von selbst noch unfertigen älteren Mitgliedern des KJV oder auch von Erwachsenen, die dies bei all ihren sonstigen Verpflichtungen "nebenbei" mal besorgen sollen. Es ist pädagogisch viel leichter, Kindern einen "Schonraum" zu verschaffen, wo sie spielen können und von Älteren geschützt werden.

Mit anderen Worten: Die Kommunisten haben damals die pädagogische Problematik ihrer eigenen Intention mystifi-

ziert: Der Kampf sei der Vater aller Dinge und das Kollektiv werde schon für die richtige Entwicklung des einzelnen sorgen. Die Unterordnung pädagogischer Fragen unter die politische Intention mußte das Konzept vom "Kind als Kämpfer" zu einem *praktisch* uneinlösbaren Anspruch machen, so daß in vielen Fällen sicherlich nicht Selbstbewußtsein, sondern Geltungsdrang, Rechthaberei, Anmaßung und Doktrinarismus herausgekommen sein dürfte (was die Kritiker ja auch behaupteten), was nicht ausschließt, daß im späteren Erwachsenenalter diese "Jugendsünde" wieder korrigiert wurde.

3. Das Konzept vom "Kind als Kämpfer" war eine weitere (idealtypische) Variante des pädagogischen Bezugs, insofern es die wichtigsten Elemente einer pädagogischen Interaktion enthält: die Perspektive der "Verantwortung" für Gegenwart und Zukunft des Kindes, eine Definition der Besonderheit seiner Existenz und seiner Lernmöglichkeiten und eine Zielbestimmung für die Persönlichkeitsentwicklung ("Kommunist").

Im Vergleich zum sozialdemokratischen Konzept wird deutlich, wie sehr die Bestimmung des pädagogischen Bezuges abhängt von dem Perspektiven-Spielraum, den man der Entwicklung des Kindes einräumt. Die sozialdemokratische Variante des pädagogischen Bezuges war die Vorstellung vom "Kind als kleinem Genossen". Grundsätzlich galt das Kind als gleichberechtigter Genosse, aber eben als "kleiner", der noch nicht alles kann, und der bei manchem auf die Hilfe der "Großen" angewiesen ist; dieser Vorsprung gibt dem "Großen" jedoch keine besondere Autorität, sondern verpflichtet ihn zu "solidarischem" Verhalten, also eben nicht zu einem besonders "kindbezogenen", sondern zu einem solchen, wie es gegenüber *jedem* Genossen angebracht ist. Die Autorität des pädagogischen Bezuges ist hier prinzipiell wechselseitig, d. h. sie ist abgeleitet aus der "Funktion", die jeweils im Rahmen und im Namen der Gemeinschaft ausgeübt wird, kann also durchaus auch vom Kind (als "Funktionär") in Richtung auf den Erwachsenen wirken.

Der wichtigste Unterschied zum kommunistischen Konzept bestand darin, daß das pädagogische Feld einen eigenen Stellenwert bekam, nicht als Teil des politischen Feldes

gesehen wurde, und daß - daraus folgend - die Entwicklungsperspektive des Kindes und Jugendlichen offengehalten wurde: Man erwartete und hoffte zwar, daß das Kind später als "Kämpfer für den Sozialismus" tätig sein würde, versuchte aber nicht, es darauf hin schon festzulegen. Dies jedoch - um es noch einmal zu betonen - hatte nur Sinn, insofern auch die *tatsächliche* Perspektive bis zu einem gewissen Grade offen war, z. B. durch die Möglichkeit des beruflichen oder schulischen "Aufsteigens".

Im Unterschied also zum kommunistischen Angebot einer Identität durch totale Identifikation mit dem Kollektiv und mit der es tragenden Idee konnten die Sozialdemokraten nur die Identifikation mit einer (relativ vagen) Idee ("Sozialismus") anbieten, die viel weniger mit einem Kollektiv (z. B. der SPD) verbunden war. Es war also ein gewisses Maß an Ich-Stärke und Autonomie erforderlich, beides sollte in der solidarischen Gemeinschaft durch die Übernahme wechselnder Funktionen und damit durch das Ausprobieren wechselnder Fähigkeiten erworben werden.

4. Im Unterschied zum bündischen Konzept war das der Sozialisten nicht männerspezifisch, wenn man nicht Politik überhaupt für männerspezifisch hält. Die in den sozialistischen Jugendgemeinschaften vorfindbaren Themen und Regeln des Gemeinschaftslebens mußten per se nicht für Mädchen uninteressant sein. Koedukation war ein Prinzip, das sich aus der gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Frau ergab, von früh an sollte die Gleichberechtigung von Mann und Frau erlebt und praktiziert werden. Für die Kindergruppen war das offensichtlich auch kein Problem. Das änderte sich im Jugendalter.

Neben den üblichen moralischen Bedenken wurden auch grundsätzliche geltend gemacht. Die Frage war, ob Mädchen in den durchweg von Jungen geführten Gruppen zum Zuge kommen könnten, ja, ob die Gleichberechtigung der Frau, also ihre Emanzipation, nicht in eigenen Mädchengruppen besser zu realisieren sei, weil die Mädchen hier nicht in Konkurrenz zu den Jungen stünden und in der Gefahr, sich an diese bloß "anzulehnen", sondern in eigener Verantwortung ihre Gruppe gestalten könnten (Schneider, S.165 ff.; Schult, S. 183 f.).

Eine ähnliche Argumentation fanden wir schon bei den

Bündischen, dort allerdings verbunden mit traditionellen Rollenklischees. Manches scheint dafür zu sprechen, daß zumindest eine ganze Reihe von Mädchen aufgrund ihrer traditionellen Sozialisation gewohnt war, die Männer entscheiden zu lassen und eher auf eine Paarbeziehung als auf eine Gruppenbeziehung zuzusteuern. Oft gingen sie auch nur "ihres Jungen" wegen mit zur Gruppe.

Josefa Fischer (1933a), eine profunde Kennerin der damaligen Jugendarbeit, weist auf die von den Jungen unterschiedene Interessenlage der Mädchen hin. Das Mädchen bevorzuge nicht die intellektuelle Bildungsveranstaltung, sondern die Erziehungsgemeinschaft, in der es praktisch und mit unmittelbarer Sinnerfüllung tätig sein könne. "Die Interessenskala der weiblichen Jugend" beginne "im Bereich des Menschlich-Religiösen", erreiche "im Politischen" einen "Tiefpunkt", "während Sport und Beruf dazwischen liegen" (S. 20). Mädchen würden "durch die unerfreulichen Methoden des politischen Kampfes abgestoßen".

"Alle politischen Willensäußerungen der Mädchenverbände betonen immer das Verbindende, für die Gesamtheit Notwendige. Sie zeigen eine starke Abneigung gegen Mißbrauch parteimäßiger Machtmittel. Im Allgemeinen läßt sich beobachten, daß die weibliche Jugend, die einmal eine politische Entscheidung getroffen hat, mit fast fanatischem Eifer zu ihrer Entscheidung steht, während sie vor dieser Entscheidung ihrer Natur nach ein weniger bereitwilliges Rekrutenmaterial für die politischen Verbände ist" (S. 12).

Möglicherweise zeigt sich hierin das erlernte Muster der Gattenwahl bzw. der Familiengründung, transponiert auf den politischen Verband.

Interessant sind in diesem Zusammenhang Fischers Hinweise auf die jugendliche Arbeiterin, über die es die ersten Untersuchungen gab (Rada 1931; Franzen-Hellersberg 1932). Ausgerechnet im kommunistischen Jugendverband, wo sie einen Anteil von ca. 15 Prozent gehabt habe, scheint sie eine unbedeutende Rolle gespielt zu haben.

"Die Mädchen entstammen relativ häufig der bürgerlichen Schicht, die jugendlichen Arbeiterinnen sind dagegen erfahrungsgemäß oft Durchgangspublikum im Jugendverband. Wer hier standhält, meint es ernst. Es sind zumeist heroisch eingestellte Mädels von fanatischer Einsatzbereitschaft, die verglichen mit den Jungen in ihrer Mehrzahl eine starke Auslese darstellen" (S. 12 f.).

Andererseits zeigen die Untersuchungen, "daß für weite Kreise der proletarischen (weiblichen, H. G.) Jugend neben der Schule der Verein der einzige Ort ist, der sie über den trübseligen Alltag hinausführt, die einzige Quelle geistiger Anregung und innerer Orientierung, die einzige Stelle, an der sie ungehindert jung sein darf. Der Jugendverein schenkt ihr Freuden in der Natur, im Spiel und Lied, um die Gleichaltrige in der gleichen Schicht betrogen werden" (S. 20).

Auf diesem Hintergrund kritisiert Fischer dann die sozialistische und kommunistische Jugendarbeit:

"Die sozialistische Arbeiterjugend kennt nur ein *Menschheitsbild*, aber kein spezifisch weibliches Vorbild an. Die junge Arbeiterin kämpft in einer Front mit den männlichen Gefährten um den sozialistischen Staat. Die Notwendigkeit einer Arbeitsteilung wird hier nicht gesehen. Wohl auf diesen Umstand ist es zurückzuführen, wenn in diesen Reihen die Mädelfrage nicht zur Ruhe kommen will. Die stärkere Passivität der Mädchen wird weniger auf die geübten Arbeitsmethoden als auf die angeblich noch nicht überwundenen Minderwertigkeitsgefühle des weiblichen Geschlechts zurückgeführt. Die mangelnde Mitarbeit der Mädchen ist m. E. in der Hauptsache in dem Programm selbst begründet, das durch seine Abstraktheit, seine kämpferischen Forderungen und besonders durch seine materialistische Fundierung mehr den intellektuellen, weniger aber den breiten Kreisen der weiblichen Jugend entspricht. Bei der kommunistischen Jugend treten die weiblichen Belange gegenüber dem gemeinsamen Ziel noch stärker zurück, man erkennt eigentliche Wesensunterschiede zwischen den Geschlechtern nicht an, und sieht ihr momentanes Vorhandensein nicht im Essentiellen, sondern führt es lediglich auf Gewöhnung und Erziehung zurück"

Richtig an dieser Kritik ist sicher, daß der politische Jugendverband vor allem nach dem Ende des "Geistes von Weimar" den Mädchen wenig anbot, was ihnen zu einer spezifischen Identität verhelfen konnte.

Dafür wäre möglicherweise eine eigene "sozialistische Mädchenbewegung" nützlicher gewesen, in der die Mädchen eher hätten lernen können, sich von der erworbenen Fixierung auf den Jungen, auf die Paarbeziehung, auf möglichst frühe Heirat, auf die Rivalität mit anderen "Konkurrentinnen" zu emanzipieren und auch ihren eigenen Zugang zum Politischen zu artikulieren und einzubringen. "Das Politische" jedenfalls konnte nicht das "didaktische Zen-

trum" ihres jugendlichen Lebens sein, eher war es schon der Beruf oder der Sport, was sich an den verhältnismäßig hohen Mitgliederzahlen zeigt. So hatten die Jugendgruppen des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten (VWA) 24 000 Mädchen, die Jugendgruppen im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) 30 000 und der Arbeiter-Turn- und Sportbund gar 128 000 Mädchen (Fischer, S. 16 ff.).

Die SAJ blieb jedoch beim Prinzip der Koedukation, ließ aber Mädchengruppen zu und bot den Mädchen besondere Veranstaltungen an - nicht zuletzt unter dem Eindruck der Tatsache, daß die Frauen überwiegend bürgerlich wählten und man sich gezwungen sah, die Arbeiterinnen besser politisch anzusprechen (Schneider, S. 166 f.).

5. Wie schon bei den Bündischen so wurden auch für die SPD diejenigen zum Problem, die der Jugendgruppe entwachsen waren, aber ihr "Moratorium" noch nicht verlassen wollten, sondern noch frei und ungebunden die politischen Sinnfragen weiter verfolgen wollten. Wie das Schicksal der Jungsozialisten zeigt, wurde die Partei damit nicht fertig. Es gelang ihr nicht, einen Spielraum, einen gedanklichen "Experimentierraum" zuzulassen bzw. zu schaffen, in dem eine Kontroverse wie die zwischen den "Hofgeismarern" und den "Hannoveranern" *ohne* politische Konsequenzen ausgetragen werden konnte. Vielleicht zeigt dies auch einfach die Grenzen eines *politischen* Verbandes, der ja dazu tendiert, Meinungen als Macht zu sehen, und durch Abstimmungen und organisatorische Maßnahmen sich vor "Abweichungen" zu schützen bzw. - wie in unserem Beispiel - Abweichungen durch Mehrheiten zu definieren. Dieses Problem haben alle politischen Parteien mit ihren Jugendorganisationen bis heute.

Rein formal kann man dieses Problem einfach lösen - und so wurde es auch meistens gelöst - indem man darauf verweist, daß jemand, der die Grundpositionen eines Parteiprogramms verläßt, eben auch nicht mehr Mitglied sein kann. Aber einmal ist die Frage, ob eine politische Partei nicht im eigenen Interesse dafür sorgen muß, daß Impulse aus den nachwachsenden Generationen, die eben dazu neigen, politische Grundprobleme ihrer Zeit neu zu durchdenken, produktiv auf sie einwirken können. Andererseits

stellt sich die Frage, ob es nicht auch zu den staatspolitischen Aufgaben einer demokratischen Partei gehört, kritisches Potential aus den nachwachsenden Generationen möglichst an sich zu binden, um z. B. politische Radikalisierungen zu verhindern. Dafür war jedenfalls das einfache Organisationsmodell der SPD - erst ist man Mitglied des Jugendverbandes, dann tritt man in die Partei ein - nicht geeignet.

Dieses Modell grenzte auch die *inhaltlichen* Möglichkeiten der Jugendarbeit erheblich ein, insofern eine Reihe von Freizeitinteressen nicht zur Geltung kommen konnte. Das führte z. B. dazu, daß sich Jugendliche anderen Arbeiterorganisationen anschlossen, was die Einheitlichkeit der sozialistischen Bildungsarbeit auf die Dauer in Frage stellen mußte. Ollenhauer beklagte sich im Jahre 1930:

"Schrebergartenvereine, Arbeiterangler, Arbeiterbriefmarkensammler und ähnliche Organisationen versuchen eine eigene Jugendbewegung ins Leben zu rufen. Diese Organisationen zur Befriedigung spezieller Wünsche und Liebhabereien sollten sich auf ihr enges Arbeitsgebiet beschränken und die Hände von der Jugend lassen" (zit. n. Eberts, S. 147).

Die Jugendpflege

Die beiden bisher behandelten Formen der Jugendarbeit - die Bündische Jugend und die Arbeiterjugendbewegung - repräsentierten nur eine Minderheit der in Verbänden organisierten Jugendlichen. Nach einer Erhebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände (RddJ) im Jahre 1927 waren von etwa 9,1 Millionen Jugendlichen 3,6 Millionen den Verbänden des RddJ angeschlossen, also etwa 40 Prozent. Bei den männlichen Jugendlichen waren es 54 Prozent, bei den weiblichen 26 Prozent. Sie verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Verbandsgruppen:

595 000 Evangelische Verbände

881 000 Katholische Verbände

56000 Sozialistische Verbände

401 000 berufsständische Verbände

4000 jüdische Verbände

44 000 politische Verbände

29000 Bündische Gruppen

140

1 577000 Verbände der Leibesübungen

544 000 sonstige Verbände (n. Zwerschke, S. 246).

Angesichts dieser Zahlen kann man sich fragen, ob man zumindest seit der zweiten Hälfte der Weimarer Zeit überhaupt noch von einer Jugendbewegung sprechen kann oder nicht besser überhaupt von Jugendarbeit bzw. Jugendpflege sprechen soll. Die "Erfindungen" der Jugendbewegung waren gemacht; was übrig blieb, war eine massenhafte Organisation auf der Grundlage jener Erfindungen. Jugendarbeit war Jugendpflege geworden, veranstaltet von Erwachsenen für Jugendliche. Das gilt auch für die Bünde; Unterschiede bestanden eigentlich nur im Hinblick darauf, wie nah oder fern eine Jugendorganisation einem Erwachsenenverband stand.

In dem Maße, wie Jugend als soziale Gruppe sich von den Determinanten ihrer sozialen Herkunft und zugleich von deren früher ziemlich eindeutigen gesellschaftlichen Perspektiven löste und in eben jenes "Moratorium" geriet, kurz gesagt, wie die familiäre Herkunft nicht mehr bruchlos auch die Zukunft des einzelnen bestimmte, in eben diesem Maße stand das Jugendalter nun für andere Vergesellschaftungen durch andere Erwachsene zur Disposition. Gerade die relative Autonomie des Jugendalters ermöglichte den Zugriff. Der Sohn aus katholischer Familie konnte von den Kommunisten geworben werden, die Tochter aus traditionellem Arbeitermilieu konnte zu einem Jugendverband des "Klassenfeindes" stoßen und für jenes unwiderruflich verloren sein. Die "Selbstbestimmung" mußte Versuche zu ihrer Fremdbestimmung geradezu herausfordern, wollte ein Erwachsenenverband nicht im Hinblick auf den Nachwuchs den kürzeren ziehen. Die Vorkriegsauseinandersetzung um die Arbeiterjugendlichen - ob sie nun für die Arbeiterorganisationen geworben werden konnten oder von bürgerlichen Jugendpflegevereinen - war schon ein Vorspiel davon, allerdings unter verhältnismäßig klarer "Klassenlage" und unter den Bedingungen sehr geringer vertikaler Mobilität. Nun wurde der Kampf der Erwachsenen um die Jugend allgemein, die Selbstbestimmung wird zur Integration benutzt. Gerade die jugendbewegten Erfindungen bieten sich nun zur Manipulation an, ihre "Ritualisierung, die Einschleifung jugendbewegten Lebensstiles zu Dauerformen" ist "Voraussetzung ständiger Be-

einflußbarkeit und Konditionierung" (Linse 1978, S. 47). Auf diesem Hintergrund müssen auch die Bemühungen der staatlichen Jugendpflege gesehen werden. Wie schon vor dem Kriege, so war der Staat dabei auch jetzt nicht der Initiator, sondern er griff nur Tendenzen auf, die er förderte und unterstützte.

Der schon erwähnte Erlaß von 1911 hatte bereits die Gründung lokaler "Jugendpflegeausschüsse" auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene angeregt, um die zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel zweckmäßig verteilen zu können.

Dieses Organisationsmodell wurde für Preußen nun weiter ausgebaut. Die Ausschüsse galten offiziell als "Selbstverwaltungskörperschaften der Jugendpflege" (Becker/Gildemeister, S. 20). Sie hatten keine obrigkeitlichen Befugnisse. Sie konnten sich ihre eigene Satzung geben. Einzige Bedingung war, daß - entsprechend der jeweiligen Verwaltungsebene: Ort, Kreis oder Bezirk - die zuständigen Verwaltungsvertreter ihm angehören mußten. Aber irgendwelche Paritätenregelungen gab es nicht.

Die untere Ebene war der Orts- bzw. Stadtausschuß für Jugendpflege. Ihm gehörten an: der Gemeindevorsteher als Mitglied und Vorsitzender, Vertreter der angeschlossenen Jugendverbände, Kreisjugendpfleger(in), vom Ausschuß selbst vorgeschlagene Einzelpersonlichkeiten und Vertreter der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung. In diese Ausschüsse sollten alle örtlichen Jugendvereinigungen aufgenommen werden, "denen es um ernstgemeinte erzieherische Beeinflussung ihrer Mitglieder auf körperlichem, geistigem und sittlichem Gebiet ... ,um ihre Heranbildung zu deutschen Menschen, verantwortungsbewußten Staatsbürgern und vom brüderlichen Geist und sozialen Gemeinsinn erfüllten Volksgenossen zu tun ist" (Becker/Gildemeister, S. 26 f.). Jugendgruppen dagegen, die "staatsfeindlich eingestellt sind" ("kommunistische und nationalsozialistische Vereinigungen"), oder lediglich politische oder parteipolitische Ziele verfolgen, durften nicht aufgenommen werden. Sie blieben damit auch von staatlichen Vergünstigungen ausgeschlossen. Auch rein lokale Gruppen, die nicht Mitglied eines größeren Verbandes waren, konnten aufgenommen werden

Der Kreisausschuß für Jugendpflege ist ähnlich zusammen-

gesetzt und hat - für eine größere Region - ähnliche Aufgaben wie der Ortsausschuß. Der Bezirksausschuß ist dem Regierungspräsidenten zugeordnet. "Er vereinigt in sich die freien Verbände, soweit sie Jugendpflege im Sinne der ministeriellen Richtlinien treiben, die Jugendbewegung, die Behörden und Körperschaften, die die Jugendpflege fördern und auf einzelnen Gebieten der Jugendpflege erfahrene Männer und Frauen" (Becker/Gildemeister, S. 31).

Beauftragte des Staates waren die Bezirks- bzw. Kreisjugendpfleger, die die Arbeit der Ausschüsse koordinieren und die Verbindung zu den zuständigen Regierungsstellen herstellen sollten. Zu ihren Aufgaben gehörten unter anderem die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen wie überhaupt das Aufgreifen überverbandlicher Aufgaben. Sie waren überwiegend Lehrer; als Bezirksjugendpfleger waren sie meist hauptamtlich, auf der Kreisebene durchweg nebenamtlich - sie erhielten meist nur eine Unkostenpauschale - tätig. Da sie nicht beamtet waren und deshalb auch nicht dem üblichen Behördenreglement unterstanden, konnten sie verhältnismäßig selbständig wirken. Andererseits hatten sie auch keine obrigkeitlichen Befugnisse und waren deshalb im wesentlichen auf ihre persönliche Überzeugungskraft angewiesen. Ein Vorschlag des Städtetages 1928, zumindest für große Städte beamtete Jugendpfleger einzustellen, konnte schon aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Immerhin stieg die Zahl der Kreis- und Bezirksjugendpfleger in Preußen von 392 im Jahre 1919 auf 1069 im Jahre 1929.

Die Jugendpflegezuschüsse des Staates bestanden aus "Bezirksanteilen" und "Zentralmitteln". Die "Bezirksanteile" wurden den Regierungsbezirken zur selbständigen Verfügung überwiesen. Beihilfen unter 1000 Reichsmark mußten aus diesen Mitteln bestritten werden. Die "Zentralmittel" wurden vom zuständigen Ministerium für Volkswohlfahrt verteilt.

"Zum 15. April, 15. Juni und 15. September jedes Jahres werden dem Minister von den Regierungspräsidenten Vorschläge für Beihilfen aus dem Zentralfond in Form einer Sammeliste nach vorgeschriebenem Muster vorgelegt. Für die Sammelisten hat der Minister eine eingehende Äußerung darüber vorgeschrieben, ob ein Bedürfnis zur Durchführung des geplanten Vorhabens und zur Gewährung einer staatlichen Beihilfe besteht. In jedem Fall ist auch der Betrag der befürworteten Bei-

hilfe genau anzugeben. Die Einzelanträge sind in der Liste nach Maßgabe ihrer Dringlichkeit geordnet aufzuführen" (Becker/Gildemeister, S.63).

Zu verteilen waren von 1925 bis 1931 an "Beihilfen" jährlich drei Millionen Mark, dazu kamen noch "Darlehen" zwischen 700 000 und 900 000 Reichsmark jährlich. "Beihilfen" konnten im Prinzip alle Träger von Jugendpflegemaßnahmen erhalten, also nicht nur die Verbände, sondern auch die Orts- und Kreisausschüsse selbst. Entsprechende Anträge mußten vom Orts- oder Kreisausschuß - versehen mit einer Stellungnahme von ihm und vom Jugendpfleger - an den Regierungspräsidenten geschickt werden.

Gefördert wurden nicht laufende Kosten, sondern "Einrichtungen" wie Beschaffung, Erweiterung und Instandsetzung von Heimen sowie Beschaffung von Geräten wie Filmgeräte, Nähmaschinen, Musikinstrumente usw.. Personalkosten durften aus diesen Mitteln nicht bestritten werden. Verlangt wurde außerdem durchweg eine angemessene Eigenleistung, die auch in aufgewendeten Arbeitsstunden nachgewiesen werden konnte. Und natürlich gab es auch schon den "Verwendungsnachweis" für die erhaltenen Mittel.

Im Vergleich zur gegenwärtigen Jugendarbeit fällt auf, daß in der Weimarer Zeit die öffentliche Hand keine Personalausgaben finanzierte - und so auch keine pädagogische Professionalisierung initiierte - und verhältnismäßig hohe Ansprüche an die Eigenleistung stellte. Die Bürokratisierung war offensichtlich weniger entwickelt als heute, obwohl gegen Ende der Republik darüber bereits Klagen laut wurden (Ehrhardt 1930).

Das im Jahre 1922 verabschiedete Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) hatte für die Jugendpflege wenig praktische Bedeutung. Es war im wesentlichen von den Aufgaben der Jugendfürsorge her konzipiert. Das zu diesem Zweck geschaffene Jugendamt als Basisbehörde sollte zwar nach § 4 auch Jugendpflegeaufgaben wahrnehmen, wobei allerdings die privaten Träger Vorrang hatten. Aber nach der Notverordnung von 1924 bestand für die Träger der Jugendhilfe keine Verpflichtung mehr, die in § 4 bezeichneten jugendpflegerischen Aufgaben durchzuführen.

Das RJWG war jedoch in grundsätzlichem Sinne von Be-

deutung, insofern es nämlich die Jugendpflege in den Rahmen der Staatsaufgaben einordnete. Im Artikel 119 der Weimarer Verfassung werden Recht und Pflicht zur Erziehung der Kinder "zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit" betont. Die "staatliche Gemeinschaft" erhält das Recht zur Überwachung. Und im Artikel 120 heißt es: "Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen ... ". Beide Artikel zusammen ergeben, daß der Staat im Bereich der Erziehung nur *bewahrend* tätig werden kann, legitimiert ist er nur dann, wenn es um die Abwendung von Verwahrlosung geht. Das RJWG führte dieses Prinzip weiter:

"§ 1: Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendhilfe ein".

"§ 2,2: Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und Jugendfürsorge)".

Demnach kann Jugendpflege als Teil der öffentlichen Jugendhilfe nur angeboten werden, wenn der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird.

"Jugendpflege ist damit nicht als eine durch die gesellschaftliche Entwicklung allgemein notwendig gewordene Ergänzung der Erziehung in Familie, Schule und Beruf bestimmt worden, sondern deutlich als Ersatzerziehung in besonderen Fällen.

Damit fällt das RJWG hinter die Bestimmungen der preußischen Erlasse von 1911 und 1913 zurück, denn dort war die Jugendpflege als Angebot und Anspruch an die Gesamtheit der jungen Generation verstanden worden. Damit wird Jugendpflege auf eine eng begrenzte prophylaktische Fürsorge reduziert. Sie ist im Sinne dieses Gesetzes nicht mehr allgemeiner öffentlicher Erziehungsbereich, wie das noch in den preußischen Nachkriegserlassen deutlich erkennbar war" (Wedekind, S. 238).

Die Jugendverbände waren damit einverstanden, daß ihre Arbeit nicht unter dieses Gesetz fiel. Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände stellte in einer Petition an den Reichstag klar, daß weder "Jugendbewegung", also die von Jugendlichen selbst geleiteten Vereine, noch "Jugendführung", also die durch Erwachsene geleiteten Vereine, unter den Begriff der vorbeugenden Jugendhilfe fallen

könnten (Wedekind, S. 238). Das sollte unter anderem durch eine begriffliche Änderung deutlich werden: Den Begriff "Jugendpflege" ersetzten die Verbände für ihre eigene Arbeit durch "Jugendführung", davon ausgehend, daß mit "Jugendpflege" nur noch die im RJWG bezeichneten Aufgaben des Jugendamtes zu verstehen seien.

Die Tatsache, daß damit die staatlich zu fördernde Jugendarbeit *negativ* beschrieben wurde, nämlich als Prophylaxe gegen Verwahrlosung, fiel wegen der Finanznot des Reiches in der Weimarer Republik nicht weiter ins Gewicht, bestimmte aber das Selbstverständnis der staatlichen Jugendpflege bzw. war dessen Ausdruck. Für die Einordnung der Jugendverbände bedeutete dies, daß die Verbände *als solche* für den Staat nicht interessant waren, sondern nur, insofern sie eine bestimmte, vom Staat erwünschte Tätigkeit ausübten, die als Prophylaxe gegen Verwahrlosung gelten konnte. Andere Tätigkeiten, z. B. politische, die vielleicht den eigentlichen Kern der Arbeit im Selbstverständnis des Verbandes ausmachten, waren für den Staat als solche nicht interessant.

Über den "Geist" der Jugendpflege nach 1918 gibt gleichsam exemplarisch Aufschluß die "Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt über die staatliche Förderung der Jugendpflege in Preußen" (1925). Sie ist deshalb besonders aufschlußreich, weil sie nicht nur in der Form von Erlassen, sondern auch in einer zusammenhängenden Darstellung Ziele und Motive der Jugendpflege nach dem Kriege zum Ausdruck bringt. Sie geht aus von einem neuen "Jugendproblem", das in den letzten Kriegsjahren und in den ersten Nachkriegsjahren entstanden sei.

"Die Beaufsichtigung zu Hause durch den Vater oder die Mutter fehlte in zahlreichen Familien oder wurde immer schwächer, die Betreuung durch Jugendvereine immer schwieriger Dazu kam, daß viele im Berufsleben stehende Jugendliche hohe Löhne bezogen, ehe sie gelernt hatten, mit Geld richtig umzugehen. Sie vergeudeten daher ihre Einnahmen für Näschereien, Tand und Nichtigkeiten. Der Sinn für Einfachheit und Sparsamkeit schwand immer mehr dahin, die allgemeine Moral, besonders auch auf dem sexuellen Gebiete, war schweren Erschütterungen ausgesetzt

Als der Krieg seinen traurigen Ausgang genommen hatte und die Staatsumwälzung das Land in schwerste Wirren versetzte, als blutige Aufstände, Unruhen und Plünderungen an der Ta-

gesordnung waren und revolutionärer Geist sich allenthalben breitmachte, waren Teile der Jugend nur zu gern bereit, jede Autorität abzulehnen und blindlings denen zu folgen, die ihr schrankenloses Sichausleben predigten" (S. 11 f.).

Der Grundtenor ist unüberhörbar: Massenhafte, durch Entwicklungen in der Politik und im Konsumbereich verursachte "Verwahrlosung" droht, gegen die die neue Jugendpflege antreten muß. Im Rahmen dieser Grund-Diagnose sind vor allem folgende Aspekte von Interesse, die in der Denkschrift angesprochen werden.

1. Die Jugendpflege wird begründet durch die nach dem Kriege nötig gewordenen Aufbauaufgaben, die ohne den Einsatz einer "gesunden und starken Jugend" nicht zu leisten seien. Diese Hoffnung auf die Jugend verbindet sich mit der anderen, daß sie in der inneren politischen Zerrissenheit die Einheit des Volkes wahren könne. So heißt es in einem Erlaß vom 17. 12. 1918:

"Die Jugendpflege hat eine ihrer vornehmsten Aufgaben in der Gegenwart darin zu erblicken, daß sie nach Möglichkeit zur Wiederherstellung der inneren Einheit unseres Volkes beizutragen und zu diesem Zweck einen einmütigen, brüderlichen Geist unter der heranwachsenden Jugend zu fördern sucht" (S. 12).

Diese Begründung wird auch in den folgenden Erlassen durchgehalten.

2. Die Denkschrift knüpft an die Vorkriegserlasse an, ohne zu erwähnen, daß diese ja nicht zuletzt zur Zerschlagung der Arbeiterjugendbewegung dienen sollten. Gelobt wird die positive Jugendarbeit, die durch jene Erlasse ermöglicht und leider durch den Krieg unterbrochen worden sei. Deshalb geht das Bestreben des Ministeriums - zunächst des Kultusministeriums, seit dem 1.11.1919 des Ministeriums für Volkswohlfahrt - vor allem dahin, die vorhin erwähnten lokalen Organisationsformen wieder zu etablieren.

3. Die Bindung der Jugendpflege an Werte wie "Vaterlandsliebe" und "deutsches Wesen" blieb aufrechterhalten, verbunden mit dem Hinweis, daß "Parteipolitik" nicht gefördert werden könne. So heißt es in einem Erlaß vom 20. 11. 1919:

"Jede ernstgemeinte Jugendpflege werde ich ohne Ansehen der Religion (Konfession) und der politischen Stellung der Beteiligten gern auf alle mir mögliche Weise, auch durch Beihilfen aus dem meinem Ministerium übertragenen Jugendpflegefonds, zu fördern bemüht sein. Dabei glaube ich im Sinne aller Richtungen und Parteien zu handeln, wenn ich dafür eintrete, daß Parteipolitik von der Jugendpflege ferngehalten wird. Wohl aber kann und soll die Jugendpflege dazu beitragen, daß die deutsche Jugend, einerlei, ob ihre Wiege in der Hütte oder im Schloß stand, dem Vaterland in seinem tiefen Unglück erst recht Liebe und Treue bewahrt und deutsches Wesen hochhält. In ihren Reihen muß brüderlicher Geist walten, der unbeschadet allgemeiner Menschenliebe zunächst in jedem deutschen Volksgenossen den Freund und Bruder zu achten und zu lieben lehrt. Die Jugend soll willig und tüchtig werden, ihre Pflichten gegenüber dem Volksganzen gewissenhaft und in opfermütigem Gemeinsinn zu erfüllen" (S. 13).

Das Interesse des Staates daran, gegenüber den einzelnen Verbänden das "Gemeinsame", das "Gemeinwohl" geltend zu machen, ist neu, so vor dem Ersten Weltkrieg nicht zu finden, und bekommt in der Republik zunehmende Bedeutung. In einer offiziellen Schrift aus dem Jahre 1932 (Becker/Gildemeister 1932) heißt es, "daß die staatliche Förderung der Jugendpflege ihr eigenes Erziehungsideal hat ... die Jugendpflegearbeit des Staates ist nicht nur Pflege der Jugend um der Jugend, sondern Pflege der Jugend um des Volkes willen ... ihm kommt es vor allem darauf an, das Gemeinsame im deutschen Volke herauszustellen und die gemeinschaftsbildenden Kräfte in der Jugend zu wecken und zu pflegen" (S. 3). Erich Weniger versuchte diesen Anspruch pädagogisch umzusetzen mit dem Bild vom "Burgfrieden des Jugendheims": Im Jugendheim dürfe es keine politische Betätigung geben, gerade deshalb könnten sich aber die sonst verfeindeten politischen Gruppen dort treffen und sich bemühen, einander zu verstehen und das Gemeinsame ihrer politischen Wünsche und Vorstellungen zu entdecken. "Hier kann der Staat ... sich darstellen ... als Sachwalter des pädagogischen Willens aller ehrlich arbeitenden Erzieher und des Selbsterziehungswillens der Jugend" (1928, S. 162). Und dem im staatlichen Auftrag tätigen Jugendpfleger war eine solche integrierende Funktion ausdrücklich zugedacht. "Nicht als Vertreter einer Gruppe oder von Interessen, sondern als Hüter und Bewahrer des tiefsten Sinnes der Volksge-

148

meinschaft stehen die Kreisjugendpfleger(innen) im Volk" (Becker/Gildemeister, S. 39). Auch die Jugendpflegeausschüsse sollten "die Einzelvereine in ihrer Trennung, Beziehungslosigkeit, Überheblichkeit und Entfremdung zwingen, sich mit den Vertretern anderer Richtungen immer wieder an einen Tisch zu setzen" (Becker/Gildemeister, S. 20).

4. Die Jugendpflege geht unzweideutig vom Erziehungsinteresse des Staates, nicht oder allenfalls in zweiter Linie von den Problemen der Jugendlichen selbst aus. Deren Probleme werden vielmehr von jenem Interesse her definiert. "Verwahrlosung" droht vom Freizeit- und Konsumbereich her, nachdem die traditionellen Sozialisationsfunktionen von Familie, Kirche und Militär nicht mehr ausreichen. Alkohol, Nikotin, Sexualität, Schmutz und Schund und Kino waren die Gegner der Jugendpflege. Sie sollte der Kriminalität und Verwahrlosung vorbeugen durch Aufklärung und durch ihre Gegenangebote.

"Die wirkungsvollste Art, diesen Lasten entgegenzutreten, ist die Gewöhnung der Jugend an Turnen, Spiel, Sport und Wandern und an edle geistige Genüsse (Volkslied, Musik, bildende Kunst, wissenschaftliche Vorträge, Volkstänze, Laien- und Heimatspiele u.a.m.)" (Denkschrift ... , S. 19).

Jugendheime anstelle von Kneipen; gegen die "Flut von Schmutz und Schund in Wort, Bild, Theater und Kino" "mustergültige Theater- und Kinovorstellungen" sowie "billige gute Schriften" und jugendpflegerisches "Wanderkino"; gegen "die bei der Jugend so beliebten modernen Nigger-Tänze, deren Ausführung oft die Grenzen des Wohlanständigen überschreitet", sollen "Volkstänze" in den Wettbewerb treten. In dieser Zeit beginnt der Kampf der Jugendpflege gegen die "Verführung" der Jugend durch das unkontrollierte Freizeit- und Konsumsystem, der nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal zum Hauptinhalt der öffentlichen Jugendarbeit werden sollte.

5. Für die "Pflege der weiblichen Jugend" gab es spezifische Motive, die die Intentionen des "Mädchenerlasses" von 1913 wieder aufgriffen. Im Laufe des Krieges seien Frauen und Mädchen als Ersatz für die Männer in vielen

Männerberufen tätig geworden, "mochten sie der Wesensart der Frau noch so wenig entsprechen. Die bedauerliche Folge davon war, daß die Mädchen ihrer eigentlichen Bestimmung immer mehr entzogen wurden, daß sie insbesondere sich aller hausfraulichen Betätigung entwöhnten Der Hang, das erworbene Geld für Putz und Tand, auch für Alkohol und Nikotin auszugeben, nahm überhand, leichtsinnige Liebesverhältnisse waren an der Tagesordnung". Dies sei eine "betrübliche Entwicklung". "Denn von der Frau wird es vor allem abhängen, ob unserem Volk ein neuer Aufstieg beschieden ist. Das Mädchen ist als künftige Hausfrau und Mutter dazu bestimmt, Mittelpunkt einer Familie zu werden und Hort guter Sitte und wahrer Sittlichkeit zu sein" (Denkschrift ... , S. 30).

Um der kritisierten Tendenz zu begegnen, wurden spezifische Angebote gemacht und gefördert: Kurse für Spinnen, Weben, Nähen, Flicken usw. sowie allgemeine Haushaltslehrgänge. Auch durch spezifische Formen der Leibesübungen (z. B. "rhythmische Gymnastik") sollten "gesunde Mädchen herangebildet werden, die dereinst die Mütter gesunder Kinder werden sollen" (Denkschrift ... , S. 39).

6. Die Jugendpflege wird außer in ihrer staatspolitischen Notwendigkeit - Heranwachsen einer "gesunden" Jugend zum künftigen Wohl des Volkes - auch als "vorbeugende" Tätigkeit begründet.

"Die vorbeugende Arbeit, die in der Jugendpflege mit staatlichen Beihilfen geleistet werden kann, stellt werbendes Kapital dar. Die Aufwendungen, die hierfür gemacht werden, ersparen dem Staate ein Vielfaches an Mitteln, die bereitgestellt werden *müssen*, wenn es sich darum handelt, kranke, verwahrloste oder schon dem Verbrechen anheimgefallene Jugend in Krankenhäusern, Fürsorgeerziehungsanstalten und Gefängnissen unterzubringen. Gewaltige Summen müssen heute von Staat und Kommunalverwaltungen für diese Einrichtungen mit zweifelhafter Aussicht auf Erfolg aufgebracht werden" (Denkschrift ... , S. 45).

7. Die Jugendpflege soll auf die Dauer möglichst alle Jugendlichen umfassen (S. 46).

Nimmt man diese Aspekte zusammenfassend in den Blick, so lassen sich leicht einige Probleme dieser gewaltig anwachsenden Jugendpflege ausmachen:

1. Das sogenannte "Subsidiaritätsprinzip" blieb erhalten: Der Staat betreibt keine Jugendarbeit, er fördert sie nur - nicht nur mit direkten Zuschüssen, sondern auch durch indirekte Hilfen wie Fahrpreismäßigung, Steuernachlässe und indem er preisgünstige Unfall- und Haftpflichtversicherungen ermöglicht. Das schon vor dem Kriege entstandene Problem, wer aus welchen Gründen staatliche Förderung erhalten kann und wer nicht, blieb bestehen. Partikuläre politische Bestrebungen - also vor allem parteipolitische - konnten als solche nicht gefördert werden. Deshalb blieben auch die sogenannten »Wehrverbände" von der Förderung ausgeschlossen; ferner konnten solche Organisationen nicht gefördert werden, die erklärtermaßen nicht auf dem Boden der Republik standen, also die kommunistischen und nationalsozialistischen Verbände. Aber die an und für sich förderungsfähigen Organisationen konnten auch nicht einfach als solche gefördert werden, vielmehr mußte es einen öffentlichen Konsens darüber geben, *welche ihrer Aktivitäten* zu fördern wären. Gefördert werden konnten nur "jugendpflegerische Bestrebungen", und das waren nach dem Erlaß von 1911 "alle Bestrebungen, die der körperlichen, geistigen und sittlichen Stärkung und Weiterbildung der schulentlassenen Jugend dienen".

Aber wie schon vor dem Kriege, so konnte diese offene Formulierung auch jetzt nicht ausreichen. Es mußte deutlicher gesagt werden, was denn nun »förderlich" ist und was nicht. In diesem Zusammenhang ergab sich eine Art von öffentlicher "Sprachregelung", die in der zitierten Denkschrift deutlich zum Ausdruck kommt, und die nur deshalb nötig wurde, weil der Staat etwas finanzierte, was er nicht selber betrieb. Die ideologische Legitimationsgrundlage besteht aus einer Reihe von weithin gebilligten Common-sense-Meinungen (z. B. über die Rolle der Frau) in Verbindung mit den "jugendgemäßen" Erfindungen der Jugendbewegung. Interessant ist dabei zu beobachten, wie sich die Qualität dessen ändert, was kleine, keiner größeren Organisation bedürftige Gruppen für ihre Bedürfnisse erfunden hatten, wenn dies massenhaft und tendenziell für alle Jugendlichen organisiert werden soll.

Die ideologische Legitimation der staatlichen Förderung beruhte nun vor allem auf folgenden Annahmen:

a) Gegenüber der partikularen Arbeit der Parteien und Verbände wird der gesamtstaatliche Bezug geltend gemacht: Die Jugendpflege mußte als überparteiliche Notwendigkeit begründet werden können. Dies geschah durch die These von der staatspolitischen Zukunftsbedeutung der jungen Generation überhaupt. Das Interesse des Staates an einer "gesunden" Jugend konnte unmittelbar evident erscheinen.

b) Diese positive These implizierte aber notwendig eine negative: Es mußte einen "Feind" geben, der die Jugend "krank" macht, wenn es nicht die Gegenmaßnahmen der Jugendpflege gibt. Dieser Feind durfte kein partikularer sein, der etwa nur von der einen oder anderen Gruppe als Feind betrachtet wurde, sondern er mußte von möglichst allen als solcher gesehen werden. Er fand sich in den modernen Erscheinungen der Freizeit- und Konsumgesellschaft, die als "Verführer" der jungen Generation galten: die Liberalisierung der Sexualität, "Schmutz und Schund" in den Massenmedien und im Amüsiergewerbe, Alkohol und Nikotin. Erstaunlicherweise wurde dieser Feind von den Jugendverbänden von rechts bis links akzeptiert - ohne daß allerdings dessen gesellschaftliche und ökonomische Entstehungs- und Strukturbedingungen analysiert oder gar begriffen wurden. Dieser Feind war ein *moralischer*, und genau dies war das Problem. Auch die frühe Jugendbewegung hatte ihren Feind, von dem sie sich distanzieren wollte, z. B. die hurrapatriotischen "alten Krieger". Aber des einen Feind blieb immer noch des anderen Freund. In dem Augenblick jedoch, wo der Feind von Staats wegen als allgemeiner, moralisch verwerflicher deklariert wird, wie in den Jugendpflegeerlassen nach 1918 und in der Denkschrift, wird er über kurz oder lang der allgemeinen moralisch begründeten Verfolgung preisgegeben. Nur Volksfeinde können doch ein Interesse daran haben, die Zukunft des Volkes durch Entsittlichung der Jugend zu beeinträchtigen! So hat die staatliche Jugendpflege, gezwungen zur öffentlichen Legitimation, dazu beigetragen, den Boden dafür zu bereiten, daß die "moralischen Verderber" mit einer Minderheit - den Juden - später wirkungsvoll identifiziert wurden. Der eigentliche Inhalt der Jugendpflege war also der vorbeugende Jugendschutz vor Kriminalität und Verwahr-

lösung. Dieser Begründungszusammenhang kann als eine Art von Topos der Jugendpflege bis in die Gegenwart hinein betrachtet werden. Er hat sich als wirksamste öffentliche Argumentation erwiesen, wenn es darum ging, öffentliches Interesse für die Bestrebungen der Jugendpflege - und damit für die Bedeutung ihrer Träger - zu erwecken, obwohl bis zur Gegenwart strittig bleiben muß, ob jugendpflegerische Maßnahmen tatsächlich nennenswerte vorbeugende Wirkung haben können. Fraglich ist einmal, ob die Jugendpflege und im weiteren Sinne die Jugendarbeit überhaupt die so Gefährdeten wirklich erreicht; ferner, ob sie das, was ihnen fehlt, wirklich anbieten kann, z. B. soziale Integration, Identität und eine lohnende Perspektive.

c) Weniger deutlich als die negative Aufgabenbestimmung ist die positive. Sie wird im Grunde aus der negativen abgeleitet. "Jugendgemäßes Leben", kulturelle Volksbildung und Leibesübungen sind die wesentlichen Stichworte. In ihnen wurden wichtige Momente für die "Gesundheit" der Jugend erblickt, ohne daß dies durch pädagogische Theorien und Konzepte mehr als in Postulaten begründet worden wäre. Dies wäre allerdings auch nach dem Selbstverständnis der staatlichen Förderung Sache der einzelnen Verbände gewesen - abgesehen davon, daß die Jugendforschung noch in den Anfängen steckte (Sprangers "Psychologie des Jugendalters" erschien ein Jahr vor der "Denkschrift") und von daher auch noch keine Theorie erwartet werden konnte. Die Jugendpflege in der Weimarer Zeit war eine massenhafte Praxis ohne Theorie, gerechtfertigt durch jugend- und kulturpolitische Prämissen, nicht durch pädagogische. Eine pädagogische Theorie findet sich nicht einmal in dem Artikel "Jugendpflege" von Günther Dehn im "Handbuch der Pädagogik" (Band V) von Nohl/Pallat (1929). Allerdings wird in diesem Artikel deutlich, daß die Ziele der Jugendpflege oft keineswegs mit den Interessen der Jugendlichen übereinstimmten.

"An sich will diese Jugend doch in erster Linie in ihren Vereinen unterhalten werden. Sie will Sport treiben mit Spitzenleistungen und allen Schikanen eines modernen Sportbetriebes. Sie will Theater spielen, sie will Festlichkeiten veranstalten. Es herrscht in jedem Jugendverein so etwas wie ein geheimer Kampf zwischen dem Leiter, der die Jugend dem Vereinsziel zuführen will, und der Jugend, die eben durchaus etwas anderes will, und jeder, der in der Jugendpflege steht, weiß, daß in die

sem Kampf durchaus nicht immer der Leiter siegt. Es gilt ja doch, die Jugend festzuhalten, und man hält sie fest durch Zugeständnisse an ihre Abwechslungs-, Sensations- und Unterhaltungsbedürfnisse. Es erhält so alle Pflegearbeit leicht etwas Uneinheitliches, Kompromißmäßiges, keineswegs der Idee, die über der Sache steht, Entsprechendes. Das Programm eines Familienabends mit seinen schlechten Theaterstücken, seinen sentimentalischen Deklamationen oder gelegentlich sogar Couplets steht manchmal in merkwürdigem Widerspruch zu den hohen Worten der Festansprache" (S. 108).

Die Konkurrenz der Verbände führte zu einer Angleichung des Angebotes, die geselligen und unterhaltenden Aspekte des "Jugendbewegten" setzten sich durch. Das führte einerseits zur vielbeklagten "Verflachung" der Arbeit, gab aber den jugendlichen Gruppen andererseits auch eine gewisse Autonomie gegenüber den Intentionen der Erwachsenen. Die Erwachsenen verloren den Kampf gegen das Vergnügen bei dem Bemühen, möglichst viele Jugendliche "bei der Stange zu halten". Die Freizeitinteressen der Jugendlichen setzten sich durch. "Die Vereine beginnen mit hohen Zielen oder auch mit irgendwelchen politischen Zwecken, und sie enden bei dem 'Vergnügen', dessen Rolle in Stadt und Land ja sattsam bekannt ist" (Weniger 1928, S. 156).

2. Der eben beschriebene, durchaus problematische Konsens der staatlichen Jugendpflege darf jedoch nicht überinterpretiert werden. Die praktische Arbeit geschah in den einzelnen Verbänden, und die waren peinlich auf Nichteinmischung des Staates bedacht. So bot jener Konsens doch einen breiten Spielraum, in dem sich ganz unterschiedliche Gruppen und Verbände bewegen konnten. Das Verbot der parteipolitischen Betätigung erstreckte sich nicht auf die "Weltanschauung"; auch die Sozialisten - die Kirchen ohnehin - konnten in ihrer Jugendarbeit ihre Ideen zur Geltung bringen, ohne von der Förderung ausgeschlossen zu werden. Hinzu kam, daß die Förderung - im Unterschied zum Bundesjugendplan nach dem Zweiten Weltkrieg - damals viel zu gering war, als daß sie die Autonomie der Verbände gegenüber dem Staat hätte gefährden können. Auf dem Höhepunkt der Inflation 1923 und in den letzten Jahren der Republik (Weltwirtschaftskrise) fiel sie ohnehin praktisch aus. Für die unmittelbare Arbeit am wichtigsten waren eher die Fahrpreisermäßigungen, die er-

heblich vermehrten Jugendherbergen und die lokalen Versammlungsmöglichkeiten (Jugendheime), die überwiegend von den Gemeinden oder den Verbänden selbst bezahlt werden mußten. Andererseits muß gesehen werden, daß die Verbände selbst - zusammengeschlossen im Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände - die Ideologie der Jugendpflege bereits mitbestimmten. Ihr Interesse mußte es z. B. sein, quantitativ zu expandieren und tendenziell alle Jugendlichen zu erfassen. Zum Interesse des Staates an der "Gesundheit" der Jugend kam das Interesse der Jugendpflegeverbände an der öffentlichen Legitimation ihrer Existenz und ihrer Arbeit.

3. Sieht man auf den Geist der Erlasse, so hat die Jugendpflege offensichtlich nicht die Emanzipation der Jugend gefördert, sondern sie umgekehrt wieder stärker an die traditionellen Erziehungsinstanzen zu binden bzw. sie ersatz- oder ergänzungsweise in einem neuen Erziehungsfeld - eben der Jugendarbeit - zu integrieren versucht. Dies kann nicht überraschen, denn die staatlichen Maßnahmen und ihre Begründungen müssen - sollen sie konsensfähig sein - relativ konservativ gehalten sein, "fortschrittliche" Ideen können nur in den Jugendverbänden selbst entstehen. Daß dies nicht geschah, lag nicht am Geist der Erlasse. Je größer die Verbände wurden, je mehr sie einer funktionierenden Organisation bedurften, um so weniger allerdings konnten sie auch Spontaneität und Innovationen dulden oder gar anregen. In dem schon genannten resümierenden Artikel von Dehn scheint die Jugendpflege der Jugendverbände über weite Strecken bereits Teil des Freizeitsystems zu sein, an kommerziellen Leitbildern orientiert, aber preisgünstiger angeboten. Dabei änderte sich die Bedeutung des "Erzieherischen". Der Staat förderte ja nicht die Vereine als solche, sondern diejenigen ihrer Maßnahmen, die er im Rahmen seines Bewahrungskonzeptes für erzieherisch wertvoll hielt. Dazu aber gehörte z. B. nicht die *politische* Tätigkeit der Vereine. Inhaltlich war das Erzieherische die Ermöglichung eines jugendgemäßen Lebens einschließlich Sport und Bildungsangebote. Damit aber war das pädagogisch Wertvolle erheblich reduziert, z. B. gerade im Hinblick auf das politische Engagement, das geradezu als Alternative zum

pädagogischen Engagement gesehen wurde: Wer politisch arbeitete, bekam keine Förderung fürs Pädagogische - obwohl politische Arbeit selbst von hohem pädagogischen Wert sein kann. Die Folge war einerseits eine Diskreditierung von Politik und Parteipolitik, zum anderen aber auch eine gewisse Unehrllichkeit; denn als "Weltanschauung" war die Politik dann doch wieder zugelassen. Ob Völkische oder Sozialdemokraten, sie konnten unter den Maßstäben der staatlichen Jugendpflege sehr wohl ihre politischen Grundpositionen mit staatlicher Förderung in ihrer Jugendarbeit verbreiten, zumal die Bindung an eine Weltanschauung als pädagogisch wertvoll galt. Diese pädagogische Umformung des Politischen zur Weltanschauung ließ die konkreten politischen Realitäten aus dem Blick entschwinden und verstärkte die ohnehin vorhandene Tendenz, politische Fragen zu Gesinnungsfragen zu erheben.

Eine weitere problematische Folge war, daß das Pädagogische inhaltlich fixiert blieb auf eine Art von Teilkultur des Freizeitsystems. In dem Maße nun, wie die Freizeitinteressen der Jugendlichen die Jugendarbeit bestimmten, wurde das "Jugendgemäße" entsprechend umgeformt und das "bewahrende" Interesse der staatlichen Jugendpflege setzte sich durch: Zur Hauptsache wurde, daß möglichst viele Jugendliche überhaupt sich im sozialen Kontrollbereich der Jugendpflege aufhielten, *dies* wurde zum Sinn der pädagogischen Arbeit.

4. So gering die staatliche Förderung auch war, so begann sie doch Inhalt und Form der Jugendarbeit zu beeinflussen; denn schließlich mußte die "richtige" Verwendung staatlicher Mittel irgendwie "nachgewiesen" werden. Dies sei veranschaulicht an einem Erlaß betreffend "Grundsätze für staatlich unterstützte Jugendwanderungen außerhalb der Schulzeit" vom 7.2.1923. Da werden dem Wandern zunächst einmal Ziele gesetzt, die sich keineswegs von selbst verstehen:

"1. Die Jugendwanderungen sollen dazu beitragen, die Verbindung zwischen den Grenzmarken und dem Mutterlande aufrechtzuerhalten und das Gefühl unlösbarer Zusammengehörigkeit zu stärken

2. Neben der Stärkung der Vaterlandsliebe, der Förderung der Gesundheit und der Weckung des Naturgefühls ist die durch die

Anschauung unterstützte Belehrung eine wichtige Aufgabe der Jugendwanderungen. Infolgedessen wird es notwendig sein, die beteiligten Jugendlichen vor Beginn der Reise planmäßig durch Sachkundige über die geographischen, geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des zu besuchenden Gebietes sorgfältig zu unterrichten" (Denkschrift ... , S. 100 f.).

Dem muß auch das "Verhalten der Teilnehmer" entsprechen.

"Einmal muß unter den Jugendlichen selbst das Gefühl der Zusammengehörigkeit rege sein, andererseits soll ihr Auftreten in der Öffentlichkeit so sein, daß sie überall freudig begrüßt werden. Dazu wird der Gesang schöner Wander- und Volkslieder, die auch vorher einzuüben sind, wesentlich beitragen" (S. 101). Nach Beendigung der Fahrt ist "auf dem Dienstwege" "ein Bericht ... einzureichen, der folgende Angaben enthalten muß: Namen der Führer(innen) und Zahl der Jugendlichen, Reiseplan und Reisedauer, Eisenbahn- und durchschnittliche tägliche Verpflegungskosten, gemachte Erfahrungen und besonders erwähnenswerte Beobachtungen" (S. 102).

Ein Vergleich mit den Wanderungen der frühen Wandervögel zeigt deutlich, welche Veränderungen die staatliche Förderung mit sich brachte.

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände

Die Jugendpflege bzw. die Jugendarbeit war von Anfang an eine Sache gesellschaftlicher Gruppen und Verbände, nicht des Staates. Das führte dazu, daß an der Basis, also auf der lokalen Ebene, entweder Träger miteinander konkurrierten, oder auch, daß wenig oder gar keine jugendpflegerischen Angebote vorhanden waren. Der Staat mußte aber schon aus Gründen der wirtschaftlichen Sparsamkeit daran interessiert sein, seine bescheidenen Fördermittel zweckmäßig einzusetzen. Aus diesem Grunde wurden die erwähnten lokalen Jugendpflegeausschüsse gebildet, die die örtlichen Initiativen koordinieren sollten. Die damit schon vor dem Kriege eingeleiteten Veränderungen waren bedeutsam; denn jetzt ging es nicht mehr nur darum, daß ein Jugendverband Mitglieder warb oder auch nicht - wie manche elitäre Bünde - sondern jetzt kam der Gesichtspunkt der Effektivität dazu: Die knappen Mittel mußten so wirksam wie irgend möglich sein und das hieß: möglichst *viele* Jugendliche zu erreichen. Da war die lokale

Konkurrenz und Abgrenzung der Verbände ein Hindernis. In dem Maße nun andererseits, wie die Jugendverbände sich überregional organisierten, erhielten sie auch eine andere Qualität, als lediglich für die "eigentliche" Arbeit an der Basis nötig gewesen wäre. Sie erhielten nun eine überregionale, "gesellschaftliche" Öffentlichkeit, der gegenüber sie nicht einfach stumm sein konnten; die früher erwähnten Kampagnen zur "Judenfrage" und zur Homosexualität im Vorkriegs-Wandervogel hatten dies gezeigt. Die Verbände mußten nun ihr "Selbstverständnis" öffentlich begründen und legitimieren. Das geschah unter anderem durch eine Fülle von Zeitschriften und Verbandsblättern. Auf diese Weise entstand aber auch eine eigentümliche Argumentationsebene, die mit dem, was in der Jugendarbeit tatsächlich geschah, nur noch mehr oder weniger zu tun hatte.

Eine weitere Folge war, daß nicht nur die Basis, sondern auch die Spitzen der Verbände koordiniert werden mußten - da sie nun einmal da waren; denn der fördernde Staat brauchte für alle möglichen Regelungen einen *gemeinsamen* Partner, und umgekehrt war es zweckmäßig, wenn die Jugendverbände *gemeinsam* ihre Interessen gegenüber dem Staat vertreten konnten. Gleichwohl ging die Initiative zu einem Zusammenschluß eher von einem weniger nüchternen Motiv aus, nämlich von dem Gedanken, eine nationale Repräsentation der ganzen Jugend zu schaffen, was den Freideutschen ja nicht gelungen war.

Initiativ dafür war wieder die schon früher erwähnte Zentralstelle für Volkswohlfahrt, die für die Entwicklung der Jugendpflege vor dem Ersten Weltkrieg viel geleistet hatte. Seit dem Erlaß von 1911 hatte sie acht Jugendpflegekonferenzen veranstaltet, die dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Verbände dienen sollten, bevor sie im April 1917 über hundert Jugendführer, diesmal einschließlich der bis dahin ausgeschlossenen Arbeiterjugend und einiger Bünde der Jugendbewegung, zu einer zehntägigen Arbeitstagung nach Eisenach einlud. Diese Konferenz bereitete psychologisch die Möglichkeit vor, nach dem Kriege, am 24. 6. 1919, den "Ausschuß der deutschen Jugendverbände" (ab 1926: Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände) zu gründen. Von den Mitgliedsverbänden wurde die Achtung des Weimarer Staates und seiner Organe gefordert, sie mußten mindestens 50 Orts-

gruppen und mindestens 1000 Mitglieder zwischen 14 und 25 Jahren nachweisen und ihre Aufgabe hauptsächlich darin sehen, die Jugend körperlich, geistig und sittlich zu bilden. Die Autonomie der Verbände blieb unberührt, Beschlüsse konnten nur einstimmig gefaßt werden. Der Ausschuß verstand sich als öffentliche Vertretung der *gesamten* Jugend und ihrer Bedürfnisse und Interessen. Im November 1932 zählte er 117 Reichsjugendverbände mit insgesamt 4,75 Millionen Jugendlichen (Zwerschke, S.108).

Obwohl der Reichsausschuß nur einstimmige Beschlüsse fassen konnte, entwickelte er ein beachtenswertes sozialpolitisches Programm für die Rechte und Interessen der Jugend, insbesondere der Lehrlinge bzw. erwerbstätigen Jugend, mit dem er sich nachdrücklich in die sozialpolitische Diskussion, z. B. bei Gesetzentwürfen, einschaltete.

Im Jahre 1925 präsentierte er sein sozialpolitisches Programm der Öffentlichkeit:

- " 1. Grundsätzliche Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und die jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre;
2. drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren;
3. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Fachunterrichts und der Zeit, die für Aufräumarbeiten beansprucht werden könnte);
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe am Sonnabendmittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche;
5. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen;
6. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche" (Zwerschke, S.118).

Begründet wurden diese Forderungen vor allem mit folgenden Argumenten:

1. Es sei ungerecht, daß die nicht-erwerbstätigen Schüler genügend Schulferien hätten, während die erwerbstätige Jugend keinen Urlaub bekäme.
2. Es müsse Rücksicht auf die Wachstums- und Reifungsvorgänge des Jugendalters genommen werden; zu wenig Freizeit und zu lange Arbeitszeit ohne Urlaub behindere die gesunde körperliche, geistige und seelische Entwicklung.
3. Die Erwerbsarbeit müsse so bemessen und geregelt sein, daß die Bildungs- und Erziehungsbedürfnisse des Jugendalters befriedigt werden könnten.

4. Arbeit und Freizeit müßten so ausgewogen sein, daß die Jugendlichen ein ihrem Alter entsprechendes jugendgemäßes Leben führen könnten.

5. In dem Maße, wie die Arbeit mechanisiert und damit sinnentleert werde und wenig Möglichkeiten zur Identifikation und Bildung biete, komme der Freizeit eine größere Bedeutung für die Erziehung des Jugendlichen zu; Arbeit sei kein Selbstzweck.

Das waren andere Töne als in der vorhin erwähnten staatlichen Denkschrift. Nicht die Freizeit selbst erschien als Problem, sondern eher ihr Mangel und überhaupt die soziale Situation der erwerbstätigen Jugend. Es kann nicht verwundern, daß Arbeitgeberverbände und Handwerkerinnungen diese Forderungen bekämpften. Die prinzipielle Begründung, daß es um das Wohl der Jugend und demgemäß um das des Volkes gehe, ließ sich jedoch schlecht abstreiten. Deshalb waren die Einwände eher praktischer Art: die Sache sei volkswirtschaftlich nicht tragbar und betriebstechnisch nicht durchführbar; außerdem würde die vermehrte Freizeit von den meisten nicht sinnvoll verwendet werden; nicht Muße, sondern Müßigkeit werde die Folge sein; auch seien nicht genügend Jugendführer und jugendpflegerische Einrichtungen vorhanden; die Jugendverbände müßten erst einmal die Garantie für eine vernünftige Verwendung der Freizeit übernehmen, bevor ihre Forderungen erfüllt werden könnten.

Aber die Forderungen des Reichsausschusses wurden von anderen Organisationen aufgegriffen. Es gelang dem Ausschuß, eine breite öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Den Höhepunkt erreichte die Öffentlichkeitsarbeit mit der Ausstellung "Das junge Deutschland", die vom 12. 8. bis 25. 9.1927 im Schloß Bellevue in Berlin stattfand und anschließend als Wanderausstellung durch Deutschland zog. Ein Jahr vorher war es dem Ausschuß gelungen, während einer Tagung in Berlin 29 weitere Organisationen zur Unterstützung seiner Forderungen zu gewinnen. In einem gemeinsamen Aufruf heißt es:

"Für die Freizeit der Jugend

Die unterzeichneten Organisationen haben sich in Berlin am 4. Februar 1926 im Plenarsitzungs- und Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu einer gemeinsamen Kundgebung für die Freizeit der Jugend zusammengeschlossen.

Die unterzeichneten Organisationen haben es als ihre Pflicht betrachtet, das deutsche Volk, seine Reichsregierung und seine Landesregierungen, alle Träger der öffentlichen und freien Volkswohlfahrt sowie die deutsche Arbeitgeberschaft nachdrücklich und einmütig auf die schweren gesundheitlichen, erzieherischen und volkswirtschaftlichen Gefahren hinzuweisen, die der erwerbstätigen Jugend aus dem Mangel an Freizeit erwachsen. Sie halten es zur Abwehr der Gefahren für dringend notwendig, daß alsbald gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, die den erwerbstätigen und in der Berufsausbildung stehenden Jugendlichen eine ausreichende tägliche Freizeit und einen ausreichenden jährlichen Urlaub gewähren. Überzeugt von dem Rechte der Jugend auf ein jugendhaftes Leben und überzeugt von der Tatsache, daß eine unzureichende Freizeit der Jugend die Erhaltung der deutschen Volkskraft gefährdet und einen Raubbau an dem Volksteile darstellt, von dem wir erst in Zukunft Leistungen erwarten müssen, überzeugt von diesen Tatsachen ersuchen wir die Reichsregierung, die Landesregierungen, die deutschen politischen Parteien und die deutsche Öffentlichkeit, sich für eine gesetzliche Erfüllung der folgenden Forderungen einzusetzen:

1. Grundsätzliche Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre;
2. 3 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren;
3. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Fachunterrichts und der Zeit, die für die Aufräumarbeiten beansprucht werden könnte);
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabend-Mittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche;
5. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen;
6. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

Wir sind überzeugt, daß die Erfüllung dieser Forderungen der deutschen Volkswirtschaft nicht zum Nachteile, sondern vielmehr zum Vorteile wirkt, da eine ausreichende Freizeit die Jugendlichen an Leib und Seele zu kräftigen und dadurch ihre Arbeitsfreudigkeit und Leistungen zu heben vermag.

Wir unterzeichneten Organisationen werden uns mit allen Mitteln und durch Schaffung geeigneter Einrichtungen dafür einsetzen, daß die Jugendlichen ihre Freizeit förderlich verbringen" (zit. n. Zwerschke 1963, S. 262 f.).

Zur Vorbereitung der Ausstellung hatte der Reichsausschuß eine umfangreiche statistische Erhebung über die Aktivitäten der Jugendverbände, aber auch über die Lage der erwerbstätigen Jugend machen lassen, um die Berechtigung seiner Forderungen wissenschaftlich zu untermauern. Diese,

erst 1929 vollständig veröffentlichte Erhebung (Mewes), hatte unter anderem folgende Ergebnisse:

1. 63 Prozent der befragten Jugendlichen arbeiteten bis zu 48 Stunden in der Woche, 9 Prozent mehr als 60 Stunden. In kleinen Gemeinden und auf dem Lande war die Arbeitszeit wesentlich länger: In Gemeinden unter 5000 Einwohnern mußten fast zwei Drittel der Jugendlichen über 60 Stunden arbeiten, in der Großstadt nur 8 Prozent (S.54).

2. 41,7 Prozent der Befragten hatten Sonnabends bis 14 Uhr Arbeitsschluß, 11,3 Prozent erst nach 7 Uhr abends. Im einzelnen: 73 Prozent der Jugendlichen in den gewerblichen Großbetrieben hatten bis 14 Uhr Feierabend, in den Mittel- und Kleinbetrieben arbeiteten 28 Prozent bis 14 Uhr und noch 12 Prozent nach 19 Uhr abends. Bei den kaufmännischen Berufen (u. a. Ladengeschäfte und Warenhäuser) arbeiteten nur 30 Prozent bis 14 Uhr, aber noch 21 Prozent nach 19 Uhr. Auch hier waren die kleinen Gemeinden am meisten benachteiligt, hier hatten nur 14 Prozent ab 14 Uhr Feierabend.

3. Die tägliche Arbeitszeit war durchweg länger als 8 Stunden und reichte bis zu 11 Stunden (S. 69 ff.).

4. 23 Prozent der Jugendlichen hatten keinen Urlaub, 16 Prozent bis 3 Tage, 8 Prozent 4 -5 Tage, 38 Prozent 6-8 Tage, 4 Prozent 9-10 Tage, 2 Prozent 11-14 Tage und 4 Prozent über 14 Tage. Fast der Hälfte der Jugendlichen, denen Urlaub gewährt wurde, wurde auch der Lohn weitergezahlt (S. 88 f.).

Diese Daten konnten die sozialpolitischen Forderungen des Reichsausschusses nur untermauern. Allerdings blieben diese von nur moralischer Bedeutung, denn bis zum Ende der Republik wurde keines der entsprechenden Gesetze verabschiedet - im Unterschied zu anderen Gesetzen, die die Jugendlichen vor Verführungen des Freizeit Lebens schützen sollten.

Bereits 1920 wurde das "Lichtspielgesetz" verkündet. Danach durften Filme nur vorgeführt werden, wenn sie von einer der beiden Prüfstellen in Berlin und München ge-

nehmigt worden waren. Filme für Kinder über 6 Jahren und für Jugendliche bis zu 18 Jahren bedurften einer besonderen Zulassung. Bei den Filmen, die für Jugendliche zugelassen werden sollten, mußten Jugendliche zwischen 18 und 20 Jahren als Sachverständige gehört werden, Begründung: die Jugend habe sich als führend im Kampf gegen minderwertige Filme erwiesen.

Im Jahre 1926 wurde das "Schund- und Schmutzgesetz" verkündet. Danach wurden auf Antrag der obersten Landesbehörden und Landesjugendämter durch zwei Prüfstellen in Berlin und München Schund- und Schmutzschriften in eine Liste aufgenommen. Eine Definition von "Schmutz und Schund" gab das Gesetz allerdings nicht. Die Prüfer sollten aus Kunst, Literatur und Buchhandel kommen und aus der Jugendwohlfahrt und den Jugendorganisationen. Eine indizierte Schrift unterlag erheblichen Vertriebsbeschränkungen, besonders für Jugendliche unter 18 Jahren. Ein 1922 entstandener Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten wird nicht mehr verabschiedet. Danach sollte Jugendlichen unter 18 Jahren Besuch und Beschäftigung bei öffentlichen Lustbarkeiten und Darbietungen untersagt oder beschränkt werden, wenn sittliche, geistige oder gesundheitliche Schädigung droht. Hatte der Reichsausschuß die beiden anderen Gesetze unterstützt, so lehnte er dieses ab. Er forderte statt dessen Unterstützung und Förderung der freien Jugendpflege und die Schaffung eines Jugendarbeitsschutzgesetzes (Hasenclever, S. 93 ff.)

In den letzten Jahren der Republik traten im Zuge der Wirtschaftskrise andere Probleme in den Vordergrund, vor allem das der massenhaften jugendlichen Arbeitslosigkeit. Im März 1931 gab es bereits ca. 732 000 jugendliche Arbeitslose. Anfang 1932 gab es ca. 100 000 Volksschüler und 20 000 Realschüler, die keine Lehrstelle bekamen, und von 40 000 Abiturienten konnten nur 10 000 studieren. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (RAA) gab zum 30.7. 1932 die Zahl der 15- bis 25jährigen Arbeitslosen mit 1 036 696 an (Schley, S. 102). Diese Massenarbeitslosigkeit traf die Gruppen der Jugendverbände unmittelbar; teilweise war mehr als die Hälfte der Mitglieder arbeitslos; die öffentlichen Mittel wurden erheblich reduziert; die Vereine mußten sich finan-

ziell einschränken wie nie zuvor. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bzw. ihrer Folgen wurde zum Hauptthema der Jugendverbände und auch des Reichsausschusses. Dieser schlug den zuständigen Stellen unter anderem vor, "Ortsausschüsse für Erwerbslosenhilfe" zu gründen, denen alle einschlägigen Institutionen wie Arbeitsamt, Jugendamt, Berufsschulbehörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Wohlfahrtsverbände und Jugendverbände angehören sollten. Diese Ausschüsse sollten vor Ort die Hilfen für jugendliche Arbeitslose effektiv und koordiniert organisieren, z. B. Freizeit- und Bildungsveranstaltungen sowie berufliche Fortbildung anbieten. Soweit möglich sollten auch Arbeitsplätze und Lehrstellen vermittelt werden. Die organisatorischen Teile des Vorschlags wurden von den zuständigen Ministerien zwar akzeptiert, die dafür nötigen Mittel aber nicht zur Verfügung gestellt.

Gemeinsam mit drei weiteren Dachverbänden legte deshalb der Reichsausschuß im Januar 1932 unter dem Motto "Umbau - nicht Abbau" dem Innenminister ein "Notprogramm der Jugendhilfe" vor. Es enthielt eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen, die dann weitgehend im "Notwerk der deutschen Jugend" realisiert wurden, das Reichspräsident und Reichsregierung am 24. 12. 1932 verkündeten. Nun wurden auch Mittel zur Verfügung gestellt: 9 Millionen Reichsmark.

Zweifellos hatte der Reichsausschuß an der Etablierung dieses "Notwerkes" erheblichen Anteil - sowohl durch seine unermüdliche Kritik der Sparmaßnahmen, die er gerade bei der arbeitslosen Jugend für verfehlt hielt, wie auch durch seine konstruktiven Vorschläge. Aber das "Notwerk" kam - inen Monat vor der "Machtergreifung" - zu spät für den Weimarer Staat.

Inzwischen war eine weitere Maßnahme zur Bekämpfung der jugendlichen Arbeitslosigkeit ins öffentliche Interesse gerückt: der "Freiwillige Arbeitsdienst" (FAD). Die Idee dazu kam von den Bündischen. Die Deutsche Freischar z. B. führte solche Arbeitslager schon seit 1925 durch, seit 1929 als sogenannte "Volkslager" mit Arbeitern, Bauern und Studenten. In diesen Lagern sollte die Idee der bündischen Erziehungsgemeinschaft als "Volksgemeinschaft" gelebt und erlebt werden. Vormittags wurde sechs Stunden gearbeitet, der Rest des Tages war vorgesehen für Diskus-

sionen, Kulturprogramme und musische Veranstaltungen. Wichtige Prinzipien waren Freiwilligkeit und Selbstverwaltung durch die Teilnehmer.

Durch Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5.7.1931 wurde die RAA mit der Förderung des FAD betraut (Schley, S.122 ff.). Gefördert werden konnten Arbeitsmaßnahmen, die einerseits gemeinnützig waren, andererseits in absehbarer Zeit sonst nicht erledigt werden würden. Diese Einschränkung sollte verhindern, daß der FAD zur Konkurrenz für den Arbeitsmarkt wurde. Parteipolitische oder staatsfeindliche Tätigkeit war verboten. Die Teilnahme war freiwillig, d. h. die Unterstützung wurde bei Nichtteilnahme nicht entzogen. Der FAD sollte "Arbeitslosen, insbesondere solchen jugendlichen Alters, ermöglichen, ihre brachliegende Arbeitskraft ... in selbstgewählter ernster Gemeinschaftsarbeit ... zu betätigen und aus der Arbeit selbst sowie durch nebenhergehende Bildungsmaßnahmen körperliche und geistige Schulung zu empfangen" (Schley, S.123 f.) - so hieß es in den Richtlinien.

Die Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes war nicht unumstritten. Schon im Januar 1931 fand beim Reichsarbeitsminister ein Gespräch zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Reichsausschuß statt über die Möglichkeiten einer Arbeitsdienstpflcht. Damals lehnte der Reichsausschuß sowohl den Pflichtdienst wie auch den FAD ab, außerdem stellte sich heraus, daß ein Pflichtdienst nicht zu finanzieren gewesen wäre. Die Ablehnung auch des FAD durch den Reichsausschuß dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß die einzelnen Jugendverbände in diesem Punkt äußerst unterschiedliche Positionen hatten. Extreme rechte Gruppen traten für einen Pflichtdienst ein, die Bünde für einen freiwilligen Arbeitsdienst, die sozialistischen Gruppen waren aus grundsätzlichen Erwägungen (z. B. "Ausbeutung") gegen beide Varianten. Nachdem die Politiker sich dann für den FAD entschieden hatten, konnte der Reichsausschuß sich auf die Prinzipien der Ausgestaltung des FAD konzentrieren.

Der FAD war ein großer Erfolg. Innerhalb des Jahres 1932 stieg die Zahl der in entsprechenden Projekten Arbeitenden von ca. 14 000 im Januar auf mehr als 285 000 im November (Schley, S. 127).

Der Reichsausschuß setzte sich nun für eine Verbesserung der vorhandenen Regelungen ein. Er wollte aus dem FAD ein nach den Prinzipien der Jugendbewegung und Jugendführung gestaltetes Erziehungsfeld machen, das zwar aus der Not der Arbeitslosigkeit entstanden war, aber mehr sein sollte als bloß eine Art von Beschäftigungstherapie. Im Juli 1932 wurden neue Regelungen für den FAD eingeführt, die die Forderungen des Reichsausschusses in erheblichem Maße erfüllten. Förderungswürdig waren nun alle Personen unter 25 Jahren, so daß prinzipiell *alle* Jugendliche (z. B. auch Bauern und Studenten) teilnehmen konnten. Ferner wird die geistige und sportliche Bildung stärker betont und die Schulung von geeigneten Führern ermöglicht. Organisatorischer Ausdruck dieser "Pädagogisierung" war, daß der FAD nun nicht mehr in die Kompetenz der RAA, sondern in die eines dem Reich unterstellten "Reichskommissars" fiel.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in der Weimarer Republik sich eine Struktur der Jugendarbeit entwickelt hatte, die aus drei Ebenen bestand:

1. Die Jugendverbände mit unterschiedlicher innerer Struktur und Zielsetzung.
2. Die staatliche Jugendpflege, die die Arbeit der "freien Träger", also auch der Jugendverbände, förderte, und zwar nach den Prinzipien der "Subsidiarität", wobei diese unterschiedlich begründet wurde. Während die Träger sie als grundsätzliches Regulativ im Verhältnis zwischen Staat und Trägern ansahen, begründete die Administration sie eher von der Kostenersparnis her.
3. Die dritte Säule war die gemeinsame Organisation der Jugendverbände auf Reichs- bzw. Landesebene. Auf diese Weise konnten sie als Partner der Administration auftreten und dabei ihre eigenen Interessen wirkungsvoll zur Geltung bringen.
4. Damit war eine Organisationsstruktur entstanden, die nicht ohne Konflikte bleiben konnte. In der Weimarer Zeit allerdings kamen sie wegen der allgemeinen sozialen und

wirtschaftlichen Nöte und wegen der relativ geringen finanziellen Förderung nicht zum Ausbruch. Bemerkenswert ist jedoch, daß jede dieser Organisationsebenen ihr eigenes Selbstverständnis entwickelte, also öffentlich vertretbare und auch öffentlich erwartete Aussagen zu den Stichworten Jugend-Gesellschaft-Staat machte. Die Bünde und Verbände setzten sich Ziele, mit denen sie Jugendliche warben und die "eigentliche" Jugendarbeit an der Basis organisierten. Die staatliche Förderung mußte, wie wir am Beispiel der "Denkschrift" sahen, zur Rechtfertigung ihrer Tätigkeit einen entsprechenden Begründungszusammenhang aufbauen, in dessen Mittelpunkt die These von der Identität von gegenwärtigem Jugendwohl und künftigem Staatswohl stand. Die Jugendverbände *gemeinsam* schließlich fanden ihr Selbstverständnis mit der Formel, daß sie die *gemeinsamen* Interessen und Bedürfnisse *aller* Jugendlichen gegenüber Staat und Öffentlichkeit zu vertreten hätten.

Betrachtet man diese aufwendige Organisationsstruktur und ihre Ideologien einmal aus der Perspektive der Jugendlichen an der Basis, also in den Gruppen, die da einen Aufenthaltsraum für ihre Heimabende brauchten und am Wochenende und in den Ferien (so vorhanden) "auf Fahrt gehen" wollten, so muß dieser Aufwand als geradezu gigantisch erscheinen. Gewiß bedürfen jugendpolitische Maßnahmen wie die sozialpolitischen Initiativen des Reichsausschusses einer entsprechenden politisch bedeutsamen Organisation. Aber erstens waren diese Maßnahmen gar nicht das vorherrschende Motiv für die Entstehung des Reichsausschusses, sondern eher sein Ergebnis, und zweitens muß man sich fragen, ob die *politische* Vertretung der Interessen des Jugendalters wirklich auf Dauer in dieser Weise erfolgen kann; denn schließlich sind diese Vertreter Erwachsene, die weder als gewählte Parlamentarier noch als Gewerkschaftler dafür ein Mandat bekommen hatten - schon gar nicht von den Jugendlichen an der Basis.

5. Nicht nur Erwachsene als Personen - wie besonders deutlich bei den Bünden - sondern auch Erwachsene als Repräsentanten von neuentstandenen Institutionen machen das Wohl und die Interessen Jugendlicher zur zentralen Grundlage ihrer eigenen Existenzberechtigung, so

daß jenes von einem bestimmten Punkt der Entwicklung an eher Anlaß als wirklicher Inhalt des eigenen Handelns ist. Am Ende der Republik erscheint also die durch Faktoren des sozialen Wandels hervorgerufene Freisetzung der Jugendphase - zunächst für die nicht-erwerbstätige Jugend entstanden, für die anderen als wünschenswert gefordert - als ambivalentes Phänomen: einerseits als Chance für gesteigerte Möglichkeiten des Pubertätserlebnisses, andererseits als eine vorher nie gegebene Chance zur ideologisch prinzipiell beliebigen Integration und Manipulation von Jugendlichen. Welche Seite überwiegt, scheint vor allem von der integrativen Kraft der unmittelbaren Lebenswelt und ihrer Normen und Perspektiven abzuhängen. Je mehr die Jugendlichen als isolierte Individuen ohne verbindliche soziale Kontexte leben müssen, um so disponibler für "Erfassungen" scheinen sie zu sein. Vielleicht erklärt dies zu einem guten Teil auch den quantitativen Erfolg der Jugendarbeit in der Weimarer Republik. Immerhin aber blieben mindestens 60 Prozent der Jugendlichen diesen Angeboten fern.

6. Die Jugendarbeit war bereits Teil des Freizeitsystems geworden - nicht nur in dem Sinne, daß die "jugendgemäßen Erfindungen" wie das Wandern schon einen sehenswerten Konsummarkt abgaben. Vielmehr wurden auch die Erwartungen der Jugendlichen vom Vergleich zwischen "normaler" Freizeitmöglichkeit und den besonderen Angeboten der Jugendarbeit bestimmt - sei es, daß wie in der "Denkschrift" die übliche Freizeit als negatives Gegenbild gesehen wurde, sei es, daß die Angebote der Jugendarbeit einfach attraktiver waren. Welcher Jugendliche konnte z. B. verreisen, wenn nicht mit einer Jugendgruppe?

III. Integration gegen Autonomie und Bindung:

Die Hitlerjugend

Politisch-kulturelle Hintergründe

Die viel diskutierte Frage, warum die Nationalsozialisten an die Macht kamen und wer dies hätte verhindern können, kann hier nicht im allgemeinen erörtert werden. Allenfalls einige Hinweise lassen sich dafür aus dem begrenzten Aspekt unseres Themas geben. Um die weitere Entwicklung verständlich machen zu können, sind jedoch wieder einige allgemeine Bemerkungen zur politisch-kulturellen Gesamttendenz nötig, in der sich die Jugend und ihre Organisationen damals befanden und auf sie so oder so reagieren mußten.

1. Die seit 1929 herrschende Weltwirtschaftskrise hatte für die Mittelschichten wie für die Arbeiterschaft verheerende Folgen. Massenarbeitslosigkeit und wegen der Finanznot des Reiches geringer werdende Arbeitslosengelder führten nicht nur zu wirtschaftlichem und sozialem Massenelend, sondern auch zum moralischen Verfall. Die Bereitschaft zu kriminellen und politischen Gewalttaten nahm zu, zumal, je länger die Krise dauerte, um so weniger Aussicht auf Besserung bestand. Das galt insbesondere auch für die jugendlichen Arbeitslosen. Die Loyalität der Bevölkerung zum Weimarer Staat, die selbst in den guten Jahren der Republik nur schwach ausgebildet war, wurde insbesondere bei den Mittelschichten und beim unteren Proletariat immer geringer, weil diesem Staat bzw. seinem "System" die Schuld für das Elend gegeben wurde, oder er zumindest als unfähig angesehen wurde, die Lage in den Griff zu bekommen. Der Loyalitätsverlust zeigte sich insbesondere im Anwachsen der radikalen, auf den Sturz der Republik zielenden Parteien KPD und NSDAP und im Rückgang der sogenannten "bürgerlichen Parteien". Die Auseinandersetzungen wurden auf den Straßen und in Versammlungssälen ausgetragen, durch Aufmärsche und Gegenaufmärsche und durch Gewalttaten, die zu einem

beherrschenden Stilelement der "politischen Kultur" wurden. Zwar waren es die beiden radikalen Parteien, vor allem die Nationalsozialisten, die den anderen diesen Stil aufzwangen, aber sie konnten damit ja nur deshalb Erfolg haben, weil sie bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung auf Zustimmung stießen; die latente Gewaltbereitschaft war erheblich größer als die Zahl der Täter.

2. In diese zunehmende Militarisierung und Polarisierung wurde auch die junge Generation verwickelt. Selbst die unpolitischen oder doch parteipolitisch neutralen Jugendverbände wie die Bünde sahen sich seit etwa 1930 durch das politische Engagement ihrer Mitglieder unter Druck gesetzt, und nicht wenige ihrer Mitglieder wandten sich den radikalen Parteien und ihren Jugendorganisationen zu. Dabei spielte eine Rolle, daß zumindest die Jugend der Mittelschichten gegen Ende der Republik sich in einem neuen Generationstyp präsentierte.

Auf der Führertagung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände 1928 in Homburg wurde über die "geistige Formung der Jugend unserer Zeit" (Maass 1931) diskutiert. Die Eindrücke und Beobachtungen der versammelten Führer und der Referenten stimmten weitgehend überein: Die neue Jugend, geprägt von Krieg und den Nöten der Nachkriegszeit, war nicht mehr "bewegt", sie war eher angepaßt, emotional kühl und distanziert, ohne tiefgehende geistige Interessen, aufs Praktische und Konkrete gerichtet, zugewandt der modernen Technik, der Arbeitswelt, den Massenmedien und den konventionellen Gesellschaftsstandards, also z. B. den modernen Gesellschaftstänzen, nicht mehr dem Volkstanz.

"Lebensbestand und Lebenserhaltung dieser Jugend waren in der Zeit ihrer Kindheit und Reife ... bedroht, leiblich, geistig, seelisch. Lebenssicherheit war ihnen ein unbekannter oder früh angezweifelter Begriff, 'Unordnung und frühes Leid' umso vertrauter, als in die Zeit der Bewußtwerdung Bürgerkrieg, Inflation, Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Berufsnöte fielen. Wie eine Reaktion und Selbsthilfe der Natur wirkt nun das, was sich bisher zu menschlichen Zügen dieser neuen Jugend gebildet und verdichtet hat: Jene instinktive Neigung und Fähigkeit, zunächst den äußeren Lebensstandard zu sichern und zu mehren; jenes Ergreifen des Nächstliegenden, die Abkehr von der Ferne; jener starke Sinn für Distanzierung, die in Kindheit

und früher Jugend als Sicherung des Ich erprobt worden ist; jenes Abweisen von Erschütterungen, von gefühlsmäßiger Ergriffenheit, die man sich nicht leisten kann und zumuten darf, weil sie den Druck, unter dem man ohnehin schon lebt, nur noch verstärken; jenes Vermögen, Lebensfragen neutralisieren zu können, Fragen, deren Glaubwürdigkeit und Gültigkeit zwar bezweifelt, aber auch nicht verneint werden, Fragen, die man harmlos und ohne innere Belastung beiseite schiebt oder zurückstellt, als ob sie einen gar nichts angingen ..." (Maass, S. 1 ff.)

Beherrschend ist das Gefühl der Einsamkeit in der Masse. "Wir sind ein einsames Geschlecht, auch wo wir mitten in der großen Menge stehen. Dem widerspricht auch nicht, daß wir uns willig in Gemeinschaften einordnen; das ist nur das Äußere. Im Innern sind wir immer ganz allein", so heißt es in einem damals vielbeachteten Buch von Frank Matzke (1930, zit. n. Maass, S. 11). Wilhelm Flitner (1931) erklärt dieses Lebensgefühl in seinem Referat auf der Führertagung mit dem Prozeß der Verstädterung, der die Menschen loslöst von ihren Gemeinschaften, sie dafür mit dem "Gerät" des technisch-zivilisatorischen Fortschrittes umgibt:

"Je mehr man sich mit diesem Gerät umgibt, umso mehr wird man aus einem ländlichen zum städtischen Menschen, umso größer wird die Distanz zum Nebenmenschen, umso unabhängiger der einzelne. Die neuen Abhängigkeiten, in die er als die Nummer in einer Masse gerät, scheinen ihm besser als die Abhängigkeit, die er als Glied einer Familie, eines patriarchalischen Wirtschaftsbetriebs, als Nachbar in einer Gemeinde, hatte So werden alle vom Schicksal ihrer Gemeinschaften freigemacht und an ein planetarisches Weltgeschick gebunden" (S. 28).

Hatte die bürgerliche Jugendbewegung gerade gegen das Technische, Rationelle und Rechnerische der modernen Gesellschaft sich gewandt und die Romantik alter "Gemeinschaften" dagegen beschworen, so identifizierte sich diese Generation gerade umgekehrt mit dieser Gesellschaft und entsagte allen romantischen Träumen. Aber diese anti-intellektuelle Haltung, der Verzicht auf jedes "Problematisieren" machte in Verbindung mit der trostlosen wirtschaftlichen und sozialen Perspektive auch anfällig für radikale Verführung. Erich Weniger glaubte in seinem Referat auf der Führertagung feststellen zu können, daß es die Radikalität als Einstellung war und nicht das überzeugte

und durchdachte Eintreten für politische Konzepte und Ziele, die die Verführbarkeit ausmachte.

"Die wirtschaftliche Lage mit ihrer Existenzunsicherheit, die Aussichtslosigkeit der meisten Berufswege, die Fragwürdigkeit der gesellschaftlichen Stellung, alles das führt in der Jugend einen Zustand herbei, dessen Ausdruck die radikale Betätigung ist. Es wäre also ganz falsch, die in den Radikalismen vorgegebenen Willensrichtungen ohne weiteres als die bewegenden Tendenzen der radikalen Jugend zu nehmen und an sie anzuknüpfen. Sie gehören lediglich zu den Symptomen unserer Lage. Die wirkliche Willensrichtung dieser Jugend geht in ganz andere Richtung; auf Selbstbehauptung im Daseinskampf und auf Anteil an den Gütern des Lebens, und weil zu ihnen der Zugang gesperrt ist, sucht und findet man Befriedigung in radikaler Ideologie und Betätigung. Es hat darum Radikalismus als Massenbewegung geistig noch nie so wenig bedeutet wie heute, so viel er auch für den Augenblick verderben kann" (Weniger 1931, S.44 f.).

Weniger fordert die Jugendverbände - und darüber hinaus alle Erzieher - auf zum "Abbau des Radikalismus als prinzipieller Haltung" und zur Aufgabe der "Führerideologie", der Blick sollte sich statt dessen richten auf konkrete Verbesserungsmöglichkeiten, und die "Führer" sollten sich eher als "Funktionäre" fühlen, "im Dienste bestimmter sachlicher Aufgabenbereiche" (S. 49). Geboten seien "Verzicht auf den dauernden Appell, den Hinweis auf das Ideal, auf den Beginn mit Lehre und Verkündigung und auf das fortwährende Bekennen" (S. 50) und andererseits "Ausgang des Denkens von der Erziehungswirklichkeit und damit eben von den Zuständen und Verhältnissen statt von den Zielen und idealen Formen" (S. 50). Vier Jahre später kommt Hermann Schafft (1932) zu einer ähnlichen Einschätzung des jugendlichen Radikalismus. Die politische Entscheidung erwachse nicht aus sachlichen Erwägungen, sondern sie habe einen "verhältnismäßig zufälligen und instinkthaften Charakter".

"Es muß gehandelt werden, und es ist im Grunde nicht so wichtig, an welche Machtgruppe man sich eigentlich anschließt Der Anschluß erfolgt so, daß man sich der Idee der Bewegung und der sie tragenden Organisation in unbedingter Hingabe verschreibt Anstelle des Gespräches mit dem Gegner tritt Schlagring und Messer. Jenes *Bewußtsein der Verbundenheit* mit anderen in einer letzten Grundhaltung *über die Unter-*

schiede der Richtung hinweg, wie es in den Anfängen der Jugendbewegung, war, ist fast völlig vernichtet"(S. 7).

Festzuhalten bleibt also in unserem Zusammenhang, daß aus den erwähnten Gründen zumindest ein wichtiger Teil der damaligen jungen Generation für eine Art von irrationaler Radikalität disponiert war und dafür, sich relativ kritiklos und gedankenlos in Dienst nehmen und sich "führen" zu lassen, und das waren gerade *nicht* die "Bündischen" - von deren Rolle noch zu sprechen sein wird - sondern solche Jugendliche, die gerade von den Traditionen der Jugendbewegung nicht mehr angesprochen wurden, oder die, wenn sie in Jugendverbänden waren, dies eher als einen Teil ihrer üblichen Freizeit ansahen, mit dem man sich jedoch allenfalls partiell identifizierte.

3. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände hatte zwar 1929 einstimmig beschlossen, daß jeder ihm angeschlossene Verband sich zum "bestehenden Staat und seinen Organen" bekennen müsse (Kater 1977, S. 134), aber viele Jugendverbände bekannten sich öffentlich *gegen* den Weimarer Staat und sympathisierten mit der Hitlerbewegung. Die Zeitschrift "Die Jugendpflege", das offizielle Organ für die preußische Jugendpflege, widmete ihre Julinummer 1932 dem politischen Selbstverständnis einiger Jugendverbände. Für die evangelische Jugend schrieb z. B. Friedrich Duensing:

"Es ist also das politische Denken der evangelischen Jugend bestimmt von der grundsätzlichen Abkehr von den Kräften, die bislang das politische Geschehen in Deutschland bestimmen: Demokratie, das Vorherrschen der wirtschaftlichen Momente, das Bildungswesen mit seiner aufklärerischen Geistigkeit und der Idee der größtmöglichen Wohlfahrt aller, mit ihrer die moralischen Kräfte der Völker auflösenden Wirklichkeitsfremdheit. Der Ablehnung verfällt auch die Ablehnung der Partei als eines grundsätzlich liberalen Gebildes" (S.151)

"Wenn der Kampf zwischen Brüning und Hitler uns den einen Sinn zu haben schien, daß dabei auf jeden Fall der liberale Staat von Weimar innerlich überwunden wurde, weil hinter beiden Männern religiöse Bindungen stehen, fügte es sich, daß sowohl Brüning wie Hitler eine starke Gefolgschaft in den Kreisen des jungen evangelischen Deutschland hatten, Brüning um seines Christseins willen, Hitler um seiner Volkhaftigkeit willen. Dabei stellt die religiöse Haltung Hitlers den Angelpunkt der Auseinandersetzung dar" (S.154).

Graf Brockdorff-Ahlefeldt schreibt über die nationalistischen Bünde:

"Daß der Nationalsozialismus in einem so viel stärkeren Maße zum Problem für die Bünde wurde als die anderen Parteien, hat mehrere Gründe. Erstens fand er gerade die erwähnte Schicht der Jungmannschaft der Bünde vor, die ein Wirkungsgebiet für sich und den Bund nach außen suchte. Alle anderen Parteien erschienen mehr oder minder verkrampft und belastet mit einem Parteikampf vieler Jahre ohne greifbaren Erfolg, der Nationalsozialismus aber trat neu und unbelastet mit der Parole, den Kampf gegen diesen Parlamentarismus aufzunehmen, hervor. Zweitens aber zeigte sich sowohl in Haltung als auch in verschiedenen Zielsetzungen des Nationalsozialismus eine Verwandtschaft mit dem, wovon die Bünde immer wieder gesprochen und was sie herausgestellt hatten. Aktiver Nationalismus, 'Gemeinnutz geht vor Eigennutz', die Beteiligung aller Stände an der nationalsozialistischen Bewegung, das Führerprinzip, worauf sie sich aufbaute, die militärische Organisation der Partei, der Schwung und die Hingabe, mit der sich ihre Mitglieder für ihre Sache einsetzten, in all diesen Dingen fanden die Menschen der Bünde Verwandtes und Gleichgeartetes. Aus der Erkenntnis, daß hier eine wirkliche Volksbewegung entstand, die doch vieles des in den Bünden Erstrebten und Geforderten zu verwirklichen schien, entstand in den Bünden die Frage, ob man nicht zugunsten der größeren, allgemeinen Bewegung auf den eigenen Bund verzichten oder als Bund geschlossen sich der nationalsozialistischen Bewegung eingliedern sollte, um dort die Werte eigenen Bundeslebens für die gesamte Bewegung nutzbar zu machen" (S.157).

Sich eingliedern wollte man dann doch nicht, aber das wollte auch die Hitlerbewegung nicht, die selbständige Bünde in ihren Organisationen grundsätzlich nicht duldete.

"In den großen Bünden jedoch stehen sehr viele auch jetzt dem Nationalsozialismus durchaus positiv gegenüber, ihre Glieder der Mannschaft, die ja in den meisten Bünden über den Rahmen der Bünde selbst sich einen Wirkungskreis zu suchen als ihre Aufgabe ansehen, stehen oft auch aktiv in der NSDAP, ein Hineingehen der Bünde in die Partei wünschen jedoch auch sie meist nicht" (S.158).

Die hier angesprochene "Mannschaft", also diejenigen, die schon als Erwachsene im Beruf standen und in den Bünden keine rechte Funktion mehr hatten, waren übrigens ebenso wie die "Jungmannschaft" - die altersmäßig zwischen Jugendalter und Mannschaft stand - ein Rekrutierungspotential für die SA und noch mehr für die SS, weil die Hitler-Bewegung das Problem viel erfolgreicher als die

Bünde gelöst hatte, welche Stellung die dem Jugendalter Entwichsenen in der Bewegung einnehmen sollten. Da waren SA und vor allem die elitäre SS angesichts der weltanschaulichen "Gleichgestimmtheit" durchaus attraktive Angebote (vgl. Kater 1977, S.149 f.).

In dem Beitrag, den Erwin Niffka für das erwähnte Heft der Zeitschrift "Die Jugendpflege" über den politischen Standort der katholischen Jugend schrieb, findet sich dagegen ein "Bekenntnis zum republikanischen Volksstaat" (S.162), zu den Parteien (S. 160), und zur Versöhnung mit anderen Völkern (S. 162).

Was diese Beispiele exemplarisch belegen, zeigt die Forschung im Ganzen: Ein großer Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hatte der Republik schon vor der Machtergreifung den Rücken gekehrt. Schon 1931 sollen z. B. 70 Prozent der Mitglieder im Bund deutscher Bibelkreise NS-Anhänger gewesen sein (Fischer 1932, S.48).

4. Der Stil der Radikalisierung und Militarisierung erfaßte mehr oder weniger alle Jugendverbände. Einige von ihnen versuchten, diesen Stil für die eigenen, z. B. religiösen Intentionen zu benutzen.

"So erließ der katholische Jungmännerverband für 1932 die Parole des 'Sturmjahres'. Unter der Losung 'Christusjugend an die Front' galt es in die Öffentlichkeit vorzustoßen. Im Zeichen des Christusbanners wurden Aufmärsche und Aufzüge inszeniert. Die einzelnen Landesteile verpflichteten sich auf einen 'Sturmmonat' und stellten einen genauen strategischen Plan auf. In den einzelnen Stadtteilen wurden Hausagitationen unternommen, auf dem Lande veranstalteten mehrere Dörfer zusammen einen 'Sturmtag' mit großen Kundgebungen.

In dem Bewußtsein der öffentlichen Meinung lebt eine aktive katholische Jugend. Überall in Stadt und Land wurde Christus bekannt. An Kundgebungen und Aufmärschen hat es nicht gefehlt, die Straße ist von uns beherrscht worden; wo Sturmkundgebungen stattfanden, waren sie nicht eine Angelegenheit der Jugend, sondern der ganzen Gemeinde." Vorzudringen galt es:

"Ins Schulland, ins Lappland (das Land der läppischen Unentschiedenheit und Unorganisierten), ins Neuland (wo bisher noch keine katholischen Gemeinden und Gruppen bestehen) und ins Feindesland (in die Reihen der anders- und ungläubigen Jugend)" (Fischer 1933, S. 43).

An die Stelle der Jugendbewegung und ihrer "jugendgemäßen" Formen und Inhalte war die marschierende Ko-

lonne, zum Einsatz bereit, getreten, die nicht mehr diskutieren, sondern handeln wollte.

"Marschierende, einheitlich gekleidete Jungentrupps in geschlossenen, disziplinierten Reihen. Sie halten Gleichschritt, die Fahne an ihrer Spitze, die einmal die rote Fahne des kommenden sozialistischen Staates ist, oder Hakenkreuzfahne als Wahrzeichen des kommenden Dritten Reiches; ein andermal das Kreuz katholischer oder evangelischer Jugend oder die schwarze Fahne des Widerstandes gegen den Versailler Gewaltfrieden. Das Stehen und Marschieren in Reih und Glied ist allen Ausdruck ihres stärksten Lebensgefühls, bedeutet allen elementares Erlebnis, wirkt auf alle wie ein Rausch" (Fischer 1932, S.39 f.).

Wie schon vor dem Ersten Weltkrieg - nur um vieles schärfer - gab es nun einen "Kampf um die Jugend", bei dem sicherlich die kommunistischen und vor allem nationalsozialistischen Verbände durch ihre Agitation als Auslöser fungierten, aber keineswegs als alleinige Verursacher, und bei dem eine große Zahl von Jugendlichen sich nicht nur widerstandslos, sondern geradezu mit einer Überidentifikation in Dienst nehmen ließ. Nicht Emanzipation, sondern Integration war ein massenhaftes Generationsbedürfnis, bevor die HJ es allen Jugendlichen zur Pflicht machte.

Die "Kampfzeit-HJ"

Die "Hitler-Jugend. Bund Deutscher Arbeiterjugend" wurde auf dem ersten Parteitag der neugegründeten NSDAP im Juli 1926 in Weimar gegründet. Die Neugründung der Partei war nötig geworden, weil nach dem Hitlerputsch 1923 die Hitlerpartei und alle ihre Unterorganisationen verboten wurden, Hitler zu Festungshaft verurteilt wurde. Das Verbot betraf also auch die ersten, wenig erfolgreichen Ansätze, einen nationalsozialistischen Jugendbund zu gründen. Übrig geblieben nach dem Verbot von 1923 waren einige Gruppen, von denen eine unter Leitung von Kurt Gruber in Plauen zum Kern der neuen HJ wurde. Gruber wurde dann auch der erste Reichsführer der HJ.

Die HJ wurde der SA-Führung unterstellt, wodurch sie zu einer reinen Parteijugend wurde. Aber bereits im Frühjahr

1927 gründeten fünf norddeutsche Gaue einen eigenen Jugendbund, der sich "Bund deutscher Arbeiter-Jugend" nannte. Diese neue Gruppe gehörte zum "sozialistischen" Flügel der HJ; zusammen mit Teilen der SA bildete sie die "sozialistische" Komponente der Bewegung. Diese Richtung schaltete Hitler Zug um Zug aus, ihr endgültiges Ende kam mit der Ermordung des SA-Führers Röhm und zahlreicher anderer SA-Führer in der sogenannten "Röhm-Affäre" 1934. Die Spaltung war für die HJ ein Rückschlag, und auch der Neugründung war zunächst wenig Erfolg beschieden. Zudem hatte die Unterstellung der HJ unter die SA zur Folge, daß zum 9. November eines jeden Jahres (Jahrestag des Hitlerputsches) alle 18 Jahre alten Hitler-Jungen in die SA einzutreten hatten. Erst Ende 1927 gelang es Gruber durchzusetzen, daß die in der HJ gebrauchten Führer nicht in die SA einzutreten brauchten. Dadurch bekam die HJ eine gewisse Möglichkeit zur Entwicklung eines eigenen Jugendlebens. "Das dauernde Mitmarschieren mit SA und Partei hörte endlich auf. Die Jungen fingen an "auf Fahrt zu gehen", ihren eigenen Heimabend abzuhalten - ganz auf ihre Weise", schrieb Gruber 1930 (zit. n. Brandenburg, S. 34).

Ende 1928 versuchte Baldur von Schirach, gerade zum Führer des NS-Studentenbundes ernannt, die rechten Bünde, die dem Nationalsozialismus ideologisch ohnehin nahe standen, unter Angebot von Führungspositionen für die HJ zu gewinnen, um mit einer "jungen Front" die Isolation der HJ aufzuheben. Aber Gruber setzte sich mit der Meinung durch, zwischen dem elitären Selbstverständnis der Bünde und der HJ könne es keine Gemeinsamkeiten geben (Brandenburg, S. 35 ff.). Die Folge war, daß die HJ im Unterschied zum NS-Studentenbund zunächst relativ isoliert blieb und bis 1932 wenig Mitgliederzuwachs erhielt. Ein Antrag der HJ auf Mitgliedschaft im Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände im Herbst 1929 wurde mit der Begründung abgelehnt, die HJ sei erklärtermaßen weder zur Kooperation mit anderen Jugendverbänden bereit, noch sei sie bereit, den bestehenden Staat und seine Organe zu achten, was gemäß der Satzung für die Mitgliedschaft Voraussetzung sei. Im Oktober 1931 trat Gruber überraschend zurück - offenbar nicht freiwillig. Sein Nachfolger als Führer der HJ wurde Adrian

Theodor von Renteln, der Reichsführer des NS-Schülerbundes. Die Reichsstelle und Reichsgeschäftsführung der HJ wurde von Plauen nach München verlegt, mit dem Rücktritt Grubers war die "sozialistische" Komponente in der HJ-Führung praktisch ausgeschaltet.

"Kurt Gruber war ein Prototyp jener Vertreter der jungen Nachkriegsgeneration, deren Leben und Wirken im politischen Kampf und Aktivismus aufging, die Beruf, Familie, Privatleben dem Einsatz opferten. Für wenige Jahre war er durch die Unruhe der Zeit aus der Namenlosigkeit der Masse hervorgehoben worden. Er verscrieb sich mit Leib und Seele der NSDAP. Dann wurde er wieder zurückgeworfen in das Einerlei des Alltags, in dem er sich nicht mehr zurechtfinden konnte und in dem er nichts mehr leistete" (Brandenburg, S.44).

Am 30. Oktober 1931 wurde Baldur von Schirach von Hitler zum "Reichsjugendführer der NSDAP" ernannt. Er war nun in der Parteizentrale zuständig für die Jugendangelegenheiten aller drei NS-Jugendverbände: NS-Studentenbund, HJ, NS-Schülerbund.

Unabhängig von der HJ waren nämlich weitere NS-Jugendorganisationen entstanden. Im Jahre 1925 gründeten die beiden Jurastudenten Wilhelm Tempel und Helmut Podlich den "NS-Studentenbund", der wie die HJ zunächst einen sozial-revolutionären Einschlag hatte. Auf dem zweiten Reichsführertag 1928 wandte sich Hitler jedoch in einem Referat über "Studenten und Politik" gegen die sozialistischen Tendenzen im NS-Studentenbund. Als Tempel wegen Beendigung seines Studiums zurücktreten mußte, ernannte Hitler am 20. Juli 1928 den 21jährigen Baldur von Schirach zum Reichsführer des NS-Studentenbundes. Unter seiner Führung hatte der Bund zunehmenden Zulauf - nicht zuletzt wegen der aggressiven Agitation gegen jüdische und sonstwie politisch unbeliebte Hochschullehrer und wegen Schlägereien mit andersdenkenden Studenten. Nun wurde der Sitz des Bundes ebenfalls nach München verlegt, und damit die "sozialistische" Komponente ausgeschaltet. In seiner 1929 erschienenen Schrift "Wille und Weg des NS-Studentenbundes" hofiert Schirach die schlagenden Verbindungen und stellt ihre "Auslese des Menschenmaterials" auf die gleiche Stufe mit dem eigenen Bund (Brandenburg, S. 47).

Seit 1929 entstanden vor allem in Nord- und Mittel-

deutschland NS-Schülergruppen, die unter Leitung von Adrian von Renteln im NS-Schülerbund zusammengefaßt wurden. Er sollte in den Gymnasien für den Nationalsozialismus werben. Ähnliche Versuche an den Berufsschulen scheiterten.

Seit 1927 entstanden nationalsozialistische Mädchengruppen, die sich meist "Schwesternschaften" nannten. Um diese Bewegung organisatorisch zu vereinheitlichen, wurde im Juli 1930 der Bund Deutscher Mädel (BDM) gegründet, der seit Juli 1932 als einzige NS-Mädchenorganisation galt. Im Jahre 1933 hatte der BDM ca. 19 000, die Jungmädchen (10 bis 14 Jahre) ca. 7000 Mitglieder (Brandenburg, S. 52).

Am 13. April 1932 verbot der Reichspräsident von Hindenburg auf Vorschlag von Reichswehr- und Innenminister Groener die SA und SS. "Groeners Ziel war, in einem staatlich geförderten, allgemeinen Wehrsportverband alle Wehrverbände einschließlich SA, Stahlhelm und Reichsbanner zusammenzufassen. Damit sollte zugleich dem politischen Straßenkampf ein Ende bereitet werden" (Brandenburg, S. 120).

Da die HJ der SA unterstand, war sie von diesem Verbot mitbetroffen. Aber am 30. Mai 1932 mußte Reichskanzler Brüning zurücktreten und auch Groener mußte gehen. Der neue Reichskanzler von Papen hob das SA-Verbot am 17. Juni 1932 wieder auf. Am 13. Mai hatte Hitler alle NS-Jugendorganisationen von Schirach unterstellt und ihre Unterstellung unter die SA aufgehoben. Schirach übernahm nun auch die Führung der HJ.

Aber noch einmal drohte vorher Gefahr für die HJ. Papen griff nämlich Groeners Idee wieder auf, den Wehrverbänden eine auf den *ganzen* Staat bezogene Aufgabe zu geben. Am 13. September 1932 wurde durch Erlaß des Reichspräsidenten ein "Reichskuratorium für Jugendertüchtigung" gebildet. Wäre jedoch eine "Einigung der Jugend" auf diese Weise erfolgt, so wäre die HJ schon gegenüber den Bünden in einer Minderheit geblieben - ein Jugendverband unter vielen anderen. Schirachs Antwort war ein "Reichsjugendtag der HJ" am 1./2. Oktober 1932 in Potsdam. Aus allen Teilen Deutschlands kamen 70 000 Jugendliche, darunter 15 000 Mädchen, zusammen und marschierten nach einer Rede Hitlers sieben Stunden an

ihrem Parteiführer vorbei. Die Machtergreifung verhinderte, daß die Idee des "Reichskuratoriums" realisiert wurde.

Zur Entwicklung der NS-Jugendverbände bis 1933 läßt sich zusammenfassend folgendes sagen:

1. Die NS-Jugendverbände entstanden nicht durch Initiativen der Parteiführung, sondern wie andere Verbände auch, indem nämlich Führer Gruppen gründeten, die sich "nationalsozialistisch" nannten und sich der Hitlerbewegung anschließen wollten. Die Partei griff diese Initiativen auf, brachte sie in eine Organisationsform, die dem "Führer-Prinzip" entsprach, und suchte sie für ihre Zwecke zu verwenden. Dieser Zweck war die Machtergreifung, und dafür konnten die Jugendorganisationen in zweierlei Weise mitwirken: als Hilfstruppe der SA bei Aufmärschen und sonstigen Propagandaaktionen und durch Agitation innerhalb der Jugend, z. B. in den Schulen, Universitäten und in den Bünden. Diesen Zielen blieb das "Jugendleben" weitgehend untergeordnet.

2. Die Wirkung der HJ in der jungen Generation beruhte nicht darauf, daß sie zu einer Massenorganisation geworden wäre, sondern darauf, daß sie durch ihre Agitation, durch ihr öffentliches Eintreten für die nationalsozialistische Idee - im Unterschied zur elitären Abgeschlossenheit der Bünde - und durch einen geschickt propagierten "Helden-Mythos" um die eigenen Opfer (Organisationsverbot, Verweise von der Schule, Verletzte und Tote) sich im vorhin skizzierten neuen Generationstyp ein breites "Sympathisanten-Feld" schaffen konnte. Sie sprach diese Generations-Gestimmtheit an: die Feindschaft gegen die Republik und ihre Werte, die Bereitschaft, sich einer Führung zu unterwerfen, zu handeln statt zu "problematisieren", sich gehorsam für eine Sache - gleichsam für ein "Über-Ich" - in Dienst nehmen zu lassen. Dem entsprach auch der Ton ihrer Zeitschriften:

"Von allen anderen Jugendzeitschriften unterscheiden sie sich durch ihre scharfe Polemik, ihre etwas polternde und unduldsame Art, mit der jeder anderen Richtung abgesprochen wird, daß auch sie das Beste der Nation will. Alle Probleme werden

einseitig und vereinfacht dargestellt. Mit Worten wie 'Blutsauger', 'Vaterlandsverräter' wird der Gegner abgetan" (Fischer, 1930, S. 344).

Gerade der *unbedingte* Führungsanspruch Hitlers, dessen Totalitätsanspruch sich keineswegs mit dem Führerkonzept der Bünde deckte, hatte Anziehungskraft.

"Der Jugend trat diese Forderung eines unbedingten Führertums in einem Zeitpunkt entgegen, in dem alle anderen Gruppen darauf warteten, was die Jugend von sich aus tun werde, und in dem kaum einer wagte, von der Jugend unbedingte Gefolgschaft zu verlangen. Diese Forderung entsprach aber gerade der Situation der Jugend, die der Relativität der sich bekämpfenden Anschauungen und der Vielzahl kleiner Führer überdrüssig, den überragenden Führer und die Unbedingtheit der Sache, in deren Dienst sich zu stellen sie bereit war, geradezu forderte" (Fischer 1930, S. 351).

Zudem präsentierte sich die NS-Bewegung als "junge", die das "Alte" zu bekämpfen sich anschickte, und "alt" war alles, was man ablehnte: die Eltern, die Republik, der Kapitalismus, der Klassenkampf, die Parteien usw. Die NS-Bewegung stellte sich als jung und unverbraucht dar, noch nicht korrumpiert durch jahrelange parlamentarische Auseinandersetzungen und Koalitionen. Zudem trat der Nationalsozialismus nicht als Partei auf, sondern als "Bewegung" mit dem Ziel, die innere Einheit des Volkes wieder herzustellen und die "Mißstände" der Gegenwart zu beseitigen.

3. Von dieser Position aus konnte die HJ die anderen Jugendorganisationen, insbesondere die Bünde und die konfessionellen Gruppen, als bloß partikuläre attackieren, die selbst zur Zerrissenheit des Volkes beitrügen, und dagegen die Vision einer geeinigten Volksjugend setzen. Diese Vision war zwar bündisch, also nicht neu, aber gerade die Bünde hatten sie nicht realisieren können.

Dazu kam, daß die HJ sich ein "sozialrevolutionäres" Image verschafft hatte und im Vergleich zu den elitären Bündnissen sich gezielt an die proletarische Jugend wandte, um sich als "Volksjugend" zu präsentieren. Daß die Führung gerade diese "revolutionären" Tendenzen längst ausgeschaltet hatte, dürfte an der "Basis" der HJ kaum bemerkt worden sein. Dort konnte man vielmehr feststellen,

daß die HJ im Vergleich zu fast allen anderen Jugendverbänden einen relativ hohen Anteil an Jugendlichen aus der Arbeiterschaft und aus dem unteren Mittelstand hatte (Kater 1977, S. 146). Nach Klönne (1955, S. 40) handelte es sich dabei einerseits um Jugendliche aus den proletarisierten Mittelschichten und andererseits um Jugendliche ohne Lehrstelle bzw. Arbeitsverhältnis. Seine "These vom nicht eigentlich 'proletarischen', sondern 'proletarisierten' Charakter der Kampfzeit-HJ" dürfte immer noch gültig sein, d. h. an den Kern der in den traditionellen Arbeiterorganisationen beheimateten Arbeiterschaft dürfte die HJ kaum herangekommen sein. Dafür aber engagierten sich Angehörige der HJ sozialpolitisch, und zwar im Sinne unmittelbarer Hilfen für verarmte Jugendliche und Kinder. HJ-Führer hielten z. B. stellungslöse Jungarbeiter, Lehrlinge oder kleine Angestellte über Wasser, "so daß der HJ - ähnlich wie mancherorts der SA - der Ruf einer karitativen Vereinigung vorausging" (Kater 1977, S. 148).

4. Daß das "Sympathisanten-Feld" erheblich größer war als die Mitgliedszahlen der HJ, hatte sicher eine ganze Reihe von Gründen: Einer davon war, daß vielen Bürgerlichen die HJ und ihr Auftreten als zu "proletarisch" erschien, so daß man zwar mit den Zielen einverstanden war, aber nicht mit den Methoden. Andererseits hatten die Partei- und die HJ-Führung deutlich werden lassen, daß man später, nach der Machtergreifung, "nicht nur Kämpfer, sondern auch Köpfe" brauche, was gerade der verunsicherten bürgerlichen Jugend "Karriere-Perspektiven" eröffnete. "Gegen Ende der Weimarer Republik wußte jeder bündisch organisierte Junge ganz genau, daß ihm auf dem Umweg über die HJ der Anschluß an die SA oder sogar SS in verantwortlichen Positionen sicher war, wenn er es nur wollte" (Kater 1977, S. 148 f.). Inwieweit eine derartige Karriere-Perspektive bei Jugendlichen damals vorhanden war und ob und wie sie zur Leidenschaftlichkeit und "moralischen Uneigennützigkeit" des Kampfes gepaßt hätte, muß jedoch offenbleiben.

5. Jedenfalls war die offene und sehr vage und im Unterschied etwa zu den Kommunisten völlig "untheoretische" Ideologie des Nationalsozialismus geeignet, sehr unter-

schiedliche Interessen und Gruppen zunächst einmal unter sich zu vereinigen und zu suggerieren, daß in der künftigen "Volksgemeinschaft" schon jeder zu seinem Recht kommen werde.

6. Angesichts der Folgen, die der Nationalsozialismus schließlich hatte - — nicht zuletzt für die spätere junge Generation selbst - fällt eine Beurteilung der HJ immer noch schwer. Jedoch muß man wohl zwischen der "Kampfzeit" und der Zeit nach der Machtergreifung unterscheiden. Den meisten Menschen Anfang der dreißiger Jahre war nicht klar - und das galt insbesondere für die Jugendlichen jener Generation - daß es unter modernen gesellschaftlichen Bedingungen keine humane Alternative zu einem demokratisch verfaßten Staat gibt, und für das, was Faschismus wirklich ist, lagen keine Erfahrungen vor. Damals war jedenfalls für eine große Zahl von Menschen der Eindruck vorhanden, daß es nur noch besser werden könne, und wenn dies nur in einem neuen Volksstaat möglich sei, für den sich politisch-aktiv offensichtlich nur die Hitlerbewegung einsetzte, dann sahen viele eben keinen Grund, eine demokratische Staatsverfassung zu retten, die den meisten von ihnen wenig mehr als Not und Zukunftsangst gebracht hatte. Diese Einstellung hatte sicher viel mit politischer Ignoranz zu tun, aber wenig mit dem, was der Faschismus dann wirklich war: Mord, Terror, Unterdrückung, Krieg. Sieht man unter dieser Voraussetzung die "Kampfzeit-HJ", dann läßt sich einmal sagen, daß sich eine Führerspitze herausgebildet hatte, in der Typen der "verlorenen Generation" wie Gruber abgelöst waren von Emporkömmlingen wie von Schirach und Nabelsberg, die längst vor der Machtergreifung in sehr jungen Jahren eine Position hatten, um die die übrigen Gleichaltrigen sie nur beneiden konnten. Deren Motive sind jedoch zu unterscheiden von denen der jugendliche Mitglieder.

So erklärte ein Hitlerjunge nach dem Krieg:

"Weder mein Vater noch irgendwer sonst hat mich dazu gedrängt, in die Hitlerjugend einzutreten. Ich hatte mich selbst dazu entschieden, weil ich einfach in einem Jungenverein sein wollte, wo ich ein nationalsozialistisches Ideal verfolgen konnte. In der Hitlerjugend gab es Zeltwanderungen und Gruppentreffen. Ich war Nr. 9 in der Thalburggruppe, als ich 1930 eintrat.

Wir stammten aus allen Bevölkerungsschichten, die meisten allerdings aus Kleinbürger- und Arbeiterkreisen. Soziale oder Klassenunterschiede wurden nicht gemacht, und das gefiel mir. Eine direkte oder offenbar politische Schulung kam erst später - als Hitler an der Macht war. Die Hitlerjugend von Thalburg wuchs rasch an, ohne sich wirklich um neue Mitglieder zu bemühen. Ich glaube, die meisten Jungen traten aus denselben Gründen ein wie ich. Sie suchten einen Ort, wo sie andere Jungen treffen und gemeinsam aufregende Dinge tun konnten. Denn es war ja die Arbeitslosenzeit, und da gab es eine Menge übler Einflüsse ringsum, denen anständige Jungen aus dem Wege gehen wollten. Jedenfalls glaube ich nicht, daß der politische Faktor für den Beitritt der meisten ausschlaggebend war. Wir marschierten natürlich in Umzügen und haßten die SPD, aber das war ganz allgemein und nichts besonderes - es gehörte einfach dazu. Wir waren uns unserer Taten nie so recht bewußt, aber wir hatten unseren Spaß und kamen uns auch wichtig vor" (zit. n. Koch, S. 144).

Und eine leitende BDM-Führerin erklärte später:

"Wenn ich den Gründen nachforsche, die es mir verlockend machten, in die Hitlerjugend einzutreten, so stoße ich auch auf diesen: Ich wollte aus meinem kindlichen, engen Leben heraus und wollte mich an etwas binden, das groß und wesentlich war. Dieses Verlangen teilte ich mit unzähligen Altersgenossen Daß ich so lange am Nationalsozialismus festhielt, hängt mit Erlebnissen aus meiner frühen Kindheit zusammen. Es ist merkwürdig: Die 'sozialistische' Tendenz, die im Namen dieser 'Bewegung' zum Ausdruck kam, zog mich an, weil sie mich in der Opposition gegen mein konservatives Elternhaus stärkte. Im Gegensatz dazu wurde die nationale Tendenz mir bedeutsam, gerade weil sie dem Geist entsprach, der mich dort seit früher Kindheit durchdrungen hatte" (zit. n. Koch, S. 144 f.).

Es war damals durchaus normal, in die HJ wie in jeden anderen Jugendverband einzutreten. Von "Verführung" der Jugend kann man nur rückblickend sprechen, vom bösen Ende her, aber dann in keinem anderen Sinne, als man auch von der "Verführung" von Großindustriellen, konservativen Politikern und Kirchenführern sprechen müßte.

Die HJ als Staatsjugend

Schirach hatte am 22. Juli 1933 den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände formell aufgelöst. Damit aber waren die anderen Bünde und Jugendverbände noch kei-

neswegs beseitigt. Ihre Auflösung bzw. Eingliederung in die HJ erfolgte erstaunlich schnell und widerstandslos. Das lag weniger am Terror der HJ, wenn man von den sozialistischen und kommunistischen Jugendverbänden absieht, gegen deren Mißhandlung niemand einen Finger rührte. Zwar gab es zahlreiche örtliche Übergriffe von HJ-Einheiten, für die die Revolution noch nicht zu Ende war, aber die Ursachen der Auflösung waren andere.

Der Weg zur Staatsjugend verlief im wesentlichen wie folgt.

1. Nach dem Reichstagsbrand und dem daraufhin beschlossenen "Ermächtigungsgesetz" waren die "Sozialisten" und "Marxisten" dem Terror von SA und SS und der Unterdrückung durch die Polizei ausgeliefert. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Verbote zerbrachen die Organisationen der sozialistischen Arbeiterjugend. Der kommunistische Jugendverband ging in den Untergrund. Viele Mitglieder aus beiden Arbeiterjugendorganisationen schlossen sich der neuen "Bewegung" an.

2. Die rechten Bünde schlossen sich Ende März 1933 zum "Großdeutschen Bund" unter der Führung von Admiral von Trotha zusammen, der über gute Beziehungen zur Reichswehr verfügte. Durch ihn hoffte man wenigstens eine gewisse Autonomie gegenüber der HJ behalten zu können. Mit Ergebenheitserklärungen, durch die praktisch Demokraten, Sozialisten und Juden ausgeschlossen wurden, versuchte man, die HJ rechts zu überholen. Ideologisch stand der Bund der HJ so nahe, daß primär wohl nur das elitäre Selbstbewußtsein der Einzelbünde einer Eingliederung in die "proletarische" Massenorganisation der HJ im Wege stand. Der Bund hatte nun etwa so viel Mitglieder wie die HJ und war deshalb eine ernstzunehmende Konkurrenz. Pfingsten 1933 veranstaltete der Bund ein großes Lager in Munsterlager, das auf Anordnung des Landrats von Uelzen aufgelöst wurde, weil "Unruhe in die Bevölkerung getragen werde" (Brandenburg, S.149).

Am 17. Juni 1933 wurde Schirach von Hitler zum "Jugendführer des deutschen Reiches" ernannt. In dem Erlaß heißt es:

"Der Jugendführer des deutschen Reiches steht an der Spitze aller Verbände der männlichen und weiblichen Jugend, auch der Jugendorganisationen von Erwachsenen-Verbänden. Gründungen von Jugendorganisationen bedürfen seiner Genehmigung. Die von ihm eingesetzten Dienststellen übernehmen die Obliegenheiten der staatlichen und gemeindlichen Ausschüsse, die ihre Aufgaben unter unmittelbaren Mitwirkung von Jugendorganisationen vollziehen" (zit. n. Brandenburg, S. 150).

Noch am Tage seiner Ernennung verfügte Schirach die Auflösung des Großdeutschen Bundes; Proteste von Trothas bei Hitler und Reichspräsident Hindenburg halfen nichts.

Das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und der bündischen Jugend war von einer Art wechselseitiger Haßliebe gekennzeichnet. Einerseits stimmten die ideologischen Grundpositionen weitgehend überein, andererseits fühlten sich die bündischen Führer als Elite. So schrieb Schirach über den "Großdeutschen Bund":

"Mich stieß vor allem die Ideologie ihres Bundes ab. Sie bezeichneten sich als Elite und uns als Masse. Wir waren die 'Volksjugend', sie die 'Auslesejugend'. Der nationalsozialistische Staat durfte eine solche Auffassung nicht dulden. Wenn die HJ die Volksjugend war, dann mußte in dieser Jugend tatsächlich *alles* vereinigt werden" (1934, S. 34).

Der Vorwurf war so abwegig nicht, denn ein Jahr zuvor hatte z. B. Werner Pohl über die "Auslese" in der bündischen Erziehung geschrieben: "Militärisch gesehen könnte man vielleicht in der bündischen Jugend die Offiziersanwärter, in den Jugendgruppen der anderen Verbände die Rekrutendepots sehen" (1933, S.67). Aber auch aus anderen Gründen hielt Schirach die Bünde für überholt:

"Nicht ich habe das Todesurteil der Bünde gesprochen - dieses Urteil wurde von der Wirklichkeit, vom realen Leben verkündet, unsere Zeit verlangt nicht nach einer Romantik der höheren Schüler am Lagerfeuer. *Sie hat kein Verständnis für die intellektuelle Debatte der 17jährigen über den Sinn des Lebens, wenn diese Debatte in keinen Handlungen endet ...*."

Er habe den "Eindruck" gehabt, "als habe die Eigenart vieler prominenter bündischer Führer ausschließlich darin bestanden daß sie sich grundsätzlich nie die Haare schneiden ließen ... Sie lebten in einer Zeit, die es nicht mehr gab. Das beweist schon die Tatsache, daß sie keine Einstellung zur Technik und damit zum Arbeiterjugen hatten. Entsprechend hatte auch der Arbeiterjunge keine Einstellung zu ihnen. *Das Symbol der Bünde war die Fahrt, das Symbol der HJ ist der Reichsberufswettkampf*" (Schirach 1934, S. 48 f.).

Andererseits hatte Schirach 1929 um die nationalistischen Bünde und ihre Führer gebuhlt, um sie in die HJ einzubeziehen. Nicht wenige bündische Führer waren schon vor 1933 der SA oder SS beigetreten, andere gaben nun Ergebenheitsadressen ab, den Anfang machten vier bedeutende Führer der Deutschen Freischar, also des "demokratischsten" der Bünde im März 1933 im "Völkischen Beobachter". Die meisten anderen Bünde folgten. Die Absicht, auf diese Weise die Autonomie der Bünde zu erhalten, und Opportunismus sind dabei im Einzelfalle schwer zu trennen (Kater 1977, S.163 ff.).

Aber es gab auch andere Stimmen. Der Führer der bündischen Reichsschaft, Kleo Pleyer, schrieb im Februar 1933: "Insofern die neue Regierung bündische Forderungen erfüllt, werden wir ihr sekundieren, insofern sie das Gegenteil tut, werden wir sie bekämpfen". Arthur Mahraun vom Jungdeutschen Orden zeigte sich im Februar 1933 "erschüttert über die Ideenlosigkeit und Inhaltlosigkeit" der Hitlerreden im Rundfunk. Und die Führer der dj. 1.11. erklärten am 31. März, daß sämtliche Nazis nach 14 Tagen aus ihrem Bund ausgeschlossen würden (Kater 1977, S.160 f.). Aber das war die Minderheit. Sieht man auf die ideologischen Gemeinsamkeiten, so "basierte der 'Widerstand' der Bündischen in den ersten Jahren des Dritten Reiches ... weniger auf einem ethischen Fundament, sondern er ergab sich erst als Ausdruck einer Trotzhaltung unter Menschen, die im Gerangel um Einfluß und Führerstellungen den vom Regime offiziell sanktionierten Machträgern unterlegen waren" (Kater 1977, S.167).

3. Besonders anfällig für die Ideen der nationalsozialistischen Bewegung war die Führerschaft der evangelischen Jugend. Ende März 1933 gab die "Evangelische Jugend Deutschlands" unter dem Vorsitz von Erich Stange folgende "Erklärung" heraus:

"Eine neue Stunde deutscher Geschichte schlägt! Hart am Abgrund des Bolschewismus wurde Deutschland noch einmal zurückgerissen. Eine starke Staatsführung ruft alle Deutschen zu letzter Verantwortung. Die gottgesetzten Grundlagen von Heimat, Volk und Staat werden wieder neu erkannt. Das Volk steht auf. Eine Bewegung bricht sich Bahn, die eine Überbrückung der Klassen, Stände und Stammesgegensätze verheißt.

In dieser Stunde soll die evangelische Jugend Deutschlands wis-

sen, daß ihre Führerschaft ein freudiges Ja zum Aufbruch der deutschen Nation sagt. Die Erkenntnis, daß es um eine Erneuerung der Lebensgrundlagen allen Volkstums geht, trifft das evangelische Jugendwerk im Herzstück seiner geschichtlichen Sendung und ruft es zum Einsatz von Gut und Blut. Evangelische Jugend weiß, daß in dieser Stunde die lebendigen Kräfte des Evangeliums allein Rettung und Erneuerung aus Verfall und Untergang bringen. So treten wir als evangelische Jugend erneut unter Gottes Befehlsgewalt und Verheißung. Der Heilige Gott richtet Zersetzung und Zerfall in Sitte, Beruf, Familie und Staat.

Darum kann die Haltung der jungen evangelischen Front in diesen Tagen keine andere sein als die einer leidenschaftlichen Teilnahme an dem Schicksal unseres Volkes und zugleich eine radikale Entschlossenheit, wie sie das Wort Gottes fordert" (zit. n. Brandenburg, S.139 f.).

Stange hatte schon vor 1933 der HJ den Weg in den Reichsausschuß freimachen wollen. Nun gaben viele Führer für ihre Organisationen "Ergebenheitsadressen" ab, die das Christentum mit dem Nationalsozialismus verquickten. Allerdings gab es auch Widerstand gegen den Kurs von Stange. Dies hing von der politischen und ideologischen Einstellung der jeweiligen Führer ab - wie überhaupt schwer auszumachen ist, inwieweit die Führer jeweils die Einstellungen und Erwartungen der Jugendlichen selbst repräsentierten. Erschwerend für die Entscheidung für oder gegen den Nationalsozialismus war, daß die evangelische Kirche selbst gespalten war durch die Abspaltung der "Deutschen Christen" unter ihrem Reichsbischof Ludwig Müller, die in Hitler den von Gott gesandten Führer sahen. Diesem Bischof Müller unterstellte sich Stange als "Reichsführer der evangelischen Jugend Deutschlands" am 3. Juli 1933. Da durch die Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 die "Deutschen Christen" in fast allen Gremien von den Kirchenleitungen bis zu den einzelnen Presbyterien die Mehrheit gewonnen hatten, schien die evangelische Jugendarbeit auch im neuen Staat gesichert. Aber Schirach forderte unbeirrt die Übernahme der evangelischen Jugend in die HJ. Der Reichsbischof Müller unterstützte ihn dabei, und am 19. Dezember 1933 wurde ein Abkommen über die "Eingliederung der evangelischen Jugend in die HJ" getroffen. Die Führer einiger evangelischer Jugendverbände entließen jedoch lieber ihre Jugendlichen, als sie in die HJ zu überführen.

4. Weniger gefährdet erschien die Lage der katholischen Jugend. Im streng hierarchischen Episkopat war sie durch die Bischöfe besser geschützt. Zudem liefen die Verhandlungen Hitlers mit dem Vatikan über ein Konkordat. Als Schirach am 1. Juli 1933 die Geschäftsräume verschiedener katholischer Jugendorganisationen durch die Gestapo besetzen, Eigentum beschlagnahmen und die Jugendverbände verbieten ließ, drohte das Konkordat zu scheitern. Daraufhin wurde Schirach am 8. Juli dem Innenminister unterstellt, seine Kompetenzen wurden klar festgesetzt; einen Tag später wurde das Reichskonkordat in Rom paraphiert. Seitdem durfte die HJ nicht mehr eigenmächtig tätig werden, sondern hatte die ihr unliebsamen Tatsachen auf dem Dienstwege zu melden.

Für Hitler hatte das Konkordat nur eine taktische Bedeutung: Es kostete ihn wenig, war aber wichtig für seine Reputation nach innen wie nach außen. Immerhin gab es den katholischen Jugendverbänden eine Atempause. Am 29. Juli 1933 verbot Schirach die gleichzeitige Mitgliedschaft in der HJ und in einem konfessionellen Jugendverband, was die Mitglieder der katholischen Jugendverbände unter Druck setzen sollte.

Der Kampf der Bischöfe und der Jugendverbände für die Erhaltung einer eigenen Jugendarbeit war jedoch keineswegs in erster Linie ein Kampf um Demokratie. In der katholischen Kirche waren auch solche politische Ideologien verbreitet, die dem Nationalsozialismus recht nahe kamen. Teile des katholischen Jungmännerverbandes zum Beispiel begrüßten den neuen Staat als Überwinder der Republik:

"Wir neudeutsche Jugend bejahen den neuen Staat:

a) als die Überwindung des Parteienstaates, der Deutschland in verschiedene unversöhnliche Lager und Fronten zerriß und so eine Volkwerdung unmöglich machte;

b) als die Überwindung des liberalen Staates, der keine feste und allgemein verbindliche Weltordnung mehr kannte, sondern unter Politik nur noch den taktischen Kompromiß der verschiedenen Weltanschauungen verstand;

c) als eine Überwindung des parlamentarischen Staates, in dem es nur noch Verhandlung und Abstimmung, nicht aber letzte, klare Entscheidung und allein zu tragende Verantwortung mehr gab;

d) als eine Überwindung des Klassenstaates, in dem Interesse nackt auf Interesse stieß und der Wirtschaftskampf alle Formen des öffentlichen Lebens beherrschte.

In dieser vierfachen Überwindung des alten Staates durch den neuen Staat sehen wir die echte deutsche organische Reichsidee gegenüber den westlichen Verabsolutierungen eines abstrakten Staates wieder zur Geltung kommen" (zit. n. Brandenburg, S. 143).

Es hatte sich also gezeigt, daß die NS-Bewegung wegen ihrer ideologischen "Vielseitigkeit" eine breite Zustimmung fand bis in den Katholizismus hinein, und insofern gab es eigentlich wenig Argumente dafür, die katholischen Jugendorganisationen nicht in die HJ aufgehen zu lassen; Widerstand dagegen konnte so gesehen ja nur bedeuten, daß man das Werk der Einigung des Volkes verhindern und an der eigenen partikularen Bestrebung festhalten wollte. Die Sozialisten und Kommunisten wurden verboten und verfolgt, was kaum jemand außer sie selbst für falsch hielt; die Bünde vertraten ohnehin weitgehend NS-Ideologien; die evangelische Jugend hatte sich mit mehr oder weniger Skrupel gleichschalten lassen, lediglich die katholische Jugend konnte ihre Position - unter vielen Schikanen und Drohungen - bis März 1939 wenigstens prinzipiell behaupten, dann mußte sie sich auf rein kirchliche Arbeit (z. B. "Meßdiener-Schulung") beschränken.

Das hohe Maß an geistiger, moralischer und politischer Übereinstimmung mit den Vorstellungen des Nationalsozialismus war der wirkliche Grund für die Auflösung der Jugendverbände, und in diesen Zusammenhang paßt auch die früher skizzierte "Ideologie der Jugendpflege".

Diese hohe Übereinstimmung war in einem objektiven, nämlich ideologiekritischen Sinne vorhanden, und das war entscheidend dafür, daß *damals* (1933) dem Widerstand gegen die "Gleichschaltung" - nach der Ausschaltung, Verhaftung, Ermordung oder Vertreibung der "Linken" - die moralische Grundlage für einen machtvollen Einsatz fehlte. Die HJ hatte damals ja nur insofern die Macht zu ihren Aktionen, als man sie ihr nicht streitig machte. Zudem handelten die Jugendverbände nicht gemeinsam, jeder wollte für sich ein Stück seiner Autonomie behalten. Der hohen ideologischen Übereinstimmung widersprach nicht, daß viele *subjektiv* genügend Motive hatten, nicht mit der HJ zu paktieren: Kritik am Stil der Machtdurchsetzung, an der Auflösung des eigenen Verbandes, gelegentlich auch eine hinreichende Vorstellungskraft darüber,

was dieser Faschismus in Zukunft bedeuten könnte. Durch Bekundung von Ergebenheit weitere Duldung der eigenen Arbeit zu erreichen, war dennoch eine durchaus naheliegende Handlungsweise. Verbreitet war auch die Hoffnung, bei formeller Übernahme in die HJ unter deren Dach die eigene Arbeit relativ autonom weiterführen zu können. So gingen manche bündischen Führer mit ihren Gruppen ins "Jungvolk" (10-bis 14jährige in der HJ), das noch im Aufbau begriffen war und das sie nach ihren Vorstellungen zu gestalten hofften. Paradoxerweise erkannten jedoch die Jugendverbände und ihre Führer - von den Linken abgesehen - nicht, daß sie eben diejenigen Prinzipien der demokratischen Staatsverfassung und der ihr zugrundeliegenden Rechts- und Toleranzprämissen in ihrer Übereinstimmung mit der Ideologie der Hitlerbewegung aufgaben, aufgrund derer allein ihre Autonomie und ihr verbandliches Lebensrecht zu garantieren gewesen wären. Aber der Monopolanspruch der HJ mußte nicht nur gegenüber den anderen Jugendorganisationen durchgesetzt werden, sondern auch gegenüber anderen Führern in der eigenen Bewegung. Robert Ley hatte z. B. als Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF) die Gewerkschaften und damit auch im Prinzip deren Jugendarbeit übernommen. Die Reichswehr hatte immer schon Pläne für eine vormilitärische Ausbildung der Jugend, und von Tschammer und Osten hatte die Sportorganisationen einschließlich ihrer Jugendabteilungen übernommen. Jedem war daran gelegen, für seinen Bereich auch jeweils Jugendliche ansprechen zu können, und es war zunächst gar nicht sicher, ob sich Schirach mit seinen Vorstellungen von der HJ als einziger Jugendorganisation des Nationalsozialismus durchsetzen würde.

An dieser Stelle sind einige Zwischenbemerkungen über das "Führer-Prinzip" und seine Folgen nötig. Zum Charakter der NS-Bewegung gehörte ja, daß sie als einziges klares Ziel die Erringung der ungeteilten Macht vor Augen hatte. Was im einzelnen mit dieser Macht dann *positiv* getan werden sollte, war weitgehend offen. Außer der planmäßigen Ausschaltung der politischen Gegner gab es nach der Machtergreifung zu vielen Fragen gar keine klaren Planungen. In diesen "offenen Raum" griffen nun die von Hitler ernannten Führer ein. Diese Führer setzten

weitere Führer ein, so daß ein System von Gehorsam nach oben und Befehl nach unten entstand. Dabei sorgte Hitler immer für Rivalitäten, um seine einzigartige Position als Legitimation aller anderen Führer aufrechtzuerhalten. Führer wurde man dadurch, daß man etwas "leistete", was Hitler positiv auffiel. Schirach z. B. verdankte seine Stellung unter anderem seinen Erfolgen beim NS-Studentenbund. Er mußte auch jetzt etwas "leisten", um seine Position halten und festigen und damit *seine* Vorstellungen von der Organisation der Jugend im nationalsozialistischen Staat durchsetzen zu können.

Er verbündete sich mit seinen potentiellen Rivalen, indem er mit der DAF den "Reichsberufswettkampf" und mit dem NS-Sportbund den "Reichssportwettkampf" organisierte. Vor allem aber waren die Probleme der inneren Konsolidierung zu lösen. Innerhalb eines Jahres war 1934 die HJ von circa 100 000 Mitgliedern auf über 3 000 000 angewachsen. Dieser Zuwachs brachte erhebliche Probleme. Die Organisation mußte durchschaubar gemacht werden. So wurden folgende Altersgrenzen eingeführt: Jungvolk (Jungen von 10 bis 14 Jahren); Hitlerjugend (Jungen von 14 bis 18 Jahren); Jungmädel (Mädchen von 10 bis 14 Jahren); Bund Deutscher Mädel (BDM) (Mädchen von 14 bis 18 Jahren). Durch das Aufsaugen anderer Jugendverbände war die Zusammensetzung der HJ sehr heterogen geworden, vor allem fehlten Führer; andererseits befürchtete die HJ-Führung eine Unterwanderung der HJ dadurch, daß vor allem aus der Bündischen Jugend ganze Gruppen mit ihren Führern nun in die HJ eingetreten waren und dort relativ autonom weiterbestanden. Deshalb galten die weiteren Jahre der inneren Konsolidierung. Dazu gehörte unter anderem eine intensive Führerschulung sowie die Festsetzung von Jahres-Parolen, für die Schulungsmaterial bereitgestellt wurde, und die eine gemeinsame ideologische Ausrichtung ermöglichen sollten: "Jahr der Schulung" (1934); "Jahr der Ertüchtigung" (1935); "Jahr des deutschen Jungvolks" (1936). Derartige Jahreslosungen wurden bis zum Ende des Krieges beibehalten.

Bis zum Jahre 1936 war die Hitlerjugend formell eine auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Jugendorganisation. Durch Gesetz vom 21. Dezember 1936 wurde sie zur Staatsjugend erklärt:

"Von der Jugend hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muß deshalb auf ihre künftigen Pflichten vorbereitet werden. Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1 Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammengefaßt.

§ 2 Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen

§ 3 Die Aufgabe der Erziehung der gesamten deutschen Jugend in der Hitlerjugend wird dem Reichsjugendführer der NSDAP übertragen. Er ist damit 'Jugendführer des deutschen Reiches'. Er hat die Stellung einer obersten Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin und ist dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellt.

§ 4 Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Führer und Reichskanzler" (zit. n. Brandenburg, S. 180).

Dieses Gesetz machte die Mitgliedschaft in der HJ noch nicht zur Pflicht, was Schirach ausdrücklich betonte (Hitler-Jugend ... 1943, S. 28). Erst die zweite Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz vom 1. Dezember 1939 verpflichtete alle Jugendlichen vom 10. bis zum 18. Lebensjahr, "in der HJ Dienst zu tun". Zugleich wurden die Erziehungsberechtigten verpflichtet, dafür Sorge zu tragen. Bis dahin hatte sich gezeigt, daß keineswegs die ganze Jugend freiwillig in die HJ strömte. Im Dezember 1935 war noch nicht einmal die Hälfte aller Jugendlichen erfaßt, bei Kriegsbeginn waren es zwei Drittel. Nach offiziellen Angaben der Reichsjugendführung sollen 1939 noch über drei Millionen Jugendliche rechtmäßig in anderen Jugendorganisationen gewesen sein (katholische, evangelische, jüdische und bündische) (Kater 1977, S. 170 f.). Die HJ war nicht nur eine Einheitsjugendorganisation, sondern faktisch auch Instanz der Jugendpflege, ferner koordinierte und initiierte sie jugendpolitische Maßnahmen und Aufgabenbereiche. Sie hatte Jugendsprecher in den Betrieben, die sich quasi-gewerkschaftlich der besonderen Interessen jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge annehmen und auf die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen achten sollten. - Sie beteiligte sich mit eigenen Vertretern an Beratungen über jugendrechtliche Maßnah-

men, sie vertrat die Interessen der Jugend in den Gemeinden usw. Sie führte erklärtermaßen (Hitler-Jugend ... 1943, S. 11) die sozialpolitische Tätigkeit des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände weiter, und ihre sozialpolitischen Initiativen und Leistungen trugen in den ersten Jahren vermutlich mehr zu ihrem öffentlichen Ansehen bei als die eigentliche Jugendarbeit.

Schon 1932 hatte die Reichsjugendführung ein "soziales Amt" eingerichtet, das bis zum Ende des Krieges bestehen blieb. Sein Leiter war der 1933 erst 20jährige Arthur Axmann, der aus dem Berliner Wedding stammte und 1940 Schirach als Reichsjugendführer ablöste (Schirach ging damals als Gauleiter nach Wien). Auf seine Initiative hin wurden schon 1933 Reihenuntersuchungen zur Gesundheitsfürsorge durchgeführt und wenn möglich nachgehende Maßnahmen wie Erholungsverschickung usw. eingerichtet. Im Jahre 1938 waren 4000 Ärzte und 800 Zahnärzte für den Gesundheitsdienst der HJ tätig, eine Million Jugendliche wurde untersucht (Hitler-Jugend ... 1943, S. 39).

Schon 1933 beteiligte sich die HJ am "Winterhilfswerk des Deutschen Volkes", das - bei immer noch sehr hoher Arbeitslosigkeit - immerhin fast 500 000 Reichsmark einbrachte, 1942/43 waren es dann fast 33,5 Millionen Reichsmark. Mit diesem Geld sollte bedürftigen "Volksgenossen" geholfen werden.

Im Jahre 1934 wurde die Freizeitpolitik des aufgelösten Reichsausschusses fortgeführt. Die HJ setzte die Betriebe unter Druck, von sich aus vernünftige Urlaubsregelungen zu gewähren. "So wurden schon damals die Mindestbestimmungen des Jugendschutzgesetzes von 1938 eingeführt, und viele Betriebe gingen auch darüber hinaus, indem sie 24 Arbeitstage für das 15., 18 für das 16., 15 für das 17. und 12 Arbeitstage für das 18. Lebensjahr vorsahen" (Hitler-Jugend ... 1943, S. 21). Das dürfte aufs Ganze gesehen zwar übertrieben sein, aber die HJ brauchte die Freizeit für eines ihrer wichtigsten Erziehungsmittel: das Zeltlager. Im Sommer 1933 waren in 450 Zeltlagern rund 100 000 Jugendliche; 1935 in 1789 Zeltlagern fast 500 000; 1936 waren es 1977 Lager mit 560 000 Teilnehmern (nur Jungen; die Mädchen gingen in Jugendherbergen). Von diesen waren immerhin 62,5 Prozent berufstätige Hitlerjungen, die dafür ja Urlaub bekommen mußten.

Im Jugendschutzgesetz von 1938 - der ersten reichseinheitlichen Urlaubsregelung überhaupt - wurde nicht nur der Urlaub für Jugendliche geregelt, sondern auch die Kinderarbeit verboten, das Schutzalter auf 18 Jahre erhöht, die Berufsschulzeit als Arbeitszeit angerechnet, Nacht- und Sonntagsarbeit verboten - alles Forderungen des alten Reichsausschusses.

Aus der Sicht des einzelnen Jugendlichen stellte sich die HJ als eine umfassende Fürsorge-Institution dar: Jugendvertretung im Betrieb und in der Schule, Berufsberatung, Berufsförderung, Jugendberatung, Jugendschutz usw. gehörten zu ihren Arbeitsgebieten. Im Unterschied zur Weimarer Republik, die kaum etwas für die Jugend getan hatte, brachten die Jahre von 1933 bis 1939 unbezweifelbare Fortschritte für Jugendliche - gerade auch für erwerbstätige. Die HJ verschaffte sich Einfluß und Mitsprache in allen Lebensbereichen, die für die jugendliche Existenz von Bedeutung waren. Das war nicht nur Machtstreben, sondern auch die Verwirklichung einer Idee, nämlich der Idee von der Jugend als eigenem "Stand" im Volksganzen, die fähig sei, sich selbst zu führen.

Das war zweifellos Schirachs Idee, und ihre Kehrseite war natürlich die totale Integration der Jugend in die Gesellschaft. Ganz in diesem Sinne hatte Schirach 1936 aus Anlaß des Hitlerjugendgesetzes in einer Ansprache an die Eltern den Gegensatz der Generationen für überwunden erklärt (Hitler-Jugend ... 1943, S. 28). War die Jugend ein eigener, sich selbst führender "Stand" im Volke, zumal einer, der in sich die Überwindung der Klassenschränken repräsentierte, dann hatte er einerseits auch "Dienste" für das eigene Volk zu verrichten (HJ-Dienst; Wehr- und Arbeitsdienst seit 1935; seit dem Kriege [1939] auch "Jugenddienst"); andererseits mußten dann auch wenigstens im Prinzip Selbstausschlüsse ganzer Gruppen verhindert werden ("bündische Umtriebe"); besondere Interessen, z. B. musisch-kulturelle, hauswirtschaftliche usw. durften dann nur im Rahmen der HJ realisiert werden. Denkt man sich einmal in diese ebenso simple wie anschauliche Idee von der Jugend als selbstgeführtem Stand hinein, dann bekommt die immense Aktivität der HJ bis zum Kriege durchaus Logik und Sinn.

Da gab es also, wie schon erwähnt, verschiedene "Dienste"

des Standes. Dazu gehörte auch der schon 1934 eingeführte "Streifendienst" der HJ, eine Art von "Standespolizei": Er kontrollierte das Verhalten Jugendlicher in der Öffentlichkeit und die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen in der Freizeit, außerdem sollten feindliche Gruppenbildungen aufgespürt werden. - Ein "Stand" braucht aber auch seine symbolische Selbst-Repräsentation, z. B. Fahnen, Aufmärsche, Rituale usw., die zugleich seine Verbundenheit mit dem "Ganzen" erlebbar machen, z. B. Aufmärsche bei den Reichsparteitagen und bei sonstigen öffentlichen Anlässen. Schirachs Idee hätte es auch widersprochen, wenn sich ein Junge seine Gruppe oder seinen Führer hätte aussuchen können. Und wenn man davon ausging, daß die Frau eine vom Mann unterschiedene Rolle, nämlich im wesentlichen auf Küche und Kinder fixiert, zu spielen habe (was ja schon die Intention der staatlichen Jugendpflege in Weimar war), dann war es nicht unlogisch, ein "weibliches Pflichtjahr" als besonderen weiblichen "Dienst" einzuführen (1938), bei dem unter anderem hauswirtschaftliche und kinderpflegerische Fähigkeiten gelernt werden sollten. (Volkswirtschaftlich gesehen ergab diese Maßnahme natürlich ein Heer billiger Dienstmädchen, aber es ist die Frage, inwieweit dies damals empfunden wurde.) Ebenso lag es in diesem Zusammenhang nahe, den 17- bis 21jährigen Mädchen als Alternative zum üblichen BDM-Dienst das BDM-Werk "Glaube und Schönheit" (1938) anzubieten, das die Mädchen in Arbeitsgemeinschaften für Gymnastik, Hauswirtschaft und andere Interessengebiete zusammenfaßte. Zu den "Diensten" der Jugend für das "Volk" gehörten in den Friedenszeiten zahlreiche Sammelaktionen.

Am 1. Mai 1939 zählte die HJ 765 000 Führer und Führerinnen, wovon 8017 hauptamtlich tätig waren. Dann kam der Krieg. "Die Deutsche Jugend hat ihn nicht mit lärmender Begeisterung begrüßt, aber sie ist ihm gefaßten Herzens und mit Zuversicht begegnet" (Hitler-Jugend ... 1943, S. 41), heißt es mit bemerkenswerter Zurückhaltung in der Selbstdarstellung der HJ aus dem Jahre 1943.

"Alle Arbeit hatte nunmehr allein der Kriegführung zu dienen. Es kam nicht mehr darauf an, neue Ideen zu verwirklichen und die Planung auf immer weitere Aufgaben zu erstrecken, sondern es galt allein, den Stand der Arbeit zu halten und im übrigen

den Erfordernissen des Krieges gerecht zu werden. Der Krieg diktierte, was in der Jugendarbeit zu geschehen hatte" (S.41).

Die Jugenddienstordnung von 1939 ermöglichte nun den Kriegseinsatz aller 10- bis 18jährigen. Dabei wurde versucht, zwischen Alter und Geschlecht bei den Aufgaben zu differenzieren. Herausragende Tätigkeiten waren die Ernteeinsätze sowie zahlreiche Sammelaktionen, Botengänge und Kurierdienste, Mithilfe beim Roten Kreuz, bei der Post und bei anderen Behörden. Für die Mädchen kamen vor allem hauswirtschaftliche und soziale Hilfsdienste in Frage sowie Einsatz im Gesundheitsdienst. Auf Vorschlag der Hitlerjugend wurden jedoch regelrechte Dienstverpflichtungen von Jugendlichen vor Vollendung des 16. Lebensjahres ausgeschlossen; Mädchen unter 18 Jahren sollten nicht an auswärtige Orte dienstverpflichtet werden; der Jugendschutz sollte auch hinsichtlich des Urlaubsrechts erhalten bleiben (Hitler-Jugend 1943, S. 48). Je länger jedoch der Krieg dauerte, um so weniger waren solche Absichten durchzuhalten. Ein wichtiges Betätigungsfeld im Kriege wurde für die HJ die Kinderlandverschickung (KLV). Seit 1940 wurden Kinder und Jugendliche - oft ganze Schulen mit ihren Lehrern - aus bombengefährdeten Gebieten in Lager verschickt, die in ländlichen Gebieten errichtet wurden und von einem Lehrer und einem HJ-Führer geleitet wurden. Die Lehrer waren für den Unterricht zuständig, die HJ für die außerschulische Freizeitgestaltung. Ende 1942 waren es rund 2000 Lager mit etwa 100 000 Jungen und Mädchen (S. 53). Eine Reihe dieser Lager wurden 1944/45 von der Roten Armee überrannt, weil sie nicht rechtzeitig geräumt worden waren. Gegen Ende des Krieges wurden Hitlerjungen auch militärisch eingesetzt, bei der Flak sowohl als auch gegen die anrückenden Truppen der Alliierten. Zu einer traurigen, aber durchaus symbolischen Berühmtheit gelangte dabei die aus Hitlerjungen zusammengestellte "SS-Panzerdivision Hitlerjugend", die innerhalb weniger Wochen in der Normandie gegen die Alliierten Truppen buchstäblich "verheizt" wurde. Reichsjugendführer Axmann erklärte noch am 28. März 1945 mit dem damals üblichen Pathos:

"Aus der Hitlerjugend ist die Bewegung der jungen Panzerbrecher entstanden ... es gibt nur Sieg oder Untergang. Seid

grenzenlos in der Liebe zu Eurem Volk und ebenso grenzenlos im Haß gegen den Feind. Eure Pflicht ist es, zu wachen, wenn andere müde werden; zu stehen, wenn andere weichen. Eure größte Ehre sei aber Eure unerschütterliche Treue zu Adolf Hitler!" (zit. n. Koch 1979, S. 371).

Da Sieg schon lange nicht mehr in Frage kam, blieb nur noch der selbstmörderische Untergang.

HJ-Erziehung

Aus dem Bild des fanatisch und selbstmörderisch kämpfenden Hitlerjungen könnte man auf den ersten Blick schließen, daß die HJ-Erziehung in diesem Typus nicht nur ihre höchste Erfüllung gefunden habe, sondern daß er auch das notwendige Ergebnis dieser Erziehung gewesen sei. Jedoch ist Vorsicht geboten. Erstens nämlich handelt es sich um eine Minderheit, die zum Teil nicht einmal freiwillig in den Kampf ging. Zweitens war seit fünf Jahren Krieg, der von beiden Seiten mit nie gekannter Brutalität geführt wurde. Kinder und Jugendliche hatten z. B. zum großen Teil eigene Erfahrungen mit Luftangriffen, und die nationalsozialistische Greuelpropaganda konnte ihnen angesichts solcher Erfahrungen ausmalen, was geschehen würde, wenn Deutschland den Krieg verlieren würde. Zweifellos hatte die HJ-Erziehung bestimmte Dispositionen geschaffen, von denen noch die Rede sein wird, aber in den letzten Kriegsjahren konnte von einer planmäßigen Erziehungsarbeit kaum noch gesprochen werden, die meiste Zeit wurde mit kriegsbedingten "Einsätzen" verbracht. Die "Erziehung" übernahm der Krieg selbst mit seinen Auswirkungen und eine Propaganda, die sich gar nicht mehr speziell an die Jugend wandte, sondern an alle Bewohner - nicht zu vergessen die Erfahrungen, die durch die tägliche Anstrengung ums Überleben in den Familien entstanden.

Wenn man also die erzieherische Bedeutung der HJ würdigen will, dann muß man die Vorkriegszeit betrachten. Dazu einige mir wesentlich erscheinende Aspekte.

1. Die "Ideologie" des Nationalsozialismus war so dürftig, daß sie nicht einmal für die "weltanschauliche Schulung" mehr hergab, als die unablässige Wiederholung der

selben Sprüche: Der Gegner sei das Weltjudentum; der Sieg gehöre immer dem Stärkeren; um stärker als der Gegner zu sein, müsse man sich körperlich fit und das Blut "rein" halten und militärische Fähigkeiten trainieren. Vor allem müsse das Volk einig sein und jeder den ihm zugewiesenen Platz ausfüllen; Einigkeit, Wille und Macht des Volkes repräsentiere der Führer.

Hinzu kam ein "Geschichtsbild", das die Vorzüge der arischen Rasse zeigte, Hitler und die NSDAP im besten Lichte erscheinen ließ und das Deutschlands Feinde bloßstellte. Dies konnte je nach politischer Aktualität variiert werden. Schon 1934 hatte die Reichsjugendführung begonnen, für die vier Gliederungen der HJ im 14-Tage-Abstand Schulungsmappen für die Heimabende herauszugeben, die Thema und Art der Durchführung vorschrieben. Hinzu kam einmal wöchentlich die Rundfunksendung "Stunde der jungen Generation", die vor allem geschichtliche Themen in Hörspielform brachte. Aber die Ideologie gab nichts her, man konnte sie nur zur Kenntnis nehmen. Melitta Maschmann schreibt im Rückblick:

"Die Heimabende, zu denen man sich in einem dunklen und schmutzigen Keller traf, waren von einer fatalen Inhaltslosigkeit. Die Zeit wurde mit dem Einkassieren der Beiträge, mit dem Führen unzähliger Listen und dem Einpauken von Liedertexten totgeschlagen, über deren sprachliche Dürftigkeit ich trotz redlicher Mühe nicht hinweg sehen konnte. Aussprachen über politische Texte - etwa aus "Mein Kampf" - endeten schnell in allgemeinem Verstummen" (S. 17).

Es war eine Ideologie, die man nur durch Glauben sich aneignen konnte, nicht durch irgendeine Form der geistigen Arbeit, von kritischer Erörterung ganz zu schweigen. Es ist schwer zu entscheiden, wieweit solche Glaubenssätze tragen konnten. Wahrscheinlich hing dies unter anderem ab von der jeweiligen psychischen Konstitution, also davon, wofür sie eigentlich gebraucht wurden. M. Maschmann zum Beispiel engagierte sich mit 17 Jahren in der HJ wegen einer enttäuschten Liebe.

"Der unglückliche Verlauf meiner ersten Liebe hatte mich in eine ausweglos scheinende Verzweiflung gestürzt. Jetzt empfand ich: Du bist gerettet. Künftig kann es nie wieder eine solche Krise für Dich geben, denn Dein Leben hat jetzt einen Sinn, der unabhängig von Dir selbst ist. Es ist nicht wichtig, daß Du glücklich bist, aber es ist wichtig, daß Du für Deutschland arbeitest" (S. 23).

In diesem Falle konnten die ideologischen Glaubenssätze als eine immer wiederkehrende "Botschaft vom Über-Ich" benutzt werden, der man sich nur hingeben und unterwerfen mußte. Aber solche personenbezogenen Interpretationen müssen Spekulation bleiben. Wichtiger erscheint mir das geistige und intellektuelle Klima, das die weltanschauliche Schulung herstellte. Argumentieren, Denken, Besinnung, Reflexion waren praktisch ausgeblendet, hatten keinen Ort in der Jugendgruppe. Die intellektuellen Fähigkeiten wurden, wenn sie überhaupt angesprochen wurden, aufs Technisch-Instrumentelle gerichtet, auf das organisatorisch und sonstwie Machbare: Spektakuläre Ereignisse und Aktivitäten und der Rausch der zahlenmäßigen Erfolge ersetzen substantielles Nachdenken über den Sinn der Sache.

2. Für sich genommen bedeutet dies alles, daß damit eigentlich der Jugend die "klassische" Form der Pubertät verwehrt wurde, insofern ja gerade dafür unter anderem charakteristisch ist das "Problematisieren" vorgefundener Werte, Maßstäbe und Haltungen mit dem Ziel der je individuellen Version von Identität. Nun muß man allerdings bedenken, daß die HJ zwar neben Elternhaus und Schule sich als eigenständigen Erziehungsbereich begriff, daß aber schon rein zeitlich die Wirkungen der anderen Erziehungsträger - möglicherweise auch einer Kirche - größer waren. Es ist generell schwer abzuschätzen, für wieviele Jugendliche sich daraus produktive Spannungen - durchaus auch im Sinne von Loyalitätskonflikten - ergaben, die gleichwohl die in der Pubertät zu erbringenden Ich-Leistungen ermöglicht haben. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung kann man aber wohl sagen, daß die HJ nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Versuchung bot, den Problemen der Ich-Findung auszuweichen durch frühzeitige Identifikation mit einer das aktive Potential der jungen Persönlichkeit herausfordernden Idee bzw. Organisation.

3. Diese Tendenz wurde unterstützt durch den unermüdlichen, im wörtlichen Sinne "besinnungslosen" Aktivismus, der der HJ eigentümlich war. Heimabend, Dienst, Appell, Sammlungen und Wettkämpfe boten schier unbegrenzte

Möglichkeiten für Aktivitäten. Damit ließen sich nicht nur persönliche Probleme verdecken, sie waren auch mit einem hohen Angebot von öffentlicher Anerkennung und Selbstbestätigungen verknüpft, dessen der Pubertierende so sehr bedarf. Noch nie zuvor wurden junge Menschen scheinbar so ernst und in die Verantwortung genommen. Aber das war eine Täuschung, und zwar eine allseitige. Zu Recht stellt Helga Grebing im Nachwort zu Maschmanns "Fazit" fest:

"Ohne Zweifel hat es diese Führungselite in Hochstimmung versetzt, in ihrer Arbeit gewisse Spielräume für Mut, Fantasie, Unternehmungsgeist und Verantwortung ausnutzen zu können. Nur fragten sie nicht danach, was diesen Tugenden eigentlich ihren Sinn gab. Sie glaubten an die Sinnerfülltheit ihres Daseins, getragen von einem Sendungsbewußtsein: im Auftrage Deutschlands zu handeln. Sie empfanden es als Auszeichnung, mithelfen zu können an der Gestaltung Groß-Deutschlands - bis zum Ural, wenn es sein sollte. Isoliert bzw. sich isolierend blieben sie ohne Einsicht und Gefühl dafür, daß sie ihren Untergebenen 'Gemeinschaft' diktierten, daß 'Opferbereitschaft' befohlen wurde und daß keine Jugendorganisation jemals weniger bei der Gestaltung ihrer Aufgaben mitgewirkt hat als die Hitler-Jugend" (S. 246 f.).

Aber auch das hauptamtliche Führerkorps erlag einer Selbsttäuschung. In wenigen Jahren war nämlich die Reichsjugendführung zu einer gewaltigen Bürokratie angewachsen, die Führer mußten immer neue Aktivitäten in einer Art von Selbstlauf inszenieren, und sie mußten sich dabei zwangsläufig verbrauchen. Das wird nicht nur in der Autobiographie von Maschmann deutlich, sondern auch in einer präzisen Charakteristik Schirachs durch Fest.

"Sein Studium hatte er, bald mit zahlreichen Funktionärsaufgaben belastet, nicht abgeschlossen, und offensichtlich ist diese scheinbare Äußerlichkeit nicht ohne Bedeutung für seine persönliche Entwicklung gewesen; immer wirkte er wie ein Student, unfertig im guten wie im schlechten Sinne: idealistisch, Iyrisch, studiert. Nie hat er es vermocht, zum wirklichen Repräsentanten der HJ zu werden, und wenn er schon nicht auf die Herkunft aus dem großstädtischen Arbeiter- oder Mittelstandsmilieu verweisen konnte, so entsprach seine äußere Erscheinung noch weit weniger dem Idealtypus des Hitlerjungen: Er war weder hart, noch zäh, noch flink, wie es die berühmte, von Hitler selbst formulierte Parole wollte, sondern ein großer, verwöhnter Junge aus gutem Hause, der den rauen und zackigen Stil der Jungenkameradschaft bemüht kopierte. Seine ungepräg-

ten, eher weichen Züge waren nicht frei von femininem Einschlag, und solange er im Amt war, wollten die Gerüchte über sein angeblich weißes, mädchenhaft eingerichtetes Schlafzimmer nicht verstummen. In der braunen Uniform wirkte er immer wie verkleidet. Mühsam stilisierte er sich zu verlangten Haltungen und lebte dem robusten Draufgängerideal des Hitlerjungen nach, das er selbst mitgeschaffen hatte, ohne ihm doch je entsprechen zu können. Dieses Bewußtsein hat schließlich seine ganze Persönlichkeitsstruktur verfälscht und ihr die unechten, erkünstelten Züge untermischt. Sein Pathos ebenso wie die Arroganz, die ihm vorgeworfen wurde, waren Folge jener unablässigen Verstellung, selbst die kameradschaftlichen Gesten wirkten präntiös und auf hergeholte Weise leutselig" (Fest, S. 309).

4. Von Bedeutung waren also weniger die *intentionalen* Erziehungsaspekte, als vielmehr die *funktionalen*: Unter Umgehung der Vernunft und des Denkens wurden pädagogisch bedeutsame "Felder" in bestimmter Weise arrangiert. Dominant war dabei das militärische Grundmuster: Es gab nun "Einheiten" statt Gruppen, vorgegebene Führer, Befehl und Gehorsam und ein militärisches Dienst-Reglement. Dem war alles andere untergeordnet, z. B. Sport oder Singen und Musizieren. Es handelte sich um eine Art von Freizeitverbringung in der Sozialform des Militärs. Das mußte zu massiven Reduktionen führen. Einmal in sozialer Hinsicht, insofern eine Fülle anderer, eben nicht-militärischer Sozialbeziehungen ausgeblendet blieb. Der soziale Vorstellungs-, Erfahrungs- und Erlebnishorizont mußte so aufs Militärische sich reduzieren.

Die Reduktion betraf aber auch die kulturelle Dimension. Singen, Texten und Musizieren waren im wesentlichen zugeschnitten auf die Brauchbarkeit im Rahmen des militärischen Rituals, einschließlich der Massenkundgebungen und Feste. Künstlerische Qualität war auch vorher kein Merkmal der bürgerlichen Jugendbewegung, und so blieb es auch in der HJ. Allerdings blieb nun die Jugend von der zeitgenössischen Literatur, Musik und Kunst praktisch abgeschnitten. Wie alles, so wurde auch der musisch-kulturelle Bereich ausschließlich unter dem Gesichtspunkt seiner Instrumentalisierbarkeit gesehen - nicht nur im Hinblick auf die organisatorischen Bedingungen, sondern auch im Hinblick auf die Rituale. Die "Kultur" der HJ war abgestimmt auf eine Emotionalität, deren Leitmotive Volk, Kampf, Held, Treue, Opfer und Tod waren.

Der Nationalsozialismus setzte also nicht auf planmäßige Indoktrination des Bewußtseins, sondern auf die gefühlsmäßige Verankerung des einzelnen in den "Formationen", wie Hitler selbst es in einer Rede von 1938 beschreibt:

"Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes, als deutsch denken, deutsch handeln und wenn diese Knaben mit 10 Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort oft zum ersten Male überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitlerjugend, dort behalten wir sie wieder vier Jahre, und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK usw. Und wenn sie dort zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen, alles mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was dann nach sechs oder sieben Monaten noch an Klassenbewußtsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre, und wenn sie nach zwei, drei oder vier Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS usw., und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben" (zit. n. Fest, S. 311 f.).

5. Die "Formations-Erziehung" legte eine Haltung nahe, die die *Inhalte* der Hingabe im Grunde austauschbar machte, sofern nur das Gefühl der emotionalen und sozialen Integration gewahrt blieb; denn die Leit motive der NS-Ideologie waren ohnehin so vage, daß sie entweder präzisiert werden mußten (was nicht geschah), oder "verkörpert" werden mußten durch die Person des Führers. Als diese "Verkörperung" - durch Hitlers Tod - entfiel, brach auch das Gefühl des Integriertseins zusammen und zurück blieb Leere. Andererseits mag diese eigentümliche Disposition - Integriertsein als Selbstzweck - vielen ehemaligen Nationalsozialisten das Einleben in die Demokratie nach 1945 erleichtert haben, solange jedenfalls in der ersten Phase der neuen Republik die Institutionen und Organisationen (z. B. Parteien und Kirchen) diesem Bedürfnis entgegenkommen konnten.

Jedenfalls war die HJ-Erziehung - so paradox es klingen mag - zutiefst unpolitisch in dem Sinne, daß politische Erfahrungen und politische Wertbildungen verhindert wur-

den. Die Jugend wurde gesellschaftlich-politisch neutralisiert, innovierende Impulse der Jungen auf die Alten, also auf die neu etablierten Machttträger, waren praktisch ausgeschlossen.

6. Auch die HJ bot also der jungen Generation Identität durch Identifikation an, allerdings in einem spezifischen Sinne. Wir hatten gesehen, daß das Problem der Identität und damit der Kulturpubertät ja darauf beruhte, daß durch den sozialen Wandel für das Jugendalter ein Handlungs- und Entscheidungsspielraum entstand, der durch je individuelle Verarbeitung ausgefüllt werden mußte. Der Nationalsozialismus beseitigte nun diesen Spielraum weitgehend dadurch, daß er das Jugendalter als eigentümliche Lebensphase abschaffte, indem er es zu einem "Stand" bzw. zu einer Formation machte, die sich von den anderen Formationen in nichts wesentlich unterschied. Schirachs Bemerkung vom Ende des Generationsgegensatzes meint genau dies. Nicht Bindung an gleichaltrige oder ältere Führer, noch individuelle Autonomie waren das Ziel, sondern Integration in wechselnden Einheiten. Damit hatte die Entwicklung der Jugendverbände einen Abschluß gefunden, der sich schon in der Weimarer Zeit abzuzeichnen begann. In dieser Zeit entstand "die massenhafte Ausbreitung jugendbewegter Lebensformen bei einer immer stärkeren Integration der Jugend in die Erwachsenenwelt selbst. Die ehemaligen Ansätze zu einer Gegen-Kultur verwandelten sich zu einem Sektor der Kultur der Erwachsenen" (Linse 1978, S. 39). In der Tat hatte die HJ eigentlich nichts von dem erfunden, was ihre Eigentümlichkeit ausmacht. Führerprinzip, Kluft, Rituale, Mythen, völkischer Antisemitismus, Liedgut usw. hatte sie von den Bünden übernommen, die altersspezifische Organisationsgliederung im wesentlichen von den Neupfadfindern, die Massenkundgebung mit ihren eigentümlichen Ritualen von den Sozialisten, und das Marschieren war ohnehin eine disziplinarische Notwendigkeit für jeden, der Massen von Jugendlichen auf die Straße bringen wollte. Grundlegende Klischees zum Beispiel über das Männlichkeits- und Weiblichkeitsideal bestimmten bereits die Vorstellungen der staatlichen Jugendpflege in der Weimarer Republik. Selbst der Absolutheitsanspruch war mehr oder weniger den frü-

heren Jugendverbänden eigen - allerdings hätten bei weitem nicht alle diesen Anspruch wie die Hitlerjugend mit Gewalt durchgesetzt, wenn sie die Chance dazu gehabt hätten. Sogar die jugendpolitischen Maßnahmen der HJ waren bereits im Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände - und das heißt, als von allen Jugendverbänden gemeinsam getragene Forderungen - formuliert worden. Nicht ohne Grund konnte sich also die HJ als Erfüllerin und Vollenderin von längst erwünschten, aber im alten "System" nicht realisierbaren Forderungen und Hoffnungen verstehen. Das gab ihr - trotz ihrer Rechtsbrüche - in der Bevölkerung und in der jungen Generation eine nicht zu übersehende Legitimation.

7. Wir hatten schon mehrmals auf die "Gleichgestimmtheit" zwischen dem Generationsgefühl der bürgerlichen Jugend am Ende der Weimarer Republik und der HJ hingewiesen. Nun ginge es sicher zu weit, zu behaupten, dieses Generationsgefühl sei die eigentliche *Ursache* für die HJ gewesen, aber man muß die - gewiß spekulative - Frage stellen, ob ohne den Krieausbruch die HJ nicht auf einen neuen "Sozialisationstyp" getroffen wäre, auf den sie sich neu hätte einstellen müssen, der möglicherweise wieder nach einem "Freiraum" oder nach intellektuell Anspruchsvollerem verlangt hätte. Spätestens ab 1937 wurde der aktivistische Leerlauf in der HJ zunehmend empfunden, und die Klagen über Disziplinlosigkeit und Desinteresse häuften sich. Zudem waren die Aufstiegschancen auf dem Weg über die HJ nicht mehr so groß wie am Anfang; denn die Führungspositionen waren im wesentlichen mit jungen Leuten auf lange Zeit besetzt. Größere Chancen eröffneten sich nun im Berufsbereich, denn es herrschte nun Mangel an qualifizierten Facharbeitern, und eine ordentliche Schul- und Hochschulausbildung, insbesondere im technischen Bereich, eröffnete mehr Aussichten als der Weg über die HJ.

Der inhaltlich wenig festgelegte Dynamismus des Nationalsozialismus war zwar geeignet für die Eroberung der Macht und für einen ersten Aufbau, aber sehr viel weniger für die Gestaltung des Alltags in einem konsolidierten und "befriedeten" Gemeinwesen. Das galt auch für die HJ, und insofern war "Krieg" möglicherweise die innere Logik

eines solchen Herrschaftssystems, weil Ruhe und Frieden es irgendwann ausgehöhlt und ihm die Legitimation genommen hätten.

8. Die NS-Ideologie sah im (jungen) Menschen nicht ein eigenverantwortliches Individuum. Ihr antiliberaler Affekt war auch ein Affekt gegen die liberale Idee vom mündigen Individuum. Dem widersprach nicht die jugendpolitische Rührigkeit der HJ, denn die Fürsorge galt dem einzelnen nur, insofern er als nützliches und notwendiges Glied der "Volksgemeinschaft" gelten konnte. Wer einer solchen Erwartung nicht gerecht werden konnte, z. B. weil er behindert war, der traf auch nicht auf das fürsorgerische Interesse der HJ. Die damals pathetisch beschworene "Volksgemeinschaft" hatte also nicht nur ihre rassistischen Grenzen, insofern z. B. für Juden darin kein Platz war, ihre Solidarität mit den schwächeren Volksgenossen war auch nicht sonderlich entwickelt, sofern es sich nicht um schuldlos Arbeitslose oder um Kriegsverletzte handelte. Die in der HJ geprägte Sozialvorstellung bestand nicht nur in der schon erwähnten Reduktion aller denkbaren Sozialformen auf das militärische Modell. Hinzu kam vielmehr die Vorstellung von der biologischen Determiniertheit der sozialen Zugehörigkeit und der physischen und psychischen Konstitution. Diese Vorstellung schloß im Grunde jede ernsthafte soziale Verantwortung aus. Die Tatsache etwa, daß der eine Jude und der andere "Deutscher" war, ließ sich nur durch "Ausgliederung" und später Ermordung der "Anderen" "beseitigen", nicht etwa durch *gemeinsames* soziales Handeln produktiv gestalten. Deshalb gab es in einem strengen Sinne des Wortes auch kein *solidarisches* Handeln. Solidarität setzt voraus, daß die "Schwäche" des anderen, die es zu mildern gilt, als das jedem Mitglied der Solidargemeinschaft jederzeit mögliche *eigene* Schicksal angesehen werden kann. Dies wiederum setzt in irgendeiner Weise ein Verständnis des Menschen als "Selbstzweck" voraus. Biologistisches Denken jedoch kann weder moralisch noch praktisch eine solche Position einnehmen; gegenüber der "Natürlichkeit" der sozialen Gegebenheiten gibt es vernünftigerweise nur Unterwerfung, kein auf Änderung und Milderung zielendes Handeln.

So gesehen konnte die HJ nicht zur sozialen Verantwortung erziehen, so sehr sie sich auch - nicht ganz zu unrecht - rühmte, in ihren Reihen die "Klassengegensätze" weitgehend überwunden zu haben. Selbst die Wohlfahrtsaktivitäten der HJ beruhten nicht auf einer regulativen Idee sozialer Verantwortung, denn derjenige, der heute noch eine Spende in die Sammelbüchse gegeben hatte, konnte morgen von der Gestapo abgeholt werden, ohne daß dies der Idee der "Volksgemeinschaft" irgendwie Abbruch getan hätte. Sozialpolitischer Aktivismus und Enthusiasmus muß also keineswegs per se schon ein pädagogisches Konzept von sozialer Verantwortung enthalten.

9. Überhaupt ist die Frage, ob in der HJ wirklich zu einer Art von persönlicher Verantwortlichkeit erzogen wurde. Einerseits mußten tatsächlich viele zum Teil recht junge Führer für "ihre" Leute Verantwortung übernehmen: sie führen, beaufsichtigen usw. Andererseits aber galt die Verantwortung nicht den Geführten oder ihren Eltern, sondern der Führungshierarchie der HJ. Es handelte sich um "Dienst", und die Verantwortung der Führer und Geführten reduzierte sich auf das, was innerhalb des Dienstreglements vorgesehen war. Verantwortung war also inhaltsneutral funktionalisiert, d. h. die inhaltlichen Anweisungen und Befehle hatten ihre Berechtigung nur in der Tatsache, daß sie von der zuständigen Stelle der Hierarchie erteilt wurden.

Das legt die Frage nach der Eigenart des pädagogischen Bezugs in der HJ nahe. Die Jugendbewegung hatte ja, wie wir sahen, zu diesem Punkt bedeutsame Neuerungen eingeführt. Wenn man bei der HJ überhaupt von einem "erzieherischen Verhältnis" sprechen kann, dann war es ungemein reduziert. Sowohl aus ideologischen Gründen wie auch aus Gründen des Dienstreglements - die Teilnahme an den Veranstaltungen der HJ war "Dienst" und keine Freizeit, oder genauer: für den "Dienst" in Anspruch genommene Freizeit! - war eine offene Kommunikation "über Gott und die Welt" nicht vorgesehen. Daß sie trotzdem durchaus zustandekommen konnte, wenn die Mitglieder der Gruppen entsprechend gut zueinander paßten, soll nicht bestritten werden. Aber dann waren sie eher verdächtig als unerwünscht; denn sie konnten nicht nur

zu Widerstand führen, sondern auch dazu, die von außen (bzw. von oben) gegebenen Ziele und Erwartungen weniger wichtig zu nehmen. Verbindliche menschliche Beziehungen widersprachen dem System der HJ. Es war darauf ausgerichtet, "Persönliches", das ja zumal in den Jahren der Pubertät zum verhaßten "Problematisieren" führen mußte, für unwichtig zu erklären, also den "pädagogischen Bezug" auf bestimmte Rituale zu beschränken. Das in der Pubertät vorhandene Potential an Kritik und Rebellion wurde so nach außen gewendet, zum einen in die sportliche Ablenkung und zum anderen in den ständigen Aktivismus. Auf diese Weise wurde die Dynamik der Pubertät gleichsam gefahrlos für das gesellschaftliche System kanalisiert. Da aber im offiziellen Rahmen der HJ über nichts ernsthaft nachgedacht werden konnte - auch nicht über "Persönliches" - mußte dieses Bedürfnis der Familie bzw. dem Freundeskreis vorbehalten bleiben. Die HJ hat also gewissermaßen den Raum, der gerade erst für die problematischen Aspekte der Pubertät geöffnet worden war, diesem Bedürfnis wieder entzogen. *Das* scheint mir einer der folgenreichsten Aspekte der HJ-Erziehung gewesen zu sein, und es ist die Frage, wie diese Generation eigentlich mit diesen Bedürfnissen fertig geworden ist. Hat sie außerhalb der HJ dafür einen sozialen Ort gefunden, oder hat sie sie einfach verdrängt? Es wäre denkbar, daß die von der HJ betriebene Abschaffung der Pubertät als eines gesellschaftlichen Problems tiefe Spuren in der damaligen jungen Generation hinterlassen hat, insofern die Ich-Entwicklung und damit die Entwicklung angemessener sozialer Vorstellungen und Verantwortlichkeiten entscheidend geschwächt wurde. Insbesondere auch die emotionale Entwicklung, und damit die Entwicklung bedeutender mitmenschlicher Fähigkeiten, muß zu kurz gekommen sein.

Wenn es zutrifft, daß für jede Erziehungssituation Art und Ausmaß des pädagogischen Bezugs konstitutiv ist, dann wird fraglich, ob man bei der HJ überhaupt noch von "Erziehung" sprechen kann, oder ob es sich dabei nicht eher um eine Art von gewöhnender Sozialisierung gehandelt hat.

10. In diesem Zusammenhang muß auch etwas über den jugendlichen Widerstand gegen die HJ gesagt werden, den

wir hier allerdings im Ganzen nicht würdigen können. Die Entscheidung, nach 1933 der HJ fernzubleiben, war für einen Jugendlichen mit erheblichen Risiken verbunden. Einmal hätte

er sich fernhalten müssen von etwas, was öffentliche Geltung versprach, sich möglicherweise neue Freunde suchen müssen, und er wäre in seiner beruflichen Karriere voraussichtlich mehr oder weniger behindert worden. Dafür mußte man also schon sehr wichtige Gründe und vor allem auch stabile soziale und normative Stützen haben, z. B. Elternhaus, Freunde, oder kirchliches Engagement. So oder so mußte man sich also auf ein "alternatives Leben" einlassen, und zwar auf ein im Hinblick auf öffentliche Geltung und öffentliche Anerkennung depriviertes.

Wie sich dies auf die Sozialisation derjenigen ausgewirkt hat, die nicht der HJ beitraten - und das war 1939 immerhin noch ein Drittel - läßt sich pauschal nicht klären. Aber zumindest muß man vermuten, daß viele davon das erworben hatten oder dabei erwarben, was in der HJ keine Bedeutung hatte: Ich-Stärke und Autonomie. Und möglicherweise gewann in der Distanz zur HJ hier ein Generationsteil Profil, von dem wir viel zu wenig wissen, weil er sich öffentlich nicht artikulieren konnte. Wir wissen wohl etwas über bestimmte Gruppen, die wie die "weiße Rose" öffentlich angeklagt wurden. Aber sie dürften doch hinsichtlich ihres politisch-moralischen Engagements eine kleine Minderheit gewesen sein.

Der alltägliche Widerstand, der für unseren Aspekt der Identitätsfindung von Bedeutung ist, mußte nämlich gar nicht erst politisch motiviert sein. Sieht man sich das vorhin skizzierte Erziehungsprofil der HJ an, dann war es schon "Widerstand", wenn man andere kulturelle Interessen verfolgte, z. B. verbotene Literatur las und mit Freunden darüber diskutierte, und wenn man sich gegen das Freizeit-Monopol der HJ wandte, weil z. B. einfach nicht einzusehen war, wieso man nur im Rahmen der HJ und nicht auch wie früher mit ein paar Freunden auf Fahrt gehen durfte, und keine bündischen Lieder singen durfte. Solche Wünsche mußten gar keine politischen Motive haben, es waren schlichte Freizeitwünsche.

Eine Variante dieses "alternativen Lebens" war eine Art von "Mitläuferschaft unter Vorbehalt": Man machte in

der HJ mit, soweit es sich nicht vermeiden ließ, versuchte aber, jenseits davon ein Stück privaten Freizeit Lebens zu retten. Schwieriger wurde es, wenn man einem zwar formell noch nicht verbotenen, aber ständig bedrohten und schikanierten Jugendverband angehörte, wie der katholischen Jugend. Trotz allem Opportunismus der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus waren die weltanschaulichen Positionen in wichtigen Fragen kaum zu überbrücken. Wer die Lehre des Katholizismus ernst nahm, mußte in einen Loyalitätskonflikt mit dem NS-Staat geraten - es sei denn, er nahm die Ideologie des NS ebenfalls instrumentell und in der Substanz nicht ernst. Diese Hinweise müssen hier genügen. Sie sollen zeigen, daß die HJ gerade durch ihren Absolutheitsanspruch diejenigen, die aus welchen Motiven auch immer auf Distanz zu ihr gingen, zwang, ihr Verhalten zu reflektieren und zumindest in einem taktischen Sinne auch zu "politisieren", um nämlich mit der eigenen Haltung "überleben" zu können. Jedenfalls gab es 1945 nicht nur eine von der HJ sozialisierte Jugend, sondern auch einen nicht geringen Teil von Jugendlichen, die durch eine mehr oder weniger große Distanz zu ihr sozialisiert worden waren.

IV: Zusammenfassung und Ausblick:

Die schwierige Balance zwischen Integration, Bindung und Autonomie

Überblickt man die Entwicklung der Jugendbewegung und Jugendarbeit in der Zeit von 1900 bis 1945, so lassen sich einerseits gewisse epochale Grundprobleme und Tatsachen erkennen, andererseits aber auch bedeutsame Veränderungen, die noch mehr ins Auge fallen, wenn man sie bis zur Gegenwart verlängert.

1. Ein Grundproblem ist die gesellschaftliche Ausgliederung des Jugendalters als einer besonderen sozialen Gruppe. Sie wird nötig in dem Maße, wie die Herkunftsfamilie - repräsentiert durch den Vater - nicht mehr die Zukunft der Kinder bestimmen und garantieren kann, und wie normative Pluralität bewältigt werden muß und in einem gewissen Handlungsspielraum für die Zukunft relevante Entscheidungen - zum Beispiel beruflicher Art - getroffen werden müssen. Unter diesen Bedingungen bedeutet der Übergang in den Erwachsenenstatus nicht mehr nur einfach die Übernahme vorgegebener Werte und Verhaltensrituale, kommt Identität nicht einfach mehr durch Identifikation damit zustande. Vielmehr wird nun ein gewisses Maß an persönlicher, individueller, also von niemandem mehr abzunehmender Verantwortung und Entscheidung nötig, sowie ein hohes Maß an Verinnerlichung von Normen und Werten im Unterschied zu fraglos ritualisierter Übernahme. Es wird – mit anderen Worten - den Jugendlichen "Kulturpubertät" zugemutet, das heißt ein relativ offener Lebens- und Handlungsspielraum, in dem sie selbst durch Erfahrung und Auseinandersetzung eine Identität gewinnen und - praktisch gesprochen - einen eigenen Lebensplan entwerfen und seine Realisierung beginnen müssen. Dieser durch sozialen und normativen Wandel hervorgerufene Sachverhalt, der - wie wir sahen - zunächst nur für eine Minderheit der Jugendlichen, aber tendenziell für alle gilt, ist ambivalent. Er ist einerseits eine Form der

Emanzipation, eines Freiwerdens von den Determinanten der traditionellen familiären und gesellschaftlichen Erziehungsmächte, ist insofern ein Stück Autonomie und Eigenverantwortung. Andererseits bedeutet dies aber auch Verunsicherung, Ungeborgenheit und Vereinzelung. Diese Spannung muß ausbalanciert werden, und die zwischen 1900 und 1945 auftretenden Jugendgenerationen haben dieses Problem sehr unterschiedlich bewältigt.

Die Wandervogelgeneration vor dem Ersten Weltkrieg lebte noch so stark in die Gesellschaft integriert, daß sie ihr Interesse verstärkt auf Emanzipation bzw. Autonomie richten konnte. Nach dem Kriege, bis etwa 1923, setzte sich diese Haltung zunächst mit einer Generation fort, die die durch den Krieg aufgezwungenen Entbehrungen kompensieren wollte. Da aber das gesellschaftliche System nun selbst offen und mehrdeutig war, und insofern wenig Orientierung und Geborgenheit vermittelte, versuchte die folgende Generation, diesen Mangel durch Bindung an einen Bund oder eine andere Jugendorganisation zu kompensieren. Bei der Jugendgeneration am Ende der Republik verstärkte sich dieses Bedürfnis noch, wie wir sahen, bis dahin, daß sie die Emanzipation, die die liberale Gesellschaft bot - nun einschließlich der nicht erwünschten Befreiung von der Arbeit - , nicht auch noch in den Jugendverbänden doppelt erleben wollte, sondern es entwickelte sich ein Bedürfnis nach gesellschaftlicher Integration, wie es die Nationalsozialisten mit ihren Jugendverbänden anboten.

Natürlich ist diese Charakteristik sehr grob und vernachlässigt zum Beispiel, daß auch unter Gleichaltrigen ganz unterschiedliche "Generationsgefühle" (K. Mannheim) bestehen können. Aber trotzdem läßt sich prinzipiell folgendes sagen: Was Jugendliche in einer Jugendbewegung oder in einem Jugendverband suchen, hängt davon ab, was die sie umgebende Gesellschaft ihnen bietet oder vorenthält, und zwar im Hinblick auf die Balance von Emanzipation und Geborgenheit bzw. sozialer Integration. Die Geschichte der Jugendarbeit ist bis heute nämlich voll von Mißverständnissen, die aus der Ignorierung dieser Tatsache entstanden. Die Ratlosigkeit der Pädagogen am Ende der Weimarer Republik über den neuen "Sozialisationstypus" ist dafür nur ein Beispiel. Sie gingen davon aus, daß - entsprechend ihrer eigenen früheren Erfahrung - die junge

Generation das in der Jugendarbeit suchen müsse, was sie selbst früher dort gesucht und womöglich auch gefunden hatten. Das erwähnte Grundproblem der Spannung von Emanzipation und Geborgenheit und die Notwendigkeit, in einer angemessenen Balance zwischen beiden Polen Identität zu finden, ist also ein epochales, bis heute gültiges Grundproblem des Jugendalters. Aber die Rolle der Jugendgemeinschaften in diesem Zusammenhang ändert sich je nach den gesellschaftlichen Bedingungen und nach der Art und Weise, wie diese jeweils in einem Generationsgefühl erlebt werden. Dabei ist der subjektive Aspekt nicht minder wichtig als der objektive; denn von einer gesellschaftlichen Desorganisation oder normativen Verunsicherung kann man erst dann sprechen, wenn diese Zustände auch so erlebt werden. Und das kann - auch in ein und derselben Generation - ganz unterschiedlich sein. Die Jugendarbeit aber kann in diesem Zusammenhang immer nur kompensatorische Funktion haben, also das anbieten, was im Rahmen dieser Balance im übrigen gesellschaftlichen Umfeld fehlt. Sie kann also das je vorhandene Sozialisationsangebot nur ergänzen oder korrigieren im Hinblick auf die erwähnte Balance. Die jugendliche Gruppe kann also einmal eher Mittelpunkt und Ausgangspunkt jugendlicher Rebellion, ein anderesmal eher Ort sozialer Geborgenheit und Stabilisierung sein.

2. Der erwähnte Handlungs-, Entscheidungs- und Verantwortungsspielraum, der dem Jugendalter zugemutet werden muß, macht es aber auch zugänglich für öffentliche Zugriffe. Zumindest im Freizeitbereich wird es gleichsam aus der "pädagogischen Provinz" entlassen und sieht sich Wertungen und Erwartungen ausgesetzt, mit deren Pluralität und Widersprüchlichkeit sich die Jugendlichen individuell auseinandersetzen müssen, um eine eigene Position zu finden. Nachwuchs für die Erwachsenenorganisationen und ihre Normen und Werte wird nicht mehr geboren, sondern muß im Jugendalter geworben werden. So ist unser Thema die Geschichte eines unermüdlichen "Kampfes um die Jugend". Die Freisetzung des Jugendalters ermöglicht seine Vergesellschaftung und tendenziell seine Abschaffung, das heißt seine volle gesellschaftliche Integration außerhalb der jeweiligen Familienzugehörigkeit, wie das

der Nationalsozialismus zum ersten Mal praktiziert hat. Der Weg vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend ist der Weg einer von der Familie her vergesellschafteten und integrierten Jugend zu einer auf neuer Stufe erneut integrierten, wobei Familienzugehörigkeit und - daraus folgend - Klassenzugehörigkeit prinzipiell keine Rolle mehr spielen. Es wäre aber ein Irrtum, den Vergesellschaftungsprozeß in der nationalsozialistischen Zeit lediglich als Zwischenstadium zu verstehen. Der schon in der Weimarer Zeit fortgeschrittene Prozeß der Vergesellschaftung geht nämlich nicht nur von den Verbänden und Institutionen der Erwachsenen aus, sondern auch - was in diesem Buch verständlicherweise nicht so zum Ausdruck kommt - vom kommerziellen Freizeit- und Konsumsystem, das - vor allem dann nach 1945 und bis zur Gegenwart - das gesellschaftlich Übliche in die Nischen transportiert, in denen sich jugendliche Teilkulturen ansiedeln könnten bzw. umgekehrt deren Teilkulturen auf die Gesamtgesellschaft hin verbreitet. Gegenwärtig scheint im Vergleich dazu der Zugriff von Erwachsenenverbänden bedeutungslos geworden zu sein.

Ergänzend kommt hinzu die Wirkung der Massenmedien. Sie machen einerseits unentwegt die Probleme des Jugendalters zum öffentlichen Thema und stellen damit ein öffentliches Bewußtsein darüber her, andererseits aber verhindern sie dadurch jede authentische Selbstartikulierung von Jugendlichen, wie dies in der Fülle der Eigenpublizistik der Jugendverbände in Weimar noch möglich war. Schon die HJ hatte die publizistischen Äußerungen monopolisiert. Aber die durch Kapitalkonzentration in der Gegenwart erzwungene weitgehende Monopolisierung der Publizistik - ergänzt durch die Apparate der öffentlich-rechtlichen Medien - wirkt vom Standpunkt der öffentlichen Äußerungsmöglichkeit jugendlicher Gruppen ähnlich, obwohl die Pressefreiheit nach wie vor besteht. Entweder nämlich werden jugendliche Selbstdarstellungen im Keime erstickt bzw. verfälscht, wie dies zum Beispiel geschieht, wenn sie im Fernsehen etwa sofort den dort gültigen politischen (zum Beispiel "Ausgewogenheit") und dramaturgischen Regeln unterworfen werden. Oder aber jede nicht in der offiziellen Publizistik erscheinende Selbstäußerung gerät relativ leicht in den Verdacht, zum kriminellen Untergrund zu gehören. Ein schon klassisches Bei-

spiel dafür war die Wirkung des sogenannten "Mescalero-Artikels" in einer Göttinger Studentenzeitung. Keineswegs an die offizielle Publizistik adressiert, sondern an eine bestimmte Gruppe, in der Jargon und Nuancen verstanden werden konnten, geriet er zum öffentlichen Skandal, nachdem er an den Maßstäben der öffentlichen Publizistik gemessen und von dieser - in Ausschnitten, auch das gehört dazu - verbreitet worden war.

Noch bedeutsamer ist die vergesellschaftende Wirkung der Publizistik aber im Hinblick auf das von ihr ständig geschaffene und veränderte "Jugendbild" in der Öffentlichkeit. Würde heute eine neue Jugendbewegung entstehen, sie hätte nicht die mindeste Chance, ihr Selbstverständnis zu artikulieren und überhaupt darüber zu kommunizieren, ohne sich vom ersten Tage an mit Wertungen aus der offiziellen Publizistik auseinandersetzen zu müssen, in die korrigierend einzugreifen sie keine Macht und Gelegenheit hätte. (Wyneken konnte immerhin noch sich in Vortragsreisen gegen die gegen ihn und die Freideutschen gerichteten Angriffe wehren).

Daß die Jugend sich in der Publizistik einem Bild ihrer selbst gegenüber sieht, das - mag es nun positiv oder negativ sein - auf ihr Selbstverständnis zurückwirken muß, ja, daß man auf diese Weise Jugendprobleme "machen" oder auch verschweigen kann, hatte schon F. Paulsen gesehen, und der Wandervogel hatte davon einen Vorgeschmack bekommen. Am Ende der Republik war "Jugend" ein Lieblingsthema der Publizistik - die übrigens überwiegend unrecht behielt, denn ein Großteil der damaligen bürgerlichen Jugend tat das, was man nicht von ihr erwartete: sie unterwarf sich begeistert der Führung Hitlers.

Der Vergesellschaftungsprozeß, von dem hier die Rede ist, definiert Jugendliche als von ihren konkreten sozialen Herkunftsn losgelöst gedachte Individuen, die dadurch für die genannten Einwirkungen und Erwartungen zur Disposition stehen. Mit dieser Tendenz überschneidet sich das vorhin erwähnte Problem der Balance zwischen Emanzipation und Geborgenheit, und je länger dieser Prozeß fortschreitet, um so mehr wird diese Balance gestört, weil eben die konkreten sozialen Herkunftsn und Kontexte diesem Prozeß mehr oder weniger zum Opfer fallen. Identität finden bedeutet daher zunehmend auch, diese Kontexte als ver-

bindliche selbst wieder herzustellen, zum Beispiel in Form von Freundschaften oder Gruppenbindungen. Oder aber dieser Prozeß führt zu einem Sozialisationstyp, wie ihn Riesman schon früh als "außengeleiteten" beschrieben hat, dessen Identität abhängig ist von der unentwegten "Rückmeldung" durch möglichst viele andere – im Unterschied zum "innengeleiteten", der von solcher Zustimmung relativ unabhängig ist und sein Verhalten eher nach einem "inneren Kompaß" steuert.

Sieht man sich den Prozeß der Vergesellschaftung des Jugendalters genauer an, so stellt sich heraus, daß das ursprüngliche Konzept eines von äußeren Zwängen und Verantwortlichkeiten relativ "freien Jugendraumes" bzw. der "Kulturpubertät" oder des "psychosozialen Moratoriums" immer weniger durch die gesellschaftliche Realität gedeckt wird. Das begann schon in der politischen Polarisierung in Weimar und erreichte seinen ersten Höhepunkt in der HJ, die ja die gesellschaftliche - keineswegs die individuelle - Pubertät praktisch abschaffte. Aber ihren wirklichen Höhepunkt erreicht diese Tendenz erst in der Gegenwart. Schule und Hochschule sind weitgehend den industriell-bürokratischen Prinzipien der Effizienz und Kontrolle unterworfen, das Studium wird nicht mehr mit der Erwartung eines "psychosozialen Moratoriums" verbunden, sondern ist selbst "Arbeit" geworden, in Stundenzahlen aufgeteilt, der Rest ist das übliche Maß an Freizeit. Jugendliche Arbeitslose zum Beispiel sind eben Arbeitslose wie andere auch, nur eben junge.

3. Unterstrichen wird diese Einschätzung dadurch, daß gegenwärtig der Jugend als sozialer Gruppe kaum noch eine Zukunftsbedeutung für die Gesellschaft zugeschrieben wird, an sie knüpft sich keine Hoffnung auf einen besseren Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse. Von eben dieser Erwartung aber hatten die Jugendbewegungen und die Jugendarbeit gelebt: Der "Jugendkult" der Kulturkritik ebenso wie die Bünde und Arbeiterparteien in Weimar und die staatlich geförderte Jugendpflege. Diese Erwartung setzte sich nach 1945 fort. Daß sie in der NS-Zeit pervertiert wurde, kann nichts daran ändern, daß sie die entscheidende Legitimationsgrundlage war für das öffentliche Interesse an "Jugendwohlfahrt" und damit auch an

Jugendarbeit. Es war jene Vorstellung, die den Heranwachsenden neben dem negativen Status des "noch nicht Erwachsenseins" zugleich den positiven Status eines Garanten der Zukunft aller gab. Entfällt aber diese positive Zuschreibung - wie es gegenwärtig zu sein scheint - und bleibt nur die negative des "noch nicht" übrig, dann sind auch entscheidende Voraussetzungen für die sogenannte "Kulturpubertät" entfallen, dann wird Jugend zu einer Teilgruppe der Erwachsenen, die aber wegen ihrer ökonomischen Abhängigkeit zu einem großen Teil einer materiellen Fürsorge, einer Art von "Jugendrente" bedarf, und die damit tendenziell zu einer Randgruppe wird wie andere negativ definierte Gruppen auch, die etwas nicht, noch nicht oder nicht mehr haben oder können.

4. In diesem Zusammenhang stellt sich dann die Frage, ob die Jugendbewegung und Jugendarbeit ein historisch begrenztes Phänomen ist, dessen Ende inzwischen in Sicht ist. Von ihren Anfängen in diesem Jahrhundert her waren beide Bestrebungen ja Begleiterscheinungen eines soziokulturellen Wandels, der in Deutschland sich innerhalb weniger Generationen vollzog, und in dessen Verlauf die bürgerliche Jugend, aber auch der "verbürgerlichende" Teil der Arbeiterjugend einen neuen gesellschaftlichen Status zugeschrieben erhielt. Möglicherweise war dabei Jugendarbeit nur eine Art von pädagogisch arrangierter Begleitung des beschriebenen Vergesellschaftungsprozesses und ist deshalb nachgerade historisch überfällig.

Aber derartige Schlußfolgerungen könnten kurzschlüssig sein. Man kann nämlich schwerlich annehmen, daß in Zukunft die nachwachsenden Generationen sich einfach einfügen werden in die jeweils vorgegebene Form der für sie vorgesehenen Vergesellschaftung. Die gegenwärtige Protestszene macht das bereits erkennbar. Zumindest in vielen Bereichen des "alternativen« Lebens" werden wieder Vorstellungen und Erlebnisse aufgegriffen, die auf die Jugendbewegung - vor allem auf die bürgerliche - wenn auch meist unbewußt wieder zurückführen. Das alte Leitthema von "Gemeinschaft und Gesellschaft" steht wieder in Rede, in alternativen Lebensgemeinschaften und Kooperationen wird jene alte Sehnsucht nach umgreifenden statt rollenmäßig parzellierten menschlichen Beziehungen, nach gegen-

wärtiger und nicht erst zukünftiger Lebenserfüllung, kurz: nach sozialer Integration und Geborgenheit sichtbar. Auch die antizivilisatorischen, antitechnischen, antiliberalen und antidemokratischen Affekte sind wieder parat, wobei bei letzteren oft (noch) unterschieden wird zwischen den zu verachtenden "technischen" Regeln des Parlamentarismus und der Bürokratie einerseits und den demokratischen Grundwerten andererseits, die zur Unterstützung der eigenen Argumentation benutzt werden. Jedenfalls beginnt sich - wie unklar immer - ein Lebensgefühl zu artikulieren, das weder in den etablierten Institutionen noch im Rahmen der überlieferten Normen und Verhaltensregeln angemessen zu realisieren ist: eine klassische Voraussetzung für das Entstehen einer "Bewegung". Dabei darf man keine historische Kopie erwarten, eine "Bewegung" sucht sich ihre Ideen im kulturellen Repertoire ihrer Zeit. So fehlen heute die für die bürgerliche Jugendbewegung charakteristischen politisch-ideologischen Fragmente, lediglich die lebensreformerische Komponente kommt wieder durch, was möglicherweise ein Indiz dafür ist, daß die Frage des "richtigen Lebens" in der modernen Gesellschaft eines ihrer epochalen Grundprobleme geblieben ist.

Aus all dem ist zu erwarten, daß die beschriebene radikale Vergesellschaftung des Jugendalters von den nachfolgenden Generationen nicht unbeantwortet bleiben wird. Dabei ist schwer vorauszusehen, wie sich eine jugendliche Protestbewegung artikulieren und realisieren kann in einer Gesellschaft, die dafür keinen spezifischen Ort mehr gewährt und die sich von der Substanz des Protestes keinen Gewinn mehr für die Zukunft verspricht - was sich allerdings, zum Beispiel im Rahmen der Umweltbewegung, auch wieder ändern könnte. Das ratlose Festhalten der etablierten Generationen etwa an Rechtsgrundsätzen, deren Praktizierung ja den Protest in hohem Maße provoziert hat, ist dafür nur ein Symptom.

5. "Kulturpubertät" gab es nur für diejenigen, so sahen wir, die eine reale Entscheidungs- und Handlungsperspektive vorfanden. Das galt keineswegs für alle Jugendlichen, zum Beispiel nicht für die nicht-aufstiegsorientierte Arbeiterjugend und nicht für die meisten Mädchen. Für die Mädchen stellte sich die Identitätsproblematik etwas an-

ders als für die Jungen. Ihre traditionelle Sozialisation und Erziehung zielte auf eine Existenz in der Familie, an der Seite eines Mannes. Darauf wurden ihre sozialen Vorstellungen und Handlungsmöglichkeiten weitgehend beschränkt. Berufstätigkeit, die sich nach 1918 ausdehnte, wurde weniger als eigenständige soziale Handlungskompetenz verstanden, die es mit der anerzogenen "Familienkompetenz" zu verbinden galt, sondern eher als ein Durchgangs- oder Zwischenstadium bis zur Familiengründung. In dem Maße jedoch, wie sich auch für Mädchen im Jugendalter ein Handlungs- und Entscheidungsspielraum öffnete, stellte sich auch für sie das Problem der Identität neu. Erschwert wurde die Lösung dieses Problems jedoch dadurch, daß - anders als beim Jungen - die gesellschaftlichen Erwartungen, die auf der Erfüllung der traditionellen Rolle bestanden, dieser neuen Chance widersprachen. Das galt für die proletarische weibliche Jugend wie für die bürgerliche. In der bürgerlichen Jugendbewegung zielte etwa das Konzept der "Kameradin" an der Seite des Mannes eher auf eine Erweiterung der traditionellen Rolle als auf den Erwerb neuer sozialer Kompetenzen. Die Arbeiterjugendbewegung vertrat zwar aus Prinzip die Gleichberechtigung der Geschlechter, unterschätzte aber die damit für die Mädchen aufgeworfene Identitätsproblematik. Sie bestand schlicht darin, daß die überlieferte, immer noch mit hohem öffentlichen Ansehen ausgestattete "Rolle" der Frau neu interpretiert werden mußte, wenn berufliche und politische Handlungsstrukturen sachgemäß bewältigt werden sollten. So war zum Beispiel im traditionellen Selbstverständnis die andere Frau eher die individuelle Konkurrentin, die vom eigenen Mann möglichst ferngehalten werden mußte, und nicht etwa die Kollegin am Arbeitsplatz, mit der Kooperation einerseits und Solidarität andererseits zu pflegen ist - diese neue soziale Kompetenz stand im Widerspruch zu jener alten Rollenerwartung. Er zeigte sich durchweg in den gemischten Gruppen, wie in denen der Arbeiterjugend, wo es vielen Mädchen offensichtlich schwerfiel, das Bedürfnis nach dem einen Jungen und die damit verbundenen Rivalitätsgefühle den Bedürfnissen der ganzen Gruppe unterzuordnen - wobei man allerdings immer wieder sehen muß, daß die Jungen in der Regel selbst zumindest unbewußt jene traditionellen Erwartun-

gen an die Mädchen richteten, deren Versuche, ihre soziale Kompetenz zu erweitern, also keineswegs unbedingt honorierten. Anders als die Jungen waren die Mädchen also dem Widerspruch zwischen dem öffentlich verkündeten Postulat der Gleichberechtigung und der dem widersprechenden inneren Einstellung auch der eigenen Genossen ausgesetzt. Und möglicherweise beruhte die Faszination, die der BDM nach 1933 unzweifelhaft auf viele Mädchen ausübte, nicht nur auf tiefenpsychologischen, mit dem Mythos der Person Hitlers zusammenhängenden Ursachen, sondern auch schlicht darauf, daß der BDM diesen Widerspruch zu lösen schien: Einerseits bestätigte er in seiner Ideologie nachdrücklich die traditionelle Rolle der Frau, beendete damit also die Identitätskonfusion, andererseits eröffnete er den Mädchen auf der Basis dieses Selbstverständnisses Teilnahme an der Öffentlichkeit und damit auch eine gewisse Emanzipation vom Elternhaus. Inzwischen hat der erwähnte Vergesellschaftungsprozeß auch die Mädchen erfaßt - jedenfalls die "bürgerlichen" - , und das Problem der weiblichen Identität scheint sich in einer normativ weitgehend horizontlosen Gesellschaft eher noch verschärft zu haben.

6. Bei derlei Überlegungen muß man jedoch bedenken, daß die große Mehrheit der Jugendlichen im untersuchten Zeitraum an den Angeboten und Maßnahmen der Jugendbewegung und Jugendarbeit nicht teilnahm, daß wir also auch nicht ohne weiteres aus den Artikulierungen von Minderheiten auf die Lage der ganzen Generation schließen dürfen. Vielmehr erhebt sich die Frage, ob es nicht ein ganz bestimmter Teil der Jugendlichen war, der die Angebote nutzte. Waren es vielleicht die weniger widerstandsfähigen, die besonders große Anpassungsschwierigkeiten hatten, wie gelegentlich in den Reihen der bürgerlichen Jugendbewegung selbst vermutet wurde? Für die bürgerliche Jugendbewegung scheint dies zuzutreffen; allerdings darf das nicht falsch gewertet werden. "Anpassungsschwierigkeiten" kann sowohl der haben, der überfordert ist, wie auch derjenige, der mit einer besonderen Sensibilität ausgestattet ist. Das könnte nur im Einzelfall beurteilt werden.

Wichtiger scheint mir aber zu sein, daß Jugendbewegung und Jugendarbeit bis 1933 überwiegend eine Sache der

bürgerlich-kleinbürgerlichen Jugend waren - einerseits der Aufstiegsorientierten wie eher in der sozialdemokratischen Jugendarbeit, andererseits der "Abstiegsbedrohten" wie eher in der bürgerlichen Jugendbewegung. Demnach wäre unser Thema ein Teil der Sozial- und Sozialisationsgeschichte der deutschen Mittelschichten, die unter anderem gekennzeichnet sind durch eine relativ große ideologische, ökonomische und politische Verunsicherung. Auch die gegenwärtige Protestszene scheint durchaus in dieser Tradition zu liegen. Aus der Sicht der Jugendlichen wird die Statusunsicherheit der Mittelschichten erfahren als je individueller "Erfolgszwang", weil "Scheitern" (in der Schule, im Beruf) Statusverlust bzw. Statusminderung zur Folge hat. Wir hatten am Beispiel der Bündischen gesehen, daß diese Statusunsicherheit durch elitäre Ideologien kompensiert wurde. Zumindest ideologisch beseitigte der Nationalsozialismus diese Unsicherheit, indem er diesen Schichten wie allen anderen ihren "Stand" im Volke zuwies. Nach 1945 haben die Mittelschichten nicht wieder ein vergleichbares Selbstbewußtsein erhalten, und gegenwärtig - nach der Erschütterung der Leistungs- und Karriere-Ideologie - bieten sie das Bild einer geschichts- und traditionslosen Masse von Individuen, die für den Arbeitsmarkt zur Disposition stehen, und die für ihre Statusangst keine öffentlich anerkannten Kompensationsmöglichkeiten mehr haben - eine Tatsache, die für die gegenwärtige Protestszene nicht ohne Bedeutung sein kann.

7. Die Geschichte der Jugendbewegung und Jugendarbeit spiegelt also Prozesse wider, die teils einander ergänzen, teils aber auch im Widerspruch zueinander stehen: Der gesellschaftliche Freiraum, der Jugendlichen eingeräumt wird, ist Ergebnis sozialer Veränderungen, die einen Spielraum individueller Entscheidungen und Handlungsperspektiven notwendig machen; hier muß in einer neuen Weise Identität in Balance zwischen Integration und Emanzipation gewonnen werden. Der "Freiraum" ermöglicht zugleich aber einen Prozeß der Vergesellschaftung des Jugendalters, dessen Tendenz die Aufhebung des Jugendalters als besonderer Lebensphase zu sein scheint, die zumindest aber gleichgültig wirkt gegenüber jener Identitätsproblematik. In diesem Prozeß geht zudem die positive gesellschaftliche De-

definition des Jugendalters als Garant der besseren Zukunft aller verloren, damit aber auch die wichtigste Legitimation für das offizielle Engagement in Sachen Jugendarbeit und Jugendpflege. Entsprechende Maßnahmen werden immer mehr in die - den Geist der Jugendpflege von Anfang an prägende - "bewahrende" bzw. "fürsorgerische" Funktion gedrängt. Diese Tendenzen gelten im Prinzip für alle Jugendlichen, aber sie werden für Teile der mittelständischen Jugendlichen offensichtlich besonders prekär. Aus ihren Reihen stammten überwiegend die Mitglieder der bürgerlichen Jugendbewegung vor 1933, und nach 1933 rückten sie verstärkt in die Führungspositionen der HJ ein. Soweit erkennbar bestimmen sie auf die gegenwärtige Protestszene in erheblichem Maße mit.

8. Mit den nun schon mehrmals erfolgten Hinweisen auf die gegenwärtige Situation haben wir allerdings einen großen zeitlichen Sprung gemacht. Dazwischen liegt der Neuanfang nach 1945. In der SBZ bzw. DDR wurde die von der HJ etablierte Monopolstellung eines Staatsjugendverbandes in Gestalt der "Freien Deutschen Jugend" (FDJ) beibehalten, wobei man Formen und Inhalte der Arbeit weitgehend aus den Traditionen der nationalen wie internationalen Arbeiterjugendbewegung bezog. Die Entwicklung in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland habe ich in dem Buch "Die Jugendarbeit" (München: Juventa Verlag) beschrieben. Hier etablierten sich wieder die ideellen und organisatorischen Grundstrukturen der Jugendarbeit, wie sie charakteristisch für die Weimarer Zeit waren. Neu war unter anderem die schon früh einsetzende, durch die staatliche Förderung nun ermöglichte Professionalisierung der Jugendarbeit, die erhebliche Veränderungen zur Folge hat und zweifellos ein wichtiger Schritt ist auf dem Wege der Vergesellschaftung des Jugendalters. Den Anfang damit hatte übrigens Schirach gemacht, der den "Jugendführer" zu einem eigenständigen pädagogischen Beruf mit einer besonderen Ausbildung machen wollte, aber der Krieg ließ dieses Projekt nicht zur Vollendung kommen. Inzwischen bestimmt das berufliche Selbstverständnis - einschließlich der dazu gehörenden gewerkschaftlichen Aspekte - das Gesicht der Jugendarbeit in erheblichem Maße mit.

Weiterführende Literatur

Vorbemerkung: Um das folgende Literaturverzeichnis besser nutzbar zu machen, werden hier wichtige, nach 1945 erschienene Titel noch einmal einigen Sachgebieten zugeordnet.

Bürgerliche Jugendbewegung

Aufmuth, Hederer, Helwig, Hofstätter, Jantzen 1963, Karl, Kindt 1963, Laqueur, Müller, Paetel, Pross, Raabe 1954 u. 1961, Rosenbusch.

Arbeiterjugendbewegung

Eberts, Herre, Hoernle 1958, Lindstaedt, Löwenstein 1976, Roger, Schneider, Schult, Sieger.

Jugendpflege

Keil, Muth, Wedekind, Zwerschke.

Hitler-Jugend

Brandenburg, Fest, Gamm, Glaser/Silenius, Klönne 1955, Klose, Koch, Lingelbach, Martin.

Widerstand gegen die Hitler-Jugend

Ebeling/Hespers, Glaser/Silenius, Klönne 1958, Oertel, Paetel, Peukert, Roth, Schellenberger.

Zu einzelnen Jugendverbänden

Henrich, Jürgensen, Kupisch, Lersner, Link, Linse 1976 (a), Priebke, Roth, Schellenberger, Seidelmann 1977, Warns.

Musisch-kulturelle Aspekte

Kolland, Laqueur, Pross.

Literaturverzeichnis

ADLER, M.: Die Aufgabe der Jugend in unserer Zeit, Berlin 1927

ARBEITERJUGENDBEWEGUNG in Frankfurt 1904-1945, Gießen 1978

AUFMUTH, U.: Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt, Göttingen 1979

BAUERMEISTER, F.: Vom Klassenkampf der Jugend, Jena 1916

BECKER, H.: Vom Barock schwankt die Feder, Wiesbaden 1949

BECKER, W./GILDEMEISTER, St.: Förderung der Jugendpflege durch Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Eberswalde 1932

BERNFELD, S.: Vom Gemeinschaftsleben der Jugend, Leipzig-Wien-Zürich 1922

- Die Psychoanalyse in der Jugendbewegung, in: Bernfeld, Werke, Bd. III, S. 794 ff.

BLÜHER, H.: Wandervogel, Geschichte einer Jugendbewegung, Berlin 1912

- Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft, I. Bd., Jena 1921

- BOHNENKAMP, H.: Jugendbewegung als Kulturkritik, in: W. Rugg 1974, S. 23 ff.
- BONDY, C.: Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse, Lauenburg 1922
- Die deutsche Jugendbewegung, in: Nohl/Pallat 1929, S. 114 ff.
- BOPP, L.: Das Jugendalter und sein Sinn. Zur Grundlegung der Jugendführung, 3. Aufl., Freiburg 1927
- BORINSKI, F./MILCH, W.: Jugendbewegung. Die Geschichte der deutschen Jugend 1896 - 1933, Frankfurt 1967
- BRANDENBURG, H. Ch.: Die Geschichte der HJ, Köln 1968
- BRAUN, R.: Individualismus und Gemeinschaft in der deutschen Jugendbewegung, Erlangen 1929
- BÜHLER, Ch.: Das Seelenleben des Jugendlichen, Jena 1923
- BUSSE-WILSON, E.: Die Frau und die Jugendbewegung, Hamburg 1920
- Stufen der Jugendbewegung, Jena 1925
- CHITAROW, R.: Der Kampf um die Massen. Vom 2. zum 5. Weltkongreß der KJL, München 1970
- CLASSEN, W.: Zucht und Freiheit. Ein Wegweiser für die deutsche Jugendpflege, München 1914
- CORDIER, L.: Evangelische Jugendkunde, 3 Bde., Schwerin 1925-29
- DANNEBERG, R.: Die Rekrutenschulen der internationalen Sozialdemokratie, Wien 1914
- DEHN, G.: Proletarierjugend, Berlin 1912
- Das Problem der Arbeiterjugend, Sollstedt 1920
- Jugendpflege, in: Nohl/Pallat 1929
- Proletarische Jugend. Lebensgestaltung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletarierjugend Berlin o. J. (1929a)
- DENKSCHRIFT des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt über die staatliche Förderung der Jugendpflege in Preußen, Berlin 1925
- DE MAN, H.: Der Sozialismus als Kulturbewegung, Berlin 1929
- DIETZE, H. H.: Die Rechtsgestalt der Hitler-Jugend, Berlin 1939
- DINGRÄVE, L.: Wo steht die junge Generation? Jena 1931
- DOMACK, H.: Die deutsche Pfadfinderbewegung, Leipzig 1930
- DUENSING, F.: Handbuch der Jugendpflege, Langensalza 1913
- EBELING, H./HESPERS, D.: Jugend contra Nationalsozialismus, Frechen 1968
- EBERTS, E.: Arbeiterjugend 1904-1945, Frankfurt 1980
- EHMER, W.: Hofgeismar, ein politischer Versuch der Jugendbewegung, Jena 1921
- EHRENTHAL, G.: Die deutschen Jugendbünde. Ein Handbuch ihrer Organisation und ihrer Bestrebungen, Berlin 1929
- EHRHARDT, J.: Amtliche Jugendpflege und ihre Grenzen, in: Das junge Deutschland H. 2/1930, S. 96 ff.
- EISENSTADT, S. N.: Von Generation zu Generation, München 1966
- ENDEMANN, K.: Jugendpflege, der Grundpfeiler der staatsbürgerlichen Erziehung, Berlin 1911
- ENGELHARDT, V.: Die deutsche Jugendbewegung als kulturhistorisches Phänomen, Berlin 1923

- Der Mann in der Jugendbewegung, Berlin 1924
- ERIKSON, E. H.: Kindheit und Gesellschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1965
- FADRUS, V.: Die Kinderfreundebewegung in Österreich und Deutschland, in: Die Erziehung 1929/30, S. 238 ff. und 294 ff.
- FALKENBERG, R. u. a.: Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904-1945, Berlin (Ost) 1973
- FAUST, A.: Der nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, 2 Bde., Düsseldorf 1973
- FEST, J. C.: Baldur von Schirach und die "Sendung der jungen Generation", in: ders.: Das Gesicht des Dritten Reiches, 7. Aufl. 1980 (1963), S. 300 ff.
- FISCHER, A./SPRANGER, E.: Jugendführer und Jugendprobleme. Festschrift zu Georg Kerschensteiners 70. Geburtstag, Leipzig-Berlin 1924
- FISCHER, J.: Die nationalsozialistische Bewegung in der Jugend, in: Das junge Deutschland 1930, S. 343-352
- : Entwicklungen und Wandlungen in den Jugendverbänden im Jahre 1931, in: Das junge Deutschland, 1932, S. 38 ff.
- : Entwicklungen und Wandlungen in den Jugendverbänden im Jahre 1932, in: Das junge Deutschland, 1933, S. 41 ff.
- : Die Mädchen in den deutschen Jugendverbänden, Leipzig 1933 (a)
- FISCHER, Z.: Die sozialistischen Kinderfreunde in Deutschland, 2. Aufl., Kevelaer 1930
- FLITNER, W.: Die junge Generation im Volke, in: H. Maas (Hg.), 1931, S. 16 ff.
- FÖRSTER, F. W.: Jugendseele, Jugendbewegung, Jugendziel, München 1923
- FRANK, L.: Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisationen, Berlin 1906
- FRANZEN-HELLERSBERG, L.: Die Frau und die Jugendbewegung, in: Thurnwald 1927, S.129 ff.
- : Die jugendliche Arbeiterin, Tübingen 1932
- FRECOT, J.: Die Lebensformbewegung, in: K. Vondung (Hg.), 1976
- FROBENIUS, E.: Mit uns zieht die neue Zeit. Eine Geschichte der deutschen Jugendbewegung, 2. Aufl., Berlin 1929
- FÜRNBERG, F./MÜLLER, K.: Die Lage der arbeitenden Jugend in den kapitalistischen Ländern, Berlin 1928
- FUX, M.: Geschichte der österreichischen Pfadfinderbewegung, Wien 1971
- GAMM, H. J.: Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus, München 1964
- GAYK, A.: Die rote Kinderrepublik, 2. Aufl., Berlin 1929
- GEISSLER, E.: Der Gedanke der Jugend bei Gustav Wyneken, Frankfurt 1963
- GERBER, W.: Zur Entstehungsgeschichte der deutschen Wandervogelbewegung, Bielefeld 1957
- GIERL, H.: Die Jugend und ihre Führer, Berlin 1913
- : Der Offizier im Dienste der Jugendpflege, Berlin 1913
- GLAESER, F.: Das Bild der Jugend, in: Die Erziehung, 1929, S. 73 ff.
- GLASER, H./SILENIUS, A (Hg.): Jugend im Dritten Reich, Frankfurt 1975

- GOETSCH, G.: Die deutsche Jugendbewegung als Volksgewissen, Leipzig 1928
- GÖTZ VON OLENHUSEN, I.: Die Krise der jungen Generation und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 1980, S. 53 ff.
- GRABOWSKI, A./KOCH, W.: Die freideutsche Jugendbewegung. Ursprung und Zukunft, Gotha 1920/21
- GRÜNDEL, G.: Die Sendung der jungen Generation, München 1932
- GUARDINI, R.: Neue Jugend und katholischer Geist, Mainz 1921
- : Quickborn, Burg Rothenfels 1921
- GURLITT, L.: Der Deutsche und seine Schule, Berlin 1905
- : Der Deutsche und sein Vaterland, Berlin 1906
- HARGRAVE, J.: Stammeserziehung, Berlin 1922
- HARTMANN, H.: Die junge Generation in Europa, Berlin 1930
- HASSELL, U. v.: Die Christlichen Vereine junger Männer in Deutschland und ihre Aufgabe, Stuttgart 1898
- : Klar zum Gefecht für den Kampf um die männliche Jugend der Großstädte, 2. Aufl., Stuttgart 1908
- HAUPTAUSSCHUSS für Jugendpflege in Charlottenburg (Hg.), Zur Pflege der weiblichen Jugend, Jena 1913
- HEDERER, J.: Die Jugendgemeinschaften und ihre Führer, Neubiberg/München 1959
- HEER, F.: Werther's Weg in den Underground. Die Geschichte der Jugendbewegung, München-Gütersloh-Wien 1973
- HEINE, W.: Die Verfolgung der Arbeiterjugend, in: Sozialistische Monatshefte 1913, S. 1120 ff.
- HEINEN, A.: Lebensführung. Selbsterziehung für die weibliche Jugend, Mönchengladbach 1918
- HELWIG, W.: Die blaue Blume des Wandervogels, Gütersloh 1950
- HEMM, L.: Die unteren Führer in der HJ, Leipzig 1942
- HENRICH, F.: Die Bünde katholischer Jugendbewegung, München 1967
- HERRE, G.: Arbeitersport, Arbeiterjugend und Obrigkeitsstaat 1893 bis 1914, in: G. Huck (Hg.): Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1980, S. 187 ff.
- HERRLE, Th.: Die deutsche Jugendbewegung in ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, Gotha 1921
- : Die deutsche Jugendbewegung in ihren kulturellen Zusammenhängen, Gotha 1924
- HERRMANN, G.: Formen des Gemeinschaftslebens jugendlicher Mädchen, Leipzig 1929
- : Die sozialpädagogische Bewegung der zwanziger Jahre, Weinheim-Berlin 1956
- HETZER, H.: Kindheit und Armut, Leipzig 1929
- HITLER-JUGEND 1933 bis 1943, in: Das junge Deutschland 1943, S. 1-64
- HOERNLE, E.: Sozialistische Jugenderziehung und sozialistische Jugendbewegung, Berlin 1919
- : Schulpolitische und pädagogische Schriften, Berlin (Ost) 1958
- HOFSTÄTTER, P. R.: Fieber und Heil in der Jugendbewegung, in: Jugend in der Gesellschaft, München 1975

- HORNSTEIN, W.: Jugend in ihrer Zeit, Hamburg 1966
- JACOBSEN, O.: Die sozialistisch-proletarische Jugendbewegung, in: Thurnwald, R. (Hg.), 1927, S. 103 ff.
- JANTZEN, H.: Die soziologische Herkunft der Führungsschicht der deutschen Jugendbewegung 1900-1933, in: Führungsschicht und Eliteproblem. Jahrbuch III der Ranke-Gesellschaft, Frankfurt 1957
- : Jugendkultur und Jugendbewegung, Frankfurt 1963
 - : Namen und Werke, Biografien und Beiträge zur Soziologie der Jugendbewegung, Frankfurt 1972
- JOVY, E. M.: Deutsche Jugendbewegung und Nationalsozialismus, Köln 1952
- JÜRGENSEN, J.: Vom Jünglingsverein zur Aktionsgruppe. Kleine Geschichte der evangelischen Jugendarbeit, Gütersloh 1980
- JUNGSMANN, F.: Autorität und Sexualmoral in der freien bürgerlichen Jugendbewegung, in: Fromm u.a.: Autorität und Familie, Bd. 2., Paris 1936
- KANITZ, O. F.: Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft, Jena 1925
- KARL, W.: Jugend, Gesellschaft und Politik im Zeitraum des Ersten Weltkrieges, München 1973
- KATER, M. H.: Die Artamanen. Völkische Jugend in der Weimarer Republik in: Historische Zeitschrift 1971, S. 577-638
- : Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 bis 1939, in: Archiv für Sozialgeschichte, 1977, S. 127-174
- KAUFMANN, G.: Das kommende Deutschland. Die Erziehung im Reich Adolf Hitlers, Berlin 1940
- KEIL, A.: Jugendpolitik und Bundesjugendplan, München 1969
- KINDT, W. (Hg.): Grundschriften der deutschen Jugendbewegung, Düsseldorf-Köln 1963
- (Hg.): Die Wandervogelzeit. Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896-1919, Düsseldorf-Köln 1968
 - (Hg.): Die deutsche Jugendbewegung 1920-1933, Düsseldorf-Köln 1974
- KLATT, F.: Sinn und Bedeutung der Jugendbewegung, Erfurt 1928
- KLAUS, M.: Mädchen in der Hitler-Jugend, Köln 1980
- KLÖNNE, A.: Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover-Frankfurt 1955
- : Gegen den Strom. Ein Bericht über Jugendopposition im Dritten Reich, Hannover-Frankfurt 1958
- KLOSE, W.: Generation im Gleichschritt, Oldenburg 1964
- KNEIP, R. (Hg.): Jugend zwischen den Kriegen, Heidenheim 1967
- : Wandervogel - Bündische Jugend 1905-1943, Frankfurt 1967
 - : Jugend der Weimarer Zeit, Frankfurt 1974
- KOCH, H. W.: Geschichte der Hitlerjugend, Percha 1975
- KÖNN, J.: Jugendpflege und Charakterbildung, 2. Aufl., Warendorf 1914
- KÖRBER, N.: Das Bild des Menschen in der Jugendbewegung unserer Zeit, Berlin 1927
- KOLLAND, D.: Die Jugendmusikbewegung, Stuttgart 1979
- KORN, K.: Die bürgerliche Jugendbewegung, Berlin 1910
- : Die Arbeiterjugend. Einführung in ihre Geschichte, Berlin 1922
- KORTH, G.: Wandervogel 1896-1906, Frankfurt 1967

- KREUTZ, H.: Soziologie der Jugend, München 1974
- KRUMMACHER, K.: Über die Bedeutung und Aufgabe der evangelischen Jünglingsvereine in der Gegenwart, Nürnberg 1883
- : Die christliche Pflege der erwachsenen männlichen Jugend, Stettin 1886
- KÜGLER, H.: Die Jungenschaft in der bündischen Jugend, Plauen 1928
- KUNERT, H.: Deutsche Reformpädagogik und Faschismus, Hannover 1973
- KUPFFER, H.: Gustav Wyneken, Stuttgart 1970
- KUPISCH, K.: Das evangelische Jungmännerwerk und der Anbruch des Dritten Reiches, in: Evangelische Theologie 1958, H. 9
- : Der deutsche CVJM, Kassel 1958 (a)
- KURELLA, A. (Hg.): Die Geschlechterfrage der Jugend, Hamburg, 2. Aufl. 1920
- : Freie Deutsche Jugend, in ders.: Zwischendurch. Essays, Berlin 1961, S. 203 ff.
 - : Gründung und Aufbau der KJI, München 1970
- LAQUEUR, W. Z.: Die deutsche Jugendbewegung, Köln 1962
- LEMBKE, F.: Handbuch der Jugendpflege auf dem Lande, 4. Aufl., Berlin 1914
- LEMMERMANN, K. J.: Die christliche Jungmännerbewegung und die moderne männliche Jugendpflege, Hannover 1911
- LEPINSKI, F.: Die jungsozialistische Bewegung, Berlin 1927
- LERSNER, D.: Die evangelischen Jugendverbände Württembergs und die Hitlerjugend 1933-1934, Göttingen 1958
- LESSING, H.: Jugendpflege oder Selbsttätigkeit, Köln-Frankfurt 1976
- LIEBKNECHT, K.: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Berlin 1919
- LINDSTAEDT, E.: Mit uns zieht die neue Zeit, Bonn 1954
- LINGELBACH, K. Ch.: Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland, Weinheim 1970
- LINK, W.: Geschichte des IJB und des ISK, Diss. Marburg 1961
- LINSE, U.: Die Kommune der deutschen Jugendbewegung, München 1973
- : Die Jugendkulturbewegung, in: K. Vondung (Hg.) 1976, S. 119 ff.
 - : Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1918-1933, Frankfurt 1976 (a)
 - : Lebensformen der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung, in: Jahrbuch des Archivs der Deutschen Jugendbewegung Bd. 10, Burg Ludwigstein 1978, S. 24-55
- LION, A.: Die Pfadfinder- und Wehrkraftbewegung und ihre Ursachen, München 1913
- LIPPERT, E.: Zur Psychologie des Führers in der alten und in der neuen deutschen Jugendbewegung, in: Zeitschrift für pädagogische Psychologie und Jugendkunde 1934, S. 249-266
- LITT, Th.: Das Verhältnis der Generationen ehemals und heute, Wiesbaden 1947
- LÖWENSTEIN, K.: Die Aufgaben der Kinderfreunde, Berlin 1929
- : Die Kinderfreundebewegung, in: Nohl-Pallat 1929
 - : Sozialismus und Erziehung, Bonn-Bad Godesberg 1976

- LÜTKENS, Ch.: Die deutsche Jugendbewegung, Frankfurt 1925
- MAASS, H. (Hg.): Geistige Formung der Jugend in unserer Zeit, Berlin 1931
- MANNHEIM, K.: Das Problem der Generationen, in: L. v. Friedeburg (Hg.): Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln-Berlin 1965, S.23 ff.
- MASCHMANN, M.: Fazit. Mein Weg in der Hitlerjugend, Stuttgart 1970
- MATZKE, F.: Jugend bekennt: So sind wir! Leipzig 1930
- MEAD, M.: Der Konflikt der Generationen, Olten 1971
- MEWES, B.: Die erwerbstätige Jugend, Berlin-Leipzig 1929
- MITSCHERLICH, A.: Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München 1963
- MOSTERTS, K.: Jünglingsseelsorge für die herangewachsene männliche Jugend, 4. Aufl., Freiburg 1923
- MÜLLER, E. R.: Das Weimar der arbeitenden Jugend, Berlin 1923
- MÜLLER, J.: Die Jugendbewegung als deutsche Hauptrichtung neukonservativer Reform, Zürich 1971
- MÜNKER, W.: Geschichte des Jugendherbergswerkes von 1933-1945, Bielefeld 1948
- MÜNZENBERG, W.: Die sozialistischen Jugendorganisationen vor und während des Krieges, Berlin 1919
- MUTH, H.: Jugendpflege und Politik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, H. 10/1961
- NATORP, P.: Hoffnungen und Gefahren unserer Jugendbewegung, Jena 1920
- NEULAND, F./WERNER-CORDT, A.: Die junge Garde, Gießen 1980
- NOHL, H.: Charakteristik der Reifezeit, in: ders.: Jugendwohlfahrt, Leipzig 1927
- : Die Jugend und der Alltag, in: Die Erziehung, 1928, S. 213 - 225
- : Das Verhältnis der Generationen in der Pädagogik, in: ders.: Pädagogische Aufsätze, 2. Aufl., Langensalza 1930
- /PALLAT, L.: Handbuch der Pädagogik, Bd. V, Berlin-Leipzig 1929
- OBERMAYER, H.: Die Wehrkraftbewegung, München 1913
- OERTEL, F.: Jugend im Feuerofen, Recklinghausen 1960
- OLLENHAUER, E.: Von Weimar bis Bielefeld, Berlin 1921
- : Der Kampf um die Jugend und der Sozialismus, Berlin 1930
- PAETEL, K. O.: Jugendbewegung und Politik, Bad Godesberg 1961
- PAULSEN, F.: Väter und Söhne, in: ders.: Gesammelte pädagogische Abhandlungen, Berlin 1912
- PEUKERT, D.: Arbeiterjugend gegen HJ und Gestapo, Köln 1980
- PIEPER, A. (Hg.): Jugendfürsorge und Jugendvereine, Mönchengladbach 1910
- : Der Sinn der Standes- und Jugendvereine als Lebensgemeinschaften, Mönchengladbach 1922
- POHL, M.: Stirb und Werde! Erinnerungen eines Gymnasialdirektors, 2. Teil, Wolfenbüttel 1924
- POHL, W.: Bündische Erziehung, Weimar 1933
- POPERT, H.: Helmut Harringa, Dresden 1910

- PRIEPKE, M.: Die evangelische Jugend im Dritten Reich 1933-1936, Hannover-Frankfurt 1960
- PROSS, H.: Jugend, Eros, Politik, Bern 1964
- RAABE, F.: Das Bild des Menschen in der deutschen Jugendführung, Bad Godesberg 1954
- : Die bündische Jugend, Stuttgart 1961
- RAAPKE, H. D.: Das Problem des freien Raumes im Jugendleben, Weinheim 1958
- RADA, M.: Das reifende Proletariermädchen, Wien-Leipzig 1931
- RANKE, O. v.: Die evangelischen Jünglingsvereine in Deutschland, Berlin 1887
- RIESMAN, D.: Die einsame Masse, Hamburg 1958
- ROESSLER, W.: Jugend im Erziehungsfeld, Düsseldorf 1957
- ROGER, G.: Die pädagogische Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung Deutschlands, Berlin 1956
- ROSENBUSCH, H. S.: Die deutsche Jugendbewegung in ihren pädagogischen Formen und Wirkungen, Frankfurt 1973
- ROTH, H.: Katholische Jugend in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Katholischen Jungmännerverbandes, Düsseldorf 1959
- RUEGG, W. (Hg.): Kulturkritik und Jugendkultur, Frankfurt 1974
- RÜHLE, O.: Das proletarische Kind, München 1911
- : Die Seele des proletarischen Kindes, Dresden 1925
- SAUER, W.: Rückblicke und Ausblicke. Die deutsche Jugendbewegung im Urteil nach 1945, Heidenheim 1978
- SCHAFFT, H.: Jugend in der Gegenwart, in: Die Jugendpflege, H.1/1932, S. 4 ff.
- SCHELLENBERGER, B.: Katholische Jugend und Drittes Reich. Eine Geschichte des katholischen Jungmännerverbandes 1933-1939, Mainz 1975
- SCHESKY, H.: Die skeptische Generation, Düsseldorf 1957
- SCHIRACH, B. v.: Die Hitler-Jugend, Berlin 1934
- : Revolution der Erziehung, München 1938
- : Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967
- SCHIRACH, H. v.: Der Preis der Herrlichkeit, Wiesbaden 1956
- SCHLEY, C.: Die jugendpolitischen Vorstellungen und Aktivitäten des "Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände" in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Dipl. Arbeit, Göttingen 1980
- SCHNABEL, R.: Das Führerschulungswerk der Hitler-Jugend, Berlin 1938
- SCHNEIDER, H.: Die sozialistische Jugendbewegung, Diss. Köln 1952
- SCHOLL, I.: Die weiße Rose, Frankfurt 1955
- SCHÜLLER, R.: Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJL, München 1970
- SCHULT, J.: Aufbruch einer Jugend. Der Weg der deutschen Arbeiterjugendbewegung, Bonn 1956
- SCHULTZ, C.: Die Halbstarken, Leipzig-Eger 1912
- SCHWARZ, H.: Übersicht über die katholische Jugendbewegung, Köln 1930
- SEEWANN, G.: Österreichische Jugendbewegung 1900-1938, 2 Bde., Frankfurt 1971

- SEIDELMANN, K.: Gruppe - Soziale Grundform der Jugend, 2 Bde., Hannover 1970 und 1971
- : Die Pfadfinder in der deutschen Jugendbewegung, Teil 1: Darstellung, Hannover 1977
- SIEFERT, H.: Der bündische Aufbruch 1919-1923, Bad Godesberg 1963
- SIEGER, W.: Das erste Jahrzehnt der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904-1914, Berlin 1958
- SIEMERING, H. (Hg.): Die deutschen Jugendpflegeverbände, Berlin 1914
- : Die deutschen Jugendverbände (Handbuch), Berlin 1931
- SIEMSEN, A.: Selbsterziehung der Jugend, Berlin 1929
- SIEMSEN, H.: Die Geschichte des Hitlerjungen Adolf Goers, Düsseldorf 1947
- SIERCKS, H.: Jugendpflege, Berlin 1913
- SONNTAG, R.: Die militärische Vorbereitung der Jugend, München 1917
- SONTHEIMER, K.: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1978
- SPRANGER, E.: Psychologie des Jugendalters (1924), 29. Aufl., Heidelberg 1979
- : Pädagogische Perspektiven, Heidelberg 1952
- STACHURA, P. D.: Deutsche Jugendbewegung und Nationalsozialismus, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 1980, S. 35 ff.
- STÄHLIN, W.: Über den gegenwärtigen Stand der Jugendbewegung, in: Die Erziehung, 1928, S. 469 ff.
- STANGE, D. E.: Handbuch für das Evangelische Jungmännerwerk Deutschlands, 2 Bde., Barmen 1927 und 1929
- : Er führt uns wie die Jugend. Bericht über ein Lebenswerk im Dienst an der jungen Generation, Kassel 1957
- STEIN, A.: Jungsozialisten und Arbeiterbewegung, Berlin 1928
- STELLRECHT, H.: Die Wehrerziehung der deutschen Jugend, Berlin 1936
- STRAUSS, E.: Das jugendliche Führertum in der deutschen Jugendbewegung, Münster 1932
- STREBIN, F.: Jugendbewegung und politische Erziehung, Heidelberg 1959
- : Autorität und Freiheit. Über die Anfänge der deutschen Jugendbewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 2—3/1960
- SUHRKAMP, P.: Söhne ohne Väter und Lehrer. Die Situation der bürgerlichen Jugend, in: Neue Rundschau 1932, S. 681 ff.
- SZEMKUS, K.: Gesellschaftliche Bedingungen zur Entstehung der deutschen Jugendbewegung, in: W. Ruegg 1974, S. 39 ff.
- TESAREK, A.: Das Buch der Roten Falken, Wien 1926
- TETZLAFF, W.: Das Disziplinarrecht der Hitlerjugend, Berlin-Leipzig-Wien 1943
- THURNWALD, R. (Hg.): Die neue Jugend, Leipzig 1927
- TILSNER-PRÖLL, R.: Jugendarbeit in der SPD von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Münster 1978

- TJADEN, K.: Rebellion der Jungen. Die Geschichte von tusk und von dj. 1. 11, Frankfurt 1958
- TORMIN, H.: Freideutsche Jugend und Politik, Hamburg 1918
- TREPTE, E.: Die Bedeutung der Jugendbewegung für die Erziehung des deutschen Mädchens, Jena 1942
- TSCHITSCHERIN, G.: Skizzen aus der Geschichte der Jugendinternationale, Berlin 1921
- USADEL, G.: Entwicklung und Bedeutung der nationalsozialistischen Jugendbewegung, Bielefeld 1934
- VESPER, W.: Deutsche Jugend, Berlin 1934
- VONDUNG, K.: Das wilhelminische Bildungsbürgertum, Göttingen 1976
- WARNS, E.: Geschichte der Schülerbibelkreise 1883-1967, Wuppertal 1968
- WARTMANN, E.: Die deutschen Jünglingsvereine, Berlin 1905
- WEDEKIND, K.: Die Entstehung der Jugendpflege und ihre Ausgestaltung zu einem neuen Bereich öffentlicher Erziehung, Diss. Köln 1971
- WENIGER, E.: Jugendpflege und Jugendführung als sozialpädagogische Aufgaben, in: Die Erziehung 1928, S.144 ff.
- : Die Jugend und die Lebensmächte der Gegenwart, in: H. Maas (Hg.) 1931, S. 41 ff.
- : Die Jugendbewegung und ihre kulturelle Auswirkung, in: W. Kindt (Hg.) 1963
- WESTPHAL, M.: Handbuch für sozialistische Jugendarbeit, Berlin 1928
- WIEMANN, W.: Jugendpflege, Leipzig-Berlin 1914
- WILHELM, Th.: Der geschichtliche Ort der deutschen Jugendbewegung, in: W. Kindt (Hg.) 1963
- WINKLER-HERMADEN, V.: Psychologie des Jugendführers, Jena 1927
- WINTER, M.: Das Kind und der Sozialismus, Berlin 1924
- WOLF, H.: Fahrt in den Böhmerwald - Sommer 1911, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung 1976, S. 114 ff.
- WUTTKE, G.: Der Geist der Jugend aus ihren Liedern, Erlangen 1924
- WYNEKEN, G.: Was ist Jugendkultur?, München 1914
- DEUTSCHE ZENTRALE FÜR JUGENDFÜRSORGE (Hg.): Der Kampf der Parteien um die Jugend, Berlin 1912
- ZIEMER, G./WULF, H.: Wandervogel und Freideutsche Jugend, Bad Godesberg 1961
- ZWERSCHKE, M.: Jugendverbände und Sozialpolitik, München 1963